Montag, 30. Januar 1984 - D **

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 25 - 5.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bundeswehr: Bundeskanzler Kohl will heute Minister Wörner zu einer Unterredung über die Entwicklung im Fall Kießling empfangen. Gleichzeitig treffen sich die CSU-Minister in München mit Parteichef Strauß; auch hier wird über diesen Fall gesprochen werden. (S. 1)

Brandt warnt AfA: Der SPD-Vorsitzende reagiert mit Kritik auf den Beschluß der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen seiner Partei, die die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien fordert. (S. 4)

U-Boote: Die Sowjetunion hat nach Angaben aus dem Pentagon mit Atomwaffen bestückte U-Boote näher vor die Küste Nordamerikas beordert.

Brief an Jaruzelski: In einem privaten Brief an den Parteichef beklagt sich Walesa über Schikanen, bezeichnet den General aber gleichzeitig als „Partner" und nicht als Feind. (S. 4)

Verschwörung: Der peronistische Abgeordnete Pedrini berichtet von einer Verschwörung von mehr als 40 Offizieren gegen die neue zivile Regierung Präsident Alfonsins.

Luftangriff: 40 Menschen starben und 50 wurden verletzt, als afghanische MiG-Bomber ein Flüchtlingslager in Pakistan angriffen.

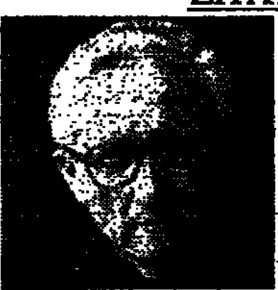
Freund Israels: Er sei als Freund des jüdischen Staates gekommen und er verlasse Israel als Freund, erklärt Bundeskanzler Kohl vor seinem Abflug aus Jerusalem. In seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Shamir konnte der Kanzler keine Einigkeit über die eventuellen deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien erzielen.

Scharfe Töne: Die „DDR"-Volksbildungsministerin Margot Honecker wirft der Bundesrepublik Deutschland vor, sie wolle Mitteldeutschland „zurückerobern". Die Ehefrau des SED-Chefs fordert auch, der Jugend im SED-Staat nicht nur eine „kommunistische Erziehung" zu geben, sondern ihr auch eine „kommunistische Moral" zu vermitteln. (S. 1)

General ermordet: Der frühere Kommandeur der Militärregion Madrid, General Quintana, ist ermordet worden. Er hatte wesentlichen Anteil an der Vereitelung des Putschversuchs im Februar 1981.

Heute: Bundeskanzler Kohl nimmt Amtsgeschäfte wieder auf; Unterredung mit Wörner. – Präsident Reagan gibt Entscheidung über nochmalige Kandidatur bekannt (04.55 Uhr MEZ). – Jour fixe der CSU in München ohne die übliche Pressekonferenz. – FDP-Spitze setzt Klausurtagung in Heilbronn fort.

ZITAT DES TAGES



„Persönliche Verantwortung, Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit, Ehrfurcht vor dem Leben, Hochschätzung der Ehe und Familie sind die Leitbilder."

Joseph Kardinal Höffner in einer Predigt zum Todestag Karls des Großen in Aachen FOTO/ WIESELER/DPA

WIRTSCHAFT

Verkaufsehe gescheitert: Die 1969 zwischen dem VW-Konzern und Porsche für den US-Markt geschlossene Verkaufsehe ist zerbrochen. (S. 11)

US-Handelsdefizit: Im Außenhandel haben die USA 1983 das höchste Defizit ihrer Geschichte erwirtschaftet; es betrug 69,4 Milliarden Dollar gegen 42,7 Milliarden im Vorjahr. (S. 9)

Sowjetwirtschaft: Die Industrieproduktion sei 1983 gegenüber 1982 um vier Prozent gewachsen (Planansatz: 2,2 Prozent), heißt es in den am Wochenende in Moskau veröffentlichten Daten der Zentralstatistik.

Veba-Aktien: Finanzminister Stoltenberg sieht den jetzt beendeten Verkauf von Veba-Aktien des Bundes im Nennwert von insgesamt 232 Millionen Mark als „erfolgreich" an.

Hanomag: Für das von Orenstein & Koppel (O & K) vorgelegte Konzept zur Rettung des hannoverschen Baumaschinen-Herstellers Hanomag GmbH scheint es keine echte Alternative zu geben. (S. 11)

Verkehrsrekord: Der Frankfurter Flughafen meldet die Zunahme des Passagieraufkommens um 2,8 Prozent auf rund 17,78 Millionen Passagiere in 1983. Die Luftfracht nahm um 7,6 Prozent auf 685 312 Tonnen zu.

US-Stahlimporte: 1983 auf 17 Millionen Shorttons gestiegen gegen 16,6 Millionen im Vorjahr.

KULTUR

Golden Globes: Der Film „Terms of Endearment" ist vierfach mit dem von der Auslandspresse in Los Angeles jährlich vergebenen Preis „Golden Globe" ausgezeichnet worden.

Schriftstellerverband: Ingeborg Drewitz will für den Vorsitz des Verbandes deutscher Schriftsteller kandidieren, um eine „Verklammerung der streitenden Parteien" zu erreichen. (S. 17)

SPORT

Ski Alpin: Verpatzte Olympia-Generalprobe für die deutschen Damen; Irene Epple und Marina Kiehl belegten beim Abfahrtslauf in Megève die Plätze 49 und 50. (S. 14)

Eishockey: Die deutsche Nationalmannschaft besiegte Kanadas Olympiateam 4:0. Der sechste Sieg im 40. Länderspiel; der erste ohne Gegentor.

Fußball: Offenbachs Trainer Lothar Buchmann steht offensichtlich vor der Entlassung. Die Spieler sollen sich mit 15:5 Stimmen gegen ihn ausgesprochen haben. (S. 13)

Leichtathletik: Carl Lewis sprang bei einem Hallensportfest in New York 8,79 m weit. Das liegt nur noch elf Zentimeter unter dem Weltrekord von Bob Beamon.

AUS ALLER WELT

Vorhersagen: Langfristige Wettervorhersagen mit einer heute noch kaum vorstellbaren Präzision werden nach Ansicht einer Arbeitstagung von 120 Wissenschaftlern aus 16 Ländern in Zukunft durch mit Radar ausgerüstete Wettersatelliten möglich sein. (S. 18)

Großbrand: Ein Schaden von 10 Millionen Mark entstand bei einem Feuer in der Innenstadt von Waldshut. 200 Feuerwehrleute verhinderten nur knapp eine Katastrophe.

Wetter: Zufuhr milder Meeresluft; Temperaturen unverändert.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Wörner: Die Entscheidung lege ich in die Hände des Kanzlers

„Spiegel": Ziegler erhielt doch Geld, Wörner sprach stundenlang mit ihm

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Spätestens bis morgen ist eine Entscheidung des Bundeskanzlers darüber zu erwarten, ob der durch die Affäre Kießling stark belastete Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) im Amt bleiben kann. Vom Bundeskanzleramt wurde dazu gestern erklärt: „Am Montag oder Dienstag muß die Sache endgültig über die Bühne gehen." Wörner selbst, der noch am vergangenen Freitag seinen Sprecher hatte erklären lassen, er werde nicht um seine Entlassung bitten, ließ gestern gegenüber Freunden erkennen, er lege die Entscheidung über seine Zukunft in der Regierung Kohl/Genscher ganz in die Hände des Kanzlers.

Wie sich Helmut Kohl entscheiden wird, war gestern offen. Der Kanzler hatte seinen Abflug von Israel um eine halbe Stunde vorverlegt, um Zeit zu gewinnen für die Lösung der von der Affäre Kießling ausgelösten Regierungskrise. Kohl landete kurz nach 15.00 Uhr auf dem amerikanischen Militärflugplatz Ramstein in der Pfalz und fuhr danach unverzüglich in sein Haus in Ludwigshafen-Oggersheim. Journalisten waren bei der Ankunft Kohls in Ramstein nicht zugelassen.

Gestern wurde damit gerechnet, daß der Kanzler von Oggersheim aus eine Reihe von Ferngesprächen mit wichtigen Mitgliedern der Koalition und mit seinen engsten Beratern führen würde. Wie es hieß, wollte er Kontakt mit dem FDP-Vorsitzenden, Vizekanzler Genscher, halten. Heute nimmt Kohl seine Amtsgeschäfte in Bonn wieder auf. Er wird dann sogleich zu einer ausführlichen Unterredung mit seinem Verteidigungsminister zusammenkommen, um die, so die offiziellen Angaben, Wörner nachgesucht hatte. Für Dienstag ist auch eine Begegnung mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß vorgesehen.

Die Diskussion um Wörner beeinflußt möglicherweise den Arbeitsplan des Kabinetts: denn für Mittwoch ist seit langem eine Sitzung der Regierung im Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe geplant. Thema: Bericht Wörners über die Planung der Bundeswehr bis in die neunziger Jahre. Falls es aber bis Dienstagabend zu einem Chef-Wechsel im Verteidigungsressort kommen sollte, müßte die Sitzung auf der Hardthöhe verschoben werden, da ein möglicher Nachfolger Wörners Wochen, wenn nicht Monate benötigen würde, sich in die Sachfragen der Bundeswehrplanung einzuarbeiten.

Unterdessen sind neue Einzelheiten über die umstrittene Begegnung des Verteidigungsministers mit dem Schweizer Homosexuellen Alexander Ziegler bekannt geworden. Über sie soll Kohl durch den Chef des Bundeskanzleramts, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, voll informiert gewesen sein, bevor Kohl am Montag vergangener Woche gemeinsam mit dem gesamten CDU-Bundesvorstand Wörner das „Vertrauen ausgesprochen" und ihm „volle Unterstützung zugesagt" hatte. Im Bundesvorstand der CDU war, so die Version des Magazins „Spiegel", Kohl der einzige, der zu dem Zeitpunkt von Wörners Gespräch mit dem Schweizer gewußt habe.

Nach der Darstellung des „Spiegel" war Ziegler am 20. Januar mit der Frühmaschine der „Swissair" von Zürich nach Köln/Bonn geflogen und dann zusammen mit seinem „Sekretär" vom Adjutanten Wörners im Dienstwagen auf die Hardthöhe gebracht worden. Ziegler gab an, er sei mit Wörner „Stunden" zusammengewesen, Wörners Adjutant hingegen sprach von lediglich 50 Minuten.

● Fortsetzung Seite 8

Bonn wartet jetzt auf detaillierte Einwände Israels gegen Waffengeschäft

Kohl aus Jerusalem zurück / „Im Bewußtsein der geschichtlichen Verantwortung"

BERNT CONRAD, Jerusalem

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern nach einem abschließenden Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzak Shamir in Jerusalem versichert, daß beide Seiten an einem guten und engen Verhältnis interessiert seien und die Beziehungen fortentwickeln wollten. „Ich bin als Freund Israels gekommen, und ich verlasse Israel als Freund", sagte Kohl während einer Pressekonferenz unmittelbar vor seinem Rückflug nach Bonn.

Gleichzeitig ließ der Kanzler allerdings keinen Zweifel daran, daß die Differenzen zwischen ihm und Shamir in der Frage deutscher Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien fortbestehen. Der Ministerpräsident und andere israelische Gesprächspartner hätten ihm ihre Sorge über Bonns Absichten eindringlich vorgetragen, bemerkte Kohl. „Ich habe bekräftigt, daß meine Regierung alle Entscheidungen auf diesem Gebiet in voller Berücksichtigung der legitimen Interessen der mit der Bundesrepublik befreundeten Länder der Region und im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden treffen wird. Unsere besondere Verantwortung für die Sicherheit des befreundeten Israel war mir schon vor meiner Reise nach Israel bewußt." Eine Konkretisierung dieser Aussage lehnte der Kanzler ab.

Offen meinte Kohl: „Um es drastisch zu sagen: Das war keine Vergnügungsreise. Und einige Leute in Bonn hätten mir gewünscht, daß ich mir dabei politisch das Genick gebrochen hätte." Andererseits seien manche kritischen Kommentare in Israel innenpolitisch motiviert gewesen.

SEITE 2
Rauhreif
SEITE 3
Im Heiligen Land

Generell befürwortet der Kanzler eine „realistische und ausgewogene" Nahostpolitik in Zusammenarbeit mit den USA. Er wolle sich persönlich dafür einsetzen, daß die besonders engen Beziehungen zu Israel noch weiter ausgebaut würden. Dies sage er „im Bewußtsein der deutschen geschichtlichen Verantwortung".

Ein israelischer Journalist fragte, wie das mit Äußerungen von Kanzler-Mitarbeitern (Staatssekretär Peter Boenisch) zu vereinbaren sei, man dürfe Auschwitz nicht zur Instrumentalisierung tagespolitischer Fragen nutzen. Kohl bemerkte dazu, Israel und die Bundesrepublik könnten gar nicht genug Freunde haben. Natürlich dürfe man die Barbarei des Holocaust nicht vergessen. „Unser Wille ist, aus der Geschichte zu lernen." Aber man müsse „nach vorn lernen". Dies sei der Sinn des erwähnten Zitats.

Sehr beeindruckt zeigte sich der Kanzler „von der existentiellen Sorge" Shamirs über die negativen Folgen des geplanten EG-Beitritts Spaniens und Portugals für die israelischen Agrarausfuhren. „Ich habe dem Ministerpräsidenten zugesagt, daß ich mich persönlich bei meinen Partnern dafür einsetzen werde, daß wir in diesem Zusammenhang die Lebensinteressen Israels berücksichtigen", versicherte Kohl. Auf Fragen fügte er hinzu: Man sollte „eine Art

■ Fortsetzung Seite 8

China wirft Vietnam Provokation vor

dpa/AFP, Peking

Die Volksrepublik China hat Vietnam vorgeworfen, im vergangenen Jahr rund „1000 bewaffnete Provokationen" an der gemeinsamen Grenze verursacht zu haben. Dabei seien 270 chinesische Soldaten und Zivilisten getötet, verwundet oder von den Vietnamesen verschleppt worden. In 650 Fällen sei chinesisches Gebiet von Vietnam aus beschossen worden.

Seit einigen Tagen wird wie in jedem Jahr beim Herannahen des Neujahrsfestes der beiden Länder ein Aufflammen der Grenzzwischenfälle verzeichnet. Wie die chinesische „Volkszeitung" meldete, sollen es zwischen dem 12. und 25. Januar fünf neue Übergriffe gegeben haben.

In der vergangenen Woche übergab Hanoi den Pekinger Behörden neun chinesische Staatsbürger, die illegal nach Vietnam eingedrungen sein sollen. Seit 1979 wurden insgesamt 187 chinesische und 88 vietnamesische Gefangene ausgetauscht.

Popularität Reagans weiter gestiegen

DW. Bonn

Die Popularität des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan ist in der amerikanischen Bevölkerung weiter gestiegen. Wie eine Meinungsumfrage der „New York Times" und der Fernsehgesellschaft CBS ergab, äußerten sich 57 Prozent der Befragten als zufrieden oder sehr zufrieden mit seiner bisherigen Amtsführung. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch eine Erhebung des Gallup-Institutes, die ein 56prozentiges Votum für Reagan erbrachte.

Die Rekordergebnisse wurden kurz vor der angekündigten Entscheidung Reagans veröffentlicht, noch einmal für das Amt des Präsidenten kandidieren zu wollen. Das gestiegene Ansehen Reagans wird vor allem auf die positive wirtschaftliche Entwicklung in den USA zurückgeführt. Reagan ist damit der erste Präsident, der zu Beginn seines vierten Amtsjahres weit über die Hälfte der Amerikaner hinter sich weiß.

„Eine Elite für den Geheimdienst"

DW. Bonn

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter und SPD-Politiker Martin Hirsch hat in einem Gespräch mit „Bild am Sonntag" vorgeschlagen: „Wir müssen eine Elite junger Leute heranziehen, für die die Arbeit im Geheimdienst die Krönung ihrer Lebensaufgaben ist." Hirsch äußerte die Ansicht, daß das Konzept der deutschen Geheimdienste „von vornherein falsch angelegt" sei. Bisher sei es so, daß häufig nur solche Beamte in Geheimdienste gingen, die es beim Militär, in der Verwaltung oder bei der Polizei „zu nichts gebracht haben". Pannen wie im Fall Kießling könnten nach Hirschs Meinung vermieden werden, wenn hochqualifizierte Universitäts-Absolventen im Sicherheitsbereich tätig würden. Für den Geheimdienst zu arbeiten, sei in keiner Weise anrüchig. „Wenn es um den Schutz ... unserer demokratischen Gemeinschaft geht, gibt es doch gar nichts Erstrebenswerteres."

Frau Honecker definiert „Moral"

hrk./dpa, Berlin

Erich Honeckers Ehefrau Margot, Volksbildungsministerin in Ost-Berlin, hat der Bundesrepublik Deutschland in einer überwunden geglaubten aggressiven Wortwahl vorgeworfen, die „DDR" zurückerobern und sich der imperialistischen BRD einverleiben" zu wollen. Für die „DDR"-Jugend sei „Treue zu ihrem Vaterland, der DDR," jedoch kein leerer Begriff. „Dieses Vaterland ist uns heilig im wahrsten Sinne des Wortes."

Die über ihren Fachbereich hinausreichenden Äußerungen der Ministerin fielen auf einer Tagung des FDJ-Zentralrats. Ihrem ideologisch motivierten scharfen Trennungsstrich gegenüber dem, was die Bundesrepublik Deutschland aus SED-Sicht symbolisiert, fügte Frau Honecker eine Polemik gegen die Bonner Führungsspitze hinzu: „Die Ehre, die Würde und das Gewissen jener Leute in der BRD, die gegen das Leben, gegen die Interessen des eigenen Volkes Erstschlagwaffen stationiert haben, ist nicht unsere Ehre."

Den bisher ausschließlich verwendeten Begriff der „kommunistischen Erziehung" ergänzte die Politikerin mit der Forderung, die Jugend im Sinne „kommunistischer Moral" auszurichten. Zu diesen Eigenschaften gehörten „Disziplin, Willensstärke und Pflichtbewußtsein, Gründlichkeit, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Achtung vor dem anderen und seiner Arbeit, Hilfsbereitschaft." Seit vier Jahren bemühen sich die evangelischen Kirchen in der „DDR" vergebens, in einem Spitzengespräch zu klären, ob kommunistische Erziehung künftig noch Raum für christliche Motivationen läßt.

In ihrem Referat räumt Frau Honecker Schwierigkeiten in der politischen Überzeugungsarbeit bei Schülern ein. Probleme einzelner Jugendlicher dürften nicht vorschnell als „politisch unklar" beurteilt werden, sondern müßten „geklärt" werden. Toleranz sei jedoch gegenüber „falschen Auffassungen, wiederkehrenden aufgewärmten Fragen, die der Gegner stellt, die ohne Nachdenken nachgeplappert werden", fehl am Platz.

DER KOMMENTAR

Kohl muß handeln

HERBERT KREMP

Sogleich nach der Rückkehr aus Israel beginnt für den Bundeskanzler die schwierigste Woche seiner Regierungszeit: Er muß Schaden nicht nur von der Koalition, sondern von sich selbst abwenden. Er steht vor der bisher ernstesten Probe seiner Entscheidungsfähigkeit. Die Krise, die er vorfindet, ist über die Bastion des Verteidigungsministeriums und seines unglücklichen Ministers vorgedrungen. Sie bedroht zentrale Positionen.

Erste Gefahr: Verschleiß des Ansehens. Der Fall Kießling/Wörner hat eine politische und publizistische Dynamik erreicht, die nicht mehr durch „Halten", sondern nur noch durch Handeln gewendet werden kann. Wenn Helmut Kohl sich entscheidet, den Minister zu entlassen, endet die Affäre schnell. Entschließt er sich nicht, frißt sie sich weiter.

Zweite Gefahr: Verlust der Vorteile. Die Bundesregierung hat auf finanzpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet Erfolge vorzuweisen. Sie stehen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, werden aber durch Krisen-Gerede überdeckt. Der Kanzler muß das graue Gespinst zerreißen, um die Prioritäten seiner Politik freizulegen. Für ihn gilt es jetzt, den Sinn seiner Regierung zur Geltung zu bringen.

Dritte Gefahr: Selbstblokkade der Koalition. In Sachen Wörner droht, wie vorher schon in Sachen Lambsdorff, der Eindruck zu entstehen, daß Helmut Kohl alle Erwägungen unter das Hauptkriterium stellt, Franz Josef Strauß von Bonn fernzuhalten. Der Eindruck mag falsch sein, aber er wird vermittelt. So entsteht die schiefe Schlachtordnung einer Vorzugskoalition Kohl/Genscher innerhalb des großen Regierungslagers, das ohne die bayerische CSU nicht existieren würde.

Strauß ist seit Mitte vergangener Woche mit Überlegungen hervorgetreten, wie die erste Krise der Regierung Kohl überwunden und die Initiative auf den Gebieten des Erfolges wiedergewonnen werden könnte. Er plädiert für eine große Kabinettsumbildung, die das Krisenbild beseitigte, und er bietet seine Mitarbeit in vorderster Linie an. Die Argumentation des CSU-Vorsitzenden besitzt zumindest innere Logik. An ihr können der Kanzler und der FDP-Vorsitzende Genscher heute nicht mehr vorbeigehen.

Strauß dringt auf schnelle Beendigung der Affäre

CSU-Chef bekräftigt Position zu Kabinettsumbildung

fac./rmc. Bonn

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat abermals zu erkennen gegeben, daß er für eine große Kabinettsumbildung plädiert, sollte Verteidigungsminister Wörner aus dem Kabinett ausscheiden. In der „WELT am SONNTAG" äußerte sich Strauß zwar mit vorsichtigen Formulierungen, die aber die Position des CSU-Vorsitzenden klar beschreiben: Allein der Kanzler könne die Frage entscheiden, ob die Kabinettsumbildung beim Rücktritt Wörners auf einen Minister begrenzt bleiben könne.

„Ich bin nicht sein Ratgeber", sagte Strauß, fügte allerdings hinzu: „Aber natürlich taucht in der Union die Frage auf und sie ist unvermeidlich: wenn der Verteidigungsminister den Schlußstrich zieht oder vom Kanzler zur Entlassung gemeldet wird, wie steht es dann mit dem Wirtschaftsminister? Das ist nicht meine Erfindung. Die Frage ist nicht von mir, sondern eine Reihe von politischen Freunden haben bei mir angerufen und gefragt: Sind Sie der Meinung, daß es dann dabei allein bleibt. Kann der Kanzler den Verteidigungsminister entlassen und den anderen, der unter der Anklage der Staatsanwaltschaft steht (gemeint ist Wirtschaftsminister Lambsdorff. Die Redaktion.), mit einer allerdings offenbar dünnen Anklageschrift im Amt belassen?" Strauß: „Das muß sich der Kanzler überlegen wie er zurecht kommt". Auch müsse die CDU entscheiden, ob Familienminister Geißler seine Doppelaufgabe als Minister und CDU-Generalsekretär weiterführen könne. Erstmals hatte Strauß in der vergangenen Woche in einem WELT-Gespräch diese Position beschrieben.

In dem Interview forderte Strauß, es müsse endlich Klarheit in der Angelegenheit Wörner/Kießling geschaffen und die Bundeswehr vor einer Identitätskrise bewahrt werden. Er äußerte „ernste Zweifel", ob die Unterredung Wörners mit dem Schweizer Homosexuellen Alexander Ziegler auf der Bonner Hardthöhe „der Weisheit letzter Schluß war". Der CSU-Vorsitzende verlangte die volle „Rehabilitation" Kießlings für den Fall, daß dem entlassenen General „Aktivitäten dieser Art" (gemeint ist Homosexualität. Die Redaktion.) nicht bewiesen werden können. Strauß hat sich damit auf die Seite derer geschlagen, die Wörners Unterscheidung im Fall Kießling nicht akzeptierten. Der Minister hatte immer wieder erklärt, für den Entschluß, den General vorzeitig in den Ruhestand zu entlassen, sei nicht ausschlaggebend gewesen, ob Kießling homosexuell veranlagt sei oder nicht. Er habe vielmehr den Verdacht zur Kenntnis nehmen müssen, Kießling bewege sich in einem solchen Milieu, was Bedenken über ihn als Geheimnisträger ausgelöst habe.

Aus gutem Grund, so Strauß weiter, habe er im März 1983 die Übernahme des Verteidigungsressorts abgelehnt. Auch heute sei die Meinung falsch, er habe ein Interesse an diesem Amt. Andererseits, so der CSU-Vorsitzende, habe er sich noch nie einer Pflicht entzogen.

Washington: Über sowjetische U-Boote nicht beunruhigt

„Teil der psychologischen Kriegführung Moskaus"

AP/dpa, Washington

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat die Verlegung sowjetischer raketentragender Unterseeboote in den Atlantik nahe der amerikanischen Küste als Teil der „psychologischen Kriegführung" Moskaus bezeichnet. Es sei zwar richtig, daß die Vorwarnzeiten für die Vereinigten Staaten durch die Verlegung der U-Boote erheblich verringert würden, sagte ein Sprecher. Dennoch bliebe im Falle eines überraschenden Atomschlages Zeit genug, die meisten strategischen US-Bomber zu starten und in Sicherheit zu bringen. Außerdem seien die sowjetischen U-Boote in der Nähe des amerikanischen Kontinents bei amerikanischen Angriffen viel verwundbarer.

Nach Angaben der US-Regierung sind mindestens zwei sowjetische U-Boote der Delta-II-Klasse von ihrem normalen Einsatzgebiet im nördlichen Eismeer nach Süden in Richtung US-Küste verlegt worden. Der Schritt wird als Antwort auf die Aufstellung neuer Atomraketen vom Typ Pershing 2 in der Bundesrepublik Deutschland gesehen. Moskau hatte vor der Stationierung dieser Systeme angekündigt, daß es Gegenmaßnahmem ergreifen werde, die auch die Vereinigten Staaten zu spüren bekommen würden. Normalerweise patrouillieren vor den Küsten der USA ein oder zwei atomgetriebenen sowjetische U-Boote der „Yankee"-Klasse mit Raketen mittlerer Reichweite.

Die USA unterhalten seit Jahren im Atlantik und Pazifik ein Horchsystem zum Aufspüren der – relativ lauten – sowjetischen U-Boote. Angeblich ist es damit möglich, die Bewegung der U-Boote aus mehreren hundert Kilometern Entfernung zu verfolgen. Wie die USA hat sich die Sowjetunion auf die Entwicklung von strategischen U-Booten mit Langstreckenraketen konzentriert. Die große Entfernung vom Zielgebiet bietet den Schiffen größere Möglichkeiten, ihre Position zu verbergen und sich feindlichen Angriffen zu entziehen.

Analytiker in Washington haben damit die Frage, ob der sowjetische Schritt eher politischen oder militärischen Charakter habe, zugunsten des ersteren entschieden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diesseits der Loire

Von Heinz Barth

Liebe auf den ersten Blick war es nicht, die das Verhältnis zwischen den Sozialisten Frankreichs und Spaniens bisher bestimmte. Seit François Mitterrand und Felipe Gonzales zur Macht gelangten, hatten die Beziehungen der ideologisch verwandten Regierungen zu einer Abkühlung geführt, die noch unter dem Gefrierpunkt der Franco-Ära lag.

Daran hat die Aussprache Mitterrand – Gonzalez, die kurz vor Weihnachten stattfand, mehr geändert als man zunächst vermuten durfte. Die Enttäuschung der Spanier über die Nachlässigkeit, mit der die französischen Behörden den baskischen Terroristen unbeschränkte Bewegungsfreiheit für ihre grenzüberschreitenden Verbrechen gewährten, ist im Abklingen. Man spricht von einer „neuen Spanienpolitik Mitterrands".

Zu dieser Klima-Verbesserung trug der Eindruck bei, den die energische, aber auch flexible Behandlung des Baskenproblems durch Felipe Gonzalez in Paris hinterließ. Ob es ihm durch seine Amnestie-Zusagen gelingt, einen Teil „reuiger" Terroristen vom harten Kern der Fanatiker abzusprengen, ist zu bezweifeln. Doch muß es Mitterrand zu denken geben, daß sich in den Antiterror-Gruppen, die in Frankreich operieren, eine Zusammenarbeit zwischen französischen Aktivisten und spanischer Polizei (wie auch Militärs in Zivil) entwickelt hat.

Es ist dem spanischen Sozialismus geglückt, sein Verhältnis zu den Streitkräften zu konsolidieren. Frankreichs Staatschef hätte gute Gründe, diesen Prozeß nicht zu stören. Felipe Gonzalez dürfte ihm klar gemacht haben, daß Frankreich nicht interessiert sein kann, durch Tolerierung von Terror-Stützpunkten auf französischem Boden die Empörung der spanischen Militärs zu schüren. Offenbar realisieren auch die Franzosen, die sich auf die ehrbare Tradition ihres Asylrechts viel zugute halten, daß jetzt die Grenze solcher „Ehrbarkeit" erreicht ist.

Der Zwangsaufenthalt, den die Franzosen neuerdings notorischen ETA-Tätern nördlich der Loire anweisen, kommt spät, ist aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Brüderliche Warnung

Von Gernot Facius

Wer sich auf Kommuniqués versteht, wird schnell begriffen haben: Die jüngste Stellungnahme der Bischöfe Polens zur innenpolitischen Lage und zur angestrebten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan spiegelt Spannungen im Episkopat wider.

Die „Normalisierung", heißt es darin, „würde unserem Land dienen". Aber: „Dies verlangt jedoch geduldige Verhandlungen." Primas Glemp und der polnische Papst hatten den Eindruck entstehen lassen, die Formalisierung der Beziehungen sei schon in absehbarer Zeit zu erwarten.

In der Erklärung eine direkte Kritik am Primas oder gar am Papst zu vermuten, würde zu weit gehen. Aber sie ist sicher eine brüderliche Warnung, die Politik der „Verständigungsbereitschaft" nicht zu weit zu treiben. Denn der Kadinal muß seit zwei Jahren mit dem Vorwurf, vor allem von seiten der jungen Priester, leben, er lasse sich im Sinne der Warschauer Regierungspolitik zu leicht instrumentalisieren.

Zwar kann Glemp seinen Kritikern entgegenhalten, kein Geringerer als Karol Wojtila habe seinen Kurs abgesegnet, aber im Episkopat gibt es viele, die es eher mit dem 1981 verstorbenen Primas Wyszynski halten. Für Wyszynski war die Vorstellung, daß eines Tages ein Nuntius in Warschau residiert, daß damit ein von der nationalen Bischofskonferenz unabhängiger Kontakt der polnischen Regierung zum Vatikan ermöglicht wird, kein Wunsch-, sondern ein Alptraum.

So trägt das Kommuniqué mit seinen unmißverständlichen Hinweisen auf die Spannungen im Lande eher die Handschrift von Bischöfen, die Glemp mit Skepsis begegnen. Die Frage, wer mehr von der „Normalisierung" haben wird, das Regime oder die Kirche, ist nämlich noch nicht beantwortet. Und wird nicht eine vom Staat „honorierte" Verständigungsbereitschaft die Kirche ihrer Basis entfremden?

Das Problem wird auch vom Primas nicht geleugnet. Es war Glemp, der am 7. Dezember 1982 vor Priestern seiner Diözese sagte: „Es scheint, daß uns eine Gefahr von unserer allzu passiven Haltung zur 'Solidarnosc' droht, aber gleichzeitig eine andere von den uns vom Staat verliehenden Privilegien." Diese Bermerkung ist plötzlich wieder aktuell.

Eiserner Schmetterling

Von Manfred Neuber

Die Verfassungsänderungen auf den Philippinen, die jetzt in einer Volksabstimmung gebilligt worden sind, fallen unter die Kategorie des „Zu wenig und zu spät". Wenn Präsident Marcos in der Zustimmung einen „Vertrauensbeweis" für sein autoritäres Regime sieht, ist er einem Trugschluß erlegen.

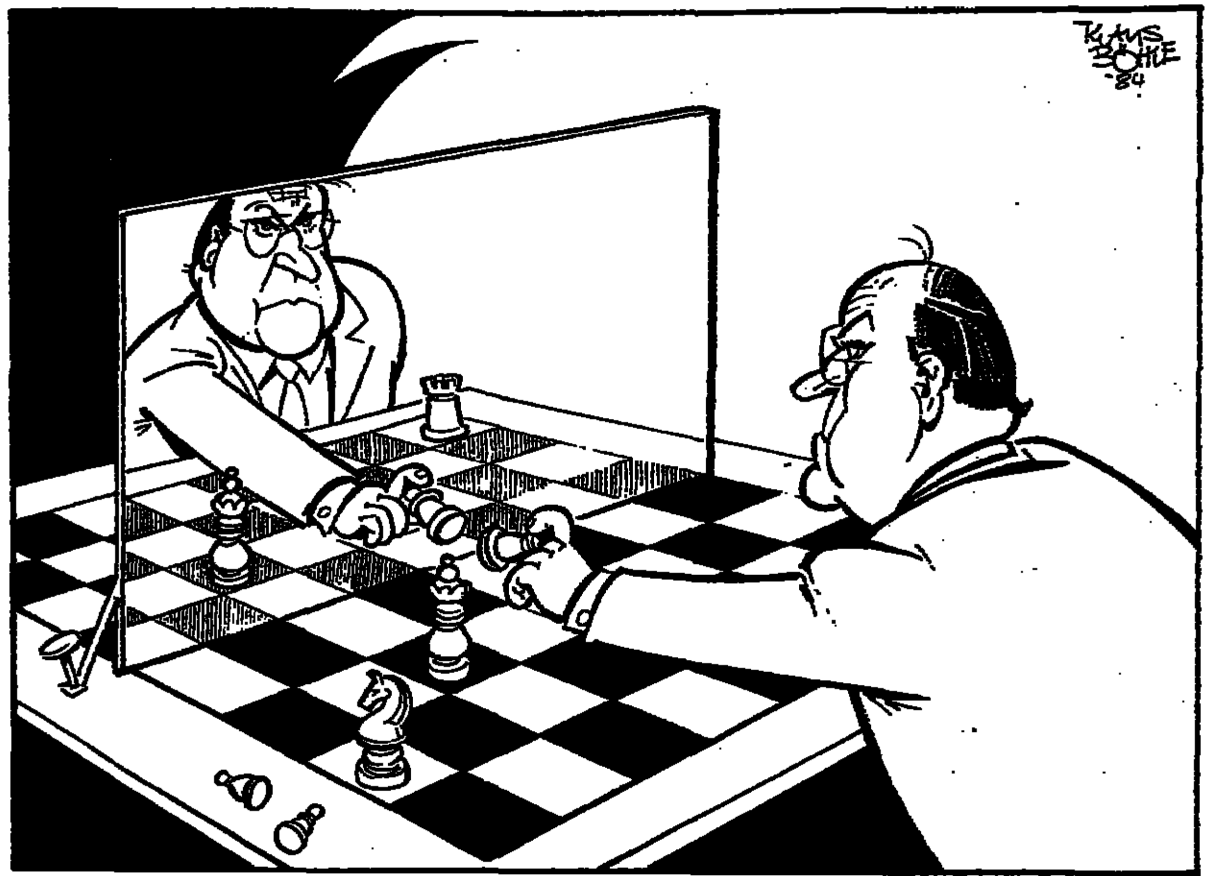
Mit ein paar Reformen am System gibt sich die demokratische Opposition nicht mehr zufrieden. Sie verlangt – unterstützt von katholischer Kirche und Geschäftswelt – grundlegende Änderungen bis hin zum Rücktritt des Staatschefs.

Der labile Gesundheitszustand Marcos' hat die Nachfolge-Frage aufgeworfen. Trotz aller Abrede können die Ambitionen seiner Frau Imelda und eines mit ihr verwandten Militärs nicht ausgeschlossen werden. Darüber sorgt sich auch die Regierungspartei, auf deren Drängen der Präsident entgegen früher erklärter Absicht einräumte, den erst vor kurzem abgeschafften Posten des Vizepräsidenten wieder zu etablieren.

Besetzt wird dieses Amt bei den 1987 fälligen Präsidentschaftswahlen. An die Berufung eines Nachfolgers zu einem früheren Datum will Marcos nicht denken. So bleibt es einstweilen bei der Regelung, daß bei Amtsunfähigkeit des Präsidenten der Ministerpräsident einspringt und Neuwahlen ansetzt. Durch die Verfassungsänderungen hat der Herrscher im Malacañang-Palast vorläufig keinen Boden aufgegeben.

Anders verhält es sich bei der Neueinteilung der Wahlkreise für die Parlamentswahl im Mai. Die einseitige Begünstigung der Regierungspartei wird abgeschächt; die Opposition hätte bessere Chancen, wenn sie geschlossen auftreten würde. Damit ist kaum zu rechnen, wie der Streit um einen Wahlboykott zeigt. Marcos kann also auch hier fürs erste noch sicher sein.

Mehr Gefahr droht ihm von der Untersuchung über den Aquino-Mord. Endlich kam ein halbwegs unabhängiger Ausschuß zustande. Bei den Vorladungen wird vor Imelda Marcos nicht haltgemacht. Die Ironie der Geschichte wäre nicht zu überbieten, wenn der Präsident über seinen „Eisernen Schmetterling" stolperte.



„Endlich einer, der meine Schachzüge versteht!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rauhreif

Von Matthias Walden

Als er beim Landeanflug die Küste Israels erblickte, sagte der Kanzler: „Seht mal, da, das Gelobte Land!" Die Frage ist nun, wer oder was nach dieser Reise wessen Lob verdient.

Nach fast einem Jahrzehnt vergeblichen und peinlichen Wartens auf den Besuch eines deutschen Regierungschefs, füllte Helmut Kohl das Vakuum mit einem hohen Maß an Gutwilligkeit, die bis an die Grenzen eines arglosen Optimismus ging. Er hat in Yad Vashem die Knie gebeugt vor jüdischem Leid, hat sich im Weizmann-Institut vor jüdischem Geist verneigt und in der Knesset vor jüdischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Respekt bezeugt. Sein Kenntnisreichtum in jüdischer Geschichte verblüffte die Gastgeber auf das angenehmste.

Am zweiten Tage fand der Kanzler an der Seite Teddy Kolleks auf den Zinnen des Jerusalemer Rathauses von der Freundlichkeit zur Warmherzigkeit. Strahlend absolvierte er fortan alle Stationen des Besuchsprogramms, genoß, daß er überall mit offenen Armen empfangen wurde und schien, wo Schatten sich auf seinen Weg legten, nie zu frösteln. Äußerlich unbewegt hatte er zugehört, als der Direktor des Mahnmals für die Opfer des Holocaust als einer der Überlebenden von seinem Sohn sprach, der in der Armee dient, und es unvorstellbar nannte, daß auf ihn einst mit deutschen Waffen geschossen werden könnte. Die Toten, so hatte Pemierminister Shamir am ersten Abend gesagt, fehlten dem israelischen Volk an jedem Tage. Aber sie waren mahnend präsent zu jeder Stunde dieser Reise und ihres schließlich doch problematischen Verlaufes.

Nicht das armselige Häuflein verbitterter Demonstranten trübte das fruchtbare Klima der Kanzler-Visite, sondern die unbeeinflußbare Absicht eines deutschen Waffengeschäftes mit Saudi-Arabien. Die Rede Helmut Kohls am Tage seiner Ankunft – in ihrem ersten Teil beeindruckend gelungen – fiel in der politischen Aussage wie Rauhreif auf die Erwartungen der Israelis. Die Freundschaft zu Israel und zu den arabischen Ländern gleichlautend betont und die ethische Besonderheit der verpflichtenden Beziehungen zum Staat der Juden nicht berücksichtigt zu haben, bewirkte Beklemmung. Kohls Berufung auf Pläne und Deklarationen, die von Israel als unzumutbar oder verhängnisvoll empfunden werden, ließen einen Fehlstart befürchten. Doch die Hoffnung der Gastgeber, der Kanzler werde im Verlauf der Gespräche Verständnis gewinnen und seine Haltung ändern, trug beide Seiten zunächst erleichternd über die Klippen. Diese Hoffnung trog.

Hinter allem Ermutigenden, was durchaus nicht nur Kulisse war, hörte man von israelischer Seite Sorgenvolles: Bedeutende israelische Köpfe äußerten die Befürchtung, das Volk könnte in eine „Festungs-Mentalität" verfallen, sich nur noch von Haß, Feindschaft und Treulosigkeit umgeben sehen. Das schlösse die Gefahr einer neurotischen, im schlimmsten Falle psychotischen Entwicklung ein. Aber entscheidend ist dabei: Diese Symptome sind nicht die Folge einer Halluzination, die Gespenster sieht, sondern das Resultat bitterer Wirklichkeiten.

Das Pulverfaß Libanon, die Aggressivität des von den Sowjets hochgerüsteten, expandierenden Syrien, der Fanatismus Libyens, die lauernde Feindschaft Iraks und die Unzuverlässigkeit Ägyptens summieren sich zu einem nicht unbegründeten Gefühl der Verlassenheit – vor allem, dann, wenn Amerika sich irritiert und die Bundesrepublik Deutschland sich entschlossen zeigt, das labile Riad mit modernsten Waffen auszustatten.



Die Toten fehlen an jedem Tage: Bundeskanzler Kohl und Israels Premier Shamir FOTO: DPA

Bei allem Widerstreit divergierender israelischer Meinungen, die sich im Parlament entzünden und entladen, sind sich in Jerusalem alle Parteien einig in der Überzeugung, daß die Saudis im Falle eines neuen Krieges gegen Israel auf der Seite der Aggressoren stehen, ihnen die Waffen weitergeben oder sich gar zur Beteiligung am Angriff verführen ließen. Wo deutsche Interessen sich am Öl orientieren, konzentrieren sich saudiarabische Interessen opportunistisch und zu Lasten Israels an der Erhaltung des Reichtums. Das war so, das ist so, und das wird so sein.

Gegen Ende der Kanzler-Reise entlud sich diese Besorgnis in dem brisanten Stichwort vom Risiko eines israelischen Präventivschlags gegen ein wesentlich aufgerüstetes Saudi-Arabien. Der Staatssekretär beim Premierminister hatte das in einem Interview gesagt und nur als seine persönliche Meinung deklariert. Deutsche Waffen für Riad, so hatte eine israelische Zeitung geschrieben, würden die israelisch-deutschen Beziehungen hinter den Status zurückwerfen, den Ben Gurion und Adenauer historisch vollbracht hatten.

Das alles mag übertrieben erscheinen und in Israel selbst auch ein ungünstiges Echo finden. Den Kanzler focht es nicht an. Seine Unbefangenheit, die aus sehr subjektiver Überzeugung bester Absichten erwächst, hat den Anschein des Unerschütterlichen. Doch seine Reise des guten Willens, auf der er sich nicht ohne Erfolg große Mühe gab, ließ schließlich vieles zu wünschen übrig – nicht nur auf jüdischer Seite. Denn die Tragödie der Vergangenheit flammt auf in der Verstrickung der Gegenwart. Auch wer sich von einem Übermaß israelischer Egozentrik distanzieren und deutsche Eigenständigkeit geltend machen zu müssen meint, kann die (in Jerusalem aus gutem Grund als selbstmöderisch empfundene) Forderung nach Preisgabe der besetzten Gebiete nicht guten Gewissens als vereinbar mit der Pflicht deutscher Wiedergutmachung empfinden. So begannen manche guten Früchte dieser Reise zu faulen, bevor sie reifen konnten.

IM GESPRÄCH K.-F. Brodeßer

Mal rodeln, mal rudern

Von Stefan Heydeck

Schon vor den vertraulichen Beratungen des FDP-Präsidiums über personelle Änderungen in der Parteiführung war bekannt geworden, wer der Favorit von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher für das Amt des Generalsekretärs ist: Karl-Friedrich Brodeßer. Mit ihm scheint Genscher voraussichtlich wie schon im November 1982, als er Irmgard Adam-Schwaetzer zur Nachfolgerin des zur SPD übergewechselten Günter Verheugen machte, ein weiteres Mal eine Überraschung voll gelungen. Denn der 52jährige ist bisher parteipolitisch wenig in Erscheinung getreten. Einen Namen hat sich der gebürtige Essener vielmehr als Regierungsmitglied in Düsseldorf gemacht.



Genschers langjähriger Weggefährte: Karl-Friedrich Brodeßer FOTO: DIE WELT

Genscher und Brodeßer haben vieles gemeinsam: Beide sind Rechtsanwälte. Beide begannen ihren „Bonner Weg" in der FDP-Fraktion als Assistenten. Und beide waren jahrelang für die Innenpolitik zuständig – Genscher als Minister in Bonn, Brodeßer als Staatssekretär in Düsseldorf.

1960, sofort nach seinem zweiten Staatsexamen, war Brodeßer in den Dienst des Genscher-Vorgängers Erich Mende getreten. Bis 1967 arbeitete er als persönlicher Referent des damaligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Er hatte dabei eng mit Genscher, der ein Jahr zuvor Fraktionsgeschäftsführer geworden war, zu kooperieren.

Brodeßer wechselte dann 1970, nach der Gründung des sozialliberalen Regierungsbündnisses, als Leiter der Abteilung Innenpolitik ins Bundeskanzleramt über. Den Posten, auf dem er vor allem für die Koordinierung und Abstimmung innenpolitischer Themen zwischen dem Kanzleramt und den zuständigen Ministerien zuständig war, hatte er Genscher (zu der Zeit Innenminister) zu verdanken. Als „Mann der FDP" hielt er dort auch den Kontakt der unter dem SPD-Kanzler Willy Brandt arbeitenden Behörde zur liberalen Fraktion.

Vier Jahre später, im November 1974 – Genscher war Außenminister, Brandt wegen der Affäre Guillaume abgetreten – holte ihn NRW-Innenminister Willi Weyer als Staatssekretär. Das blieb er dort unter dessen Nachfolgern Burkhard Hirsch (beide FDP) und Herbert Schnoor (SPD) bis nach dem Bonner Koalitionswechsel im Oktober 1982. Die Sozialdemokraten hatten die „Wende" übelgenommen. Seitdem arbeitete Brodeßer als Rechtsanwalt in Siegburg direkt vor den Toren Bonns.

Jetzt will Genscher den kinderlos Verheirateten, dessen Leistungen und Erfolge vor allem in den Bereichen Organisation und Personalverwaltung unumstritten sind, zum zweiten Mal auf einen wichtigen Posten holen. Hoffentlich haben die Hobbys von Brodeßer – Skifahren und Rudern – keinen Symbolwert: Beim einen geht's bergab. Beim anderen kann man ins Wasser fallen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

„Warten auf Kohl" überschreibt das Blatt einen Kommentar zur Lage in Bonn:

Den Bundeskanzler mögen die touristischen Ausflüge im Heiligen Land wie ein letztes Atemholen vor seiner Rückkehr nach Bonn anmuten. Denn was am Rhein auf Helmut Kohl zukommt, ist unausweichlich und nicht von Pappe. Der Kanzler, verärgert und aus dem sonst so sicheren pfälzischen Tritt gebracht, hat Meldungen über eine geplante Amtsenthebung von Verteidigungsminister Wörner als „Quatsch und Blödsinn" bezeichnet. Wörner seinerseits ließ mitteilen, er werde seinen Rücktritt nicht anbieten. Die Wirklichkeit sieht natürlich ganz anders aus. Zumindest der Kanzler weiß, daß Wörner nicht mehr zu halten ist. Kohl muß nun, ob er will oder nicht, seine Führungsqualität entschieden unter Beweis stellen. Er muß einen neuen überzeugenden Chef für die Hardthöhe präsentieren, ohne daß zugleich das große Personalkarussell im Kabinett sich zu drehen beginnt ... Strauß steht jetzt wirklich ante portas.

SUNDAY TELEGRAPH

Die Londoner Zeitung meint zu Präsident Reagans Interesse an einer zweiten Amtszeit:

Dies mag für Leute diesseits des Atlantiks der angemessene Moment sein, wenn er auch spät kommt, den Mann nicht für eine vorübergehende Verirrung zu halten, der aus dem Blickwinkel verschwindet, sobald das amerikanische Volk des schlechten Witzes müde wird, den es sich vor vier Jahren geleistet hat. Es ist ganz klar, daß Amerika Ronald Reagen nicht satt hat. Niemals seit den Tagen Dwight Eisenhowers ist ein amerikanischer Präsident offenbar so sicher in den Herzen der Menschen verankert gewesen. Da das der Fall ist, sollte es für Amerikas Verbündete zur schlichtesten Vernunft gehören, zu versuchen, Reagans Sicht der Welt zu verstehen, statt sie herblassend als simple Denkweise eines früheren Hollywood-Stars abzutun.

HAARETZ

Die israelische Zeitung schreibt zum Kohl-Besuch:

Der deutsche Regierungssprecher hat erklärt, daß die Tragödie von Auschwitz nicht zu politischen Zwecken ausgeschlachtet werden darf, und es scheint, als ob Kanzler Kohl dies in etwa Ytzhak Shamir erklärt hat, um ihm zu bedeuten, daß die BRD nicht von ihrer Waffentransaktion mit Saudi-Arabien abgehen werde ... Nichtsdestoweniger gibt es keinen Hinweis dafür, daß Saudi-Arabien sich nicht mehr als Feind Israels betrachtet und daß es von seiner Seite kein Engagement gibt, daß diese Waffen nicht später an Syrien, Irak, die PLO oder Libyen weitergeliefert werden. Was im Westen als die 'saudische Mäßigung' bezeichnet wird, ist nichts als äußerste Vorsicht und eine schreckliche Furcht vor den 'arabischen Brüdern', die Riad äußerst verwundbar gegenüber Pressionen von Extremisten macht ... Unsere deutschen Gäste müssen wissen, daß ihre Argumentation uns nicht überzeugt hat. Sollten sie letzten Endes diese Transaktion vornehmen, werden sie eine Krise in den israelisch-deutschen Beziehungen bewirken, die alle positiven Ergebnisse des Kanzler-Besuchs zunichte machen wird.

Therapie für die jüngeren Jünger Äskulaps

Wie man die Qualität der Nachwuchs-Mediziner verbessern will / Von Albert Müller

Über die Qualität der Ausbildung von Ärzten ist fast nur noch Negatives zu hören. Quelle dieser Beurteilung sind die medizinischen Fakultäten und das ärztliche Establishment. Besorgnisse verbreiten sich in der Bevölkerung. Denn für den Kranken ist nicht nur die Krankheit, sondern auch der Arzt sein Schicksal. Unter dieser Bedingung einer vitalen Abhängigkeit ist Kritik an der Zukunft ärztlicher Behandlung mit großer Verantwortung verbunden.

Der Chirurg und Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, sagte kürzlich scherzhaft, vielleicht sollte man Patienten importieren, damit jeder Medizinstudent an die Kranken herankomme. In den Kliniken gebe es Kranke, die ein Viertel ihrer Patientenzeit für Ausbildungszwecke zur Verfügung stellen müßten, das sei auf die Dauer nicht zumutbar.

Einen Vorhang vor die allgemeine Ratlosigkeit zieht jetzt der Gesetzgeber. Novellen wurden auf den Weg gebracht: für die Zulassungs-, die Ärzte- und die Approbationsordnung. 1984 soll das Jahr sein, in dem zielbewußt begonnen wird, die Tüchtigkeit der Ärzte zu steigern.

Da ist zuerst die Zulassung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Von der Mitte dieses Jahres an gewinnt das Recht auf Niederlassung in eigener Praxis nur, wer sich in 18 Monaten, davon mindestens sechs Monate bei einem Kassenarzt, auch praktisch auf seine künftigen Pflichten vorbereitet hat. Das war der einen Ärztegruppe zu wenig, der anderen zuviel, der Bundesrat hat sich für einen Kompromiß entschieden.

Von 1986 an wird dem Studium für alle eine Praxisphase von 24 Monaten draufgesetzt, auf die erst die volle Approbation, vor Weiterbildung oder Niederlassung, folgt. Bald also keine Angst mehr vor den jüngeren Jüngern Äskulaps? Man möchte es hoffen. Freilich sind viele Fragen noch offen, wie etwa die nach genügend Ausbildungsstellen bei etablierten Ärzten, sei es für den „Arzt in Vorbereitung" oder später den „Arzt im Praktikum", dann die Frage der Bezahlung der Praktikanten, die Anrechenbarkeit des Praktikums auf die Weiterbildung, schließlich der Bedarf an Klinikausbildern, die sich gerade für diese Funktion besonders eignen. Für Euphorie besteht also noch kein Anlaß, aber: Wir haben es endlich wieder einmal mit Gesundheitspolitik zu tun. Es bahnt sich mehr an als ein neues Kostendämpfungsgesetz. Den jungen Leuten wird nicht ihre Untüchtigkeit nach- oder vorausgesagt, sondern die Aussicht, ein guter Arzt zu werden, steigt. Berufsfreiheit und Berufshoffnungen bleiben unangetastet. Wer Arzt werden will und dafür im Rahmen des Möglichen zufriedenstellend ausgebildet ist, der wird Arzt.

Im Praktikum hat er Gelegenheit, sich selbst gründlich zu prüfen. Spezialisierung im engeren Sinne, wie sie der strukturellen Entwicklung der Ärzteschaft unverändert den Stempel aufdrückt, oder vertiefte Ausbildung in Allgemeinmedizin? Das gesundheitspolitisch Wünschenswerte, die Verbreiterung des Angebots an hochqualifizierten Allgemeinmedizinern, ist die Chance der Jungen. Aus der Allgemeinmedizin als Ausbildungsfach und Berufsziel wächst der erfahrene Arzt, der Vertrauen verdient, weil er nicht nur Glücksfall ist.

Nimmt man nun an, daß die juristische Fleißarbeit in Form novellierter Ordnungen – für Ausbildung, Approbation, Zulassung – die beabsichtigte Wirkung erzielt, so bleibt doch immer noch unbefriedigend, daß dies allenfalls sehr spät geschieht. Nicht auszulöschen ist der Eindruck, daß viel Zeit nutzlos verschenkt wurde. Die etablierte Führungsschicht der Ärzteschaft hat versäumt, rechtzeitig den Zuständen vorzubeugen, die sie mit Klagen über die jüngere Generation charakterisiert.

Schon 1970 gab es eine neue Approbationsordnung. Auch sie wollte den praktischen Teil des Studiums hervorheben. Das Vorhaben wurde von der Flut der Medizinstudenten zunichte gemacht. Die WELT hatte schon 1975 vor den Folgen einer „Ärzteschwemme" gewarnt.

Es gab Widerspruch, doch längst ist das Wort zum gängigen Begriff geworden. Inzwischen haben sich die Zahlen der Ärzte, der Erstsemester und der Approbationen mehr als verdoppelt – trotz Numerus clausus. Dann schrieb 1976 Professor Hans Joachim Sewering, damaliger Präsident der Bundesärztekammer, in der WELT: „Schon heute zeigt sich, daß es weniger die absoluten Zahlen der Ärzte sind, die uns beschäftigen müssen, sondern die Verteilungsprobleme. Dies gilt sowohl für die geographische Verteilung als auch für die innerärztliche hinsichtlich des Zahlenverhältnisses der Allgemeinärzte zu den Ärzten der verschiedenen Fachgebiete. Hier müßten verantwortliche Überlegungen einsetzen."

Helmut Kohl als katholischer Pilger im Heiligen Land

„Nicht als Bundeskanzler, sondern als Helmut Kohl" besuchte der Staatsgast aus Bonn zwei Tage lang die heiligen Stätten in Galiläa und Ost-Jerusalem. Hier schüttelte der katholische Pfälzer alle politischen Erwägungen ab: Er betete, staunte, ergriff viele Hände und lachte.

Von BERNT CONRAD

Helmut Kohl nahm viel auf sich, um am Freitag, dem Beginn des Sabbat in Israel, einen Ausflug in die klassische Landschaft des neuen Testaments, Galiläa, zu unternehmen. Morgens um 6.55 Uhr, bei Donner, Sturm und Wolkenbruch, startete die Wagenkolonne vom Jerusalemer King-David-Hotel zum Ben-Gurion-Flughafen in Tel Aviv. Eigentlich hatte ein Hubschrauber den Kanzler transportieren sollen. Doch ein plötzlicher Wettersturz zwang zur Umdisponierung. So mußte Kohls Delegation mitsamt einigen Journalisten in eine viermotorige Herkules C-130 klettern.

Laut dröhnend, im Sturm heftig schaukelnd, aber sicher brachte der gewaltige Transporter den Kanzler – der ungerührt im Cockpit ein Nickerchen machte – zum Galiläischen Militärflugplatz Machanaym.

Von dort ging es, wieder bei Donner und Blitz, nach Nazareth. In Sturzbächen schoß das Wasser durch die engen Straßen der Stadt, in der Jesus Christus seine Jugend verbracht hatte. Doch das alles störte den Kanzler nicht. Jenseits der Politik, die ihm in den letzten Tagen soviel zu schaffen gemacht hatte, genoß er diesen „privaten Tag" als katholischer Pilger und heiterer Tourist. Gestört wurde er dabei nur von Fotografen und Kameraleuten. „Jetzt noch ein Bild, dann ist Schluß. Ich will mir hier Kirchen ansehen und keinen Film machen", rief er ihnen zornig zu.

An der Mariengrotte der Verkündigungs-Basilika betete der Pfälzer, ebenso wie an allen anderen heiligen Orten, zu denen er in Galiläa und am nächsten Tag in Jerusalem kam. „Verehrung und Zerstörung – das kommt zusammen", meinte er, als ihn der Franziskanerabt Mariano Farinelli entschuldigend auf die in fast 2000 Jahren an der Grotte entstandenen Schäden hinwies. Draußen vor der Kirche winkten ihm arabische Bewohner Nazareths zu. Schuljungen warteten am Straßenrand. Hier nun war Kohl wirklich in seinem Element: strahlend, winkend, händeschüttelnd. Durch tiefe Pfützen watete er zur Josephskirche, doch das „Bad in der Menge" entschädigte ihn für die Nässe.

Ein Reporter des örtlichen arabischsprachigen Fernsehens erkundigte sich beim Kanzler: „Haben Sie denn auch für den Frieden im Nahen Osten gebetet?" Darauf Kohl lachend: „Natürlich – das ist ja der Sinn meiner Reise." Während einer kurzen Andacht in der Grotte der Heiligen Familie erscholl draußen wieder ein Donnerschlag. Auf die Frage: „Hat das symbolische Bedeutung?" meinte Kanzlerberater Horst Teltschik: „Ja, wir bringen Israel Glück."

In biblischem Geist ging es dann vom nahen Tiberias mit dem Schiff über den See Genezareth nach Capernaum, wo Jesus einst seine ersten Jünger, Simon und Andreas, gefunden und ihnen gesagt hatte: „Folget mir nach. Ich will euch zu Menschenfischern machen." Vor der Kulisse der Golanhöhen trafen sich Kohl und der israelische Botschafter in Bonn, Ben-Ari, zu einem längeren Gespräch unter vier Augen im Bug des Schiffes.

Die Ruinen der Synagoge in Capernaum, die Kirche in Tabga, wo Jesus der Überlieferung nach die Speisung der fünftausend vollzogen hatte, der Berg der Seligpreisungen – Kohl (auf eine etwas befangene, fast schüchterne Weise fromm, wie ein politischer Freund formulierte) sog das alles beeindruckt und zugleich fröhlich in sich auf. Er langte auch kräftig zu, als ihm am Mittag im nahegelegenen Kibbuz Ginossar ein schmackhaftes Essen vorgesetzt wurde. „Ich muß wieder abnehmen", stellte der Kanzler mit einem Seitenblick auf seine sich rundende Taille fest. Dann verzehrte er wohlgemut noch eine Banane mit Schokoladenguß.

In Ginossar hatte jahrzehntelang der ehemalige israelische Außenminister Yigal Allon gewirkt. Kohl besuchte zum Abschluß seiner Visite das Grab dieses bedeutenden Politikers und Militärs.



Zum Besuch Ost-Jerusalems gehörte für den „Privatmann" Helmut Kohl auch eine Visite des moslemischen Felsendoms. FOTO: AP

Hinter dem Jaffa-Tor verschwand der Stander

Am Samstag folgte dann der zweite Teil der Pilgerfahrt: die Altstadt Jerusalems. Durch das Jaffa-Tor, das einstmals auch Kaiser Wilhelm II. passiert hatte, fuhr der Kanzler noch mit israelischem Stander an seiner schwarzen Limousine. Dann ließ er ihn abnehmen. Er hatte auch den deutschen Botschafter, Niels Hansen, und den israelischen Protokollchef gebeten, ihn nicht in das von den Arabern zurückgeforderte Ost-Jerusalem zu begleiten. Er wollte damit den privaten Charakter seines Besuchs unterstreichen und – so ein Delegationsmitglied – die völkerrechtlich umstrittene Lage berücksichtigen.

Der „Privatmann" Kohl kaufte als erstes seiner Frau ein goldenes Kettchen. Dann kam eine für Kanzler und Privatmann Kohl gleichermaßen erfreuliche Überraschung: Der Patriarch von Jerusalem verlieh ihm das Großkreuz vom Heiligen Berg, eine hohe Auszeichnung, die zuletzt Präsident Ronald Reagan erhalten hatte. Dabei pries der Patriarch Kohls Bemühungen um Frieden und Versöhnung. Die israelische Armee hatte den Gang des Kanzlers durch die Altstadt mit großem Aufwand gesichert: Überall in den Straßen und auf den Dächern wachten schwerbewaffnete Soldaten, teilweise mit Zielfernrohr. Passanten wurden energisch weggeschoben. Dennoch fanden sich noch genug Menschen, die Kohl zuwinkten. Er schüttelte Hände; er suchte den persönlichen Kontakt. Sei es mit arabischen Ladenbesitzern im malerischen Suk (Basar), mit jüdischen Passanten oder mit ausländischen Touristen.

In der Grabeskirche verlas ein Pfarrer die Kreuzigungsgeschichte, Kohl verabschiedete sich hier besonders herzlich von den Vertretern aller christlichen Konfessionen. Später meinte er: „Ich hielte es für wichtig, daß mancher Geistliche aus Deutschland einmal nach Jerusalem käme und sich an der hier praktizierten Ökumene ein Beispiel nähme."



Zum Schluß der Reise ein Gebet an der jüdischen Klagemauer. FOTO: AP

„Vater-Unser" in Arabisch und Deutsch

Vor der evangelisch-lutherischen Erlöserkirche demonstrierten etwa zwanzig junge Deutsche (meist Theologiestudenten), gegen Nachrüstung und Waffenexporte. Im Inneren spielte eine Organistin Bach. In Arabisch und Deutsch wurde das Vaterunser gebetet. Beim Weitergehen fragte Staatsminister Alois Mertes: „Was haben Gerolstein und Jerusalem gemeinsam?", und gab lächelnd die Antwort: „In beiden Städten ist die evangelische Kirche von Kaiser Wilhelm II. eingeweiht worden."

Jenseits des Basars, vor dem moslemischen Felsendom, begrüßte der greise Großmufti von Jerusalem den Bonner Gast. Mit wohlgesetzten Worten pries er die lange traditionelle Freundschaft zwischen Arabern und Deutschen. Kohl hielt sich zurück und erklärte nur lapidar: „Ich freue mich, hier zu sein." Auf dem einstigen jüdischen Tempelberg winkten und lachten junge und alte Moslems dem Kanzler zu. „Wie geht's?" fragte einer auf deutsch. „Gut", erwiderte Kohl verblüfft. „Bitte", riefen einige fröhlich – es war wohl das einzige deutsche Wort, das sie kannten.

Nun umgab echter Orient den Pfälzer. Die goldene Kuppel des Felsendoms, eines der großen Heiligtümer der Mohammedaner, glänzte in der an diesem Vormittag wieder zum Vorschein gekommenen Januar-Sonne. Kunstvoll verzierte blaue Kacheln kontrastierten zu rot leuchtenden Glasfenstern. Mit einem Besuch in der El Aqsa-Moschee endete der Abstecher in eine für Kohl fremdartige Welt.

Am Abend – nach der Teilnahme an einer katholischen Messe – betete Kohl noch an der Klagemauer, jenem uraltem Relikt jüdischer Standhaftigkeit, die niemals den Glauben an die Rückkehr nach Jerusalem aufgegeben hat. Tief nachdenklich kehrte der Kanzler in das King-David-Hotel zurück.

„Stotterbanken" zwischen Anklage und Verteidigung

Ratenkredite von Teilzahlungsbanken sind teuer. Erheblich teurer als bei Banken oder Sparkassen. In vielen Fällen, so die Verbraucherschützer, seien Wucherzinsen verlangt und sittenwidrige Kreditverträge abgeschlossen worden. Die Stotter-Banken sind erbost ob dieser Vorwürfe. Sie bezichtigen die Verbraucherschützer der Irreführung.

Von CLAUS DERTINGER

Das schwere Geschütz der Verbraucherschutz-Verbände richtet sich nicht gegen die heutige Praxis der Ratenkredit-Banken. Aus den letzten drei Jahren seien ihnen nur noch wenige sittenwidrige Verträge auf den Tisch geflattert, betont Frau Annette Kähler, Leiterin der Abteilung Verbraucherschutz der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, gegenüber der WELT. Das ist eine Feststellung, die freilich nichts an der Tatsache ändert, daß es zwischen Konsumentenkrediten der unter allen möglichen – nicht immer eindeutigen Firmierungen arbeitenden – Teilzahlungsbanken und den Ratenkrediten der Banken und Sparkassen auch heute noch ein erhebliches Preisgefälle gibt.

Sittenwidrigkeit, die zur Folge hat, daß die Geschäfte nichtig sind, wollen die Verbraucherschützer bei vielen Ratenkreditverträgen von Teilzahlungsinstituten aus den Jahren 1975 bis 1980 festgestellt haben. Im Rahmen ihrer Aktion „Verbraucher-Rechtsberatung" gingen in der Düsseldorfer Verbraucherzentrale rund 18 000 Verträge von Ratenkredit-Kunden ein, von denen gut 4000 Verträge mit 130 Teilzahlungsinstituten unter die Lupe genommen wurden.

Das Ergebnis, so die Verbraucherschützer, sei verheerend gewesen. Mehr als 45 Prozent der Verträge seien eindeutig sittenwidrig, ein Tatbestand, der nach Auffassung der Verbraucher-Zentrale dann gegeben ist, wenn der effektive Jahreszins den von der Bundesbank ermittelten Durchschnittszins für Ratenkredite um 85 Prozent übersteigt und wenn die sonstigen Kreditbedingungen deutlich von den am Markt üblichen abweichen.

Unter den „belastenden Bedingungen" hebt Frau Kähler vor allem überhöhte Verzugszinsen, Verzugsfolgeregelungen, überhöhte Mahnkosten, Gebühren- und Inkassokosten hervor. Und sie kritisiert zudem viele Bestimmungen im Kleingedruckten, deren konkrete Folgen sich juristisch unbeleckte Kreditnehmer nicht ausmalen könnten. Von den Vorwürfen der Verbraucherschützer ist vor allem der Marktführer im Teilzahlungsgeschäft, die Kunden-Kredit-Bank (KKB), Düsseldorf, betroffen.

Die Ratenkredit-Kunden, denen die KKB das Fell über die Ohren gezogen habe, dürften das nicht einfach hinnehmen, meinen die Verbände. Und so haben denn die Verbraucher-Zentralen, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und die Arbeiterkammer Bremen der Kunden-Kredit-Bank angeboten, eine pauschale Regelung für die in den Jahren 1975 bis 1980 geschlossenen Ratenkreditverträge zu treffen, die eine Wiedergutmachung für die KKB-Kunden vorsehen.

Die KKB ist bereit, über Einzelfälle mit sich reden zu lassen und dort zu helfen, wo es erforderlich sei, aber ansonsten geht die KKB und mit ihr der Teilzahlungs-Bankenverband auf die Barrikaden. Sie bestreiten nicht nur, daß die Verbraucherverbände für ihre Aktion legitimiert sind; sie werfen ihnen vor allem vor, die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in irreführender und falscher Weise zitiert und angewandt zu haben. Außerdem hätten sie die Verbraucher durch falsche und irreführende Vorschläge verunsichert. Die KKB hält den Verbraucherzentralen vor, sie berücksichtigten überhaupt nicht, daß Sittenwidrigkeit nur dann vorliege, wenn die Bank wissentlich und vorsätzlich die Notlage eines Kreditnehmers ausnutze, was wohl in der Tat nur schwer zu beweisen ist.

Auch wenn die Aktion der Verbraucherschützer ausgeht wie das Hornberger Schießen: Es kann nicht schaden, wenn die Bürger wieder einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß Ratenkredite bei Teilzahlungsbanken einiges mehr kosten als bei Banken und Sparkassen, die etwa 10,5 bis zwölf Prozent verlangen. Allerdings ist es nicht nur Unwissenheit, die das Geschäft der Stotterbanken blühen lassen läßt; manch einer zahlt freiwillig 15 oder vielleicht auch 20 Prozent und mehr für den Ratenkredit einer Teilzahlungsbank, sei es aus Angst, die Bank oder Sparkasse nebenan wahre nicht die selbstverständliche Diskretion oder – weil das Renommee darunter leiden könnte – wenn der Vereins- oder Skatbruder weiß, daß der teure Wagen nicht mit Barem bezahlt und eigentlich eine Nummer zu groß ist. Viele Bürger werden oft dadurch zu Kunden von Teilzahlungsbanken, daß sie Ratenzahlungsangebote von Kaufhäusern nutzten.

Bleibt freilich noch die Frage, warum Teilzahlungsinstitute teurer sind als Banken und Sparkassen. Die Hauptgründe: Weil ihre Kredite meist nicht bankmäßig abgesichert sind, müssen sie beim Geldeinkauf höhere Zinsen zahlen. Ihre Kreditrisiken sind höher als die anderer Banken. Das Geschäft ist wegen der meist nur kleinen Kreditbeträge sehr kostenintensiv.

Italien macht für Pertini mobil

Geht es nach dem Willen der Italiener, dann steht der Träger des nächsten Friedensnobelpreises bereits fest: Staatspräsident Sandro Pertini. Damit dieser Wunsch wahr wird, werden die Massen mobilisiert.

Von F. MEICHSNER

Der augenblickliche Zustand Italiens wäre wohl am treffendsten mit Generalmobilmachung zu umschreiben, hätte das Wort nicht einen so ausgesprochen kriegerischen Klang. Von Südtirol bis nach Sizilien werden die Bürger mit Appellen überschüttet, sich freiwillig zu stellen. Überall im Land haben Meldebüros eröffnet – vom Ersten Programm des staatlichen Rundfunks bis hin zu den kleinsten Gemeinden. Ein Telefonanruf genügt, in Rom beispielsweise unter den Nummern 6 78 27 05 oder 6 78 27 94. Wer will, kann aber auch zur Feder greifen.

In die Hunderttausende geht die Zahl derjenigen, die innerhalb weniger Tage „unter die Fahnen" geeilt sind. Die Begeisterung scheint keine Grenzen zu kennen. Im Unterschied zu früheren Zeiten hat sich die Mobilmachungsstimmung diesmal allerdings nicht an einem kriegerischen, sondern an einem friedlichen Ziel entzündet: am Wunsch nach einem Friedenspreis.

Italiens Sozialisten haben das Volk aufgerufen, die von ihnen lancierte Kandidatur des 87jährigen Staatspräsidenten Sandro Pertini für den Friedensnobelpreis zu unterstützen. Da der Altsozialist im Quirinalspalast wahrscheinlich der einzige zeitgenössische Politiker des Landes ist, den das Volk wirklich gern hat, und da seine Friedensliebe außer jedem Zweifel steht, findet der Aufruf ein überwältigendes Echo.

Daß Sandro Pertini ein aufrechter, stets um die Ausbreitung einer „Kultur des Friedens" bemühter Mann ist, hat sich längst auch außerhalb Italiens herumgesprochen. Überall, wo er hinkommt, schlägt ihm die Sympathie der Menschen entgegen, weil jeder seine menschliche Warmherzigkeit fühlt und seine Offenheit schätzt. Was er denkt, das sagt er, ohne Rücksicht auf Opportunität und politische Durchsetzbarkeit.

Damit ist er sicherlich eine Ausnahmerscheinung unter den zeitgenössischen Politikern. Niemand zweifelt an seiner Aufrichtigkeit, ganz gleich, ob er nun – wie in einem WELT-Interview 1979 – im Blick auf Berlin versichert, daß er sich, wenn Rom geteilt wäre, für dessen Wiedervereinigung schlagen würde, oder ob er sich – wie in seiner letzten Silvester-Ansprache – mit der für den Frieden demonstrierenden Jugend solidarisiert. Mit seinem „Freund", dem polnischen Papst, verbindet ihn neben vielem anderen die gemeinsame Überzeugung, daß der Frieden ein unersetzbares Gut ist, die innere Friedensbereitschaft des Menschen voraussetzt sowie von Gerechtigkeit und Freiheit getragen werden muß.

Es ist Sache des Friedensnobelpreis-Komitees, zu entscheiden, inwieweit Pertinis Haltung – auch in ihrer gelegentlichen Undifferenziertheit und Naivität – preiswürdig ist im Sinne der Statuten. Einer Kampagne als Entscheidungshilfe bedarf es dazu sicherlich nicht. Wer sie entfesselt, beschwört eher die Gefahr herauf, den Preiskandidaten ins Zwielicht der politischen Manipulation zu bringen.

Pertini selbst reagiert jedesmal, wenn er direkt auf seine Kandidatur angesprochen wird, mit einem fast verlegen klingenden „um Gottes willen!". Den Promotoren seiner Kampagne aber scheint jede Zurückhaltung fernzuliegen. Sie entfalten eine Geschäftigkeit, die schon beinahe peinlich wirkt.

Walesa wehrt sich gegen Hetzkampagne

AFP, Warschau

Der polnische Arbeiterführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa hat in einem vertraulichen Brief an Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski die gegen ihn eingeleitete Hetzkampagne angeprangert. Sie ziele auf seine „Kaltstellung“ ab.

Walesa betont in dem Brief, der vom 29. Dezember datiert ist, er werde den Inhalt des Schreibens bei Ausbleiben *einer Antwort binnen eines* Monats veröffentlichen. In einem Telefongespräch bestätigte der Führer von „Solidarität“ am Wochenende die Echtheit des Schreibens, das der Presse in Warschau zugegangen war.

„Herr General“, so leitet Walesa seinen *Brief ein*, „*ich schreibe Ihnen* aus Achtung vor der Uniform, die Sie tragen, und weil ich mich weigere zu glauben, daß Sie es sein könnten, der den Befehl zur Anwendung derart niedriger Methoden gegen meine Person gibt... Ich nehme an, daß Sie *das Problem auf folgende Weise dar*gestellt haben: Versucht, Euch mit Walesa zu verständigen, und wenn nicht, dann schaltet ihn aus. Dies ist verständlich. Wir haben uns nicht verständigen können, denn die gestellten Bedingungen waren, vor al*lem aus moralischen Gründen, unan*nehmbar. Es blieb also nur die Ausschaltung.“

In seinem Brief zählte Walesa eine lange Liste juristischer Schikanen, Fälschungen und direkten und indirekten Drucks auf seine Verwandten auf. Für alle diese Anschuldigungen habe er Zeugen und Dokumente, die sich an einem sicheren Ort befänden. „Ich wende mich an Sie, weil die mit meiner Ausschaltung beauftragten Personen ungeduldig und immer gehässiger werden“, heißt es in dem Brief weiter.

Zum Abschluß seines Schreibens fordert Walesa Jaruzelski auf, dieser „unnützen Energieverschwendung“ ein Ende zu bereiten und den Dialog zum Wohl der gesamten polnischen Nation wiederaufzunehmen:

„Herr General, wie Sie zweifellos feststellen, habe ich mich bislang nur verteidigt. Ich habe so gehandelt, weil ich glaube, daß wir früher oder später in unserem eigenen Haus miteinander auskommen müssen. Ich bin kein Gegner, sondern nur ein anspruchsvoller Partner, dessen Ziel es ist, jene Irrtümer und Verzerrungen zu vermeiden, die uns nächstes Mal sehr teuer zu stehen kommen würden.“

Streit zwischen Zoll und Grenzschutz

BERND HUMMEL, Eschwege

Gegen eine Auflösung des etwa 2000 Beamte zählenden Grenzschutzeinzeldienstes (GSE) zugunsten der Wahrnehmung grenzpolizeilicher Aufgaben durch den Zoll hat sich der Vorsitzende des Bundesgrenzschutzverbandes (BGV), Helmut Pfeffer, ausgesprochen. Pfeffer sagte, sein Verband sei nicht bereit, diesen Preis als Gegenleistung für die angestrebte Übernahme von jährlich 700 BGS-Beamten durch den Zoll zu zahlen (WELT v. 26. 1. 84).

Bereits im März 1983 hatte der Bund der deutschen Zollbeamten in einer Entschließung die Wahrnehmung grenzpolizeilicher Aufgaben an den Grenzübergängen durch die Zollverwaltung sowie die Übernahme der Beamten des Einzeldienstes bei gleichzeitiger Auflösung der Grenzschutzämter gefordert. Demgegenüber erklärte der BGV-Bundesvorsitzende Helmut Pfeffer, die grenzpolizeilichen Aufgaben gehörten in die Hand des Grenzschutzes. Langfristig trete der Verband für eine Personalverstärkung von 2000 auf 4000 Einzeldienstbeamte ein.

Allein in diesem Jahr benötige der GSE durch die Einrichtung acht neuer Grenzübergänge zusätzliches Personal in einer Größenordnung von 400 Mann. Aufklärungsquoten von annähernd 60 Prozent hätten den Einzeldienst schon jetzt als ein hoch qualifiziertes und erfolgreiches Instrument ausgewiesen. Pfeffer: „Der Zoll ist von der Ausstattung und Ausbildung nicht in der Lage, Aufgaben wie etwa die Bekämpfung der Banden- oder Rauschgiftkriminalität im erforderlichen Umfang zu erfüllen.“

Brandt sieht keine Gefährdung Berlins

DW. Berlin

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sieht auch nach der NATO-Nachrüstung keine „gesonderte Gefährdung“ Berlins durch etwaige östliche Gegenmaßnahmen. In einem Interview mit dem „Volksblatt Berlin“ sagte Brandt, Berlin könne sich so sicher fühlen, „wie wir alle es tun können unter den derzeitigen Bedingungen der Großwetterlage“. Grundvoraussetzung für diese Lage sei, „daß die geschlossenen Verträge gehalten und nicht an ihnen herumgefummelt wird“.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Brandt warnt die Genossen vor dem Wunsch nach Verstaatlichung

Arbeitnehmer-Flügel will Schlüsselindustrien „vergesellschaften“ / Neue Parteizeitung?

PETER PHILIPPS, Karlsruhe

Der große Vorsitzende übte sich erst einmal in Lob und Milde, strich Aufgaben und Verdienste der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) vor den mehr als 300 Delegierten dieser SPD-Gruppe in Karlsruhe heraus und sagte, daß er „nicht dazu da“ sei, die Beschlüsse des Kongresses „zu zensieren“. Aber dann schlug Willy Brandt gestern morgen doch die Pflöcke ein: Gerade in Westeuropa habe es sich doch „herumgesprochen, daß eine zentral geleitete Planwirtschaft nicht funktionieren kann“. Eine „Verstaatlichung herabgewirtschafteter Unternehmen“ führe zu nichts.

Die Delegierten auf den Boden der Realität gestellt

Die mit Verständnis („Ich wundere mich nicht über solche Forderungen, wenn die Regierung die Arbeitnehmer ohne Perspektiven läßt“) abgemilderte Kritik Brandts richtete sich gegen zwei Beschlüsse, die von den Delegierten am Vortag mit übergroßer Mehrheit verabschiedet worden waren. In ihnen wird die SPD-Bundestagsfraktion zu parlamentarischen Initiativen aufgefordert, die zu einer „Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum“ und zur „Schaffung einer nationalen, paritätisch mitbestimmten Stahl AG“ führen. Vom Vorstand der Partei sei „ein geschlossenes Konzept zu erarbeiten, das die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und der Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung den Mitgliedern verständlich darstellt“.

Kampfbereitschaft war es vor allem was diesen AfA-Bundeskongreß am Wochenende prägte. Wohl selten hat man in der jüngsten Vergangenheit auf einer SPD-Veranstaltung so häufig die Worte „Machtprobleme in der Wirtschaft“, „Entsolidarisierung“ und „Kampfansage“ gehört. In dem dadurch noch verstärkten Wir-Gefühl der Genossen, in diesem zeitwei*ligen Überschwang konnte es dann* schon passieren, daß die Bundestagsabgeordnete Anke Fuchs so mit dem Geld gedanklich von einem Topf zum anderen zauberte, daß sie die Rentenversicherung „in Gedanken schon saniert“ sah.

Brandt jedenfalls holte bei aller Begeisterung, die er wieder einmal unter den Delegierten weckte, manches auf den Boden der Realitäten zurück: Die SPD bleibe zwar eine Arbeitnehmerpartei, aber in ihr hätten auch Intellektuelle traditionell ihren Platz: „Es war eben kein Zufall, daß der Handwerksmeister Bebel und der rechtskundige Doktor Lassalle vor 120 Jahren an der Spitze von je einem Zweig der jungen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung standen.“ Die Richtung der anstehenden Arbeit gab er mit dem Hinweis vor, daß „Sozialdemokraten und Gewerkschafter weiterhin nicht unerörtert lassen können, daß Millionen Arbeitnehmer sich tagtäglich in einer Umgebung bewegen müssen, in der Demokratie nicht stattfindet“. Erst wenn Demokratie auch bei „volkswirtschaftlichen Weichenstellungen und vor allem im Betrieb zur anerkannten und praktizierten Tatsache geworden ist, wird der demokratische und soziale Rechtsstaat insoweit beendet sein“.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hatte in diesem Zusammenhang bereits am Freitag vor den AfA-Delegierten von der „*Machtfrage*“ gesprochen. Der Sozialstaat stehe gegenwärtig am „Scheideweg“. Wenn jetzt der „falsche Weg“ gewählt werde, werde „der einzelne wieder auf sich zurückgeworfen. Dann entziehen sich viele der Mächtigen der Kontrolle und nicht wenige der sozial Stärkeren der Solidarität.“ Das, was die Bundesregierung schon an Sparmaßnahmen beschlossen habe, sei „der härteste Schlag, der dem System des sozialen Ausgleichs seit Gründung der Bundesrepublik von einer Bundesregierung zugefügt worden“ sei.

Wichtige Ankündigung in einem Nebensatz versteckt

Und wer in Karlsruhe gegen Privatisierungspläne in einzelnen, auch sozialen Bereichen wetterte, der hatte seinen Beifall sicher.

In einem Nebensatz versteckte Vogel in Karlsruhe eine gewichtige Ankündigung: Wenn die SPD etwas dem CSU-Organ „Bayernkurier“ Vergleichbares hätte, würde ihr dies auf dem Weg zu einer Wiedergewinnung der Regierungsmehrheit in Bonn entscheidend helfen. Er, Vogel, werde jedenfalls seine „Kraft investieren, damit wir jeden Samstag mit einer Wochenzeitung herauskommen“. Gemeint sein konnte nur eine neue Form des „Vorwärts“. Vogel: Für drei Mark im Monat von jedem Mitglied „wäre schon etwas anständiges *zu machen*“.

Scheel: Von Weizsäcker ist ein Vorbild für guten politischen Stil

Regierender Bürgermeister wurde mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet

XING-HU KUO, Stuttgart

Der Regierende Bürgermeister von Berlin und designierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) ist mit dem diesjährigen Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet worden. In einer Feierstunde der überparteilichen „Stiftung Theodor-Heuss-Preis e. V.“ im Stuttgarter Neuen Schloß hob Altbundespräsident Walter Scheel, der 1971 diesen Preis erhielt, die Verdienste des Preisträgers für einen fairen politischen Stil in der demokratischen Auseinandersetzung hervor.

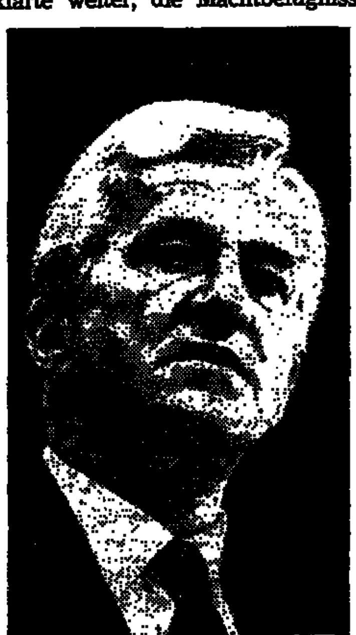
Scheel, Ehrenvorsitzender der im Januar 1964, wenige Wochen nach dem Tode des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss gegründeten Stiftung, sagte in Anwesenheit des Bundespräsidenten Carstens, daß von Weizsäcker ein „Vorbild für guten politischen Stil“ sei.

Unter großem Beifall der mehr als 1000 Gäste zitierte Scheel eine „kleine Auswahl“ von Pressekommentaren über den voraussichtlich künftigen Bundespräsidenten von Weizsäcker: Er habe die „Fähigkeit, Spannungen abzubauen, Integrationskraft über Parteigrenzen hinaus“, er „trennt nicht, sondern führt zusammen“.

Scheel betonte, es sei deshalb wohl kein Zufall, daß bei Bekanntwerden der Kandidatur von Weizsäckers für das höchste Amt die SPD auf einen eigenen Kandidaten verzichtet habe. Er bescheinigte dem Preisträger, daß dieser ein „toleranter Liberaler“ sei, der wisse, „daß kein Mensch alleine im Besitz der Wahrheit ist, daß auch die Argumente der anderen zu beachten, vor allem jedoch der Mensch zu achten ist“.

Deshalb, so erklärte Scheel schmunzelnd, seien er und andere FDP-Politiker Anfang der 50er Jahre „etwas enttäuscht“ gewesen, daß von Weizsäcker nicht in die FDP gegangen sei: „Wir hätten Sie sehr gerne gehabt.“. 1951 trat von Weizsäcker in die CDU ein.

Der ehemalige Bundespräsident erklärte weiter, die Machtbefugnisse



Richard von Weizsäcker

des höchsten Repräsentanten der *Bundesrepublik* seien „durch die Verfassung begrenzt“. Jedoch sei dies „eher ein Vorteil für die Möglichkeiten, Einfluß auf die Politik zu nehmen“.

Das Amt des Bundespräsidenten, so Scheel weiter, sei ein „politisches Amt, wenn er durch seinen Stil Zugang zur Öffentlichkeit findet, hat sein Wort politisches Gewicht, vor allem deshalb, weil er nicht in den politischen Auseinandersetzungen der Parteien verstrickt ist“. Vielmehr könne der Bundespräsident „vermitteln“ zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien, er könne „das Gemeinsame herausstreichen, das Verständnis für die anderen fördern und wecken, und er kann diesen Staat in der Welt und auch im Inneren als freiheitlichen Rechtsstaat mit sozialer Bindung darstellen“.

Die Preisverleihung stand in diesem Jahr im Zeichen des 100. Geburtstages von Theodor Heuss. Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hob die Bedeutung des schwäbischen Politikers und des Südwestens als „Stammland der Liberalen“ mit langer liberaler Tradition hervor.

Mit Theodor-Heuss-Medaillen 1984 wurden während der Feierstunde die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke (FDP), die baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze (parteilos) sowie die „Stiftung Die Mitarbeit“, sowie der „Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e. V.“ ausgezeichnet.

Die erste Vorsitzende der Theodor-Heuss-Stiftung, Hildegard Hamm-Brücher, hob hervor, daß alle diesjährigen Preisträger durch ihr Engagement eine „Ermutigung“ des einzelnen Bürgers und Gruppen *darstellten*. Die Auszeichnung mit dem Theodor-Heuss-Preis sei „kein Bambi für politische Popularität“, sondern häufig eine Anerkennung „für Mut zur Unpopularität, zur Unbequemlichkeit, zur Risikobereitschaft, *zum rechten Gebrauch der Freiheit*“.

Das Arbeitsförderungsgesetz war das legislative Lieblingskind von Katzer

Hans Katzer, einer der bekanntesten CDU-Sozialpolitiker, wird morgen 65 Jahre. Der gebürtige Kölner, im Geiste der christlichen Gewerkschaften aufgewachsen, war dem Kreis um Jakob Kaiser verbunden, dessen Tochter er heiratete. Weiter aus seiner politischen Vita: Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der Sozialausschüsse, Bundestagsabgeordneter seit 1957, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, heute Europa-Parlamentarier.

Als Nachfolger von Anton Storch und Theodor Blank wurde Katzer 1965 dritter Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, bis er 1969 seinen Stuhl für Walter Arendt (SPD) räumen mußte. Sozialpolitik verstand Katzer allezeit als unlöslich verbunden mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Man dürfe ihr, war sein Glaubenssatz, zwar nicht die Gleichrangigkeit verwehren, sie aber auch nicht ohne Rücksicht auf Geldwert, Investition und Wirtschaftswachstum betreiben. Besonders nicht vor Neuwahlen.

Wie recht er hatte, zeigte sich nach seinem Ausscheiden. Bei der Sozialreform von 1972 fügte Katzer dem



Hans Katzer (CDU) wird morgen 65
FOTO: SVEN SIMON

Regierungskonzept, aus Opposition heraus, freilich teilweise alternativ gedacht, hohe Milliarden-Lasten hinzu, drei Monate vor Neuwahlen. Später erwies sich das Gesamtpaket als nicht tragbar. Die Zukunft zeigte sich anders, als die Sozialpolitiker für ihre Sparte vorausgerechnet hatten.

Was die Krankenversicherung betraf: Den Versuch einer Reform an Haupt und Gliedern, der Blank dramatisch hatte scheitern lassen, wiederholte Katzer nicht. Der Realist beherzigte, daß sich dafür unter keiner Konstellation eine Mehrheit werde finden lassen.

Um so sicherer drückte er die Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten im Krankheitsfall durch, die Blank nur im Junktim mit der Krankenversicherungsreform für vertretbar gehalten hatte. Hier lag mit ein Grund *für die spätere Kosten*dämpfungspolitik. Für Katzer kam nur volle Lohnfortzahlung in Betracht, ohne Karenztage und zu hundert Prozent.

Sein legislatives Lieblingskind war das Arbeitsförderungsgesetz, das er *ebenfalls* noch 1969 verabschieden lassen konnte. Ihm folgte eine große Mehrheit in der Annahme, daß Arbeitslosigkeit am besten durch Umschulung und Weiterbildung vermieden werde. Dazu entfaltete der Gesetzgeber seine ganze Großzügigkeit. Inzwischen ist Sozialpolitik bei Rezession statt im Aufschwung gefragt. Gerade die Bundesanstalt für Arbeit geriet in höchste Finanznot. Unwahrscheinlich, daß Katzer heute gern an der Stelle Norbert Blüms wäre.

ALBERT MÜLLER

Cheysson – ein „harter Brocken“ für Ost-Berlin

Französischer Außenminister betont enges Band zu Bonn

H. R. KARUTZ, Berlin

Mit seiner demonstrativen Betonung der engen Freundschaft zwischen Paris und Bonn setzte der französische *Außenminister* Claude Cheysson einen wichtigen Akzent seines Besuchs in Ost-Berlin. Gegenüber seinen Gastgebern nahm er kein Blatt vor den Mund und erwies sich nach Einschätzung von Sachkennern in Ost-Berlin als „harter Brocken“.

*Gegenüber französischen Journali*sten hatte Cheysson bei einem Gespräch in der Residenz des Botschafters betont, die Beziehungen Frankreichs zu Bonn und der „DDR“ seien „unvergleichbar“. Es sei günstig gewesen, daß er gerade durch sein Gespräch *mit* Genscher vor seinem Start nach Ost-Berlin erkennbar gemacht habe, wie Bonn und Paris „Hand in Hand“ arbeiteten.

Dennoch sei es angesichts der Weltlage wichtig, „soviel Beziehungen wie möglich zu knüpfen“. Dies gelte *auch für Ost-Berlin*. Zur Raketenfrage merkte Cheysson an, es sei ein „großer Irrtum“ des Ostens gewesen, damit zu rechnen, durch „Druck auf die öffentliche Meinung“ in der Bundesrepublik die Raketenstationierung verhindern zu können.

In seiner Rede im neuen Kulturzentrum erinnerte Cheysson an die historischen Beziehungen „zwischen Berlin, Potsdam und Paris“. Er verwies auf die Hugenotten, die nach der Aufhebung des Edikts von Nantes vielfach in Preußen *Zuflucht* gefunden hätten. Nahezu denselben *Gedanken* hatte der sozialistische Minister gut ein Jahr zuvor auch bei seiner Eintragung ins Goldene Buch Berlins im Westteil der Stadt geäußert.

Weder darüber noch von Cheyssons Hinweis auf die „grundsätzliche Verpflichtung“ von Helsinki, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Information und Kultur zu fördern, fand sich später etwas in der Ostberliner Presse. Auch folgender Satz blieb unerwähnt: „Wir werden uns an der Aufgabe beteiligen, die Menschen einander näherzubringen, besonders die Menschen aus dem Osten und dem Westen Europas, die eine Zeitlang durch Regimes, *Ideologien* und Bündnisse getrennt werden können, die aber oft in den grundlegenden Werten einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation vereint sind.“

Bei seinem Rundgang durch das „Centre Culturel“ blätterte der Gast in den ausgehängten Zeitungen, die Ostberliner Leser von heute an studieren können. „Was für ein Programm“, meinte Cheysson ironisch, als er die kommunistische „l'Humanité“ bemerkte.

In der Pressekonferenz zum Finale brillierte der Minister mit Schlagfertigkeit und gallischer Eloquenz. „Ich wundere mich über Ihre Frage“, „Wo gibt es einen höheren Profit?“ oder „Das können Sie in jedem Buch nachlesen“, belehrte er einheimische Kollegen, die nach Frankreichs Export-Interesse an der „DDR“ oder den US-Zinsen fragten. Seine Bemerkung über das „gefährliche Ungleichgewicht“, das die sowjetischen SS 20 *weltweit geschaffen hätten*, blieb in der Ostberliner Berichterstattung am Wochenende ebenfalls ausgespart.

Minister Haak sorgt für neue Irritationen

CDU in NRW fordert eindeutige Antwort zum Fall Flick

WILM HERLYN, Düsseldorf

Zu erheblichen Irritationen haben Äußerungen des nordrhein-westfälischen Justizministers Dieter Haak und der Bonner Staatsanwaltschaft zu den beiden voneinander getrennten Verfahren Parteispendenaffäre und Ermittlungen in Sachen Flick *geführt*. Die CDU *verlangte jetzt eine* Sondersitzung des Justizausschusses im Landtag. Die Politiker wollen am Mittwoch eine eindeutige Antwort Haaks erhalten, ob er vorsätzlich oder fahrlässig Informationen an die Öffentlichkeit gegeben habe.

Der Minister hatte vor dem nichtöffentlichen Ausschuß am 18. Januar erklärt: „Die Staatsanwaltschaft Bonn prüft nunmehr in einem Ermittlungsverfahren die Frage, ob durch die Erlangung bzw. die steuerwirksame Ausnutzung der der Firma Flick erteilten Bescheinigungen strafrechtliche Tatbestände verwirklicht worden sind.“ Weiter sagte Haak: „Sie wird bei ihrer Prüfung auch der Frage nachgehen, ob sich Auswirkungen auf das bereits bei dem Landgericht Bonn anhängige Strafverfahren gegen Dr. Friderichs u. a. wegen Bestechlichkeit bzw. Bestechung ergeben. Es kommt in Betracht, daß aufgrund der Feststellungen des Bundeswirtschaftsministeriums die Vorwürfe in der bereits erhobenen Anklage in einem neuen Licht zu sehen und daß strafprozessuale Folgerungen zu ziehen sind.“

Demgegenüber steht nun die Mitteilung der Landtagspressestelle „Information aus dem Landtag Nr. 4/84“, in der unzulässig verkürzt der Inhalt der Haak'schen *Äußerungen wieder*gegeben wird. Unter der Schlagzeile „Flick-Affäre: Staatsanwaltschaft prüft Erweiterung der Anklage um den Vorwurf der Steuerhinterziehung“ wird der Eindruck erweckt, „daß das Verfahren gegen Dr. Friede*richs und andere wegen Bestechlich*keit möglicherweise um weitere Straftatbestände erweitert wird“. Diese Formulierung legte in der Öffentlichkeit den Schluß nahe, daß die Staatsanwaltschaft Bonn weiteren Beschuldigungen gegen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und auch dem früheren NRW-Wirt*schaftsminister Riemer nachgehe*.

Dagegen nun erklärte der Pressestaatsanwalt in Bonn, Wilhelm, zunächst, es gebe kein weiteres Ermittlungsverfahren. Auf Rückfrage dann allerdings meinte er nur einen Tag später, er sei nicht korrekt informiert gewesen, es gebe „seit kurzem“ doch ein erweitertes Ermittlungsverfahren in Sachen Parteispenden, nicht aber beim Verfahren gegen Friderichs u. a., in dem auch Amtsträger involviert sind. Wenig hilfreich in der Konfusion erscheint in diesem Zusammenhang die Äußerung des zuständigen Leitenden Ministerialrates Erkard Starke im Düsseldorfer Justizministerium, der zwar sagte, es gebe keine Weisung seiner Behörde nach Bonn, aber „bei den beiden Verfahren, da gibt es vielleicht auch was anderes dazwischen.“.

In diesem Zusammenhang äußerte auch der Rechtsanwalt von Lambsdorff, Egon Müller, sein Befremden, warum Haak interne Überlegungen der Bonner Staatsanwaltschaft dem Ausschuß *mitteile und* der Öffentlichkeit zugänglich mache. Müller schrieb in einem Brief an Ministerpräsident Johannes Rau: „Es ist unerträglich, daß einem beschuldigten Bürger interne Überlegungen einer Staatsanwaltschaft über die Presse *zur Kenntnis gebracht werden und* verstößt gegen fundamentale Rechtsgrundsätze“, wenn ein Justizminister, der gegenüber der Staatsanwaltschaft Weisungsrecht habe, dadurch Einfluß nehme, daß er bereits mögliche Ergebnisse in die Öffentlichkeit streue.

FDP attraktiv für Beamte und leitende Angestellte

Ergebnisse einer Umfrage und Wähler-Analyse

STEFAN HEYDECK, Heilbronn

Bei den Freien Demokraten nimmt seit dem Bonner Koalitionswechsel der Anteil an leitenden Angestellten, Beamten und mittelständischen Selbständigen zu. Das geht aus einer Umfrage bei den FDP-Kreisvorsitzenden und einer Wähler- und Zielgruppenanalyse hervor, die dem Bundesvorstand während der Heilbronner Klausurtagung vorgelegt wird. *Danach hat die FDP* gegenwärtig knapp 70 000 Mitglieder, mehr als Anfang der siebziger Jahre.

Zwischen August 1982 und September letzten Jahres hat sie 13,3 Prozent ihrer Mitglieder verloren. 9,2 Prozent davon begründeten ihren Austritt mit der *Wende*; 2,5 *Prozent* traten ihretwegen in die Partei ein. Die höchsten Verluste gab es im Norden: In Hamburg 23,4, Berlin 20,5, Schleswig-Hostein 19,3 und Bremen 18,7 Prozent.

Bei den leitenden Angestellten und Beamten waren dagegen bundesweit 16,1 Prozent Eintritte und 14 Prozent Austritte zu verzeichnen. Noch deutlicher sind im Gegensatz zur Gesamtentwicklung der FDP die Verschiebungen bei den mittleren Selbständigen. 15,9 Prozent Eintritten standen nur 8,1 Prozent Austritte gegenüber. In der Erhebung bei den 435 Kreisvorsitzenden meinte fast jeder Dritte, die Partei entwickele sich nach rechts. 23,3 Prozent bewerteten die Auswirkungen des Koalitionswechsels als günstig, 37,9 Prozent dagegen als eher ungünstig.

Die Untersuchungen zeigen, daß sich die FDP zur Zeit besonders auf die Gruppe der 29- bis 45jährigen *stützen kann*. Der Anteil der unter 35 Jahre alten Mitglieder liegt bei 22,3 Prozent und ist nur geringfügig gesunken. Mit 23,4 Prozent ist fast jedes vierte Mitglied eine Frau. Als inaktiv werden nur etwa die Hälfte der Mitglieder eingestuft, das ist weniger als bei anderen Parteien.

Die Freien Demokraten sehen ihr Wählerpotential bei den 30 Prozent nicht parteigebundenen Wahlberechtigten, die nicht durch industriell-gewerkschaftliche oder kirchlich-ländliche Umgebung geprägt sind, besonders häufig Angestellten, Beamten und Selbständigen. Bei den Eliten ist das Wählerpotential ebenfalls überdurchschnittlich. Es liegt gegenwärtig bei zehn Prozent aller Wahlberechtigten. Ein Drittel davon ist bereit, die FDP sofort zu wählen.

Peking warnt vor ideologischen Verirrungen

DW. Bonn

Drei Monate nach der Selbstkritik des Vorsitzenden des Verbandes chinesischer Schriftsteller und Künstler, Zhou Yang, hat die chinesische Volkszeitung am Wochenende in autoritativer Weise vor unorthodoxen Gedanken gewarnt. *In einem 39 000 Schrift*zeichen umfassenden, grundsätzlichen Beitrag für das Parteiorgan verurteilte der 72jährige Parteitheoretiker Hu Qiaomo diejenigen Kommunisten, die die Philosophie von Marx und Lenin in Frage stellten und eine weitergehendere Kritik *Maos verlangten*.

Hu, der in seinem Artikel den Führungsanspruch der Partei hervorhob, warnte davor, die sozialistische Ordnung durch ideologische Verirrung in Zweifel zu ziehen. Derartige Abweichungen, wie sie auch in der Theorie des Humanismus und der Entfremdung zum Ausdruck kämen, müssen bekämpft werden.

Der langatmige theoretische Beitrag wird von Beobachtern als Schlußpunkt der in den vergangenen Wochen sich abschwächenden Kampagne gegen die „geistige Verschmutzung“ verstanden, mit der die chinesische Führung begonnen hatte, dem ideologischen Bereich wieder strengere Zügel anzulegen und die kritische Diskussion über die Bewertung Maos zu beenden.

Rückkehrhilfe schon vor der Ausreise?

GISELA REINERS, Bonn

Im Bundesarbeitsministerium wird zur Zeit geprüft, ob rückkehrwilligen ausländischen Arbeitnehmern, die Anspruch auf „Rückkehrhilfe“ haben, das Geld schon in der Bundesrepublik ausgezahlt werden kann. Nach dem Gesetz erhalten sie es erst nach Grenzübertritt, um sicherzustellen, daß sie nicht illegal in der Bundesrepublik bleiben.

Anspruch auf Rückkehrhilfe haben ausländische Arbeitnehmer, die nach dem 30. Oktober durch Betriebsstillegung oder Konkurs ihren Arbeitsplatz verloren oder mindestens ein halbes Jahr vor der Antragstellung kurzgearbeitet haben. Sie bekommen 10 500 Mark zuzüglich 1500 Mark für jedes Kind; außerdem werden die Beiträge zur Rentenversicherung erstattet. Die Bundesregierung hatte damit gerechnet, daß rund 20 000 Arbeitnehmer die Voraussetzung erfüllen würden. Möglicherweise wird diese Zahl bis zum 30. Juni, an dem spätestens der Antrag gestellt sein muß, nicht erreicht werden. Zwar könnte die Frist verlängert werden, doch will man zunächst versuchen, den Wünschen der Rückkehrwilligen entgegenzukommen, indem 50 Prozent des Geldes schon in der Bundesrepublik ausgezahlt wird.

Im Arbeitsministerium wird daran gedacht, diese Hälfte zu etwa 14 Prozent vorzufinanzieren. Nach dem Grenzübertritt, wenn die zweite Hälfte der Rückkehrhilfe fällig wird, sollen sieben Prozent der Zinsen erstattet werden. Von diesem Verfahren erhofft man sich eine größere Rückkehrbereitschaft vor allem der türkischen Arbeitnehmer. Diese würden für den Betrag, der nicht selten samt Rentenerstattung und betrieblicher Abfindung 30 000 bis 60 000 Mark ausmacht, gern schon in Deutschland Maschinen oder Ausrüstungen für eine Werkstatt oder einen kleinen Betrieb kaufen. Viele Türken fürchten zudem, daß das Familienoberhaupt in der Türkei über die Verwendung des Betrages mitbestimmen könnte. Viele fürchten auch die Wucherzinsen, die türkische *Landsleute für die* Vorfinanzierung der Rückkehrhilfe berechnen – bis zu 30 Prozent.

Polizeichef kontra Gericht

hrk. Berlin

Wenige Tage nach der Kritik des Berliner Verwaltungsgerichts am Vorgehen der Polizei nach einer Häuserräumung im September 1981 hoben jetzt zwei Richter am zuständigen Amtsgericht Buß*geldbescheide* gegen Teilnehmer einer US-Kasernen-Blockade in Berlin auf. Es habe sich nicht um eine „ungesetzliche Ansammlung“, sondern um eine rechtmäßige „Versammlung“ gehandelt, urteilten sie. Nach der Aktion im Oktober 1983, bei der amerikanische Einrichtungen durch Sitzdemonstranten blockiert worden waren, hatte die Polizei etwa 300 Demonstranten festgenommen.

Gegen das Verwaltungsgerichtsurteil kündigte Polizeipräsident Klaus Hübner (SPD) inzwischen Berufung an. Gegen seine Erklärung, die Richter hätten sich mit ihrer Entscheidung „übernommen“, wandte sich inzwischen Justizsenator Hermann Oxfort (FDP). Bei öffentlicher Urteilsschelte sollte eine Behörde mit der „gebotenen Zurückhaltung und Sachlichkeit reagieren, damit die Achtung der Allgemeinheit vor der Dritten Gewalt keinen Schaden leidet“. Hübners Äußerung sei „überzogen“.

Am Donnerstag tritt das Abgeordnetenhaus zu einer Sondersitzung zusammen, um über einen Abwahlantrag der AL gegen Innensenator Heinrich Lummer (CDU) zu entscheiden. Die SPD unterstützt den Vorstoß. Wie immer ist die Koalition auf die Stimmen von sechs FDP-Abgeordneten angewiesen.

Cunhal stellte Soares' Sozialisten eine Falle

Das Abtreibungsgesetz gefährdet Portugals Koalition

ROLF GÖRTZ, Madrid

Nach einer aufreibenden Nachtsitzung hatte sich das portugiesische Parlament am Freitag für die Straffreiheit der Abtreibung in bestimmten Fällen entschieden: bei Vergewaltigung, lebensgefährdender Krankheit der Mutter und erkennbaren Mißbildungen des Kindes. 130 Abgeordnete der Sozialistischen und Kommunistischen Partei stimmten dafür, 102 Abgeordnete der Sozialdemokratischen und Christdemokratischen Partei dagegen, einer enthielt sich der Stimme.

Das neue Gesetz, das noch einer zweiten Lesung bedarf, bedeutet Sprengstoff für die Regierungskoalition der Sozialisten und Sozialdemokraten, die sich bei dieser Abstimmung zum ersten Mal trennte. Und erstmals auch stimmten Sozialisten zusammen mit den Kommunisten.

In den Wandelgängen der „verlorenen Schritte" des Parlamentsgebäudes in Lissabon hält man es nun für möglich, daß der sozialdemokratische Koalitionspartner des sozialistischen Ministerpräsidenten Mario Soares, Vizepremier und Verteidigungsminister Mota Pinto, zurücktritt. Er stimmte mit seiner Fraktion gegen das Gesetz. Auch wenn ein anderes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seine Funktionen übernähme, die Koalition bleibt schwer angeschlagen. Denn das Vertrauen der Sozialdemokraten in die Sozialistische Partei hat einen nur schwer zu reparierenden Schaden genommen. Allein hierauf hatten es die Kommunisten bei der langen Vorbereitung ihres Abtreibungsmanövers abgesehen.

Die KP Alvora Cunhals hatte in einem Gesetzesvorschlag die völlige Abtreibungsfreiheit gefordert, wissend, daß die Koalition in dieser Frage gespalten ist. Zusammen mit ihren sozialdemokratischen Koalitionspartnern lehnten die Sozialisten erwartungsgemäß den kommunistischen Vorschlag ab und brachten ein eigenes Gesetz ein. Bei der Vorbereitung dieses Gesetzes jedoch begingen die Sozialisten den großen Fehler, nicht rechtzeitig den Koalitionspartner zu unterrichten, der in dieser Frage konservativ eingestellt ist. Angesichts einer – ebenfalls zu erwartenden – Kampagne der Kirche gegen das „Mord-Gesetz" mußte plötzlich der ideologische Gegensatz zwischen den liberalkonservativen Sozialdemokraten und den – wenn auch gemäßigten – Sozialisten neu aufbrechen. Genau das trat ein, was zu verhindern sich die Koalitionspartner Mario Soares (PS) und Mota Pinto (PSD) fest vorgenommen hatten. Mit ihrem Alleingang liefen die Sozialisten ins aufgeklappte Messer der Kommunisten.

Es ist nun möglich, daß sich Staatspräsident General Eanes im Interesse der wachsenden Zustimmung der konservativen Bevölkerung mit seinem Veto-Recht gegen das Gesetz stellt und dessen Zulassung verhindert.

Eine weitere Belastungsprobe für die Koalition bilden die Arbeitsgesetze, die eine Entlassung praktisch ausschließen. Sie sind seit den Tagen der Revolution so eng gefaßt, daß sich größere ausländische Investoren nur unter der Bedingung wirksamer Abänderungen nach Portugal begaben. Weil sich die Sozialisten aus Furcht vor Streikwellen der kommunistisch gesteuerten Gewerkschaften nicht trauen, hier Abhilfe zu schaffen, konnten sich auch die Sozialdemokraten mit der von ihnen geplanten Normalisierung der Gesetze bisher nicht durchsetzen. Schon hat die Firma Ford ein 250-Millionen-Dollar-Projekt zurückgezogen, dessen erste Unterschriften bereits geleistet waren. Ford hatte auf eine Änderung der Gesetze gesetzt. Jetzt entschlossen sich auch die französischen Renault-Werke, ihre Produktion in Portugal nicht auszudehnen. (SAD)



Alleingang in den politischen Hinterhalt: Premier Mario Soares
FOTO: CAMERA PRESS

El Salvador ist vom Wahlfieber gepackt

Duarte und d'Aubuisson ringen um jede Stimme / Verstärkte Mord- und Kampfaktionen der marxistischen Rebellen

WERNER THOMAS, San Salvador

Der Rundfunksender unterbricht seine Popmusik und eine sonore Männerstimme meldet sich mit einer „wichtigen Mitteilung". Das Volk solle dem christdemokratischen Kandidaten José Napoleon Duarte sein Vertrauen schenken, „er hat es verdient". Dann folgt der Slogan der Partei: „Wenn wir zusammenstehen, gibt es eine Lösung für El Salvador."

Die nächste Programm-Pause ist dem Duarte-Rivalen gewidmet. Die Nation brauche Roberto d'Aubuisson, betont der Sprecher. „Keine faulen Kompromisse und Konzessionen", warnt er, „keine Kapitulation." Schließlich: „Wir werden gewinnen."

So geht es von morgens bis abends, einmal Duarte, einmal d'Aubuisson. In dem mittelamerikanischen Krisenstaat tobt neben dem Guerrilla-Krieg noch ein zweiter Kampf: Der Kampf um die Stimmen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 25. März. Viele Beobachter sind überrascht, daß sich in einem mit so vielen Problemen geplagten Land noch eine Art Wahlkampffieber entwickeln konnte. Plakate, Sprüche, Kundgebungen – der bevorstehende Urnengang beherrscht die Gespräche und die Schlagzeilen der Presse.

Das mag an den beiden Favoriten liegen, die lediglich eine charismatische und temperamentvolle Persönlichkeit verbindet. Politisch sind sie weit voneinander entfernt.

„Napo" Duarte (57), ein gelernter Bauingenieur, der von 1980 bis 1982 bereits Präsident einer aus Militärs und Zivilisten gebildeten Junta war, möchte nun endlich seine Vorstellungen langfristig durchsetzen. Er ist im Wahlkampf etwas nach links gerückt, besonders was die Gesprächsbereitschaft mit den Rebellen der marxistischen „Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) betrifft. FMLN-Mitglieder, die ihre Waffen niederlegen wollen, sollen in den politischen Prozeß integriert werden. „Das Blutvergießen muß enden", fordert Duarte, und heftiger Applaus brandet auf. Der vierjährige Krieg hat bereits 40 000 Todesopfer gefordert.

Der Christdemokrat verspricht ein energisches Vorgehen gegen die Todesschwadronen. Ein Präsident Duarte wird die Finanzpolizei auflösen, der die Menschenrechtsorganisationen viele Übergriffe zur Last legen. Außerdem: noch mehr soziale Reformen, ein noch größeres Engagement für die Armen.

Dem alten Haudegen Duarte, einem so ehrgeizigen wie kontroversen Politiker, der selbst innerhalb seiner eigenen Partei umstritten ist, steht der jugendliche d'Aubuisson gegenüber, erst 40 Jahre alt. Der frühere Geheimdienstmajor, von den Kontrahenten in die rechte Ecke gestellt, rückte im Wahlkampf zur Mitte. Er verteidigt die Landreform und verspricht den Landarbeitern Hilfe. Er betont: „Wir sind keine blutigen Barbaren, wie das unsere Gegner behaupten." Diese sagen, er habe Kontakte zu den Mordschwadronen unterhalten. D'Aubuisson, von mindestens acht Leibwächtern bewacht, will jedoch auch den Geschäftsleuten durch neue Investitionen unter die Arme greifen. Lebhaften Beifall erhält der Wahlkämpfer mit dem Versprechen, er werde nach seinem Sieg „die Linke deportieren". Bei einer seiner letzten Kundgebungen forderte ein Anhänger: „Auch die Fische." D'Aubuisson schlagfertig: „Mit dem Stimmzettel." Der Fisch ist das Parteisymbol der Christdemokraten.

Der Führer der „Alianza Republicana" (Arena), dem die Reagan-Regierung im November 1983 ein Besuchervisum für die USA verweigert hat, versucht schließlich aus dem latenten Antiamerikanismus Kapital zu schlagen. Er hält patriotische Reden: „Wir verzichten auf Hilfe, wenn diese an Bedingungen geknüpft wird." Morgen wird US-Außenminister Shultz im Rahmen seiner einwöchigen Latein- und Mittelamerikareise in San Salvador erwartet. Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung Ende März 1982 hatten den Christdemokraten 40 Prozent der Stimmen gebracht, der Arena 29 Prozent und der Konservativen Nationalen Versöhnungspartei (PCD) 19 Prozent. Die PCD zieht heute mit einem potenten Präsidentschaftskandidaten ins Rennen, Francisco José Guerrero (58).

Guerrero, bisher der engste Mitarbeiter und einflußreichste Berater des provisorischen Präsidenten Alvaro Magana, ist unter den restlichen vier Bewerbern der Spitzenreiter. Er steht politisch in der Mitte zwischen Duarte und d'Aubuisson und gilt als geschickter Taktiker. Es gehört zu den offenen Geheimnissen der salvadorianischen Hauptstadt, daß die US-Botschaft gern diesen Mann als nächsten Präsidenten sehen würde. Guerrero kann zumindest die Rolle des Königmachers spielen. Da die Verfassung eine absolute Mehrheit erfordert, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Stichwahl kommen. Guerrero, vermutlich der dritte in der ersten Runde, dürfte dann beim zweiten Urnengang ein entscheidendes Wort mitreden.

Die Wahlen, nach Einschätzung des amerikanischen Botschafters Pickering ein „Schlüsselereignis", können blutig werden. Das Blutvergießen begann am Freitag: Ricardo Pohl (35), ein Abgeordneter der Arena-Partei, starb in der Hauptstadt unter den Kugeln marxistischer Attentäter. Die Mörder: „Eine erste Antwort auf die Wahlfarce." (SAD)

Havana schlägt jetzt vorsichtigere Töne an

Kubas stellvertretender Außenminister: Auf eine US-Intervention würden wir militärisch nicht reagieren

MANFRED NEUBER, Bonn

Kuba bestreitet jede Absicht, in Mittelamerika militärisch einzugreifen. Das Revolutionsregime in Nicaragua wird jedoch weiter unterstützt. Dabei hütet sich Havana vor einer direkten Konfrontation mit den USA. „In einem Guerrillakrieg sind fremde Truppen nutzlos", erklärte der stellvertretende Außenminister Kubas, Ricardo Alarcón, zum Thema El Salvador. Deshalb rechnet er nicht mit einem Hilferuf der Rebellen.

Nach Einschätzung Alarcóns benötigen die Rebellen in El Salvador keine zusätzlichen Kämpfer, weil sie „große Gebiete kontrollieren und von der Bevölkerung unterstützt werden". Sollten die USA „den Fehler begehen, eigene Truppen einzusetzen", würde Kuba „nicht militärisch, sondern politisch reagieren".

Die in El Salvador geplanten Wahlen seien „keine Lösung". Kubas Vize-Außenminister sagte: „Selbst wenn es ehrlich zuginge, könnten nicht alle entscheiden. Wer will denn feststellen, wie viele Stimmen in den befreiten Gebieten und in den Flüchtlingslagern auf Duarte entfielen?"

In einem Gespräch mit dem Informationsdienst „Latin America" behauptet der kubanische Funktionär: „Die Revolutionäre in El Salvador werden von Tag zu Tag politisch und militärisch stärker, während die Moral der Armee sinkt. Das erhöht das Risiko eines direkten Eingreifens der USA. Eine militärische Intervention hätte einen hohen Preis, da die Revolution in Mittelamerika gefestigt ist."

„Alle Logik spricht für politische Verhandlungen", meinte Alarcón, „aber der Kissinger-Bericht weist in die andere Richtung." In El Salvador habe Washington drei Optionen: Verhandlungen, Intervention oder Zaudern, bis die salvadorianische Armee zusammenbreche. Die Ratschläge der Kissinger-Kommission liefen auch der Vermittlung durch die Contadora-Gruppe zuwider.

In Nicaragua hätten die „Konterrevolutionäre es nicht geschafft, militärisch wichtige Positionen einzunehmen und im Lande festen Fuß zu fassen". Die Sandinisten könnten auch eine Konfrontation mit den USA durchstehen, „aber wir müssen einsehen, daß wir Nicaragua nicht zu Hilfe kommen können. Es ist keineswegs eine Schlappe für die internationalistische Verpflichtung, wenn man nicht allen unterdrückten Völkern beistehen kann."

Honduras sei zu einem US-Stützpunkt verwandelt worden, behauptete der stellvertretende Außenminister Kubas, aber die Honduraner ließen sich nicht in einen Krieg gegen Nicaragua treiben. Eine Blockade Nicaraguas durch die USA sei wegen der engen Verflechtungen der Republiken in Mittelamerika nicht möglich.

Wenn die Vereinigten Staaten die Revolution in Nicaragua besiegen und das Land besetzen würden, hätte Kuba „einen Freund in Mittelamerika verloren", aber es würde „eines unserer großen Ziele erreichen: Lateinamerika zu vereinen und das Ansehen der USA unwiderruflich herabsetzen". Alarcón gab in dem Gespräch zu, daß die kürzlich aus Nicaragua heimgekehrten Kubaner im Februar ersetzt werden.

Pretoria stellt erbeutete SAM-9 in Kapstadt vor

MONIKA GERMANI, Johannesburg

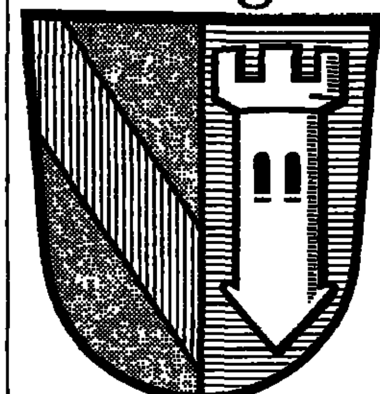
Ein sowjetisches Flugabwehr-System vom Typ SAM-9, bestückt mit vier und fünf Raketen, ist während des letzten Präventivschlages in Cuvelai (Südangola) in die Hände der südafrikanischen Armee gefallen. Es wurde am Wochenende zum ersten Mal der internationalen Presse in Kapstadt vorgeführt. Das Fahrzeug war offensichtlich in aller Eile verlassen worden, der Motor lief noch, als die südafrikanischen Soldaten eintrafen. Nach den Erklärungen von Oberst Kriel von der südafrikanischen Armee handelt es sich um eines der wichtigsten Beutestücke mit weitreichender Bedeutung sowohl für die südafrikanischen als auch westlichen Abwehrsysteme. Bisher waren SAM-9-Raketenbatterien außerhalb der Ostblock-Staaten nur in Afghanistan eingesetzt worden.

Der außenpolitische Sprecher der CSU, Hans Graf Huyn, der in diesen Tagen Südafrika besuchte, erklärte gegenüber der WELT, es sei bedauerlich, daß kein deutscher Militärattaché bei der Auswertung der südafrikanischen Aktion gegen die prokommunistische Swapo in Angola präsent sei. Denn gerade für die Bundesrepublik seien die erbeuteten SAM-9 von besonderem Interesse.

Die innenpolitischen Reformschritte des südafrikanischen Premierministers Botha werden von Huyn begrüßt. Das Bild Südafrikas werde in der Bundesrepublik in weiten Kreisen falsch dargestellt. Es sei für ihn beeindruckend, so Huyn, wie viele schwarzafrikanische Staaten Kontakte mit Südafrika haben, einschließlich der Regierungen in Maputo und Luanda. Deren politische Systeme hätten inzwischen völlig abgewirtschaftet. Dadurch seien sowohl Moçambique als auch Angola unter inneren Druck geraten, ihre verfahrene, sowjethörige Politik aufzugeben. Denn die Stämme und Völker dieser Länder unterstützten mittlerweile überwiegend die Befreiungsbewegungen Renamo und Unita.

Die Ergebnisse der Gespräche zwischen US-Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten Chester Crokker und Mitgliedern der südafrikanischen Regierung unterliegen strikter Geheimhaltung. Erörtert wurden offensichtlich die Verhandlungen Pretorias mit Angola auf den Kapverdischen Inseln, die Namibia-Frage und die Verbesserung der Beziehungen zu Moçambique.

Ettlingen



Das Denken in Neidkategorien ist überwunden." Der dies sagt ist Erwin Vetter, seit zehn Jahren Oberbürgermeister der 37 000 Einwohner zählenden nordbadischen Stadt Ettlingen. Und man ist geneigt, ihm diese Aussage abzunehmen. Seine Feststellung bezieht sich auf das gewachsene natürliche Spannungsverhältnis zu der nur wenige Kilometer entfernten Großstadt Karlsruhe.

Es gibt genügend Beispiele, in denen im Einzugsbereich großer Städte gelegene kleinere Gemeinden geradezu unaufhaltsam aufgesogen wurden. Nicht so im Falle Ettlingen–Karlsruhe. Dabei war die Entwicklung durchaus nicht frei von Problemen und Reibereien. Sie resultierten daraus, daß mit der erst im 18. Jahrhundert gegründeten Stadt Karlsruhe sich gleichsam ein neues kommunales Gebilde mitten unter alte Residenzstädte setzte. Diese mußten durch den Aufstieg jener neuen badischen Metropole beinahe zwangsläufig an Bedeutung verlieren, was sich durch die Konzentration vieler Wirtschaftsbeziehungen in jener Großstadt im 19. und 20. Jahrhundert weiter verstärkt hat. Die Umgebung Karlsruhes „blutete" im Verlaufe dieses Prozesses wirtschaftlich und städtebaulich regelrecht aus. Man ging in Karlsruhe zur Arbeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte dann eine Gegenentwicklung ein. Der Stadt Ettlingen gelang es, durch eine kluge Kommunalpolitik und zielstrebige Industrieansiedlungs-Politik sich ein eigenes Profil zu schaffen. Inzwischen ist das Verhältnis der zwei so unterschiedlich großen Städte zueinander auf ein sachlich freundschaftliches Nebeneinander eingeschwenkt. Fingerhakeln und Tauziehen auf der Basis kommunaler Neidkomplexe gehören der Vergangenheit an. WERNER NEITZEL

Hoher Investitionsspielraum

Das Erfolgsrezept: Ein kleiner, aber effektiv arbeitender Verwaltungsapparat

Von WERNER NEITZEL

Einen „Karlsruhe-Komplex" kennt man in Ettlingen, jener von der Großstadt nur acht Kilometer entfernten Stadt nicht. Längst hat sich dieses im Verdichtungsraum der nordbadischen Metropole gelegene Mittelzentrum auf eigene Beine gestellt. „Wir müssen eigentlich immer versuchen, uns etwas Besonderes einfallen zu lassen", beschreibt der Ettlinger Oberbürgermeister Erwin Vetter seine Rezeptur für den Kurs kommunaler Emanzipationsbemühungen.

Sich etwas einfallen zu lassen, das geht natürlich dort leichter und unkomplizierter, wo die entsprechend gesunde wirtschaftliche Basis vorhanden ist. Und diese Grundlage, auf der sich Zukunftsplanungen aufbauen lassen, ist vorhanden. In einer breitgefächerten mittelständischen Industrie, in Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben wartet man mit einem Arbeitsplatzangebot auf, das größer ist als die Zahl der Erwerbstätigen in dieser Mittelstadt. Dieser Ausgangspunkt und die verhältnismäßig günstige Beschäftigungslage haben sich natürlich positiv auf den Stadtsäckel ausgewirkt, denn das Gewerbesteueraufkommen der letzten Jahre war durch einen imposanten Aufwärtstrend gekennzeichnet. Der Hebesatz wurde bei unterdurchschnittlichen 315 Punkten belassen. Er ist seit Jahren konstant und soll im Jahre 1984 nicht erhöht werden.

Beispielhaftes Projekt

Überdurchschnittliche Steuerkraft auf der einen Seite und ein Schuldenstand von nur knapp 900 Mark (mit fallender Tendenz) je Einwohner auf der anderen sind Eckdaten, auf deren Grundlage die Stadt Ettlingen vergleichsweise gelassen den Zukunftsaufgaben entgegentreten kann. Die Stadtoberen dürfen sich ohnehin zugute halten, mit der Stadtsanierung ein Projekt angepackt und weitgehend durchgezogen zu haben, das seinesgleichen sucht. Es gibt sicherlich – wenn überhaupt – nur wenig Beispiele, bei denen es wie im Falle Ettlingen gelang, die Bürger zu einer derartig hochgradigen Privatinitiative und Mitwirkung zu motivieren.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Von den insgesamt rund 150 Millionen Mark für Maßnahmen der Stadtsanierung in den letzten sechs Jahren stammten lediglich 13 Millionen Mark aus der städtischen Haushaltskasse. Der Löwenanteil ist privater Initiative zu verdanken. Die Stadtverwaltung konnte sich in die Position und Funktion des Anregers zurückziehen, und sich auf Planungsaufgaben, Beratung bis hin zur Kreditvermittlung beschränken.

Überhaupt ist der relativ kleine, aber um so effektiver arbeitende Verwaltungsapparat der städtischen Behörden für Ettlingen kennzeichnend. Das Etatvolumen Ettlingens für dieses Jahr ist auf 100 Millionen Mark veranschlagt, hinzu kommen noch 30 Millionen der Ettlinger Stadtwerke. Schon seit Jahren kann die Stadt für sich in Anspruch nehmen, auf den Gebieten Strom, Gas und Wasser eigene Aktivitäten entfaltet zu haben. Da die Erdgas-Pipeline aus Holland für die Gasversorgung Süddeutschlands sozusagen an der Haustür vorbeigeht, war es für Ettlingen keine Frage, sich zunehmend von Öl auf Gas umzustellen und somit auch einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung zu leisten. Über kurz oder lang wird es in dieser Stadt praktisch keine rauchenden Schlote mehr geben.

Schwerpunkte verlagert

OB Vetter nimmt für sich und die Verwaltung in Anspruch, der Stadt einen vergleichsweise hohen Investitionsspielraum erhalten zu haben. In den zurückliegenden zehn Jahren wurde durchschnittlich jede dritte Mark aus dem Haushalt in Investitionen gesteckt, eine Quote, die nur wenige andere Städte vorweisen können.

Bewerkstelligt wurde diese günstige Balance unter anderem dadurch, daß die Personalkosten in sehr engen Grenzen gehalten wurden. Der Vermögenshaushalt der Stadt bewegt sich zwischen 30 und 40 Millionen Mark.

Was liegt an weiteren baulichen Investitionsmaßnahmen in Ettlingen an? OB Vetter verweist auf eine gewisse Verlagerung der Schwerpunkte: In den letzten Jahren sei mit der Errichtung von Schulen und Bädern ein Optimum erreicht worden. Vetter selbstkritisch: „Vielleicht haben wir sogar etwas zu viel getan; denn aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen bleiben ganze Schulräume leer stehen." Die Bade- und Sportanlagen halten durchaus dem Vergleich mit mancher Großstadt stand.

Während die Stadtsanierung auch in den kommenden Jahren noch als ein Großprojekt laufen wird, stehen weitere Aufgaben an: Eines davon ist eine großkonzeptionelle Wasserversorgung für den gesamten Bereich des Albgaus, für die 60 Millionen Mark veranschlagt sind und die eine Versorgungssicherstellung bis weit über das Jahr 2000 hinaus bedeutet. Bei der Abwasserbeseitigung hat man bereits allen kommenden Erfordernissen Rechnung getragen. Ein wichtiges Projekt ist nach Worten Vetters der Bau eines neuen Altenheims. Am Altersaufbau der Bevölkerung lasse sich ablesen, daß der Betreuung alter Menschen in der Zukunft immer größere Bedeutung zukommen wird. Mit dem Bau dieses Gebäudes wird Anfang Februar begonnen werden.

Darüber hinaus erfordert die Verkehrsberuhigung der Altstadt den Bau einer zweiten Tiefgarage. Damit würde erreicht, daß der autofahrende Besucher der Fußgängerzone und deren vielfältigen Einzelhandelsgeschäften lediglich Fußmärsche von höchstens 150 bis 200 Meter quer durch die Stadt auf sich nehmen muß.

Ein weiteres großes Projekt kommt auf Ettlingen mit der Veranstaltung einer dieser Stadt in Aussicht gestellten Landesgartenschau zu, die – bei Realisierung – auch den Vorteil brächte, daß sich hier das Land Baden-Württemberg mit einem erklecklichen Betrag engagieren würde.

Gegen den Makel eines gewissen Engpasses im Straßennetz soll gleichfalls vorgegangen werden. Im Generalverkehrsplan ist vorgesehen, daß parallel zur Autobahn eine Umgehungsstraße gebaut wird, die den Verkehr aus der Stadt Ettlingen weitgehend heraushält. Eine Ost-West-Verbindung ist gleichfalls im Bau. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Entlastung der Strecke Pforzheim-Herrenalb–Ettlingen, die den Bau einer Tunnelstrecke erforderlich macht.

Kunstgriff mit Erfolg

Zum Bemühen des OB Vetter, die Verkaufsstadt Ettlingen mit ihrem vielfältigen Angebotsfächer in reizvoller innerstädtischer Kulisse möglichst attraktiv zu gestalten und so einen Großteil der Kaufkraft in der Stadt zu behalten, gehört auch ein zeitweilig umstrittener Kunstgriff: Es wurde, obwohl Interessenten vorhanden waren, kein Einkaufszentrum auf „Grüner Wiese" zugelassen. Dies sorgte nicht nur für große Ermutigung beim örtlichen Einzelhandel. Nur so fanden sich die Ettlinger Einzelhändler auch bereit, sich in neue Ausbau-, Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen mit beträchtlichem Mittelaufwand zu stürzen, was der gesamten Stadtsanierung zugute kam – ja, sie in dem Umfang erst ermöglichte.



Ein Rendezvous von Historie und Moderne

In den letzten Jahren hat sich wohl kaum eine badische Stadt so zu ihrem Vorteil entwickelt, wie die in der Nachbarschaft zu Karlsruhe gelegene Stadt Ettlingen. Hier wurde auf der Basis einer gut erhaltenen historischen Bausubstanz (unser Bild zeigt die restaurierte Martinskirche) mit modernen Elementen die Innenstadt so umgestaltet, daß sie ihren gemütlichen Charakter nicht verloren hat. Der Typus der einstigen Römergründung wurde bewahrt. Bemerkenswert dabei ist, daß vor allem die Bürger selbst es waren, die sich mit Eigeninitiative und beträchtlichen Mitteln zu diesem Kraftakt bereitfanden, so daß die Stadtverwaltung sich weitgehend auf die Funktion des Planens und Lenkens beschränken konnte. FOTO: DRÜCKE

Viel Lärm in einer heilen Welt

Die politischen Parteien vermeiden Konfrontation und suchen Zusammenarbeit

Der Fluglärm über Ettlingen ist unüberhörbar und leider sehr häufig. Die Stadt ist ein Kreuzpunkt in Europa. Frankreich liegt nur sieben Kilometer von Ettligen entfernt, mehrere Flughäfen (Forchheim, Lahr) sind in der Nähe.

Kanadische, amerikanische und deutsche Militärflugzeuge wie auch Zivilmaschinen donnern über die Dächer der badischen Kreisstadt hinweg. Der Rheintalgraben ist, so Oberbürgermeister Vetter, „das bevorzugte Tieffluggebiet". Ansonsten bietet die Stadt das Bild einer fast heilen Welt. Ähnlich wie in vielen Klein- und Mittelstädten Baden-Württembergs gibt es beispielsweiseauch unter den politischen Parteien keine Polarisierung, man ist eher bereit zusammenzuarbeiten.

So findet der jetzige CDU-Oberbürgermeister, der seit zehn Jahren im Amt ist, anerkennende Worte für seinen Vorgänger, der der SPD angehört und die Stadt 26 Jahre regierte.

Im 38köpfigen Gemeinderat, in dem die CDU mit 23 Sitzen eindeutig dominiert (SPD 12, FDP 2 sowie eine Grüne) wird, so OB Vetter, „Kommunalpolitik, Stadtpolitik gemacht und die ideologischen Auseinandersetzungen halten sich in engen Grenzen". In dem Gremium werde er auch von den „Oppositionsparteien" durchaus respektiert. Sogar die einzige Grüne, eine Studentin, die eine echte Anfängerin in der Kommunalpolitik ist, „arbeitet in manchen Fragen auch mit". Auch das Verhältnis zur Großstadt Karlsruhe unmittelbar vor der Stadtgrenze hat sich inzwischen entspannt. Als 1715 die neue Residenz „Carols-Ruhe" gegründet wurde, erfaßte Ettlingen und andere umliegende Gemeinden so etwas wie eine lähmende Furcht vor dem neuen Giganten. Von „Ausblutung" in jeder Hinsicht war die Rede in den nächsten Jahrhunderten; denn alle kleinen Städte haben naturgemäß ihre Bedeutung an die badische Metropole abgeben müssen.

Vor allem im 19. und 20. Jahrhundert fand die Konzentration von Wirtschaft und Verwaltung in Karlsruhe in den benachteiligten Orten wenig Gegenliebe. Viele Ettlinger gingen als Pendler nach Karlsruhe, da dort mehr Arbeitsplätze geboten wurden. Inzwischen ist Karlsruhe nicht nur Fluch, sondern auch „Segen" geworden, so der OB, da die Ettlinger auch die Vorzüge Karlsruhes in Anspruch nehmen. XHK.

Die „Europäische Beispielstadt“

Wie die Gemeinde im Schatten der großen Schwester an Glanz gewann

Bis vor wenigen Jahren war die Große Kreisstadt Ettlingen außerhalb ihrer Tore vor allem wegen des „Erbprinzen“ berühmt. Auch heute noch zählt dieses traditionelle Hotel und Restaurant zu den besten Adressen in Europa. Manager aus Hamburg oder Düsseldorf, VIPs aus München oder Berlin pflegen hier zu speisen und zu übernachten, wenn sie nach Karlsruhe müssen.

Neuerdings ist die 37 000 Einwohner zählende Stadt im Schatten des „großen Bruders“ Karlsruhe europaweit wegen einer anderen Sonderleistung zu einem *„Muster-Städtle“* geworden. Die Stadtsanierung der Altstadt hat Besucher aus aller Welt angelockt; denn hier wurde offensichtlich Bahnbrechendes vollbracht. OB Vetter: „Wir können die Preise gar nicht mehr zählen, die wir im Zusammenhang mit der Sanierung bekommen haben.“ In allen Schriften erwähnt wird jedoch die höchste Auszeichnung: 1981 erhielt Ettlingen den Zusatz „Europäische Beispielstadt“.

Europäisches Interesse

Die Stadtsanierung, im Rahmen einer „Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung“, war Anfang der 70er Jahre vom Europarat beschlossen worden. Sehr bald standen die Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt Ettlingens im Mittelpunkt des europäischen Interesses. In einer 47seitigen Broschüre „Alte Städte neu“, vom Deutschen Ausschuß für die europäische Kampagne 1980 herausgegeben, wurde Ettlingen – neben den Städten Burghausen, Hamburg, Hillesheim, Karlsruhe und Wuppertal – bei den Orten genannt, die im Rahmen ihrer Sanierungsmaßnahmen „beispielhaft“ die gestellten Aufgaben und Fragen gelöst haben. Diese Städte, so heißt es in dem Prospekt, „geben Anregungen, sollen zum Nachdenken reizen“.

Wer heute durch die Altstadt Ettlingens spaziert, ist sofort von der Atmosphäre beeindruckt: Die Architekten und Sanierungsträger haben darauf geachtet, daß die aus dem Mittelalter stammenden Häuser und Gebäude ihr pittoreskes und romantisches Aussehen weitestgehend beibehalten. Aber es wurde auch dafür gesorgt, daß die jahrhundertealten Gassen und Sträßle im Geviert hinter den einstigen Stadtmauern genauso gekrümmt und verwinkelt blieben wie seit eh und je. Gleichzeitig wurde modernisiert. Im Gegensatz zu sanierten Stadtteilen in anderen Orten ist die heutige Altstadt wieder eine „beste Wohnadresse, eine tolle Wohnlage“ *(OB Vetter) geworden. Nicht ohne* Grund gibt es inzwischen viele Professoren, Bundesrichter und andere hohe Beamte aus Karlsruhe, die in Ettlingen ihr Wohndomizil haben.

Schmuckstücke der sanierten Altstadt sind zweifelsohne das in 20 Jahren für Millionenbeträge renovierte Schloß, in dem die alljährlichen Festspiele seit 1979 stattfinden, das wiederaufgebaute Kaufhaus Schneider (dessen Architekt Professor Heinz Mohl für diesen Entwurf mit dem Hugo-Häring-Preis des Bundes Deutscher Architekten ausgezeichnet wurde) sowie das barocke Rathaus aus dem 18. Jahrhundert.

Die Erhaltung dieses alten Rathauses und der Verzicht von OB Vetter, ein neues zu bauen, haben die Sanierung erst möglich gemacht; denn der Anstoß zur Erneuerung der Altstadt kam von Überlegungen der Besitzer des Kaufhauses Schneider, in Anbetracht der zunehmenden Karlsruher Konkurrenz sich in einem neuen Haus zu erweitern, um ein großstädtisches Angebot unterbringen zu können.

Ein neues Grundstück in der Nähe des alten Kaufhauses konnte zunächst nicht gefunden werden. Erst als der damals neue Oberbürgermeister auf ein neues Rathaus verzichtete, konnte die Stadt dem alteingesessenen Warenhaus, das bis heute und in absehbarer Zeit auch das einzige bleibt, ein passendes Grundstück anbieten.

Die Stadtverwaltung erkannte damals zu Recht, daß wichtiger als ein neues Rathaus die dringend notwendige Sanierung der zum großen Teil im baufälligen Zustand befindlichen mittelalterlichen Häuser der Altstadt war. So wurde Ettlingen dann 1971 in das Städtebauförderungsprogramm von Bund und Ländern aufgenommen.

Ende 1975 rollten die ersten Bagger und Baugeräte an: Eine zweigeschossige Tiefgarage war das erste Sanierungsvorhaben (mit sehr zivilen Preisen, die es sonstwo in der Bundesrepublik kaum gibt). *Im Oktober 1977* konnte das Kaufhaus Schneider seiner Bestimmung übergeben werden: heute eine erfolgreiche Ergänzung zu den zahlreichen Einzelhandelsgeschäften in der sanierten Altstadt.

Neu im alten Stil

Über der Tiefgarage wurde der Neue Markt gebaut: Bestandteil einer verkehrsberuhigten (keine reine Fußgänger-) Zone, in der Autos bei begründeter Notwendigkeit fahren dürfen. Sitzgelegenheiten, Blumenkübel, Laternen im alten Stil, neu gepflanzte Bäume und die aus dem Mittelalter stammenden Narren- und St. Georgsbrunnen sorgen für die gemütliche Atmosphäre der Wohn- und Einkaufszentren in Ettlingen.

Durch rechtzeitigen Kauf von Grundstücken besitzt die Stadt alleine im Altstadtbereich mehr als 600 Wohnungen. Dadurch ist sichergestellt – auch dies ein Ettlinger Sanierungsspezifikum – daß kein Altstadtbewohner gegen seinen Willen „vertrieben“ werden muß.

Aufgrund der international anerkannten Sanierung in der Altstadt Ettlingens hat OB Vetter jetzt von Baden-Württembergs Innenminister Heinz Eyrich ein Schreiben bekommen: Darin kündigte der Minister an, in diesem Jahr würden die Finanzhilfen für das Sanierungsprogramm Ettlingens möglicherweise erhöht.

XIN-HU KUO

Mit Spezialisierung eigenes Profil gewonnen

Das Fehlen von Großunternehmen erweist sich heute als Stärke / Arbeitslosenquote unter Durchschnitt

Standortgunst und schnelle Entscheidungen (durch kurze Verwaltungswege) sind die hervorstechendsten Kriterien, die in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Unternehmen dazu veranlaßt haben, sich in der Stadt Ettlingen niederzulassen. Die Lage dieser zwischen Rheingraben und Schwarzwald am Flüßchen Alb gewachsenen Mittelstadt an einem der großen europäischen Verkehrskreuze hat schon seit eh und je große Zugkraft ausgeübt.

Ettlingen, das sich in Konkurrenz zu der benachbarten Großstadt Karls*ruhe nicht immer ganz leicht tat*, hat sich ein eigenes tragfähiges Profil herausgearbeitet. Das Rezept heißt Spezialisierung. Das Verhältnis beider Städte zueinander wird nicht durch ein Gegeneinander sondern durch Arbeitsteilung und gegenseitige Ergänzung bestimmt.

Die Struktur der in Ettlingen ansässigen Gewerbe- und Industriebetriebe ist eindeutig mittelständisch geprägt. Mit den in der Stadt vorhandenen rund 16 000 Arbeitsplätzen, eine Zahl, die sich ziemlich konstant gehalten hat, ist Ettlingen (37 000 Einwohner) ausreichend versorgt.

Mittelständisch geprägt

Der Tatbestand, daß sich in den Mauern der Stadt kein Großunternehmen angesiedelt hat – früher einmal da und dort Anlaß zu Kritik –, erweist sich heute als Stärke. Die Arbeitslosenquote Ettlingens beträgt derzeit 5,2 Prozent. Sie liegt damit unter dem Landesdurchschnitt und erst recht unter den Zahlen einer Region der „Rheinschiene„. Die schwierigen Zeiten der Rezession hat der Wirtschaftsraum Ettlingen ohne größere Einbrüche oder Pleiten hinter sich gebracht. Trotz (oder wegen) der Nähe zum Oberzentrum Karlsruhe hat sich Ettlingen gut behaupten können.

Allein in den siebziger Jahren konnte ein Zuwanderungsgewinn von rund 1800 Personen (im Alter von 20 bis 45 Jahren) erzielt werden. Statistiken ist zu entnehmen, daß in der Zeitspanne 1973 bis 1981 sich 380 Firmen in Ettlingen neu ansiedelten oder gegründet wurden, demgegenüber gaben in jenem Zeitraum 223 Firmen auf, es bleibt ein positiver Saldo von 157 Firmen. Im schwierigen Jahr 1983 registrierte man in dieser Stadt 15 Neuansiedlungen. Die überwiegende Zahl der Neugründungen und Aufgaben betreffen naturgemäß kleinere Betriebe.

Nichtsdestotrotz ist die wirtschaftliche Robustheit und Stabilität Ettlingens gerade auf den Umstand zurückzuführen, daß diese Stadt in ihrer Struktur ausschließlich von mittelständischen Firmen geprägt ist. Überdies ist die industrielle Szenerie von einer außerordentlich großen Branchenvielfalt gekennzeichnet, die gleichfalls dazu beiträgt, daß unterschiedliche Branchen- und Firmenkonjunkturen insgesamt abgefedert werden. Gleichwohl ist festzuhalten, daß 54 Prozent aller Beschäftigten im Sektor der Investitionsgüter tätig sind, die insbesondere im Verlaufe der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit einem bedeutenden Beschäftigtenzuwachs von sich reden machte, während anfangs der achtziger Jahre im Zeichen der Rezession hier wie anderswo ein entgegengesetzter Trend zu beobachten war.

In der bestehenden Branchenpalette dominieren der Zahl nach die Betriebe des Maschinen- und Fahrzeugbaus (zum Beispiel Lorenz oder auch Pfeiffer). Die nächstgrößere Gruppe bilden die Firmen der Elektrotechnik sowie der Feinmechanik/Optik. Es folgen Unternehmen aus den Sparten Leder, Textil und Bekleidung. Als Beispiel zu nennen wäre die prosperierende Gesellschaft für Spinnerei und Weberei AG, Ettlingen, die in 1983 ihren Umsatz um etwa 20 Prozent auf annähernd 140 Millionen Mark gesteigert hat. Dieses in Familienbesitz befindliche Unternehmen, das rund 600 Mitarbeiter beschäftigt, hat sich beizeiten in Marktnischen umgesehen und sich spezialisiert – unter anderem auf die Herstellung von Industriestoffen mit hoher Strapazierfähigkeit.

Zum Industriefächer gehören ebenso Firmen der Baubranche, der Sparte Chemie/Kunststoff, wie auch des Eisen- und Stahlbaus, des Bereichs Holz, Papier und Druck sowie der Nahrungs- und Genußmittelsparte. Neuansiedlungen der jüngeren Zeit betrafen beispielsweise die Energiebranche (Gasheizanlagen), die Produktion von Kunststoff-Profil-Fenstern sowie den Maschinenbau-Sektor. *Es wurden außerdem einige* Handelsfirmen neu gegründet.

Neue Akzente setzen

OB Vetter läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß auch die Stadt Ettlingen bei ihrer Ansiedlungspolitik „sich ein wenig nach der Technologie orientiert, was auch Ausdruck der Landespolitik ist“. Im Bannkreis der Technischen Universität in Karlsruhe versucht die Stadt Ettlingen, durch Errichtung einer kleinen „Technologie-Fabrik“ einen neuen Akzent zu setzen, zumal Informatiker der Uni Karlsruhe in einem bisher leerstehenden Fabrikgebäude in Ettlingen eine Bleibe gefunden haben.

Richtschnur der städtischen Politik ist, über Neuansiedlungen die Zahl der Arbeitsplätze in Ettlingen weiterhin konstant zu halten. „Im Grunde genommen können wir uns die Betriebe aussuchen“, umreißt OB Vetter die relativ günstige Ausgangsposition der Stadt. Als erwünschte Kriterien zählt er auf, daß die interessierten Firmen gesund sein sollten; mittelständischer Zuschnitt käme seinen Vorstellungen ebenso entgegen wie Emissionsarmut bei gleichzeitiger Ausrichtung in den innovativen Bereich hinein. Im Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbandes sei eine ziemlich große Fläche für Gewerbeansiedlungen vorgesehen. An der Schaffung neuer Arbeitsplätze will Ettlingen nicht zuletzt auch seinen Wohnraumbedarf ausrichten.

Als ein sehr wichtiger Faktor bei den Ansiedlungsbemühungen erweist sich – wie erwähnt – die günstige geographische und verkehrstechnische Lage der Stadt. Ettlingen liegt an einer Stelle, an der sich zwei wichtige Autobahnen, die Fernstraße München–Paris sowie die Nord-Süd-Autobahn im Rheintal Richtung Basel, kreuzen. Auch im Schienenverkehr bieten sich günstige Aspekte; denn in Ettlingen berühren sich sowohl die im Bau befindliche Schnell*bahnstraße Mannheim–Stuttgart so*wie die künftige Schnellbahn-Linie Mannheim–Basel.

Im handwerklichen Bereich der Stadt sind ähnliche Strukturveränderungen erkennbar wie anderswo. Festzuhalten ist freilich, daß der Schwund bei der Zahl der Handwerksbetriebe sich in Ettlingen in wesentlich moderateren Bahnen vollzieht als in den benachbarten Gemeinden des Landkreises Karlsruhe.

Ettlingens Bürger, deren Kaufkraft über dem Durchschnitt liegt, haben den Vorzug, in einer attraktiven verkehrsberuhigten Innenstadt eine Vielzahl von Geschäften (auch ein Warenhaus ist darunter) der verschiedensten Branchen anzutreffen, die praktisch den gesamten Bedarf abzudecken vermögen.

Ein besonderes Aushängeschild, wie das im Landesteil Baden so selten nicht ist, bietet Ettlingen mit seiner Gastronomie: Der „Erbprinz“ in Ettlingen beispielsweise zählt zu den auch international bekanntesten deutschen Gourmet-Lokalen. Aber auch die vielen anderen Gaststätten können sich sehen lassen. Insgesamt gibt es in dieser Stadt mehr als 80 Betriebe des Gastgewerbes. Den Ausbau Ettlingens zu einer Fremdenverkehrs-Stadt hat OB Vetter allerdings nicht im Sinn, er setzt vielmehr auf Städtetourismus, Kurzaufenthalte und Kongresse.

WERNER NEITZEL

Festlicher Begriff

Es war ein riskantes Unternehmen, als die Stadt Ettlingen und ihre Bürger beschlossen, ab 1979 im restaurierten Schloß Festspiele zu veranstalten, denn immerhin gibt es acht Kilometer von Ettlingen entfernt die Großstadt Karlsruhe mit ihren erstklassigen Theatern, Konzerten, Museen und anderen kulturellen Einrichtungen. Neben Begeisterung und Engagement gab es deshalb seinerzeit auch Skepsis und Fragezeichen.

In nur fünf Jahren gelang es der Stadt, ihre Schloßfestspiele zu einem festen Begriff für Musik- und Theaterfreunde in Baden-Württemberg und darüber hinaus werden zu lassen. Es ist deshalb sicherlich nicht nur Zufall, sondern auch ein Stück Anerkennung, daß die Schloßfestspiele Ettlingens ab diesem Jahr Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Festspielorte“ geworden ist, in der folgende Städte sich zusammengeschlossen haben: Bad Gandersheim, Feuchtwangen, Bad Hersfeld, Jagsthausen, Wunsiedel und Schwäbisch Hall.

Inzwischen haben sich die Ettlinger Festspiele so „gemausert“, daß nicht nur die Bewohner der Stadt, sondern auch die Karlsruher in großen Scharen in jedem Sommer ins benachbarte Städtchen zu einem kulturellen Genuß erster Güte hinauspilgern. Von den inzwischen von 20 000auf 40 000 verdoppelten Besuchern, die alljährlich den Weg zum Ettlinger Schloß finden, sind nicht wenige aus der badischen Metropole ins vergleichsweise kleine Ettlingen gekommen.

Dazu tragen im wesentlichen zwei Faktoren bei: Die von Anfang an angestrebte und erreichte hohe Qualität aller Veranstaltungen der Festspiele vereint mit der bezaubernden Kulisse des in Hochglanz renovierten, historischen Schlosses mitten in der romantischen Altstadt. Außerdem wird in Ettlingen nicht viel herumexperimentiert: Bewährte Publikumslieblinge sorgen für volle Säle und vermeiden leere Plätze.

Zum sechsten Male werden auch in diesem Sommer (vom 5.Juli bis 8. September) die Schloßfestspiele stattfinden.

XHK.





Wörner: Die Entscheidung lege ich in die Hände des Kanzlers

● Fortsetzung von Seite 1

Das Magazin meldete weiter: Ein Düsseldorfer Anwalt, der auf Zieglers Wunsch zugegen gewesen sei, habe die Dauer der Begegnung auf zweieinhalb Stunden geschätzt. Entgegen der Darstellung von Wörners Sprecher, „dem Bund" seien „in dieser Sache keine Kosten entstanden", heißt es im „Spiegel", dem Düsseldorfer Anwalt habe das Ministerium seine Aufwendungen nach der Anwalts-Gebührenordnung erstattet und Ziegler für Reisekosten (Flug 1. Klasse, Taxi) in einem braunen Umschlag 2500 D-Mark am Ende des Besuchs ausgehändigt. Nach dieser Version hat Wörner mit seinen Besuchern einen Teil der Unterredung in seinem Amtszimmer geführt, einen weiteren Teil in einem nicht weit entfernten Besprechungszimmer, wo er mit ihnen auch das Mittagessen eingenommen habe. Zum Schluß soll Wörner zu Ziegler gesagt haben: „Ich danke Ihnen ganz herzlich, Sie haben sehr, sehr viel für mich getan und für unsere Regierung." Danach seien die beiden Schweizer mit dem Dienstwagen zum Düsseldorfer Flugplatz gebracht worden, da das Flugzeug von Köln/Bonn aus ausgebucht gewesen sei.

Unterdessen hat die SPD, die im Bundestag eine parlamentarische Untersuchung der Entlassung Kießlings in die Wege leitete, abermals den Rücktritt des Verteidigungsministers gefordert. Oppositionsführer Vogel erklärte, der durch Wörners Handeln in der Truppe und sonst in der Öffentlichkeit eingetretene Vertrauensverlust könne nur durch die Entlassung des Verteidigungsministers und durch eine Ehrenerklärung zugunsten des Generals Kießling wieder-gutgemacht werden.

Kießling: Ich muß von Wörner rehabilitiert werden

Der entlassene General hat sich am Sonntag vor einer Woche mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Altenburg, in Bonn getroffen. Kießling erklärte der WELT am SONNTAG, er müsse von Wörner mit einer Ehrenerklärung rehabilitiert werden. Kießlings Anwalt verlangte darüber hinaus noch, daß die vorzeitige Pensionierung des Generals aufgehoben werden müsse und der Entlassene in den Dienst zurückkehre. Kießling war am 21. Januar nach Bonn in der Hoffnung gereist, mit dem Minister zusammentreffen zu können. Er blieb bis 23. Januar in Bonn und reiste dann nach München zurück, wo er im Bundeswehrkrankenhaus behandelt wird.

Am Mittwoch, 25. Januar, erreichte Kießling ein Brief Wörners im Krankenhaus, der auf den vergangenen Montag datiert war. Darin erklärte der Minister sich zu einem Gespräch mit Kießling bereit. Als sich Wörners Adjutant telefonisch bei Kießling erkundigte, ob auch er willens sei, den Minister zu treffen, erklärte der General, so die WELT am SONNTAG, unter Anspielung auf die Begegnung Wörners mit dem Schweizer Ziegler, die Lage habe sich nach dem Wochenende verändert. Der Adjutant solle sich an seinen Anwalt wenden. Der Zeitung erklärte Kießling, sein Vertrauen in den Minister sei erschüttert.

Inzwischen ist ein Schreiben bekannt geworden, das General Altenburg nach seiner Unterredung mit den führenden Generalen und Admiralen, bei der auch der Minister am vergangenen Dienstag zeitweise anwesend war, an alle aus dem Dienst geschiedenen Generale richtete. Darin erläuterte Altenburg eingehend die Gründe, die zur vorzeitigen Zurruhesetzung Kießlings geführt hätten. Klar wird aus der Unterrichtung Altenburgs, daß Kießling in seinem Gespräch mit Wörner und ihm am 15. September 1983 den Wunsch äußerte, zum 31. März 1984 vorzeitig in den Ruhestand versetzt zu werden.

„Die Gründe dafür lagen in seinem Dienstbereich", erläuterte Altenburg in einem Brief, so daß damit zum ersten Mal belegt wird, daß Kießling, wie von der WELT bereits am 11. Januar berichtet, mit dem NATO-Oberbefehlshaber General Rogers keine Grundlage für ein gedeihliches Zusammenarbeiten gefunden hatte. Als „beste Lösung" sei seinerzeit vereinbart worden, daß sich Kießling in ärztliche Behandlung begebe und seinen Dienst nicht wieder aufnehme. Der „Spiegel" schreibt, Rogers habe sich wenige Tage vor der Ankunft Kießlings an seinem neuen Dienstort SHAPE im Frühjahr 1982 vor Zeugen im Kreis engster Mitarbeiter gesagt: "He is a homosexual."

General Altenburg verweist in seinem Schreiben an die pensionierten hohen Offiziere darauf, er trage in der Affäre um Kießling „für zwei Dinge Verantwortung: Erstens, der den Vorschriften nicht entsprechende Versuch einer „günstigen Lösung" in unserem Gespräch am 15. und 19. 9. 1983; zweitens die Tatsache, daß auch ich am 8. 12. 83 auf Grund der vom Staatssekretär (Hiehle, d. Red.) vorgetragenen und geforderten Entscheidungslage dem Minister nicht abriet, die Entlassung vom 31. 3. 84 auf den 31. 12. 83 vorzuziehen. Altenburg fügte hinzu, er sei nicht der Ansicht, daß sich die Bundeswehr in einer Krise befinde. Auch seien die Streitkräfte, wie er glaube, nicht gedemütigt worden. „Das hätte Absicht vorausgesetzt."

Generale kritisieren die Bundesregierung

25 ehemalige Generale kritisierten die Bundesregierung heftig. Sie unterzeichneten eine Erklärung, in der es heißt: „Wir, die unterzeichneten ehemaligen Generale der Bundeswehr, erklären hiermit: Wir empfinden es als unerträglich, daß bei den Vorgängen im Fall Wörner/Kießling den Äußerungen von Personen eines zweifelhaften Milieus offenbar mehr Glauben geschenkt wird als dem Wort eines bewährten Mannes. Wir erwarten von der Staatsführung, daß dieser bedauerliche Fall unverzüglich zu einem rechtsstaatlich sauberen Ende gebracht wird. Dazu gehört, daß die Verdachtsgründe endlich auch General Kießling vorgetragen werden."

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem die Generalleutnante Meyer-Detring, Hinrichs, Thilo, Schwiethal, Kuntzen und Wehnelt sowie die Generalmajore Kalckreuth, Hess, Hass, Birnstiel, Beuther, Vollmer und Köstling.

Der frühere Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD) sagte gestern, bei einem Rücktritt Wörners wollten die Sozialdemokraten die Arbeit im Untersuchungsausschuß nicht fortsetzen, sondern dann die noch offenen Fragen wie die der Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in der parlamentarischen Kontrollkommission behandelt haben. Der Vorsitzende des Verteidigungs-Ausschusses, Alfred Biehle (CSU), sagte demgegenüber, ein Rücktritt Wörners würde formal keine Auswirkungen auf die Ausschußarbeit haben. Wörner soll am 8. Februar vor diesem Gremium aussagen.

Afghanische Kampfflugzeuge beschießen Dorf in Pakistan

DW. **Islamabad**

Ein schwerer militärischer Zwischenfall im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet hat am Wochenende die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter belastet. Bei der Verfolgung von Widerstandskämpfern gegen das Regime in Kabul drangen zwei afghanische Kampfflugzeuge auf pakistanisches Gebiet vor. Sie warfen eine Bombe und feuerten rund hundert Raketen ab. Pakistanische Regierungsbeamte erklärten gestern, bei der Bombardierung der 700 Meter von der Grenze entfernten Ortschaft Angur Adda habe es mindestens 40 Tote und 50 bis 60 Verletzte gegeben. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz unterhält in diesem Gebiet ein großes medizinisches Zentrum für Opfer der kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan.

Nach Angaben des pakistanischen Außenministeriums handelt es sich um die dritte und schwerste Luftraum-Verletzung durch afghanische Flugzeuge seit Jahresbeginn. Der afghanische Geschäftsträger in Islamabad wurde zur Entgegennahme eines formellen Protests gegen den „barbarischen Angriff" ins Außenministerium zitiert und auf die „gefährlichen Folgen" solcher Zwischenfälle hingewiesen, für die allein die Regierung in Kabul die Verantwortung zu tragen habe.

Nach Auffassung westlicher Kreise in Islamabad könnte der Angriff eine Warnung Kabuls an die Widerstandskämpfer sein, von denen sich im Winter zahlreiche Gruppen nach Pakistan zurückziehen, um zu Beginn des Frühjahrs, mit Waffen und Munition versorgt, zum Kampf gegen die sowjetisch-afghanischen Truppen nach Afghanistan zurückzukehren.

Unterdessen wurde in Neu-Delhi über ein angebliches Komplott von Funktionären der Afghanistan regierenden kommunistischen „Demokratischen Volkspartei" zur Ermordung von Staats- und Parteichef Babrak Karmal berichtet. Ein im Exil lebender früherer afghanischer Regierungsbeamter erklärte, die Attentäter hätten vorgehabt, Sabotage an dem Flugzeug zu betreiben, mit dem Karmal am 9. Januar zu einem Besuch nach Moskau fliegen wollte. Mindestens zwei Saboteure seien jedoch vor Karmals Abflug festgenommen worden.

Bonn wartet jetzt auf detaillierte Einwände Israels gegen Waffenexport

■ Fortsetzung von Seite 1

Korridor" zugunsten der israelischen Landwirtschaft schaffen.

Auf der Pressekonferenz gab der Kanzler bekannt, daß er sich im Sommer 1983 bei Parteichef Andropow auch für die Ausreise von Juden aus der Sowjetunion nach Israel eingesetzt habe. Auf die Möglichkeit eines deutsch-israelischen Jugendwerks angesprochen, erklärte Kohl, wenn die Zeit reif sei, sollte man an eine solche Einrichtung nach deutsch-französischem Vorbild denken. „Aber das erste Wort kann nicht von unserer Seite kommen."

*

Co. **Jerusalem**

Zwischen Bundeskanzler Kohl und dem israelischen Ministerpräsidenten Shamir ist es zwar zu keiner Annäherung in der Frage deutscher Waffenexporte nach Saudi-Arabien gekommen. Bemerkenswerterweise hat es aber in den Gesprächen – entgegen dem vorherrschenden Eindruck in der israelischen Öffentlichkeit – keine Schärfen gegeben. Sowohl Kohl als auch Shamir bemühten sich, argumentativ um Verständnis für den jeweils eigenen Standpunkt zu werben.

Nach Auffassung der Bonner Delegation ist im Laufe der Begegnungen das gegenseitige Verständnis gewachsen. Damit habe sich die Diskussion nicht nur als „Wert an sich" erwiesen, sondern auch die realen Chancen der Verständigung erhöht. „Wir sind beeindruckt von den israelischen Argumenten und erhoffen das gleiche von der anderen Seite. Wenn das der Fall ist, dann müßte uns das beide weiterführen", sagte ein hoher deutscher Diplomat. Er fügte hinzu, die Waffenfrage sei keineswegs so extensiv behandelt worden, wie das öffentlich vermutet werde.

Das heißt: Shamir will – trotz aller Enttäuschung über Kohls nicht mehr zu revidierende prinzipielle Zusage an die Saudis – keineswegs die harten Schlußfolgerungen ziehen, die neben einzelnen Regierungsvertretern beispielsweise einer der führenden Oppositionspolitiker, der ehemalige Ministerpräsident Rabin, androhte: „Die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland würden in diesem Fall (der Waffenlieferungen) auf dem gleichen Nullpunkt ankommen, auf dem sie vor dem Treffen zwischen Ben Gurion und Adenauer standen."

Wäre das die Meinung der israelischen Regierung, dann hätte Shamir nicht seinen Sprecher Pazner mitteilen lassen: „Diese beiden Männer (Kohl und Shamir) haben ein gutes persönliches Verhältnis entwickelt, das es ihnen ermöglicht, offen und freundschaftlich auch umstrittene Fragen zu erörtern." Und dann hätte auch einer der höchsten israelischen Beamten nicht gesagt: „Die Gespräche der beiden Delegationen haben bewiesen, daß zwischen beiden Ländern gute Freundschaft und gegenseitiges Verständnis besteht."

Worauf aber können die Israelis in der Waffenfrage bauen? Konkret hat ihnen der Kanzler nichts zugesagt. Er rechnet es sich positiv an, Saudi-Arabien die Lieferung des Leopard-2-Panzers abgelehnt zu haben. Seine Absicht, „die israelischen Interessen



Helmut Kohl **Yitzhak Shamir**

zu berücksichtigen", ist aber nach deutscher Darstellung mehr als eine Floskel. Tatsächlich, so heißt es, sei ja Kohls Zusage an König Fahd sehr allgemein gehalten. Ihr Inhalt könne also aufgrund israelischer Einwände noch beeinflußt werden. Voraussetzung aber seien präzise Hinweise aus Jerusalem für eine konkrete Bedrohung.

Mit anderen Worten: Kohl erwartet, daß Shamir zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr nur allgemein vor Rüstungslieferungen an die Saudis warnt, wie er dies bei den jetzigen Gesprächen getan hat, sondern exakt darlegt, daß er den Export dieser und jener speziellen Waffen oder Ausrüstungsgegenstände an Riad aus präzis belegten Gründen für gefährlich hält. Dies könnte dann bei Abschlüssen mit den Saudis möglicherweise berücksichtigt werden.

Entgegen der allgemeinen Annahme gibt es übrigens nach sicheren Informationen schon eine Wunschliste der Saudis, die nach dem Besuch einer militärischen Expertenkommission in der Bundesrepublik Deutschland entstanden ist. Allerdings handelt es sich dabei nur um generelle Hinweise auf das Interesse an bestimmten Waffensystemen und noch nicht um spezifizierte Bestellungen. Erst wenn diese vorliegen, kann die Bundesregierung konkret darüber befinden.

Ein wichtiger Punkt für Jerusalem wie für Bonn ist die Nichtweitergabe von Waffen, die nach Saudi-Arabien geliefert werden. Shamir hat gegenüber Kohl auf Waffenfunde in Beirut hingewiesen. Sie wurden als Beleg dafür angeführt, daß die Saudis aus dem Westen erhaltene Waffenkisten ungeöffnet zur Weitergabe an die PLO nach Libanon geschafft haben. Auf deutscher Seite zeigte man sich davon beeindruckt.

Vor der Israel-Reise hatte die Bundesregierung in Washington nachgefragt, welche Haltung die US-Regierung zu einem deutschen Rüstungsgeschäft mit Riad einnehme. Die offizielle Antwort lautete: „Wir sind in dieser Frage neutral." Das heißt, die Reagan-Administration rät nicht ab, obwohl sich jüdische Gemeinschaften in Amerika aus Solidarität mit Israel energisch gegen Waffenlieferungen Bonns wenden. Nach offizieller amerikanischer Ansicht kann eine verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im westlichen Interesse liegen – allerdings unter der Voraussetzung, daß Israels Interessen nicht verletzt werden.

Und genau in diesem Punkt haben Shamir und Kohl nicht übereingestimmt. Der Israeli hält die Saudis für gefährlich, der Deutsche stuft sie als gemäßigt ein. Kohl denkt primär an die „Stabilität der Golf-Region", Shamir in erster Linie an die Sicherheitsinteressen Israels, die von Bonner Seite als „traumatisch" charakterisiert werden. In Kohls Umgebung hieß es, man habe zwar Verständnis für die Einwände der Israelis, aber das bedeute kein Einverständnis.

Entschieden bestritten wird von der israelischen Regierung, was die Zeitung „Davar" unter Berufung auf „informierte Stellen" ankündigte: daß Jerusalem rechtzeitig eine Kompensationsliste vorlegen werde, falls der deutsche Waffenexport endgültig beschlossen sei. Für völlig ausgeschlossen aber hält das in Israel kaum jemand.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zur Rettung der Bundesbahn

Nach den Plänen der Bundesregierung (v. 23. 11. 83) und des Bundesbahnvorstands sollen Tausende von Streckenkilometern der Deutschen Bundesbahn stillgelegt werden. Das wird das Ende der Eisenbahn sein. Dabei geht es aber nicht nur um 300 000 Bundesbahnbedienstete, sondern um die ganze deutsche Wirtschaft. Deshalb muß die Eisenbahn erhalten bleiben. Wir müssen sie – wie die frühere Reichsbahn – ständig und ausreichend subventionieren. Denn eine derart kostspielige und unersetzliche Institution kann nicht nach wirtschaftlichen, sondern nur nach staatspolitischen Grundsätzen geführt werden.

Daraus folgt, daß die Nebenstrekken in gleicher Weise wie die Hauptstrecken erhalten bleiben müssen und daß sie auch nicht auf Omnibusverkehr umgestellt werden dürfen. Denn der Omnibus hat ebensolche Nachteile, wie alle anderen Kraftfahrzeuge. Daher müssen wir auch im ländlichen Raum ein attraktives Strecken- und Schienennetz anbieten, weil andernfalls die Motorisierung weiter ansteigt und weil dann auch keine Fernreisenden mehr zur Verfügung stehen. Denn der Autofahrer steigt nicht mehr um. Es ist somit völlig abwegig, den Fernverkehr einseitig zu fördern und damit die verfehlte US-Eisenbahnpolitik zu wiederholen. Denn in den USA haben die privaten Eisenbahngesellschaften nach denselben wirtschaftlichen Grundsätzen gearbeitet und totalen Schiffbruch erlitten.

Andererseits aber muß die Bundesbahn mehr sparen. Sie darf vorläufig keine kostspieligen Schnellbahnstrecken mehr bauen, zumal uns diese keine Autofahrer und keine Gütertransporte mehr zurückbringen werden (siehe USA). Und vor allem muß die Bundesbahn aus Kostengründen ihre zahlreichen technischen Basteleien (z. B. mit zeitraubenden Fahrkartendruckapparaten, klimatisierten Personenwagen, Großraumwagen usw.) erheblich reduzieren.

Der Bürger will in gemütlichen, individuellen Abteilen mit zahlreichen Gepäckstücken (in greifbarer Nähe) reisen und auf den Stationen das Fenster zu einem Abschiedsgespräch usw. öffnen können. Er will unabhängig von der Witterung, vom Straßenverkehr und vom Unfallgeschehen sein Ziel pünktlich und ausgeruht erreichen. Das war und ist die Stärke der Eisenbahn, deren Vorteile wir dem Bürger wieder nahebringen müssen.

Im übrigen aber muß eine vernünftige Verkehrspolitik durch entsprechende steuerliche Lenkungsmaßnahmen und durch eine nachhaltige Reduzierung des Straßenbaus die Autowelle stoppen, weil jene unsere Umwelt zerstört und uns im Ernstfall (Ölkrise oder Krieg) ins Chaos führt. Denn dann wird kein Arbeiter seinen Arbeitsplatz und keine Ware die Kundschaft erreichen, zumal wir nicht über die unbegrenzten (Raum- und) Rohstoffreserven der USA verfügen.

Ein etwaiger Hinweis, daß die Wahl des Verkehrsmittels frei sein müsse, wäre abwegig. Denn die Wahl des Verkehrsmittels wird nicht angetastet. Andererseits aber zeigt die derzeitige Entwicklung, daß wir die Eisenbahn abwürgen, wenn wir die lohnkostenbedingten Steigerungen der Eisenbahntarife nicht durch entsprechende Maßnahmen bei den Autokosten ausgleichen.

Dr. Rüdiger Ackermann, Weinheim

Affäre Wörner

Wie der Fall Kießling zur Affäre Wörner wurde

Die Schilderung der Affäre Wörner durch Rüdiger Moniac hat mich befremdet, um nicht zu sagen entsetzt. Nach seinen Worten gäbe es gar keine Affäre, hätte der Minister den General einfach hinausgeworfen, ohne ihm zu sagen, warum. Das mag nach Paragraph 50 des Soldatengesetzes möglich sein, ist aber nach dreißigjähriger Dienstzeit geradezu unmenschlich – und so etwas kann man doch nicht empfehlen!

Was man dem Minister zum Vorwurf machen muß ist, daß er es nicht für nötig befunden hat, mit seinen Vertrauten, die da ebenfalls kompromittiert sind, die Tatsache zu erörtern, daß man bis in den September hinein dreißig Jahre lang nie das geringste über die angebliche Homosexualität des Generals gehört hatte. Wäre er homosexuell, hätte sich das sicher bei den zahlreichen Untersuchungen und Durchleuchtungen, die ja ganz routinemäßig in der Armee stattfinden, herausgestellt. Aber nie gab es auch nur den leisesten Verdacht, geschweige denn irgendeinen handgreiflichen Beweis.

Ferner hätte erwähnt werden müssen, daß für diese vagen Gerüchte auch im September nie die geringsten Beweise erbracht werden konnten, obwohl das Verteidigungsministerium und der MAD ziemlich hektisch gesucht haben. Alle Vermutungen haben sich als verfehlt erwiesen. Auch die – von wem wohl? – ausgestreute Behauptung, General Rogers habe dem deutschen General nicht mehr die Hand geben wollen, hat sich als purer Unsinn entpuppt.

Schließlich und endlich ist ein sehr entscheidender Punkt überhaupt übersehen worden. Nämlich: Die Erpreßbarkeit ist nicht unbedingt in der möglicherweise prominenten Situation und abartigen Veranlagung einer Person zu finden. Jede hochgestellte und exponierte Persönlichkeit, die zum Beispiel verehelicht ist, aber daneben eine Freundin hat, wäre dann ebenso erpreßbar.

Aber – und dies ist wohl entscheidend: Erpreßbarkeit ist nicht unbedingt eine Frage der Umstände, sondern des Charakters. Es gibt Menschen, die erpreßbar sind, es gibt Menschen, die nicht erpreßbar sind. Ich würde sagen, daß der deutsche General zu der zweiten Kategorie gehört. Jedenfalls ist nie ein Beweis des Gegenteils versucht worden, geschweige denn geglückt. Dies allein hätte genügen müssen, die September-Vermutungen unter den Tisch zu fegen.

Mit freundlichen Grüßen
Curt Riess, Zürich

Nicht erledigt

„Pfarrer enttäuscht über EKD-Antwort"; WELT vom 9. Januar

In dem o. a. Beitrag heißt es, Bischof Lohse habe sich bereits in Vancouver mit den Thesen von Frau Sölle kritisch auseinandergesetzt. Das war im August 1983, als ganz Deutschland in Urlaub war oder den von Gott geschenkten Jahrhundertsommer in vollen Zügen genoß! Wer nahm da schon Notiz von einer über den großen Teich geflatterten ‚kritischen' Äußerung?

Aber die Saat von Dorothee Sölle geht auf: Sie wurde z. B. eingeladen, der Synode in Hamburg/Kirchenkreis Stomarn detailliert ihre Auffassung darzulegen; dabei wurde sie unterstützt durch eine weitere Pastorin. Hinterher stand in der ‚Kirchen-Zeitung' eine ausführlich lange ‚Würdigung' durch den Propst! Das heißt also, der ‚Fall Sölle' ist nicht mit einer ‚kritischen Auseinandersetzung' erledigt, und es ist den Flensburger Pastoren zu danken für ihren Einsatz einer ‚Anrufung' des Rates der EKD.

Mit freundlichen Grüßen
Barbara Walther
Hamburg 73

Wort des Tages

» Es ist nicht nötig, daß es mehr Geld auf der Welt gibt, mehr D-Züge, mehr Parteien, Sekten, Vereine, Weltanschauungen. Aber es ist nötig, daß es etwas weniger Tränen auf der Welt gibt, etwas weniger Unrecht, etwas weniger Gewalt, etwas weniger Qualen. «

Ernst Wiechert, dt. Autor (1877–1950)

Andere Schlacht

„Mut zur eigenen Meinung"; WELT vom 23. Januar

Die fragliche Schlacht mit General von Seydlitz war nicht die von Zorndorf, sondern von Rossbach.

W. Januscheck, Travemünde

Unbegreiflich

„Günther Grass und ‚Wehrkraftzersetzung'"; WELT vom 19. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun geht der Weg nach „Weimar" doch unaufhaltsam voran. Wenn ein Grass öffentlich erklärt, er werde „in Zukunft das tun, was früher im allgemeinen Sprachgebrauch Wehrkraftzersetzung genannt wurde", dann ist nicht begreiflich, wie es an Voraussetzungen fehlen solle, Strafanzeigen gegen Grass u. a. Folge zu leisten. So mögen sie denn weiter „Verweigert den Dienst!" ungestraft verbreiten können. Videant consules!

W. Frehse, Lüneburg

Vorgeschmack

„Staatsdiener"; WELT vom 21. Januar

Beim Weg hinauf in der Laufbahn Lauf
halte Dich unten nicht lange auf.
Auf die alte Ochsentour
kommst Du zur halben Höhe nur.
Denn die obere Hemisphäre
jeder guten Karriere
ist blockiert und reserviert
für die Partei, die gerade regiert.
Drum: durch Gewissen nicht beengt
und durch Charakter nicht beschränkt
spring' an den Ochsen rasch vorbei
mit dem Buche der Partei!
Glückauf!

Ihr treuer und meist einverstandener Leser

Walter Lüdde-Neurath
Garmisch-Partenkirchen

Personalien

GEBURTSTAG

Seine Arbeitsgebiete in der Brüsseler Kommission sind spröde und undankbar. Dennoch findet **Karl-Heinz Narjes** sichtlich Gefallen am täglichen Kleinkampf mit Lobbys und Bürokratien. Der deutsche Kommissar für den EG-Binnenmarkt, der heute 60 Jahre alt wird, strahlt noch immer die Zuversicht der europäischen Gründerjahre aus. Er wird nicht müde, die politische Finalität des Gemeinsamen Marktes in Erinnerung zu rufen, weiß aber zugleich, daß der Abbau von Handelshemmnissen, das Lebensmittelrecht und der Umweltschutz mühselige Detailarbeit verlangen. Geprägt worden ist Narjes durch die langjährige Zusammenarbeit mit dem ersten Präsidenten der EWG-Kommission, **Walter Hallstein**, und die frühe Erkenntnis von der Überlegenheit marktwirtschaftlicher Ordnungssysteme. Sein unbekümmert draufgängerisches Temperament kam ihm im Kriege bereits als U-Boot-Offizier zugute. Vor der beruflichen Karriere stand für den in Soltau geborenen und im Mecklenburgischen aufgewachsenen Karl-Heinz Narjes die Militärdienstzeit. Mit 17 ging er zur Marine. Zuletzt war er Leutnant zur See. Jura studierte er als Kriegsgefangener an verschiedenen



Karl-Heinz Narjes
FOTO: WOLF P. PRANGE

britischen und kanadischen Lager-Universitäten und schließlich an der Uni Hamburg. Nach Staatsexamen und Promotion begann er 1953 bei der Oberfinanzdirektion in Bremen. Zwei Jahre später wechselte er in das Auswärtige Amt über. 1957 arbeitete er in der „Sprungbrett-Abteilung", der Pressestelle des AA. 1958 holte ihn Professor Hallstein nach Brüssel, wo er dann Kabinettschef, Mitarbeiter und engster Vertrauter Hallsteins wurde. In die Politik zog es den CDU-Mann 1969. Er wurde Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein. 1973 kam er in den Bundestag. 1981 kehrte er nach Brüssel zurück.

EHRUNGEN

Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, erhielt in Essen den Heinrich-Brauns-Preis des Bistums Essen. Der Preis erinnert an den Sozialpolitiker und Priester **Heinrich Brauns** und ist mit 10 000 DM dotiert. Bischof Dr. **Franz Hengsbach** erinnerte daran, daß sich Stingl in besonderer Weise um Problemgruppen, um Behinderte und um Ausländer bemüht habe. Mit seinem Wirken habe er sich „im öffentlichen Leben aus katholisch-sozialer Verantwortung heraus verdient gemacht". Stingl gehört heute auch dem Zentralkomitee Deutscher Katholiken an.

*

Mit einer interessanten Preisfrage hat sich die „Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung" in Darmstadt befaßt. Thema: Spricht die Jugend eine andere Sprache? Jetzt wurden von der Akademie drei Arbeiten hierzu gewürdigt: von Professor Dr. **Uwe Pörksen** aus Freiburg, Dr. **Heinz Weber** aus Bremerhaven und einer Schülerarbeitsgruppe aus Bad Hersfeld. Pörksen und Weber wurden mit je 2000 DM ausgezeichnet, die Schülergruppe mit 1000 DM. Die Arbeiten Pörksens und Webers sollen demnächst veröffentlicht werden.

VERANSTALTUNGEN





Gute Stimmung am Rhein. Links: Ulrich K. Wegener, Kommandeur des Grenzschutzes West mit Bullenordensträger Heinrich Lummer. Rechts: Franz Josef Strauß bei den Narren. FOTOS: AP

Franz Josef Strauß kam zusammen mit Ehefrau **Marianne** am Wochenende in „närrischer Mission" an den Rhein. Der bayerische Ministerpräsident wurde hier Schirmherr einer blauweiß-weißblauen närrischen Koalition zwischen der Prinzengarde Blau-Weiß Düsseldorf und der Narhalla der Bayernmetropole bei einem Gardeball. Rheinische und Münchner Narren haben offenbar immer noch gut Lachen, auch wenn es um hohe Themen der Politik geht. Anspielend auf das Zwei-Kaiser-Bündnis von Berlin und Wien meinte Strauß, wenn es ein „Zwei-König-System" zwischen Düsseldorf und München gäbe, dann gäbe es auch viele Gründe, an Bonn vorbeizufahren. Strauß nahm den Abstecher in die Landeshauptstadt zum Anlaß, auch bei Düsseldorfs Oberbürgermeister **Josef Kürten** im Rathaus vorzusprechen. Hier trug er sich in das „Goldene Buch" ein. Die professionellen rheinischen Narren beschenkten Strauß mit einer „Goldenen Pritsche", die „zum Zuschlagen auch bestens geeignet" sei, hieß es. Berlins Bürgermeister, Innensenator **Heinrich Lummer** (CDU), wurde in Bad Godesberg neuer Träger des „Bullenordens", den im rheinischen Karneval der „Bund Deutscher Kriminalbeamter" vergibt. Lummers Verdienste um die „innere Sicherheit" wurden so auf heitere Weise gewürdigt. Träger des Bullenordens ist auch Außenminister **Genscher**.

Montag, 30. Januar 1984
Nr. 25

WELT DER WIRTSCHAFT

Zu Lasten der Empfänger

Rei. – Die Bundesregierung ist fest entschlossen, „Beschäftigungshemmer" zu beseitigen. Nach dem Frauen- und Jugendarbeitsschutz sind jetzt die Betriebsrenten dran. Das Arbeitsministerium hat eine zu große Kostenbelastung für die Wirtschaft ausgemacht, die die Bereitschaft der Arbeitgeber, Betriebsrenten zuzusagen, bremse. Auch habe sich der Pleiten-Fall AEG verhängnisvoll ausgewirkt. Damals hatten die im Pensionssicherungsverein zusammengeschlossenen Firmen für überhöhte Pensionszusagen einstehen müssen. Insofern sind die Überlegungen des Arbeitsministeriums sinnvoll und verständlich. Doch will man jetzt so scharf herangehen, daß sich der Verdacht aufdrängt, daß die Betriebsrente zur Zusatzversorgung werden soll in Fällen unzureichender Sozialrente.

Auffallend ist auch, daß die Beschränkungen ganz einseitig zu Lasten der Empfänger gehen sollen. Nicht nur bei der Sozialrente, auch bei der Betriebsrente soll sich der Ruheständler jetzt noch etwas abknapsen lassen. Dies wäre nur mit langen Übergangsfristen akzeptabel. Denn eine betriebliche Altersversorgung ist vom Arbeitnehmer ja erarbeitet worden. Sie kommt nicht aus der Privatschatulle des Unternehmers.

Meistens sind betriebliche Versorgungszusagen nichts anderes als verkappte Lohnerhöhungen. Und solange Rückstellungen für Betriebsrenten gemacht werden, profitiert das Unternehmen auch davon. Es handelt sich also nicht nur um eine milde Gabe des Arbeitgebers. Vielleicht also sollten die Restriktionen doch nicht ganz so scharf ausfallen.

Hoher Einsatz

Wb. – Mit viel Getrommel und Getöse im voraus, mit Pomp und (zu) großer Show kam er daher, ganz, wie man es von seinem Stammhaus gewöhnt ist: Mackintosh, jüngster Sproß der kalifornischen Apple Computer Inc. Die Ansprüche des neuen Personal Computers sind hoch angesetzt. Einen neuen Industriestandard soll er setzen, dem „Apfel" den Rang eines technologischen Marktführers verschaffen und derlei Dinge mehr. Ein eigenes vollautomatisches Werk für 17 Millionen Dollar wurde für ihn errichtet, das alle 27 Sekunden einen der wundervollen Mikrocomputer ausspucken soll. Schon zuvor waren 20 Millionen Dollar in die Forschung geflossen, weitere 20 Millionen werden für die ersten 100 Tage der Einführung draufgehen. Zweifellos ein hoher Einsatz für ein Unternehmen, das 1983 knapp 77 Mill. DM verdient hat und nichts anderes baut als Personal Computer. Ob es sich auch rechnet, bestimmt der Kunde. Ihn zu gewinnen, wird immer schwieriger in Zeiten, da auch die ganz großen Computerhersteller Apples Stammarkt entdeckt haben. Kein Wunder, wenn in der Branche gemunkelt wird, daß Mackintosh (übrigens eine amerikanische Apfelsorte) des Apples letztes Aufgebot sei.

WERBUNG / Handelsorganisationen und Automobilindustrie liegen an der Spitze

Der Anteil der Tageszeitungen und Zeitschriften hat sich leicht erhöht

JAN BRECH, **Hamburg**

Die 1983 einsetzende Belebung der Konjunktur hat auch den Werbemarkt positiv beeinflußt. Nach Angaben der Gesellschaft für Werbestatistik Schmidt & Pohlmann GmbH, Hamburg, sind die Investitionen in Medienwerbung im vergangenen Jahr um 614 Millionen Mark oder 6,8 Prozent auf 9,657 Milliarden Mark gestiegen. Es wurde für rund 36 500 Marken und Dienstleistungen in den Printmedien sowie in Rundfunk und Fernsehen geworben.

Der Anteil der Printmedien an den Gesamtinvestitionen hat sich dabei leicht von 75,3 auf 76,2 Prozent erhöht, wobei das Schwergewicht bei Publikumszeitschriften und Tageszeitungen lag. In den Publikumszeitschriften wurde insgesamt für 3,97 Milliarden Mark geworben, in Zeitungen für 2,96 Milliarden. Auf Fachzeitschriften entfielen 427 Millionen Mark oder 4,4 Prozent. Bei den Zeitungen sind in diesen Angaben die Werbeaufwendungen für Rubriken-Werbung, den Immobilien-, Kraftfahrzeug- und Arbeitsmarkt nicht enthalten.

Der Anteil der elektronischen Medien ging im vergangenen Jahr dem gegenüber von 24,7 auf 23,8 Prozent zurück. Vor allem das Fernsehen büßte mit Gesamteinnahmen von 1,6 Milliarden Mark 0,5 Prozentpunkte ein (16,2 nach 17,3 Prozent im Jahr 1982). Auch der Anteil des Rundfunks sank von 7,4 auf 7,1 Prozent. Für Rundfunkwerbung insgesamt wurden 686 Millionen Mark ausgegeben.

Wenig geändert hat sich 1983 das Werbe-Volumen. Während bei den Zeitungen ein Verlust von 4325 Seiten oder zwei Prozent eintrat (insgesamt 182 451 Seiten), weitete sich das Volumen bei den Zeitschriften um 4340 Seiten oder drei Prozent auf 153 595 Seiten aus. Tendenziell im Vormarsch sind die Farbanzeigen. Ihr Anteil bei den Tageszeitungen stieg von 13 auf 18 Prozent, bei Programmzeitschriften von 73 auf 75 Prozent und bei Fachzeitschriften von 52 auf 53 Prozent.

Innerhalb der zehn werbestärksten Produktgruppen haben sich 1983 nur geringfügige Veränderungen ergeben. Mit Abstand am meisten haben wie schon 1982 die Handelsorganisationen in die Werbung investiert. Ihre Ausgaben von 1,16 Milliarden Mark, die zwei Prozent unter denen des Vorjahres liegen, entsprachen fast zwölf Prozent aller Werbeaufwendungen. Ihnen folgten der Automarkt (690 Millionen Mark), Massenmedien (375), Banken und Sparkassen (361), Zigaretten (322), Pharmazie Publikumswerbung (281), Kaffee, Tee, Kakao (223), Möbel und Einrichtungen (198) sowie Körperschaften (189 Millionen). Aus dem Kreis der 10 größten Produktgruppen sind lediglich Spirituosen herausgefallen.

Gliedert man die Werbeinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen auf, nimmt die Körperpflege- und Pharmazie-Industrie unverändert die Spitze ein. Für deren Produkte wurden 1983 in den klassischen Medien 1,1 Milliarden Mark aufgewendet; das entspricht einem Plus von 6,9 Prozent. Eine knappe Milliarde DM investierte ferner die Ernährungswirtschaft in die Werbung. Zu den 15 führenden werbetreibenden Branchen zählen außerdem die Verkehrsmittel-Industrie (947 Millionen Mark), die Getränkeindustrie (752), Finanzen und Geld (699), Ausbildung und Medien (523), Haus- und Gartenausrüstung (464), die Tabakindustrie (378), die Investitionsgüterindustrie (326), Reinigungsmittel (302), Radio und Fernsehen (280), Touristik (219) sowie der Handel (209 Millionen Mark).

Mit wenigen Ausnahmen haben fast alle Branchen die Werbung 1983 intensiviert. Am stärksten stiegen die Werbeausgaben im Bereich Ausbildung und Medien (plus 31,1 Prozent), in der Tabakindustrie (plus 28 Prozent) und bei Investitionsgütern (plus 23,4 Prozent).

In einer Gegenüberstellung zum Jahr 1973 stellt Schmidt & Pohlmann fest, daß sich die Investitionen in Medienwerbung innerhalb der letzten zehn Jahre verdoppelt haben. Bei Zeitungen betrug das Plus 125 Prozent, bei Publikumszeitschriften 95 Prozent, bei Fachzeitschriften 40 Prozent. Die Aufwendungen für Werbung im Fernsehen stiegen um 76 Prozent und im Rundfunk um 135 Prozent.

US-AKTIENMÄRKTE

Anleger suchen vergebens nach einem Wegweiser

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Selten war die Wall Street so hin- und hergerissen wie in diesen Tagen. Einerseits wünscht sie sich eine Fortsetzung der republikanischen Regierung in Washington, die durch massive Steuererleichterungen die Konjunktur angekurbelt und besonders im Finanzbereich eine breite Deregulierung durchgesetzt hat. Der mögliche demokratische Kandidat Walter Mondale hat ihr schon einen gehörigen Schock versetzt: Er will die Reichen und die Unternehmen wieder stärker anzapfen; für ihn ist der Steuerabbau zu weit gegangen.

Andererseits ist an den US-Aktienmärkten deutlich die Enttäuschung über Präsident Reagans Bericht zur Lage der Nation, der als vage Wahlkampfrede in die Geschichte eingehen wird, zu spüren. Hinsichtlich der dringend gebotenen Reduzierung der Rekordhaushaltsdefizite suchen die Broker vergeblich nach einem Wegweiser; die Wetten stehen 80:20, daß die unparteiliche Kommission nichts bewegen wird. Die Demokraten wollen im Wahljahr nichts mit dem „Reagan-Defizit" zu tun haben, zumal sich der Präsident weigert, mit eigenen konkreten Vorschlägen wie Steuererhöhungen und weiteren Ausgabenkürzungen voranzugehen.

Ausgebrochen ist zudem ein neuer Streit in der Administration über wichtige Passagen des „Economic Report", der am Donnerstag einen Tag nach dem Budget dem Kongreß vorgelegt wird. Reagans Chefökonom Martin Feldstein beschreibt im Entwurf das Haushaltsdefizit als die eigentliche Ursache der hohen Zinsen, des starken Dollars und des enormen Passivsaldos in der US-Handelsbilanz. Die Minister für Finanzen und Handel, Regan und Baldrige, lehnen diese Kausalkette ab. Baldrige will auch nichts mit Äußerungen über Industriepolitik und Protektionismus, wie es heißt, zu tun haben. Umstritten ist vor allem dieser Feldstein-Satz: „Die Wettbewerbsprobleme der USA sind leicht zu lösen und zwar durch eine Verringerung des Dollarwertes und eine umsichtige Geld- und Fiskalpolitik."

Dies alles vergrößert natürlich die Unsicherheit. So überraschte es nicht, daß die US-Aktienmärkte die schlechteste Woche in sechs Monaten registrierten. Der Dow-Jones-Industrie-Index fiel um 29,11 (Freitag, technisch bedingt: plus 0,31) auf 1230, der breiter gestreute Nyse-Index um 1,36 (minus 0,11) auf 94,77 Punkte. Zu den Verlierern gehörten Fluggesellschaften sowie Technologiewerte, darunter IBM. Broker halten einen Rückgang des „Dow" auf bis zu 1050 Punkte im Sommer für möglich.

Folgt man der Wall Street, dann flauen die Unternehmensgewinne langsam ab, was auch mit der Aufschwungsdauer zusammenhängt. In Washington trifft sich heute und morgen das Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve Systems. Festgelegt wird der Geldkurs für 1984. Wie er ausfällt, teilt Notenbankchef Volcker dem Kongreß am 7. Februar mit. In Manhattan rechnet man mit leicht erweiterten Zielkorridoren.

Diffuser Ölmarkt

Von HANS BAUMANN

Lange versunken in den Wellen eines bewegten Weltölmarktes ist das Bild vom Bau einer Raffinerie, deren Produkte ihr problemlos abgenommen wurden – zu guten Preisen. Der Benzinmarkt 1983 und auch sein gegenwärtiger Zustand vermitteln völlig neue Erkenntnisse. Die Ölwirtschaft hat die Schocks von 1973/74 und 1979/80, die weltweite Rezession herbeiführten, noch längst nicht verkraftet.

Der Heizölverbrauch in der Bundesrepublik ist um 40 Prozent zurückgegangen, mit rund 14 Millionen Tonnen Absatz halbierte sich der Schwerölabsatz praktisch. Nur der Benzinabsatz und die nichtenergetischen Mineralölprodukte (Chemie-Rohstoffe) konnten bisher ihren Markt halten. Vom Benzin ist man sicher, daß es von heute fast 24 Millionen Tonnen im Jahr 2000 auf rund 15 Millionen Tonnen in der Bundesrepublik zurückfallen wird, weil die Motoren das Saufen verlernen.

Solche tiefgreifenden und zum Teil auch ruckartigen Veränderungen der Märkte machen Strukturkorrekturen und – hier und da – auch Strukturbrüche unvermeidbar. Von fast 160 Millionen Tonnen Raffineriekapazität werden 1990 noch – vielleicht – 90 Millionen Tonnen übrigbleiben. Sie sind nicht pflichtvergessen, aber der Markt hat die Mineralölkonzerne weitgehend aus der Versorgungspflicht, die sie einst wie ein Banner vor sich hertrugen, entlassen.

Beim Rohöleinkauf wurde die traditionelle Kontraktbasis verlassen. Der Taumel am Spotmarkt begann, dem aber inzwischen eine ungeahnte Disziplin der Opec (gezügelt von Saudi-Arabien) ein Ende bereitete. Der Ölmarkt ist diffus, vielleicht sogar ein wenig kopflos. Niemand weiß, ob seine Strategie das Überleben garantiert. Da man aber eine Strategie braucht, um wieder Schritt zu fassen, hat jeder eine andere. Der früher so einfache Rat des Marktes: Produziere und verkaufe, taugt nicht mehr.

So bleiben Esso, Mobil und Texaco in hohem Maße dem Rohölkontrakt treu, weil sie die Erfahrung lehrt, daß sie auch künftig mit Saubi-Arabien gut fahren werden, obwohl ihnen als Aramco-Partner zur Zeit nicht ein Pfennig Bonus im Rohölpreis zufließt. Sie hoffen auf bessere Tage. BP, Shell und Veba Oel gingen dagegen in verstärktem Maße an die „offenen" Märkte, weg vom Kontrakt, der mit seinen roten Zahlen ihre Existenz bedrohte.

Nicht anders in der Verarbeitung. Drei große Gesellschaften bleiben ihrer – auch reduzierten – Destillation treu, weil sie sicher sind, daß der deutsche Ölmarkt nur seiner Pufferaufgabe in schwierigen Zeiten mit Eigenverarbeitung gerecht werden kann. Andere trennen sich von ihrer Destillation zum Teil, verarbeiten Toprückstände (BP in Dinslaken und Hamburg oder Texaco, die ihre Topdestillation von 15 Prozent binnen zwei Jahren auf 25 Prozent ausbaute).

Konvertieren war das Zauberwort, weil das Schweröl plötzlich zum angenehmsten aller Rohöle geworden war. Die Esso baute ihren Coker und die Shell ihren Super-Hydrocracker bei Godorf und Veba Oel setzt auf Schwerstöle aus Venezuela.

Nie war Lohnverarbeitung so im Schwange wie in dieser Zeit, Esso bei BP, Shell bei der Erdag, Esso bei Veba. Niemand geht mehr mit festen Schritten durch die Mineralöllandschaft, alle versuchen, auf Zehenspitzen ihr Heil zu finden.

Joint ventures kommen hinzu, Veba-Venezuela, Wintershall im Gespräch mit Mittelost, UK Wesseling über Hoechst mit Kuwait – von Gerüchten zu schweigen. Auch Upstream (Förderung) knüpfen sich neue Bande, die auf Integration über die Grenzen (und Jahre) hinweg hoffen lassen. Zu 50 Prozent baut Shell in Saudi-Arabien an der Jubail-Raffinerie, zu 50 Prozent die italienische Petrola an der Rabigh-Raffinerie der Saudis und Mobil ebenfalls zu 50 Prozent in Yanbu am Roten Meer. Man rechnet damit, daß die Opec 1986 bis 1990 rund 385 Millionen Tonnen Mineralölprodukte am Weltmarkt unterbringen möchte. Das wird man nicht über den Preis tun, weil man sich damit den Rohölerlös zerstört. Joint ventures könnten vielleicht helfen. Nur sollte bis dahin der deutsche Ölmarkt „bestellt" sein. Mit Problemen werden uns dann zur Genüge die europäischen Ölnachbarn eindecken.

AUF EIN WORT

„Wir sagen den Bürgern Tag für Tag, daß Selbsthilfe und Eigeninitiative mittels Sparen zu Ergebnissen führen können, die wertvoller sind als zum Beispiel das Ziel, in einem Jahr schon im Frühjahr nach Mallorca und im Winter noch nach Teneriffa zu fliegen."

Dr. Reinfried Pohl, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater FOTO: DIE WELT

Bankenpräsident: Datenschutz bleibt

AP, **Hamburg**

Die Banken „wahren nach wie vor in vollem Umfang das Bankgeheimnis und tragen dem Datenschutz ohne Vorbehalt Rechnung", wie Christian Schröder-Hohenwarth als Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken versichert hat. In einem Interview der WELT am SONNTAG bedauerte er angesichts der Proteste gegen die neue Bestimmung der Geldinstitute über das Auskunftsverfahren „die eingetretene Unruhe und Unsicherheit", die unbegründet seien. Die Neufassung in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen informiert den Kunden lediglich über das von allen Banken und Sparkassen seit jener praktizierte Bank-an-Bank-Auskunftsverfahren. Dieses Verfahren steht neugierigen Nachbarn ebensowenig zur Verfügung wie dem Finanzamt oder anderen Behörden."

AUSSENHANDEL

Deutsche Exporte werden in diesem Jahr weiter steigen

VWD, **Darmstadt**

Die deutschen Exporte werden in diesem Jahr weiter steigen, meint Kurt Werner, Vorsitzender des Außenwirtschaftsbeirates beim Bundesministerium für Wirtschaft. Die besseren Auftragseingänge des Herbstes 1983 ließen dies erwarten, sagte Werner in einem Interview mit den „Nachrichten für Außenhandel".

Die neuesten Zahlen zeigten, daß eine bedenkliche Exportflaute zunächst einmal abgeschlossen worden sei. Der Export habe Gelegenheit, sich zu erholen. Die Auftragseingänge richteten sich vorwiegend noch auf Grundstoffe und Produktionsgüter. Daß auch Investitionsgüter wieder etwas stärker begünstigt würden, lasse auf Besseres hoffen. Im Vordergrund stehe bislang die Nachfrage aus den USA, Kanada und Großbritannien.

Aber auch Entwicklungs- und Staatshandelsländer meldeten wieder höheren Bedarf an deutschen Produkten. Werner, der zugleich Vorsitzender des Außenwirtschaftsausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ist, betrachtet als Problem Nummer eins die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Der Konkurrenzkampf habe sich in den letzten Jahren sehr verschärft.

Neben den traditionellen Industrie- und Konkurrenzländern drängten immer mehr Schwellenländer auf die Märkte. Die deutsche Konkurrenzfähigkeit werde auf verschiedenen Ebenen gefordert: Einmal gelte es, den Anschluß an die technologische Entwicklung zu halten. Zum anderen sehe er die Konkurrenzfähigkeit von der Kostenseite her gefährdet. Die Bemühungen, die Kosten in Grenzen zu halten, seien deshalb nicht minder wichtig, nicht zuletzt im Hinblick auf die Bestrebungen um eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

VEREINIGTE STAATEN

Das riesige Handelsdefizit wächst unaufhörlich

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Obwohl seit Monaten vorausgesagt, ist der Schreck groß: Im Außenhandel haben die USA 1983 das höchste Defizit in ihrer Geschichte erwirtschaftet. Es betrug 69,4 Milliarden Dollar (rund 196 Milliarden Mark), verglichen mit 42,7 Milliarden Dollar im Vorjahr. Die Einfuhren stiegen um 5,9 Prozent auf 269,9, die Exporte sanken dagegen um 5,5 Prozent auf 200 Milliarden Dollar.

Was sich abspielte, erinnert an die 60er Jahre: Der überstarke Dollar verbilligt ausländische Güter mit hoher Preiselastizität. Sie überschwemmen den US-Markt und erhöhen den Lebensstandard in Amerika. Bezahlt werden sie mit Dollar, dessen Abwertung unvermeidlich ist. Auf der Ausfuhrseite verteuern sich US-Waren; als zusätzliche Bremse wirkt die schwächere Konjunktur in Abnehmerländern. Beides soll die US-Wirtschaft bisher mindestens 1,2 Millionen Arbeitsplätze gekostet haben.

Für 1984 sagt US-Handelsminister Baldrige ein Defizit voraus, das „100 Milliarden Dollar übersteigt". Auf Jahresbasis erreichte es im vierten Quartal 1983 schon 90,7 Milliarden Dollar. Laut Baldrige nehmen Amerikas Fertigwaren-Importe weiter zu, nach einem Rückgang auf 55,3 (1980: 82) Milliarden Dollar werden die Öleinfuhren erstmals wieder anziehen. Dagegen wachsen die US-Exporte nur moderat.

Keine Rettung brachte der Dezember, als die Ausfuhren, ausgelöst durch umfangreiche Flugzeugverkäufe, um zwei Prozent auf 17,2 Milliarden Dollar stiegen und die Importe – besonders Öl – um 3,2 Prozent auf 23,5 Milliarden Dollar schrumpften. Gegenüber November sackte das Defizit von 7,4 auf 6,3 Milliarden Dollar.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Veba-Aktion erfolgreich

Bonn (rtr) – Der Verkauf der Veba-Aktien des Bundes ist nach Angaben von Finanzminister Gerhard Stoltenberg erfolgreich verlaufen. Stoltenberg teilte gestern mit, nach Angaben des mit der Plazierung der Aktien beauftragten Bankenkonsortiums seien rund 40 000 Aktien gezeichnet worden. Nach Auffassung des Bankenkonsortiums werde sich diese Zahl bei der abschließenden Bilanz noch erhöhen, wenn die Meldungen aller Institute vorlägen. Während im Bundeshaushalt 1984 als Einnahme aus den Veba-Verkäufen nur 700 Millionen Mark eingesetzt seien, werde sich nach der endgültigen Abrechnung eine Haushaltseinnahme von 760 bis 770 Millionen Mark ergeben.

Weg der Kurse

	27. 1. 84	20. 1. 84
Boeing	46,125	48,625
Chrysler	30,375	30,875
Citicorp	37,625	36,75
Coca-Cola	51,625	52
Exxon	39	38,25
Ford Motors	42,375	44,125
IBM	114,375	117,125
PanAm	8,375	9
US Steel	31,25	31,125
Woolworth	33,875	35,375

Gebremste US-Löhne

Washington (Sbt.) – So etwas hat es in den USA seit 16 Jahren nicht gegeben: Im ersten Aufschwungsjahr nach zwei kurz aufeinanderfolgenden Rezessionen stiegen die Löhne 1983 nur um 2,6 Prozent, verglichen mit 3,8 Prozent im Vorjahr. Der Satz gilt für das erste Jahr eines dreijährigen Tarifvertrages, der in Amerika üblich ist. Für das zweite und dritte Jahr beträgt die Zunahme jeweils 2,8 (1982: 3,6) Prozent. Betroffen waren drei Millionen Gewerkschaftsangehörige, die davor noch 9,3 Prozent im ersten und 6,8 Prozent über alle drei Jahre durchgesetzt hatten. Im US-Handelsministerium meint man jedoch, daß der Tiefpunkt erreicht ist.

Neues Kapital zugeführt

Bonn (AP) – Mit Kapitalerhöhungen für die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Lastenausgleichsbank (LAB) hat der Bund in dieser Woche die Voraussetzung für neue Billig-Kredite an kleine Unternehmen und für Firmenneugründungen geschaffen. Wie das Finanzministerium in Bonn mitteilte, wurde das Kapital der KfW um 100 Millionen Mark, das der LAB um 40 Millionen Mark erhöht. Die Aufstockungen, die im Haushalt 1984 bereits vorgesehen sind, schließen eine Kapitalzuführung von insgesamt 600 Millionen Mark bei der KfW und von 95 Millionen Mark bei der LAB seit 1982 ab. Die KfW hat 1983 an kleine und mittlere Unternehmen Kredite in Höhe von insgesamt 4,5 Milliarden Mark zugesagt. Die LAB vergab im letzten Jahr mit 1,3 Milliarden Mark doppelt so viele Darlehen zur Existenzgründung wie 1982.

Entlastung von 25 Milliarden

Bonn (dpa) – Arbeitnehmer, Familien mit Kindern und Gewerbe sollen ab 1988 bei der großen Reform der Lohn- und Einkommensteuer mit insgesamt rund 25 Milliarden Mark jährlich entlastet werden. Das ist die Absicht des Finanzministeriums, wie dessen Parlamentarischer Staatssekretär Hansjörg Häfele (CDU) in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur in Bonn erklärte. „Die steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern muß den Schwerpunkt bilden", forderte Häfele. Die für 1988 angestrebte Gesamtentlastung soll mit rund fünf Milliarden Mark über den steuerlichen Familienlastenausgleich und mit etwa 20 Milliarden über eine starke Abschwächung des progressiven Tarifs erreicht werden, „insbesondere bei der breit besetzten Mittelgruppe, wo die Progression am stärksten steigt" (bei zu versteuerndem Einkommen zwischen 18 000 und 60 000 für Ledige sowie zwischen 36 000 und 120 000 für Verheiratete).

Londoner Kassapreise

	27. 1. 84	20. 1. 84
Kupfer (£/t)	991,5	963,5
Blei (£/t)	280,5	275,5
Zink (£/t)	712	696,5
Zinn (£/t)	8635	8630
Gold ($/Unze)	369,375	370,625
Silber (p/Unze)	578,50	585,20
Kakao [1] (£/t)	1999,5	1976,5
Kaffee [2] (£/t)	2086,5	2097,5
Zucker (£/t)	126	132
Kautschuk (p/kg)	89,5	87,5
Wolle (p/kg)	454	447
Baumwolle [3] (cts/lb)	87,45	88,05

[1] Abladung Mai; [2] Abladung März; [3] A-Index-Preis Liverpool

BETRIEBSRENTEN / Eine Anpassung wird erwogen

Einstandspflicht begrenzen

GISELA REINERS, Bonn

Im Bundesarbeitsministerium macht man sich zur Zeit Gedanken darüber, wie die Betriebsrenten neu geregelt werden könnten. Das Thema scheint durch die AEG-Pleite aufgeworfen worden zu sein. Aktuell wurde es wohl wieder, nachdem eine Kommission, die im Regierungsauftrag über die „Harmonisierung der Alterssicherungssysteme" nachgedacht hatte, die Bedeutung der Betriebsrente für die Altersversorgung betont hatte.

Der Staatssekretär im Bonner Arbeits- und Sozialministerium, Manfred Baden, hat kürzlich in der Universität zu Köln über die Pläne gesprochen. Er unterstrich die „große sozialpolitische Bedeutung" der Betriebsrente, die auch für die Zukunft genutzt werden müsse. Allerdings bedürfe es einer Anpassung, denn eine „übermäßige Kostenbelastung hat die Bereitschaft der Arbeitgeber zu betrieblichen Versorgungszusagen" gemindert.

In seinem Vortrag nannte Baden drei Punkte, die darauf hindeuten, wie die Regierung sich die künftige betriebliche Altersversorgung vorstellt:

- Die Höchstgrenze für die Einstandspflicht des Trägers der Insolvenzsicherung soll für laufende Betriebsrenten monatlich auf das Einfache der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung begrenzt werden. Bisher gilt die Einstandspflicht für das Dreifache der Beitragsbemessungsgrenze, die in diesem Jahr 5200 Mark im Monat beträgt. Von dieser Beschneidung wären die Pensionszusagen vor allem der leitenden Angestellten und ähnlich Hochverdienender betroffen.
- Gleichzeitig solle die Einstandspflicht des Trägers der Insolvenzsicherung so beschränkt werden, daß er nichts zahlen muß, wenn der Pensionär schon über ein Alterseinkommen aus Sozialrente und anderen Versorgungsbezügen in Höhe von 85 Prozent des Nettoeinkommens eines vergleichbaren Arbeitnehmers verfügt. Liegt das Alterseinkommen darunter, soll die Einstandspflicht nur bis zur Höhe von den genannten 85 Prozent gelten.
- Schließlich soll die Haftung eines persönlich haftenden Gesellschafters nach fünf Jahren nach Eintragung seines Ausscheidens im Handelsregister erlöschen, wenn dies mindestens ein Jahr vor Eintritt der Insolvenz geschehen ist.

„Daran zu denken" sei jedoch auch, so Baden weiter, die Pflicht zur Anpassung der Betriebsrenten nach oben zu begrenzen. Zwar solle auch weiterhin der Kaufkraftverlust ausgeglichen werden, doch nur in Höhe des Nettolohnanstiegs für die aktive Belegschaft. Außerdem solle der Arbeitgeber von der Plicht der Anpassung der Betriebsrente entbunden werden, wenn sie zusammen mit Sozialrente und anderen Versorgungsbezügen die schon einmal erwähnten 85 Prozent des Nettoentgelts vergleichbarer Arbeitnehmer überschritten.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK / Finanzierungstätigkeit erneut ausgedehnt

Kleinere Projekte hatten Vorrang

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat auch im vergangenen Jahr einen wichtigen Beitrag zur Milderung des wirtschaftlichen Gefälles in der EG geleistet. Gestützt auf einen besonderen Auftrag der Staats- und Regierungschefs konnte sich ihre Finanzierungstätigkeit erneut um real 20 Prozent auf fast sechs Milliarden ECU (rund 13,6 Milliarden Mark) ausdehnen.

Vorrang hatten – wie aus einer Mitteilung des Instituts hervorgeht – Investitionen in strukturschwachen Gebieten. Dabei förderte die Bank stärker als in der Vergangenheit kleine und mittlere Projekte zur industriellen Modernisierung. Angestiegen sind auch die Darlehensbeträge für Vorhaben zur rationelleren Energienutzung. Außerdem hat die EIB sich verstärkt für den Umweltschutz eingesetzt.

Nach eigenen Schätzungen hat sich die Bank 1983 in der Gemeinschaft an der Finanzierung von Anlageinvestitionen im Gesamtwert von 18 Milliarden ECU (40,68 Milliarden Mark) beteiligt. In Griechenland entsprachen ihre Darlehen etwa 5,8 Prozent, in Irland 6,9 und in Italien rund acht Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen. Die Zahl der dadurch geschaffenen neuen Arbeitsplätze ist auf 33 500 zu veranschlagen. Insgesamt konnte die EIB zur Sicherung der Beschäftigung von 475 000 Arbeitskräften beitragen.

Eine Aufgliederung nach Ländern zeigt, daß Italien mit einem Anteil von 47,7 Prozent wiederum der Hauptnutznießer der Bank war. Mehr als 60 Prozent dieser Mittel (rund 3,59 Milliarden Mark) flossen in den Mezzogiorno. Für ein Teil dieser Darlehen wurde darüber hinaus eine Zinsbonifikation gewährt, die aus dem EG-Haushalt finanziert wird. Zu den wichtigsten größeren Investitionen gehören automatisierte Fertigungsanlagen in der Automobilindustrie, die Erschließung von Ölvorkommen in der Adria, der Ausbau von Fernmeldeanlagen und die Weiterführung der Friaul-Autobahn, die die Verbindung zum österreichischen und deutschen Autobahnnetz herstellen soll.

In der Bundesrepublik erreichten die Finanzierungsbeiträge 1983 rund 345 Millionen Mark (2,8 Prozent), der größte Teil dieser Mittel war für Vorhaben im Energiesektor bestimmt (295 Millionen Mark), vor allem in Form von Bürgschaften, die die Aufnahme von Darlehen bei anderen Kapitalgebern ermöglichten. Die Investitionen betreffen die Kernkraftwerke Philippsburg und Gundremmingen sowie die Leitung für sowjetisches Erdgas. Ferner leistete die EIB eine Bürgschaft für ein Darlehen an die saarländische Hüttenindustrie und finanzierte die Erweiterung einer pharmazeutischen Fabrik und den Bau eines Hotels in Niedersachsen.

Zur Finanzierung der aus Eigenmitteln gewährten Darlehen hat die Bank 1983 Anleihen im Gegenwert von rund 3,6 Milliarden ECU (rund 8,14 Milliarden Mark) aufgenommen. Je zur Hälfte wurden diese Mittel in Währungen der Gemeinschaftsländer (oder in ECU) und in US-Dollar, Yen, Schweizer Franken, kanadischen Dollars oder österreichischen Schillingen aufgenommen.

NAMEN

Wilhelm Arendts, Sprecher des Vorstands der Bayerischen Hyotheken- und Wechselbank AG, München, feierte am 26. Januar den 60. Geburtstag.

Dr. **Lothar Elbrecht**, bis 1971 Vorstandsmitglied der fusionierten Industriebank AG/Deutsche Industriebank, Berlin/Düsseldorf, vollendete am 29. Januar das 80. Lebensjahr.

Hans-Karl Siebenmarck, Geschäftsführer der J.G. Niederegger GmbH & Co., Lübeck, vollendet am 31. Januar das 60. Lebensjahr.

Josef Turiaux wurde vom bisher stellvertretenden zum Vorsitzenden des Vorstandes der Stadtsparkasse München gewählt. Er ist Nachfolger von **Alfred Lehner**, der als Mitglied in den Vorstand der Bayerischen Landesbank Girozentrale berufen wurde.

Winfried Haastert (42), derzeit noch Vorstandsmitglied von Thyssen Henschel, Kassel, rückt am 1. April in den Vorstand der Thyssen Industrie AG, Essen, auf. Er löst dort Dr. **Fritz Ludwig Poth** (64) ab, der Ende März in den Ruhestand tritt.

RENTENMARKT / Geschäft ist lebhafter geworden

Kupontermin rückt näher

Der Rentenmarkt macht einen ganz guten Eindruck, besonders seit Mitte letzter Woche. Das Geschäft ist ein wenig lebhafter geworden, die Renditen gingen geringfügig zurück, im Emmissionsgeschäft um 0,05 Prozentpunkte. Es macht sich der Kupontermin (1. Februar) bemerkbar, an dem einige Mittel zur Wiederanlage zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist das Angebot der Emissionsbanken relativ knapp. Offensichtlich ist zur Zeit wenig Aktivgeschäft zu refinanzieren.

Zudem hat der Bund keinen drängenden Kapitalbedarf, wie man unschwer aus den unattraktiven Renditen seiner Schuldscheine schließen kann. Er will allerdings in dieser Woche mit einer Anleihe an den Markt gehen. Ausländisches Kaufinteresse konzentriert sich auf Kurzläufer. (cd.)

Emissionen	27.1. 84	20.1. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,77	7,76	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,77	7,77	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,92	7,93	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	8,14	8,14	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,91	7,94	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,63	7,66	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,36	8,37	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,91	7,93	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,94	7,98	8,08	8,45	10,32

FRANKREICH / Scharfe Kritik an der Finanzpolitik

Gleichgewicht weit entfernt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Unerwartet scharfe Kritik an der französischen Wirtschafts- und Finanzpolitik übte der Gouverneur der Banque de France, Renaud de La Genière, in einem vielbeachteten Vortrag vor der Pariser Akademie der politischen Wissenschaften. Trotz ihrer jüngsten Sanierungsbemühungen sei die Regierung noch weit davon entfernt, das Gleichgewicht des Landes wieder herzustellen. An der Defizit-Wirtschaft habe sich bisher nicht viel geändert.

Frankreich muß nach Auffassung des Notenbankpräsidenten dringend Leistungsbilanzüberschüsse erzielen, um seine gewaltigen Auslandsschulden abzutragen. Voraussetzung dafür sei aber die Beseitigung der internen Defizite, insbesondere des Haushaltsdefizits. Mit Abwertungen allein wäre dieses Ziel nicht zu erreichen. (Dank der letzten Franc-Abwertung war das französische Leistungsbilanzdefizit 1983 halbiert worden.)

Die interne wie externe Defizit-Wirtschaft ist, wie La Genière versicherte, lediglich die Folge davon, daß Frankreich über seine Verhältnisse lebt. So hätten sich in den letzten fünf Jahren der Finanzbedarf der Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung von 105 auf 285 Milliarden Franc fast verdreifacht, während sich die Ersparnisbildung der privaten Haushalte von 105 auf 200 Milliarden Franc lediglich verdoppelte. Der ungedeckte Fehlbetrag, der im Ausland finanziert werden mußte, erreichte damit zuletzt 85 Milliarden Franc.

Außerdem kritisierte der Notenbankpräsident die Zinspolitik, die in Frankreich in den Händen der Regierung liegt. Durch das System der quantitativen Kreditbeschränkungen würden die Zinsen real künstlich niedrig gehalten. Dies sei deshalb besonders schlimm, weil dadurch unrentable Investitionen gefördert werden. Damit aber würden die Wachstumschancen geschwächt.

REISEJAHR '84 / Früchte des scharfen Wettbewerbs

DER erwartet stabile Preise

INGE ADHAM, Frankfurt

Überwiegend stabile Preise für die Urlaubsangebote 1984 in den deutschen Reisebüros sieht Hans Glaser, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutsches Reisebüro GmbH (DER). Denn der Wettbewerb um die Reisegroschen der immer sparsamer gewordenen Verbraucher ist so scharf geworden, daß die Anbieter schon von daher Verteuerungen scheuen und vielmehr versuchen Aufschläge in den Reiseländern durch geschickten Einkauf wettzumachen. Daß die Kunden zunehmend Preise und Angebote vergleichen, spürt DER nicht nur an einem respektablen Zuwachs im Amerika-Geschäft, sondern vor allem an den gestiegenen Ansprüchen der Kunden an die Beratung im Reisebüro.

Trotz ungünstigerer Markt- und Kostenbedingungen sei es – so betont Glaser – dem DER wiederum gelungen „eine ordentliche Ernte ins Haus zu fahren". Das Geschäftsjahr 1983 (31.12.) schließt für DER mit 2,06 Mrd. DM Umsatz, 1,2 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Dieser Rückgang resultiert freilich ausschließlich aus dem Bahnbereich: Der Bahninkasso-Umsatz in den Verkaufsagenturen fiel um knapp fünf Prozent auf 892 Mill. DM; dagegen legte DER beim Eigenumsatz 1,9 Prozent auf 1,17 Mrd. DM zu. Glaser wertet dies vor allem als Ausdruck des Erfolgs der breit gefächerten Leistungspalette von DER, was sich auch am guten Ergebnis der Sparte Touristik (Umsatz plus 9,5 Prozent auf 424 Mill. DM) zeige.

In den 50 inländischen und zwei ausländischen DER-Filialen stieg der Umsatz um 1,4 auf knapp 494 Mill. DM und damit stärker als im Durchschnitt der 912 (i.V. 908) der dem DER-Vertriebsverbund angeschlossenen Reisebüros. Sie setzten 1983 rund 7,35 Mrd. DM um. Diese bescheidene Umsatzsteigerung bei hohem Beratungsaufwand ließ die durchschnittliche Nettoumsatzrendite weiter auf 0,7 (0,9) Prozent sinken.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Herausgeber: Manfred Pohl und Hans von Schaper: Wirtschaftspartner Japan. Institut für Asienkunde Hamburg und Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan. 292 S., 34 Mark.

Rechtzeitig vor der Deutschen Leistungsschau in Tokio (23. April bis 6. Mai) ist die 2. erweiterte und verbesserte Auflage dieses nützlichen Handbuchs und Ratgebers für Japanreisende herausgekommen. Ein kompetentes Autorengespann hat das Werk auf den neuesten Stand gebracht und die Themen in leicht verständlicher Sprache behandelt. Neben Politik, Gesellschaft und dem täglichen Leben von Japanern und Ausländern im fernen Inselreich ist ein weiter Bogen über alle Fragen der Geschäftspraxis in Japan gespannt. Aus der Fülle des Angebots seien genannt: Steuer- und Vertragsfragen, Außenwirtschaft einschließlich der Handelshemmnisse, Hinweise zum Marketing, Werbung, Messen und Ausstellungen, Formen geschäftlicher Präsenz, Finanzierung und Bankgeschäft, Rechnungslegungsvorschriften und Personalwesen. Auch so praxisbezogene Fragen wie die Anbahnung von Geschäften und die Anfertigung von Visitenkarten fehlen nicht.

Holbach-Kalender 1984, Zug, Schweiz, 99 Franken

Neben dem selbstverständlichen umfangreichen Kalendarium fällt an dem 84er Jahrbuch der 114 Seiten umfassende Anhang auf. Er bietet außer nützlichen Tips für Geschäftsreisende vor allem Informationen für Kapitalanleger und Nachrichten aus dem Steuerrecht. Auch wenn man einige mehr oder weniger exotische Beiträge (ausländische Füherscheine, Erwerb von Doktortiteln im Ausland) beiseite läßt, bleibt eine Fülle wichtiger Informationen über das Bankgeheimnis, das Bauherrenmodell, die Lebensversicherung, das Warentermingeschäft und die Telefonverkäufer sowie über Goldmünzen und andere Fragen, die Kapitalanleger interessieren.

Weirich, Erben und Vererben, Handbuch des Erbrechts. Verlag Neue Wirtschaftsbriefe 1983. 416 Seiten. 68 Mark.

Die wichtige und schwierige Materie erbrechtlicher Regelungen will dieses Handbuch zugleich wissenschaftlich präzise und allgemeinverständlich darstellen. Die beiden Hauptteile befassen sich mit der verantwortungsbewußten Gestaltung der Erbfolge, d. h. also Testament, Erbvertrag, Vermächtnis, Testamentsvollstreckung und Pflichtteil sowie mit lebzeitigen Vorbereitungen für den Erbfall und die Erbfolge, d. h. also Ehevertrag, Adoption, Schenkung, Stiftung und Rechtsnachfolge in das Unternehmen. Das Buch wendet sich nicht nur an den Fachmann als Berater, sondern auch unmittelbar an den ratsuchenden Erben und den verantwortungsbewußten Erblasser. Anmerkungen zur Steuer und Muster für Testamente ergänzen den Band.

HARRODS / Rund 45 Prozent des Umsatzes wird mit Ausländern erzielt

Geschäft übertraf Erwartungen

WILHELM FURLER, London

Welches ist das angesehenste Kaufhaus der Welt? In Großbritannien würde niemand zögern, diese Frage mit „Harrods" zu beantworten. Davon abgesehen, spricht einiges dafür, daß das Nobel-Kaufhaus in Londons Knightsbridge auch im Ansehen der Ausländer ganz oben rangiert. Wie anders ließe es sich sonst erklären, daß rund 45 Prozent der Harrods-Verkäufe an Kunden aus dem Ausland gehen – in erster Linie an Amerikaner, Deutsche und Franzosen?

Nicht zuletzt das große Ausländer-Interesse *hat dazu beigetragen*, daß Harrods jetzt als erstes einzelnes Warenhaus der Welt ausgenommen japanische, die Umsatzmarke von 200 Millionen Pfund (knapp 800 Millionen Mark) innerhalb eines Geschäftsjahres überschritten hat. Es endet am 28. Januar, und bei Harrods wäre man sehr enttäuscht, wenn bis dahin nicht 220 Millionen Pfund (im Jahr zuvor 190 Millionen Pfund) erreicht worden wären.

Der Erfolg beruht vor allem auf der vergleichsweise hohen Qualität der angebotenen Waren – vom Spielzeug über Möbel bis zu Nahrungsmitteln. Der fatale Bombenanschlag eine Woche vor Weihnachten hat das Jahresschlußgeschäft zwar beeinträchtigt: Lag der Umsatz des Weihnachtsgeschäftes vor dem Anschlag am 17. Dezember um etwa 25 Prozent über dem im Vorjahr, fiel der Vorsprung nach der Katastrophe auf plus 14 Prozent zurück. Aber dabei darf nicht vergessen werden, daß das Haus an jenem Tag vom frühen Nachmittag an ganz geräumt werden mußte, und daß in den beiden darauffolgenden Geschäftstagen polizeiliche Absperrungen den Geschäftsablauf nicht unerheblich behinderten.

Um so erstaunlicher ist es, daß die Kunden trotz der Furcht vor weiteren Anschlägen in den verbliebenen drei Tagen bis zum 24. Dezember zu Harrods strömten. Doch die Weihnachtszeit ist für die Manager von Harrods traditionell die Zeit des Händereibens. Mindestens ein Viertel des Jahresumsatzes entfällt bei dem Knightsbridge-Kaufhaus auf die sechs Wochen vor „Christmas".

Dies liegt nicht allein an der vorweihnachtlichen Kaufbesessenheit der Briten wie der Ausländer, sondern auch an dem besonderen Weihnachts-Image von Harrods, dessen Fassade schon viele Wochen vor Weihnachten mit Hunderttausenden von Glühbirnen imposant nachgezeichnet wird.

Im übrigen läßt das Haus seit 1981 ein aufwendig produziertes Weihnachts-Magazin drucken, das sich inzwischen im In- wie im Ausland größter Beliebtheit erfreut. Dabei ist es nicht gerade billig: Im Kaufhaus selbst und im britischen Zeitschriftenhandel wird es für umgerechnet sechs Mark angeboten, im Ausland gar für 5,50 Dollar.

Doch auch sonst weiß Harrods mit der eigenen Publizität nicht schlecht umzugehen. So hat praktisch mit Beginn des Weihnachtsgeschäfts keine geringere als Prinzessin Anne die erweiterten und neu hergerichteten berühmten Lebensmittel-Hallen im Parterre eingeweiht – ein Vorgang, der Harrods mehr Presse bescherte als irgendeiner zuvor.

Für Exzentriker sind Angebote wie der Harrods-„Panther" gedacht – eine Spezialversion des Jaguar XJ 4,2, mit goldbeschichteten Stoßstangen und Zierteilen und in harrodsgrünem Lack, ausgestattet mit Farbfernseh- und Videogerät, kristallenen Karaffen und Gläsern in der Bar und nobelstem Teppichboden. Dafür kostet dieser Spaß 38 000 Pfund und damit gut 150 000 Mark. Dennoch läuft das Geschäft mit dieser „Karosse", um deren Schaustück sich in der Herrenabteilung von Harrods regelmäßig Menschen-Trauben bilden, dem Kaufhaus-Management zufolge insbesondere bei Kunden aus Amerika und dem Vorderen Orient „ausgesprochen gut".

Für begeisterte Fans mit enger gestecktem Etat werden aber auch unverkennbare Harrods-Präsente zu erschwinglichen Preisen bereitgehalten: Die erste hauseigene Schallplatte mit dem Titel „A Touch of Harrods", ein eigenes Parfum oder Harrods-Zigaretten. Daß das Kaufhaus, vor dem so viele Nobel-Limousinen der Marke Rolls-Royce vorfahren wie vor keinem anderen, zum Winterschluß-Verkauf regelrecht gestürmt wurde, scheint fast schon selbstverständlich. Jedenfalls wäre es mehr als verwunderlich, wenn der am 7. Januar begonnene und drei Wochen dauernde Schlußverkauf die 25 Millionen Pfund Umsatz des Vorjahres nicht deutlich übertreffen sollte.

HANOMAG / Heute wird Anschlußkonkurs beantragt

O&K ohne echte Alternative

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Nach den am Wochenende im niedersächsischen Finanzministerium stattgefundenen Verhandlungen über eine Rettung des hannoverschen Baumaschinen-Herstellers Hanomag GmbH hat sich der Eindruck verstärkt, daß es zu dem Konzept der Orenstein & Koppel AG (O&K), Dortmund, keine wirkliche Alternative gibt. Aus Teilnehmerkreisen verlautet, der Abschluß entsprechender Verträge mit der Hoesch-Tochter stehe unmittelbar bevor. Der neu als Übernahmeinteressent ins Gespräch gebrachte Osnabrücker Unternehmer Hartwig Piepenbrock gilt demnach lediglich als „taktisches Manöver".

Das O&K-Konzept sieht die Gründung einer Vertriebsgesellschaft vor, die gegenüber der Produktionsgesellschaft Abnahmeverpflichtungen – gesprochen wird von jährlich 1000 Baumaschinen – eingeht. Diese Produktionsgesellschaft dürfte mit zunächst rund 500 Mitarbeitern Anfang Februar ihre Arbeit aufnehmen.

Voraussetzung dafür ist die Einleitung des Konkursverfahrens. Den entsprechenden Antrag wird die Geschäftsführung und Vergleichsverwaltung Egon Kretschmer heute beim Amtsgericht stellen. Unter der Leitung Kretschmers, dem der vom Land und der Stadt Hannover verbürgte 20-Mill.-DM-Massekredit weiter zur Verfügung stehen wird, soll der dann stark geschrumpfte Betrieb weitergeführt werden. Das Land strebt an, daß O&K sich auch an der Produktionsgesellschaft finanziell beteiligt und Beschäftigungsgarantien für den Standort Hannover zusagt. O&K sei auch daran interessiert, die gleichfalls zusammengebrochene Baumaschinenfirma Zettelmeyer in Konz zu übernehmen.

WELT-CHEMIEPRODUKTION / Geringerer Wachstumsverlust als im Durchschnitt der anderen Branchen

Die besten Chancen in den Entwicklungsländern

AP, Basel

Die Weltchemieproduktion wird von 1980 bis 1990 jährlich um 3,6 Prozent zunehmen, verglichen mit einer Rate von 4,1 Prozent im Zeitraum von 1973 bis 1980. Die Wachstumsverlangsamung in der Chemie sollte demnach geringer ausfallen als im Durchschnitt aller anderen Branchen, erwartet die Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung (BAK).

Der im vergangenen Jahr vor allem unter der Führung der USA angebahnte Aufwärtstrend der Wirtschaft werde sich auch 1984 weiterentwikkeln, schreibt die BAK. Die längerfristigen Perspektiven bis 1990 schienen aber „wesentlich unsicherer". Da anzunehmen sei, daß der Umstrukturierungsprozeß noch einige Jahre dauern werde, sei von einem Trendwachstum in den Industrieländern von 2,25 Prozent im Jahr auszugeben. Für die Entwicklungsländer und die Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) dürfe sogar ein leicht höheres Wachstum von 2,5 Prozent prognostiziert werden. Dabei werde aber unterstellt, daß weder der Erdölpreis noch die zentralen Wechselkurse sich drastisch veränderten.

Die einzelnen Sparten der Chemie werden sich nach der BAK-Prognose unterschiedlich entwickeln. Im Vergleich zur Gesamtchemie dürfte das Verbrauchswachstum bei Standardprodukten der Petrochemie unterdurchschnittlich zunehmen und etwa im Gleichschritt mit der Gesamtwirtschaft gehen. Basisinnovationen, die zur Erschließung neuer Märkte erforderlich wären, fehlten hier, heißt es in der Studie. Hingegen hätten Spezialitäten-Kunststoffe gute Wachstumschancen. Überlegene Eigenschaften und rationelle Verarbeitung könnten den Substitutionsprozeß von Metall durch Kunststoff im Automobil- und Flugzeugbau beschleunigen.

Die Spezialitätenchemie soll dagegen zum eigentlichen Wachstumsträger der Branche werden. Dank der Intensität der Forschung finde sie immer wieder Zugang zu neuen Produkten und Anwendungsmöglichkeiten. Die zwei am meisten diskutierten Forschungsbereiche seien zur Zeit die Gentechnologie und die Biotechnologie.

Marktreife Produkte dürften bis 1990 allerdings nicht in großem Umfang zu erwarten sein, heißt es in der BAK-Prognose. Dank der Zunahme der über 65jährigen und der Einführung neuer Produkte werde der reale Weltkonsum von pharmazeutischen Produkten zwischen 1980 und 1990 jährlich um drei bis vier Prozent zunehmen. Damit sollte das seit Anfang der 70er Jahre beobachtete Wachstumstempo zwar beibehalten, aber nicht beschleunigt werden können.

Die besten Entwicklungschancen gibt die BAK den argrarchemischen Erzeugnissen. Die vor allem in den Entwicklungsländern schnell wachsende Bevölkerung erfordere eine drastische Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion. Die Tatsache, daß der Einsatz von Agrarchemikalien pro Hektar Anbaufläche in den Entwicklungsländern heute etwa viermal tiefer liege als in den Industrieländern, deute darauf hin, daß der Bedarf an Düngemitteln, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in Zukunft „kräftig zunehmen" werde.

Das Wachstum in den einzelnen Regionen wird laut BAK in den Jahren 1980 bis 1990 unterschiedlich verlaufen. Die USA schienen seit den frühen 70er Jahren vermehrt Standortvorteile aufzuweisen. Europa besitze diese dagegen seit der Verteuerung des Rohöls kaum noch. Vielmehr hätten staatliche Subventionsmaßnahmen und ein durch den Dollarkurs begünstigtes Exportwachstum in den letzten Jahren den dringend nötigen Abbau von Überkapazitäten in diesem Sektor behindert.

Kostenüberlegungen und protektionistische Maßnahmen hätten zu vermehrten Produktionsverlagerungen nach den wichtigsten Absatzländern geführt. Da die europäische Chemie ihr Schwergewicht aber auf Spezialitäten verlagere, könne weiterhin mit einem überdurchschnittlichen Wachstum gerechnet werden.

IBH

Forderungen bei 1,5 Milliarden

VWD, Mainz

Auf über 1,5 Mrd. DM belaufen sich die noch ungeprüften Forderungen der rund 150 Gläubiger des im Anschlußkonkurs befindlichen Baumaschinenkonzerns IBH Holding AG, Mainz. Das teilte Konkursverwalter Wolfgang Petereit im Anschluß an die IBH-Gläubigerversammlung beim Amtsgericht Mainz mit. Petereit veranschlagt die „echten Verbindlichkeiten" auf rund 800 Mill. DM. Der Prüftermin für die Gläubigerforderungen ist der 17. Februar.

In einem vorläufigen Rechenschaftsbericht bezeichnete Petereit die Führung des Unternehmens durch Konzernchef Horst-Dieter Esch sowie seiner Vorstandskollegen mit „mehr als laienhaft". Dem früheren Finanzmanager Trautnitz warf er grobe Nachlässigkeit vor.

Der Konkursverwalter kündigte strafrechtliche Konsequenzen wegen der verspäteten Einreichung des Konkursantrages an. Auch zivilrechtlich will Petereit gegen den gesamten früheren Unternehmensvorstand vorgehen, wobei er die mögliche Haftsumme im Bereich eines zweistelligen Millionenbetrages ansiedelte. Außerdem will er die Frage der Haftung des ehemaligen IBH-Aufsichtsrates prüfen.

Bei einer Stimmenthaltung (Dresdner Bank) wurde der bisherige Konkursverwalter in seinem Amt bestätigt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

BASF-Werk Hamburg schließt

Hamburg (dpa/VWD) – Der Aufsichtsrat der BASF Farben + Fasern AG hat am Wochenende wie erwartet der vom Vorstand beabsichtigten Schließung des Werkes Hamburg-Wandsbek zugestimmt. Produktion und Verwaltung werden von der zweiten Jahreshälfte 1985 an in das Werk Münster-Hiltrup verlegt. Betriebsrat und Gewerkschaft hatten in der Vergangenheit wiederholt gegen die Schließungspläne protestiert, von denen 390 Arbeitsplätze betroffen sind.

Nova-Gruppe zufrieden

Hamburg (Py.) – Das allgemein hohe Zinsniveau hat den Nova-Versicherungen, Hamburg, 1983 zufriedenstellende Kapitalerträge gebracht, von denen nicht zuletzt die Versicherten profitiert haben. Nach einer ersten Zahlenübersicht der Gesellschaft erhielten die Kunden der Nova Krankenversicherung AG 1983 Beitragsrückerstattungen von 17,8 Mill. DM, weitere 50 Mill. DM wurden zur Milderung von notwendig gewordenen Beitragsanpassungen eingesetzt.

Beitragsrückerstattungen

Düsseldorf (Py.) – Die drei Gesellschaften der Partner-Versicherungs-Gruppe, Offenbach, haben 1983 ihre Beitragseinnahmen um 5,8 Prozent auf 288 Mill. DM gesteigert. Die Partner-Versicherungs-Gruppe, die mit der Deutschen Beamten Versicherung (DBV) außerhalb des öffentlichen Dienstes eng zusammenarbeitet, erhöhte ihr Prämienvolumen im Krankenversicherungssektor um 5 Prozent auf 170 Mill. DM. Dagegen wuchsen die Leistungen nur um 1 Prozent auf 102 Mill. DM. Aus dem Gesamtergebnis werden 35 Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Gutes Neugeschäft

München (Stw.) – Die Bayern-Versicherung, München, konnte 1983 mit einem Zugang in der Lebensversicherung von 2,6 Mrd. DM das Vorjahresneugeschäft um 25 Prozent übertreffen. Fast drei Viertel des Neugeschäfts steuerten kapitalbildende Lebensversicherungen bei. Der Vertragsbestand vergrößerte sich um 11 Prozent auf 18,5 Mrd. DM. Mit 3,5 Prozent liege die Stornoquote deutlich unter dem Branchendurchschnitt von 5,5 Prozent, heißt es in einer Mitteilung des öffentlich-rechtlichen Lebensversicherers. Aufgrund verbesserter Vermögenserträge und einer günstigen Kostenentwicklung sei der Überschuß zugunsten der Versicherten von 217 auf 260 Mill. DM gesteigert worden.

13 500 Mitarbeiter

München (Stw.) – In der WELT vom 24. Januar 1984 wurde die Mitarbeiterzahl der Villeroy & Boch Keramische Werke KG, Mettlach, versehentlich falsch angegeben. Das Unternehmen hat 13 500 Beschäftigte.

Volvo mit Rekordergebnis

Göteborg (gtm) – Das größte nordeuropäische Industrieunternehmen, der schwedische Mischkonzern Volvo, erzielte 1983 mitumgerechnet rund 1,155 Mrd. DM (plus 58 Prozent) den höchsten Gewinn seiner Geschichte. Er wäre noch um etwa 300 Mill. höher ausgefallen, wenn nicht die Tochtergesellschaft Scandinavian Trading (STC) einen unerwartet hohen Verlust von über 200 Mill. DM ausweisen würde. Volvos Umsatz stieg um 33 Prozent auf 30,3 Mrd., an dem jedoch der Energiebereich einschließlich Ölhandel mit knapp 50 Prozent beteiligt ist. Die Dividende soll von 3 auf 3,45 DM angehoben werden.

Wieder schwarze Zahlen

Leinfelden-Echterdingen (VWD) – Die Vereinigte Altenburger und Stralsunder Spielkarten-Fabriken AG (ASS), Leinfelden-Echterdingen, deren Aktienmehrheit im Dezember 1982 von einer neuen privaten Investorengruppe übernommen wurde, hat erstmals nach drei Verlustjahren im Geschäftsjahr 1983 wieder ein „positives" Jahresergebnis erzielt. Wie der ASS-Vorstand in einem Aktionärsbrief mitteilte, hat sich vorbehaltlich der offiziellen Prüfung des Jahresabschlusses das Jahresergebnis 1983 um zwei Mill. DM verbessert. 1982 hatte ASS einen Umsatzrückgang auf 24,9 (26,6) Mill. DM und einen Jahresfehlbetrag von 1,88 (2,55) Mill. DM erwirtschaftet.

USA: Porsche und VW trennen sich

H.-A. SIEBERT, Washington

Die im Oktober 1969 zwischen dem Wolfsburger VW-Konzern und der Porsche AG für den US-Markt geschlossene Verkaufsehe ist zerbrochen. Beinahe pausenlose Verhandlungen in den vergangenen Monaten haben sie nicht retten können. Wie der Sprecher der Volkswagen of America Inc., Thomas McDonald, mitteilte, ist Porsche nicht bereit, das am 31. August auslaufende Import- und Lizenzabkommen zu erneuern. Gründe nannte er nicht; wie aber in der Branche durchsickerte, soll es Streitigkeiten zwischen den Partnern, die in der Porsche-Audi-Division zusammengefaßt sind, über Fragen des Vertriebs und der Gewinnverteilung gegeben haben. Die Entscheidung der Porsche AG hat überrascht. Die USA sind der wichtigste Auslandsmarkt des Sportauto-Herstellers; der hohe Dollarkurs sorgt für enorme Gewinne. In Amerika wurden 1983 immerhin 21 850 Wagen abgesetzt. Das waren 51,5 Prozent mehr als 1982. Verkaufsschlager ist der 944. Über das gemeinsame Vertriebsnetz mit Audi hat Porsche seit 1969 250 000 Wagen in den USA verkauft.

Gerätselt wird darüber, ob Porsche jetzt den Alleingang wagt oder mit einem anderen Partner zusammengeht. Audi will in diesem Jahr in Amerika 61 000 (1983: 48 000) Wagen verkaufen und damit den Porsche-Ausfall wettmachen. Für Porsche wird das potentielle Wachstumsplus auf nur noch fünf Prozent geschätzt.

Wie McDonald weiter erklärte, ist Volkswagen of America dabei, die Konsequenzen der Scheidung zu prüfen. Die 100prozentige Wolfsburger Tochter hat sich für 1984 vorgenommen, den VW-Verkauf in den USA auf 200 000 Autos zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen 115 000 (1983: 77 000) aus der Bundesrepublik eingeführt werden, während die Rabbit-Produktion in Westmoreland, Pennsylvania, wie im Vorjahr 85 000 betragen soll.

SPIELWAREN / Zur Nürnberger Messe wird ein neuer Ausstellerrekord erwartet

Handel lehnt Preiserhöhungen ab

MARTIN FINK, Nürnberg

Mit Bangen und Hoffen sieht die Branche der 35. Internationalen Spielwarenmesse entgegen, die vom 2. bis 8. Februar in Nürnberg stattfindet. Werden Verbraucher und Handel ihre ausgeprägte Kaufzurückhaltung, die sie im vergangenen Jahr an den Tag gelegt haben, aufgeben? Sie hatte 1983 ein bisher nie gekanntes Ausmaß angenommen, wie Georg Meidenbacher, Präsident des Verbandes der deutschen Spielwaren-Industrie, klagt. Und werden die Hersteller ihre Preisvorstellungen durchsetzen können, die, wie aus der Branche zu hören ist, unter anderem wegen der Verteuerungen beim Kunststoff auf Anhebungen von durchschnittlich zwei bis drei Prozent zielen? Hier hat der Handel schon signalisiert, daß nur eine „Null-Lösung" der konjunkturellen Lage gerecht werde. Zumindest steht aber Spielzeug aus dem Ausland schon wegen des Höhenfluges des Dollar unter Verteuerungsdruck.

Die Konkurrenz wird auch nicht kleiner: mit 1780 (Vorjahr: 1772) ausstellenden Firmen, davon 758 (744) aus dem Ausland, ist ein neuer Ausstellerrekord angezeigt. Die erwarteten rund 40 000 Einkäufer werden ein Sortiment von etwa 350 000 Artikeln aus 40 Ländern – darunter auch wieder das traditionelle Angebot aus der „DDR" – sichten müssen. Trotz des Vormarsches der vielberedeten Elektronik, von Heimcomputern und Tele-Spielen, stellte althergebrachtes Spielzeug auf dieser Messe immer noch 90 Prozent des Angebots.

Echte Neuheiten werden von vielen Herstellern bis zum Messebeginn geheimgehalten. Auf sie warten vor allem die Freunde der Modelleisenbahnen in jedem Jahr mit Spannung. Hier ist schon „durchgesickert", daß Märklin zu seinem 125jährigen Firmenjubiläum den „Traum aller Modellbahner" in limitierter Auflage von 3300 Stück herausbringt: das berühmte „Krokodil" aus den 20er Jahren, eine schwere schweizerische Güterlok für die Großbahnspur, das nicht nur wegen des Preises von um die 2000 DM eine weitere Sammlerrarität werden dürfte. Ebenfalls im technischen Bereich könnte das Modell des Forschungsschiffes „Calypso" von Cousteau, das auch schwimmfähig ist, eine der auffälligsten Modellbau-Neuheiten sein.

In den ersten neun Monaten 1983 hat die deutsche Spielwarenindustrie ihre Produktion um nominal drei Prozent auf 1,08 Mrd. DM ausweiten können. Dafür waren freilich, wie Verbandspräsident Meidenbauer erläutert, nur spezielle Verkaufserfolge einiger weniger Firmen- und Warengruppen verantwortlich.

FACHEINZELHANDEL / Universität Köln untersucht Umsätze und Erträge

Große Probleme bei Lebensmitteln

HARALD POSNY, Düsseldorf

Obwohl sich die Betriebshandelsspanne erstmals wieder leicht erhöht hat, haben die Kostensteigerungen den deutschen Facheinzelhandel auch 1982 tiefer in die „roten Zahlen" gedrückt. Bei einer Zunahme der Gesamtkostenbelastung (einschl. Unternehmerlohn und Zinsen für Eigenkapital) von 29,1 auf 30 Prozent des Umsatzes fiel das steuerliche Betriebsergebnis (siehe Fußnoten in der Tabelle) von 3,8 auf 3,3 Prozent des Umsatzes.

Nahezu dramatisch ist die Verschlechterung der betriebswirtschaftlichen Betriebsergebnisse anzusehen, das 1982 von minus 1,4 auf minus 2 Prozent des Umsatzes fiel. Damit ist in nahtloser Jahresfolge ein neuer Tiefpunkt erreicht.

Zuletzt hatten die Rechnungen aufgrund des Betriebsvergleichs des Institut für Handelsforschung an der Universität Köln für das Jahr 1977 ein schmales Plus von 0,1 Prozent des Umsatzes ausgewiesen. Der bislang stärkste Ertragsschwund fand im Lauf des Jahres 1981 (minus 1,4 nach minus 0,5 Prozent) statt. Selbst ohne die Einbeziehung des Lebensmitteleinzelhandels ist das Ergebnis mit minus 1 (0) Prozent des Umsatzes niederschmetternd. Der Lebensmitteleinzelhandel geht in die Untersuchung der Universität mit 1503 (1391) Betrieben 9427 (9212) Mitarbeitern und einem Gesamtumsatz von knapp 2,3 Mrd. DM sehr stark in die Statistik ein und beeinträchtigte durch die mit Abstand schlechteste Ertragslage (unverändert minus 3,7 Prozent) das Gesamtergebnis, nicht jedoch die allgemeine Tendenz.

Für die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) steht fest: „Der Bereich der Fachgeschäfte, die auf die betriebliche Substanz zurückgreifen mußten, nahm zu. Auch hier wird das Gesamtergebnis durch die schwierige Wettbewerbssituation des Lebensmitteleinzelhandels noch gedrückt." Und: Die ohnehin brüchige Basis des Fachhandels zur Finanzierung von Investitionen und der Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen ist schwächer geworden. Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß der Einzelhandelsumsatz des Jahres 1982 mit 428 Mrd. DM nur um 0,4 Prozent gestiegen, preisbereinigt jedoch um 4,5 Prozent gefallen war. Die Situation wird sich 1983 nicht grundlegend geändert haben. Hier dürften im Fachhandel die Umsätze um etwa 2 Prozent über dem Vorjahr gelegen haben, real jedoch um 1 Prozent darunter.

An dem Kölner Betriebsvergleich 1982 haben sich 6423 (6498) Betriebe aus 49 (Teil-)Branchen (ohne Warenhäuser, Großfilialisten, Versandhäuser und Verbrauchermärkte) mit rund 82 600 (87 400) Beschäftigten und einem Umsatz von 17 (16,9) Mrd. DM beteiligt. Das entsprach 98 Prozent des Dachhandelsumsatzes.

Überdurchschnittlich gute, wenn auch zum Teil gegenüber dem Vorjahr abgeschwächte betriebswirtschaftliche Betriebsergebnisse wiesen Herrenausstatter (plus 2 nach 2,3 Prozent), der Handel mit Wäsche/Bademoden (plus 1,3 nach 1,6) sowie mit Herren- und Knabenoberbekleidung (plus 1 nach 1,2 Prozent) aus, wenngleich der Textileinzelhandel insgesamt mit einem Minus von 0,7 (plus 0,1) Prozent abschloß. Uhren- und Schmuckhandel liegen mit 0,9 (2,5), der medizinisch-technische Handel mit 1,1 (2,2) Prozent noch auf Sonnenseite der Ertragsentwicklung.

Schlußlichter der Entwicklung waren neben dem Lebensmittelhandel Blumenbindereien (minus 5,3 nach 3,6 Prozent), Drogerien (3,2 nach 2,5), Tapeten- und Farbenhandel (2,7 nach 2,5) und der Teppich-/Gardinenhandel (2,2 nach 0,8). Verlierer waren auch der Handel mit Möbeln (minus 1,7 nach 0,8), Eisenwaren (1,6 nach 1,2), Glas/Porzellan (1,5 nach 1) und Schuhen (0,8 nach plus 0,6) und Sportartikeln (0,8 nach plus 0,2 Prozent).

Für sämtliche Branchen hat sich die Kostensituation verschärft. Dabei erhöhte sich erstmals wieder leicht der Unternehmerlohn (4,6 nach 4,5 Prozent des Umsatzes), überproportional jedoch die übrigen Personalkosten von 12 auf 12,3 Prozent, weniger stark für Mieten (3,1 nach 2,9) und Fremdkapital (1,3 nach 1,2 Prozent). Am gesamten Kostenblock waren die Personalkosten 56 (57) Prozent beteiligt.

Die Produktivitätsentwicklung verlief unterschiedlich. Der Umsatz je Mitarbeiter stieg um 2,6 (4,1) Prozent auf knapp 210 000 DM, was gemessen an der Umsatzentwicklung eine leichte Verringerung der Beschäftigtenzahl bedeutet. Die Verminderung des Umsatzes je Quadratmeter Verkaufsfläche um 2 (4,9) Prozent auf 5230 DM geht in erster Linie auf die geringe private Verbrauchsnachfrage zurück.

Facheinzelhandel	1982	1981	1980	1979	1978
	(in Prozent des Umsatzes)				
Betriebshandelsspanne[1]	28,0	27,7	27,8	27,7	27,6
Steuerl. Betriebsergebnis[2]	3,3	3,8	4,7	4,8	5,2
Betriebsw. Betriebsergebnis[3]	–2,0	–1,4	–0,5	–0,4	–0,1
Gesamtkosten	30,0	29,1	28,3	28,1	27,7
Umsatz (in 1000 DM) je Beschäftigten	209,8	204,5	196,4	188,6	181,7
je m² Verkaufsfläche	8,4	8,6	8,2	8,0	7,8

[1] Wareneinsatz (ohne Vorsteuer) minus Absatz (ohne Mehrwertsteuer); [2] Betriebshandelsspanne minus Gesamtkosten (ohne Unternehmerlohn und Zinsen für Eigenkapital); [3] Betriebshandelsspanne minus Gesamtkosten (einschl. Unternehmerlohn und Zinsen für Eigenkapital)

Tief erschüttert nehmen wir Abschied von Herrn

Erich Oberkinkhaus

seit 1955 Mitarbeiter unseres Hauses.

Nach kurzer, schwerer Krankheit starb er am 27. Januar 1984.

Sein unermüdliches Schaffen hat die Firma Faber zu einem anerkannten Unternehmen gemacht.

Wir verlieren in ihm einen hervorragenden Mitarbeiter und einen großartigen Menschen.

Wir werden ihn als einen bedeutenden Unternehmer immer in Erinnerung halten.

Walter Hartmann
Saar-Sektkellerei Faber Trier

Die Trauerfeier findet am 1. Februar 1984 um 11.15 Uhr statt, in Köln-Weidenpesch, Nordfriedhof.

Michael Zahn

geb. 1. Mai 1908 gest. 26. Januar 1984

In tiefer Trauer und großem Schmerz nehmen wir Abschied.

Anneliese Zahn geb. Krollmann
Cornelia Backhaus geb. Zahn
Hans Backhaus
und Hans Nicolaus
Sabine Zahn
Annette Zahn
Familien
Prof. Dr. Johannes Zahn
Dr. Eberhard Zahn
Prof. Dr. Joachim Zahn

Adalbertstraße 1
Hamburg-Nienstedten

Die Beisetzung findet auf dem Zahn'schen Familienfriedhof, Moers-Vinn, im Kreise der Familie statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80, -39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Am 24. Januar 1984 ist mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

Reinhard Niedergesäß

im Alter von 79 Jahren sanft entschlafen.

In stiller Trauer
Maria Niedergesäß geb. Kaiser
im Namen aller Angehörigen

Grüningweg 28 C
2000 Hamburg 74

Die Beisetzung findet am Mittwoch, dem 1. Februar 1984, um 12.30 Uhr von der Halle 1, Friedhof Hamburg-Ojendorf, statt.



Aus dem Februar-Heft: Die optimale Ausrüstung für Tourenfahrer... Reise: alles über Sarajevo und: sechs weitere Ski-Ziele für Leute, die mal woanders hinwollen... besser Skifahren mit Video... Winter-Camping: die besten Plätze im außerdeutschen Alpenraum... Medaillen-Hoffnung für Sarajevo... modische Hoffnungen für die Piste... und vieles mehr.

Holen Sie sich das neue SkiMagazin bei Ihrem Zeitschriftenhändler. DM 5,-

Diese Formel brachte die Menschheit hinter den Mond.

$$G_{\mu\nu} = \frac{8\pi G}{c^4} T_{\mu\nu}$$

Sie ist die von Albert Einstein*) entwickelte Gravitationsgleichung, seine Allgemeine Relativitätstheorie von 1915. Die Gleichung besagt, wie Materie und Energie Schwerkraft erzeugen. Mit Einsteins Theorie bekam die klassische Physik eine neue Dimension. Sie bereitete den Aufbruch des Menschen in das Weltraum-Zeitalter vor, mit seinen Mondraketen, seinen Raumfähren, nicht zuletzt: den Fernmelde- und Wettersatelliten. Sie machen das Telefonieren über Kontinente zum Kinderspiel.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Da Spitzenleistungen in der Forschung eine konsequente und wirksame Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses voraussetzen, kümmern wir uns darum ganz besonders. Nicht ohne Erfolg.

So erweist sich der von uns jährlich veranstaltete bundesweite Schülerwettbewerb Mathematik als ein Musterbeispiel gelungener Hochbegabtenförderung: von 31 Bundessiegern dieses Wettbewerbs haben inzwischen 29 ihr Studium mit den Examensnoten „sehr gut" oder „mit Auszeichnung" abgeschlossen.

Der Stifterverband arbeitet unabhängig vom Staat. Wir halten auch in der Forschung viel vom Mut zum Risiko. Und auch davon, daß sich Wissenschaft möglichst frei von administrativen Zwängen entfalten kann.

Alles, was wir tun, dient einem Ziel: mit dazu beizutragen, daß unser Land auch in Zukunft zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt. Deshalb gehören die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, die medizinische Forschung, die Förderung der Natur- und Geisteswissenschaften ebenso zu unserem Programm wie die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun wollen. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Märkten von morgen sichert.

*) * 14. 3. 1879, Ulm; † 18. 4. 1955, Princeton/USA.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56-60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

Um zum Frieden zu gelangen, zum Frieden erziehen.

PAPST PAUL VI.



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE E.V.
35 KASSEL, WERNER-HILPERT-STRASSE 2
POSTSCHECKKONTO HANNOVER 1033 60-01

Ohne Platz zum Spielen wird jedes Kind behindert.



– deshalb sorgt
„EIN DIAMANTENER PLAN FÜR KINDER"
in den Gemeinden für

- mehr und bessere Kinderspielplätze
- für einen größeren Schutz der Kinder vor dem Verkehr
- für Spieleinrichtungen im Haus, vor dem Haus, in der Wohnsiedlung und in der Schule
- sowie für eine kindorientierte Gemeindeplanung

Spendenkonto PSCHA München
Kto.-Nr. 440-809



Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
Langwieder Hauptstraße 4
8000 München 60
Tel.-Nr. 089/8141059

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

ERGEBNISSE

Mannheim – Braunschweig	2:2 (1:0)
M'gladbach – Offenbach	3:2 (2:0)
München – Bielefeld	3:1 (2:0)
Nürnberg – Leverkusen	2:3 (0:1)
Frankfurt – Uerdingen	2:2 (2:0)
Hamburg – Dortmund	7:2 (2:1)
Stuttgart – K'lautern	5:1 (2:0)
Bochum – Bremen	3:3 (2:0)
Köln – Düsseldorf	ausgef.

DIE SPIELE

München – Bielefeld 3:1 (2:0)
München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer, Dürnberger – Nachtweih, Kraus, Grobe, Pflügler – M. Rummenigge, Kh. Rummenigge. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Dronia, Gells, Schnier – Hupe, Büscher, Butz (46. Rautiainen), Pagelsdorf (55. Grillemeier) – Westerwinter, Ozaki. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 M. Rummenigge (11.), 2:0 M. Rummenigge (26.), 2:1 Rautiainen (65.), 3:1 Kh. Rummenigge (72., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 11 000. – **Gelbe Karten:** Pflüger (4), Grillemeier (3).

Bochum – Bremen 3:3 (2:0)
Bochum: Zumdick – Knüwe, Zugcic, Woelk, Gothe – Bönighausen, Lameck, Oswald, Schulz – Kuntz, Schreier. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Otten – Möhlmann, Okudera, Meier, Gruber – Neubarth, Reinders, Völler. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Kuntz (18.), 2:0 Schreier (36.), 3:0 Schreier (58.), 3:1 Völler (75.), 3:2 Neubarth (76.), 3:3 Völler (87.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Oswald, Otten (3), Möhlmann.

Frankfurt – Uerdingen 2:2 (2:0)
Frankfurt: Pahl – Sziedat – Körbel, Kraaz – Berthold (67. Schreml), Borchers, Kroth, Falkenmayer, Trieb – Mattern (70. Tobollik), Svensson. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Buttgereit, van de Loo – Thomas (23. Hofmann), Raschid, Funkel, Klinger, Jusufi (56. Sackewitz) – Feilzer, Loontiens. – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – **Tore:** 1:0 Falkenmayer (24.), 2:0 Svensson (44.), 2:1 Herget (70.), 2:2 Funkel (90.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karte:** Funkel (3).

Hamburg – Dortmund 7:2 (2:1)
Hamburg: Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs, Wehmeyer – Hartwig (85. Schröder), Groh, Rolff, Magath – Schatzschneider, Wuttke. – **Dortmund:** Immel – Zorc – Konopka, Rüßmann, Koch – Tenhagen, Bittcher, Raducanu, Lusch – Wegmann, Klotz (46. Dreßel). – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 1:0 Kaltz (8., Foulelfmeter), 2:0 Jakobs (9.), 2:1 Raducanu (26.), 3:1 Wuttke (49.), 4:2 Hartwig (66.), 4:2 Bittcher (67.), 5:2 Rolff (83.), 6:2 Groh (87.), 7:2 Wuttke (89.). – **Zuschauer:** 15 000.

Mannheim – Braunschweig 2:2 (1:0)
Mannheim: Zimmermann – Sebert – Knapp, Schlindwein, Dickgießer – Hein, Scholz, Schön – Makan (66. Linz), Walter (88. Olaidotter), Remark. – **Braunschweig:** Franke – Hollmann (70. Keute) – Geiger, Pahl, Scheike – Tripbacher, Studzizba (82. Geyer), Kindermann, Lux – Zavisic, Worm. – **Schiedsrichter:** Risse (Hattingen). – **Tore:** 1:0 Dickgießer (22.), 1:1 Tripbacher (58.), 2:1 Hein (64.), 2:2 Tripbacher (90.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Zavisic (3), Geiger (2), Lux. – **Rote Karte:** Pahl.

M'gladbach – Offenbach 3:2 (2:0)
M'gladbach: Sude – Bruns – Hannes, Herlovsen – Krauss, Matthäus, Rahn, Criens, Frontzeck – Mill, Lienen (72. Schäfer). – **Offenbach:** Herr – Kutzop – Grünewald, Martin – Dubovina, Franusch, Riedl, Hofeditz (59. Krause), Trapp – Michelberger, Bein. – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 1:0 Hannes (10., Foulelfmeter), 2:0 Rahn (12.), 3:0 Matthäus (53.), 3:1 Bein (66.), 3:2 Bein (89.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karte:** Herr (2).

Nürnberg – Leverkusen 2:3 (0:1)
Nürnberg: Kargus – Eder – Reinhardt, Täuber – Brunner, Giske, Burgsmüller, Grahammer, Hintermaier (46. Heidenreich) – Abramczik, Trunk. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Wojtowicz, Röber, Bittorf, Vöge (83. Saborowski), Patzke – Tscha, Waas (87. Geschlecht). – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 0:1 Wojtowicz (42.), 1:1 Burgsmüller (48.), 1:2 Tscha (55.), 1:3 Waas (73.), 2:3 Brunner (83., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 11 400. – **Gelbe Karten:** Täuber (4/1), Bast (3), Wojtowicz, Bittorf (4), Röber.

Stuttgart – K'lautern 5:1 (2:0)
Stuttgart: Roleder – Makan – Schäfer, Buchwald, Zietsch – Niedermayer (78. Lorch), Ohlicher (81. Glückler), Allgöwer, Sigurvinsson – Reichert, Corneliusson. – **K'lautern:** Hellström – Dusek – Wolf, Briegel (45. Plath), Brehme – Melzer, Geye, Eilenfeldt, Allofs – Hübner, Hoos (38. Loechelt). – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Tore:** 1:0 Corneliusson (18.), 2:0 Corneliusson (30.), 3:0 Reichert (55.), 4:0 Corneliusson (79.), 4:1 Allofs (90.), 5:1 Sigurvinsson (90.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Schäfer (4/2), Brehme (4), Dusek (2).

FUSSBALL / Der tiefe Fall des 1. FC Kaiserslautern – Bochums 3:3: Spannung und doch Plädoyer für Winterpause

Horst Franz und die Alpträume: „Dortmunder Leichenschauhäuser"

Von ULRICH DOST

Manipulation hat **Lothar Buchmann** (47) hinter allem vermutet, und daß „die Sache von einer bestimmten Seite lanciert wurde". Was der Offenbacher Trainer meinte, ist dies: Er hält die Abstimmung der Mannschaft (15:5 gegen ihn) schlichtweg für erfunden. Wen er als Drahtzieher vermutet, ist auch kein Geheimnis: Vize-Präsident **Karl Bittner** (51), mit dem Buchmann in Dauerfehde lebt. Buchmann: „Den Namen darf ich nicht mehr in den Mund nahmen. Das habe ich unserem Präsidenten versprochen".

Gestern, am frühen Nachmittag, aber bekam Buchmann von seinem Präsidenten **Siegfried Leonhardi** (44) den Beweis geliefert, daß seine Vermutungen auf sehr wackligen Füßen stehen. Nach einem Gespräch mit den Spielern wurde dem Präsidenten mitgeteilt, daß die Mannschaft tatsächlich abgestimmt und dieses Resultat durchaus seine Richtigkeit habe. Nun will Leonardi erst einmal auf Zeit spielen. Am Dienstag werden sich Präsidium und Mannschaft noch einmal zusammensetzen und abstimmen. Leonardi aber hat sich schon festgelegt: „Kommt dabei die Entlassung des Trainers heraus, gehe ich gleich mit."

Man wird sehen, ob der Getränke-Großhändler zu seinem Wort steht. Lothar Buchmann jedenfalls rechnet damit, daß er sein Amt auch weiterhin ausüben wird. Er sagt: „Fachlich kann man mir nichts vorwerfen." Er werde auch seine Arbeit tun, sagt er,



weil das für ihn eine Charakterfrage sei. Doch der Ärger hat Spuren hinterlassen: „Mein Körper fährt zum Bieberer Berg, mein Herz und Verstand aber bleiben zu Hause in Reichelsheim im Odenwald." Vielleicht bleibt auch ab Dienstag sein Körper im Odenwald; und Buchmann kann das tun, was er eigentlich viel lieber tun würde. Im vertrauten Kreis soll er gesagt haben: „Viel lieber würde ich mir jetzt Fußballspiele in Italien und Spanien ansehen."

*

Die ganze Nacht habe er wachgelegen, meinte gestern morgen **Horst Franz** (48), Trainer von Borussia Dortmund. Nach den sieben Gegentreffern in Hamburg war an Schlaf nicht zu denken. Und wenn er doch „einmal eingedöst war, dann zappelten meine Beine wild umher, und ich hatte Traumvisionen: Da ist das Dortmunder Leichenschauhaus wieder unterwegs". Ob's tatsächlich so war oder auch nicht, spielt letztlich keine Rolle. Gewurmt hat den Trainer diese deftige Niederlage allemal. Gleich in der Kabine, in Hamburg noch, hat er geschimpft wie ein Rohrspatz. Franz: „Ich weiß ja, es nutzt ohnehin nichts. Aber ich mußte mir den Frust von der Seele reden. Ich will mir in diesem Geschäft keine Magengeschwüre holen".

So ganz ohne Folgen wird das Tamtam des Trainers jedenfalls nicht bleiben. Gestern kündigte Horst Franz an, daß seine Geduld mit dem Mittelfeldspieler **Jupp Tenhagen** (31) endgültig am Ende sei. Franz über den dreimaligen Nationalspieler, der einmal der Nachfolger von **Franz Beckenbauer** (38) auf dem Libero-Posten werden sollte: „Es tut mir leid für ihn, er ist so ein netter Kerl. Immer pflichtbewußt, der erste beim Training und der letzte, der aufhört. Aber er war unsere größte Bruchstelle in Hamburg".

Andere waren aber auch nicht viel besser. So hat sich Hamburgs Mittelstürmer **Dieter Schatzschneider** (24) über seinen Gegenspieler **Rolf Rüßmann** (33) gewundert: „Der blieb immer bei mir stehen und ging nie dorthin, wo es brenzlig war". Schatzschneider erkundigte sich deshalb auch während des Spiels bei Rüßmann und erhielt die Antwort: „Ich soll bei dir bleiben. Es sind doch noch genug andere da". Schatzschneider über diese Denkungsart: „Wenn das einer beim HSV tut, na dann, Prost Mahlzeit".

*

Dieter Schatzschneider, bislang zehnmal als Torschütze erfolgreich, hat gegen Dortmund nicht getroffen. Dennoch war er besonders froh, daß **Wolfram Wuttke** (22) nach 19 Meisterschaftsspielen die ersten Tore (2) für den HSV erzielen konnte. Schatzschneider: „Jetzt sieht unsere Bilanz doch nicht mehr so schlecht aus. Früher wurden wir in einen Topf geworfen, es wurde umgerührt, und heraus kam, daß der Sturm nichts taugt. Das geht nun nicht mehr."

Die beiden Neueinkäufe, denen Ende Dezember noch die Hauptschuld an der HSV-Krise angelastet wurde, haben wieder neuen Mut gefaßt. Schatzschneider: „Wir wollen in dieser Saison zusammen mehr Tore als unsere Vorgänger Horst Hrubesch und Lars Bastrup erzielen." Da bleibt Schatzschneider und Wuttke noch viel Arbeit, denn Hrubesch und Bastrup kamen auf 23 Tore.

Die Tore, der Applaus des Publikums und das Lob des Trainers **Ernst Happel** (58) – „jetzt bist du auf dem richtigen Weg" – haben Wolfram Wuttke „sehr gut getan". Vorbei sein sollen die Zeiten, in denen er nur zur Trainerbank schielte und vor Wut heulen wollte, wenn er wieder mal nicht das Tor getroffen hatte. Wuttke: „Die letzte Zeit war nicht sehr erfreulich. Diese beiden Tore geben mir wieder innere Ruhe, und ich kann wieder mit erhobenem Kopf zum Kaufmann gehen."

Daß der kleine Stürmer trotz aller Erfahrungen der letzten Wochen und Monate sein Selbstbewußtsein noch nicht verloren hat, zeigt ein Zitat in der „Bild am Sonntag": „Ich bin Optimist. Ich gehe meinen eigenen Weg – und zwar allein. Mein Weg führt in die Nationalmannschaft. Ob unter Jupp Derwall oder einem anderen Trainer, das ist mir egal."

Ganz schön mutig, denn als er das sagte, war die Begegnung gegen Dortmund noch nicht gespielt...

*

In dieser Woche versuchte der Hamburger Vorstopper **Ditmar Jakobs** (30), Bundestrainer **Jupp Derwall** (56) als Lügner hinzustellen. In der ZDF-Diskussionsrunde hatte Derwall behauptet, er habe über eine Stunde mit Jakobs gesprochen. Millionen Zuschauer waren Zeugen. Jakobs aber konterte: „Derwall hat nie mit mir über mich und die Nationalmannschaft gesprochen. Wir sind uns einmal auf dem Flughafen begegnet, aber da haben wir nur zehn Minuten lang über belangloses Zeug geredet." Freiwillig hatte Jakobs auf eine DFB-Einladung zum Lehrgang in Varna (13.–19. Februar) verzichtet.

Gestern aber wehrte sich der Bundestrainer. Er bleibe bei seiner Behauptung, sagte Derwall und fügte sogar noch Ort und Datum hinzu: „Am 12. November, nach dem Spiel Bayern gegen den HSV, habe ich mit ihm längere Zeit auf dem Flughafen gesprochen."

Derwall will inzwischen die Sache „als völlig belanglos" abgetan wissen. Schließlich habe Jakobs nicht zu denen gezählt, die zum engeren Kader für die Europameisterschaft im Juni in Frankreich zählen. Geärgert habe er sich nur, daß Jakobs nicht „ordnungsgemäß abgesagt" hat. Und ironisch fügte er hinzu: „Ich werde demnächst bei jeder Einladung jeden Spieler persönlich fragen, ob seine Frau, Freundin, Oma oder Braut auch nichts dagegen hat."

*

Für seine markigen Sprüche ist Mannheims Trainer **Klaus Schlappner** (43) hinreichend bekannt. Am Wochenende lieferte er eine neue Kostprobe seines Könnens. Also sagte er nach dem enttäuschenden 2:2 seines Teams gegen Braunschweig: „Ich habe der Mannschaft für Sonntag freigegeben, denn ich will sie nicht sehen."



Der Sturmlauf auf Schnee und sein Ergebnis: das 3:3 von Bremen in der 88. Minute. Torwart Zumdick sitzt ratlos zwischen den jubelnden Pezzey, Gruber und Völler, der den Treffer erzielt hat. FOTO: SIMON

Kaiserslautern: Pfarrer Sopp hielt sich krampfhaft an der Zigarre fest

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Manchmal ist eine Zigarre durchaus eine Hilfe. Man kann sich an sie klammern – so wie Kaiserslauterns Präsident Udo Sopp. Aber auch der Rest der Pfälzer Führungsriege, die im Presseraum des Stuttgarter Neckarstadions der Dinge harrte, war froh, daß ihre Finger etwas zum Festhalten hatten: eine Kaffeetasse oder eine Laugen-Brezel, das ist ein schwäbisches Salzgebäck.

Zur gleichen Zeit gab in der Kabine des 1. FC Kaiserslautern Trainer Manfred Krafft bekannt, was die Stunde geschlagen hat: „Abstiegskampf". Ein Wort, daß im Zusammenhang mit Hans-Peter Briegel und seinen Kollegen noch schwer über die Zunge geht. Aber sie werden sich wohl oder übel an diese Vokabel gewöhnen müssen: 1:5 beim VfB Stuttgart verloren, dazu noch vier Lattenschüsse der Stuttgarter, die auf die Brüder Förster, auf Kelsch und Kempe verzichten mußten, das war mehr als nur eine Schlappe.

Professor Erich Fuchs, Präsidiumsmitglied des 1. FC Kaiserslautern, früher ein bekannter Läufer und Leichtathletik-Trainer, zog einen Vergleich aus seiner Branche heran: Marathonläufer seien gegen Sprinter über 100 angetreten.

Zum Beispiel Norbert Eilenfeldt (27) gegen Asgeir Sigurvinsson (28). Was der Stuttgarter Spielmacher mit seinem Kontrahenten anstellte, ähnelte den Vorführungen zu Großvaters Zeiten, als der Dompteur den Bär tanzen ließ. Diesen Eilenfeldt haben die Lauterer 1981 für eine Million eingekauft, auf ausdrücklichen Wunsch des damaligen Trainers Feldkamp. Obwohl Eilenfeldt in der Pfalz nun wirklich keine Bäume ausgerissen hat, verlängerte Präsident Sopp den Vertrag eindreiviertel Jahr vor Ablauf des alten um weitere zwei Jahre. Eilenfeldt war beim Präsidium vorstellig geworden, hatte gejammert, er brauche dringend Geld, weil er baue. Ob er sich das Haus nun von jener Gesellschaft erstellen läßt, in der Kaiserslauterns Vizepräsident Rainer Pochert als Geschäftsführer tätig ist oder nicht, das bleibt letztlich gleichgültig. Tatsache ist, daß der Verein heute die Zeche zahlt für die Erfolge, die in der Ära Karl-Heinz Feldkamp am Betzenberg begossen wurden.

Jahrelang hatte die Mannschaft nur mit Vollgas gespielt: immer feste druff, mehr mit Kraft als mit Kopf. Diese Art von Fußball wurde in Kaiserslautern zum Glaubensbekenntnis. Damit sind die Spieler sehr reich und der Klub wieder populär geworden. Feldkamps Nachfolger Rudi Kröner – ohnehin eine Fehlbesetzung – scheiterte an jener Fußballmentalität. Der Mann nach Kröner, Dietrich Weise, ging freiwillig, weil er nicht so ausmisten durfte wie er wollte. Weise hatte die Verjüngung der Mannschaft gefordert. Jenen natürlichen Prozeß also, der in der Feldkamp-Ära systematisch vernachlässigt worden war. Einige Funktionäre haben selbst noch vor einigen Tagen weiter vom UEFA-Cup geträumt, von der lukrativen Geldquelle, ohne die sich der 1. FC Kaiserslautern seine teuren Stars nicht leisten kann.

Langsam wachen alle auf. Trainer Manfred Krafft darf nun sagen, daß er eigentlich verpflichtet wurde, um den Abstieg zu verhindern. Die Hochrechnung, nach der Kaiserslautern aus der letzten und laufenden Saison im Sommer 1984 einen Verlust von 3,2 Millionen Mark kalkulieren könne, gilt plötzlich auch nicht mehr als Ketzerei.

Eine neue Situation. „Grausam", sagte Verteidiger Wolfgang Wolf, „hoffentlich hat jetzt jeder kapiert, daß wir gegen den Abstieg spielen." Und der Umstand, daß zwölf Verträge auslaufen würden, geht der Mannschaft zusätzlich an die Nerven. Da kommen Zukunftsängste auf. Dabei brauchte es am Betzenberg niemanden bange zu sein. Dem Verein bietet sich plötzlich die Chance, den großen Schnitt zu machen. Denn kein anderer Verein führt zur Zeit mehr Jugendnationalspieler als der 1. FCK in seiner Kartei. Einer von ihnen, Tino Löchelt (18), hinterließ im Neckarstadion noch den besten Eindruck.

Die Pfälzer müßten sich nur mutig zu diesem Schritt bekennen. Mit den alten Haudegen und satten Millionären ist nicht mehr viel zu gewinnen. Das spüren auch die Zuschauer. Zur Partie gegen den Hamburger SV waren am 18. Spieltag nur noch 20 000 gekommen. Deutschlands einst gefürchtete Fußball-Arena hat ihren Schrecken verloren. Der Berg schweigt stumm, er wackelt nicht mehr, wenn den „roten Engelchen" eine Niederlage droht.

Das alles, die Tatsache, daß sie nun plötzlich zum Handeln aufgefordert seien, dies muß der Pfälzer Delegation im Neckarstadion aufgegangen sein, als sie sich bedeppert in eine Ecke drückten. Über Jahre hinweg hatten sie mit den Stuttgartern um die Rolle des Kronprinzen hinter Bayern München und dem HSV gerangelt. Und nun dieser Unterschied: Stuttgart mit der Perspektive und ganz im Stil eines Meisters, sie selbst wie ein Absteiger.

Dabei hat Sigurvinsson keine Mark mehr gekostet als Eilenfeldt. Stuttgarts Schwede, der dreifache Torschütze Dan Corneliusson, war auch nicht teurer als sein Göteborger Freund Tobjörn Nilsson. Und die Talente – Zietsch hier, Löchelt da – wachsen am Neckar wie der Pfalz gleich. Nur: Hinter der Stuttgarter Entwicklung stecken System und Fachleute. Auch deshalb paßt alles zusammen. Am Betzenberg haben in letzter Zeit vorwiegend Fans regiert.

Günter Mast freut sich: „3:0-Sieg für uns"

sid/dpa, Hamburg

Der Stand der Dinge blieb der alte. Doch Günter Mast, der Unternehmer, der sein Marketing-Konzept auf einen Fußball-Klub stützt und dessen Präsident ist, triumphierte wie nach einem Sieg: „3:0 für uns. Die Richter haben unsere Rechtsauffassung voll akzeptiert", bejubelte er den Beschluß des „Ständigen Schiedsgerichts für Lizenzvereine".

Dabei hatte das dreiköpfige Gremium unter dem Vorsitz des Hamburger Richters Dr. Günter Baarz keine Entscheidung gefällt. Es hatte nur das Verfahren, in dem es um die Rechtmäßigkeit der Namensänderung des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig in „BTSV Jägermeister Braunschweig" geht, ausgesetzt. Am 15. Februar soll jetzt erst einmal das Landgericht Frankfurt die Frage der Zuständigkeit klären: Haben Ordentliche Gerichte oder das Schiedsgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) das letzte Wort im Streit zwischen Likörfabrikant Mast und dem DFB?

Zur Erinnerung: Am 14. Dezember stimmt die Mitgliederversammlung von Eintracht Braunschweig einer Namensänderung zu, nachdem Millionär Mast die Führung übernommen hat und den Klub sanieren will. Der DFB will die „Namensänderung zu Werbezwecken" verhindern und beschließt eine entsprechende Satzungsänderung. Die notwendige Eintragung beim Registergericht Frankfurt wird jedoch auf Braunschweiger Initiative hin verhindert.

Rechtslage und Ausgang der Auseinandersetzung bleiben also weiterhin ungeklärt. Eine Situation, die gut ins Marketing-Konzept des Herrn Mast paßt. So bleibt er, und damit Klub und Firma, weiter im Gespräch. Der DFB jedoch will ihm keine „weiteren Plattformen" für die öffentliche Auseinandersetzung geben und hatte dem Schiedsgericht deshalb einen Antrag auf Aussetzung des Verfahrens vorgelegt.

VfL Bochum: „Leichtsinn? Stehend k. o."

BERND WEBER, Bochum

Die Analyse eines Fußballspiels kann kaum widersprüchlicher ausfallen. Nach dem 3:3 zwischen dem VfL Bochum und Werder Bremen waren sich lediglich alle darüber einig, daß es sehr aufregend gewesen sei. Auf der einen Seite war die Begegnung vor 19 000 Zuschauern im Ruhrstadion ein einziges, ein kaum zu überbietendes Plädoyer für eine lange Winterpause. Daß Schiedsrichter Wilfried Walz aus Waiblingen keine Bedenken hatte, das Spiel anzupfeifen, muß man – noch gelinde gesagt – geradezu als waghalsig bezeichnen. Eine dicke Eisschicht hatte den Rasen teilweise in eine Rutschbahn verwandelt, auf der der Sport mitunter zur Karikatur degradiert wurde. Das mag man vielleicht noch hinnehmen. Schlimmer ist, daß bei solchem Schnee- und Eisfußball die gesundheitlichen Risiken für die Spieler überhaupt nicht mehr kalkulierbar sind. Und so gesehen hatte Bremens Trainer Otto Rehhagel gewiß recht, als er später in Richtung Schiedsrichter schimpfte: „Das ganze war eine reine Lachnummer, in Szene gesetzt von einem Mann, der selbst bestimmt nie aktiv gespielt hat."

Andererseits: Gerade weil beide Mannschaften mit den widrigen Platzverhältnissen so viel Mühe hatten, geriet die Vorstellung zu einem Sechs-Tore-Spiel und zur Werbung für den Bundesliga-Fußball, der spannender kaum noch geboten werden kann. Natürlich kann ich nicht abstreiten, daß fünf der sechs Treffer durch abgefälschte Bälle und wohl nur aufgrund der besonderen Umstände gefallen sind," sagte Bochums Trainer Rolf Schafstall, „aber man muß doch auch sehen, daß die Zuschauer begeistert nach Hause gegangen sind und daß die zuletzt arg in Mißkredit geratene Bundesliga ihr Image besser als durch solch ein Spiel nicht aufpolieren kann." Auch das ist richtig.

Daß Schafstall nach dem Schlußpfiff über diese knappe Feststellung hinaus nur wenig Lust verspürte, über den Sinn oder den Unsinn des Winterfußballs zu diskutieren, erscheint verständlich. Ihm lagen, auch gestern noch, ganz andere Dinge im Magen. An erster Stelle die Frage, warum es seiner Mannschaft zum zweiten Mal hintereinander nicht gelungen war, einen deutlichen Vorsprung sicher über die Runden zu bringen. Letzte Woche in Offenbach führten die Bochumer bereits mit 2:0 und schlichen bedröppelt in die Kabinen, als es nach 90 Minuten nur 2:2 hieß. Am Samstag steigerte sich Bochum gar noch: Bis zur 75. Minute lag die Mannschaft 3:0 vorn, als abgerechnet wurde stand es 3:3.

Schafstall zur WELT: „Ich habe in der Nacht zum Sonntag natürlich kaum schlafen können. Da siehst du eine Viertelstunde vor Schluß wie der strahlende Sieger aus, und dann bist du schließlich noch der Gelackmeierte. Ich bin ja verdammt lange im Geschäft und weiß, was im Fußball alles passieren kann. Aber solche Dinge hauen einen doch für ein paar Tage um."

Gestern morgen nach dem Training hat Schafstall mit seinen Leuten Ursachenforschung betrieben. Und dabei ist er zu dem Ergebnis gelangt, daß die Hauptfehler im Mittelfeld begangen wurden: „Dort wurde der Gegner nach der klaren Führung fast überhaupt nicht mehr bekämpft. Zudem war niemand in der Lage, auch meine routinierten Spieler Lameck, Bönighausen und Oswald nicht, mal das Tempo aus dem Spiel zu nehmen, den Ball mal zu halten. Ich führe den Punktverlust auf puren Leichtsinn zurück, und deswegen bin ich so sauer."

Mannschaftskapitän Michael Lameck fand beim Trainer nur wenig Gegenliebe, als er versuchte, diese Erklärung an den Mann zu bringen: „Wir machen in der ersten Stunde einfach zu viel Power, und wenn es dann in den Schlußbogen geht, fehlt uns die Kraft. Dann sind wir stehend k. o. Das hat mit Leichtsinn nur wenig zu tun."

Immerhin, auf einen gemeinsamen Nenner konnten sich Schafstall und sein Spielführer dennoch einigen: Wer gegen einen Gegner, der schließlich Ambitionen hat, ernsthaft um die deutsche Meisterschaft mitzuspielen, so viel Druck machen kann, der steige niemals ab. Lameck: „Am Samstagabend habe ich mir erst einmal ein paar Bierchen reingezischt. Und dann habe ich angefangen, mich darüber zu freuen, daß es uns gelungen ist, dem Vize-Meister einen Punkt abzuknöpfen. Damit hatte doch vorher kaum einer gerechnet."

Lameck fällt es wohl leichter als den meisten seiner Mannschaftskameraden, sich eine solche Betrachtungsweise hinzubiegen. Er stand schließlich schon in der Bochumer Mannschaft, die vor acht Jahren nach gut einer Stunde gegen Bayern München mit 4:0 vorne lag – und mit 5:6 verlor. „Damals", sagt Lameck, „habe ich geheult wie ein Schloßhund. Diesmal war es in jeder Beziehung erträglicher."

VORSCHAU

Dienstag, 31. Januar, 20.00 Uhr:
DFB-Pokal, Achtelfinal-Wiederholungsspiele: München – Uerdingen, Hamburg – Stuttgart. – Nachholspiel: Aachen – Bremen.

Bundesliga, Freitag, 3. Februar
Düsseldorf – München (1:1)

Samstag, 4. Februar, 14.30 Uhr
Mannheim – Stuttgart (0:0)

Samstag, 4. Februar, 15.30 Uhr:
Uerdingen – Hamburg (2:2)
Leverkusen – Frankfurt (2:2)
Bielefeld – Nürnberg (0:2)
Bremen – M'gladbach (1:3)
Braunschweig – Bochum (1:3)
Dortmund – K'lautern (2:2)
Offenbach – Köln (0:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

19. Spieltag: Torquoten steigen, Zuschauerzahlen sinken

							Heim		Auswärts	
1. München	19	12	4	3	38:17	28:10	22:5	16:2	16:12	12:8
2. Stuttgart	19	11	5	3	41:17	27:11	26:5	16:2	15:12	11:9
3. Hamburg	19	11	4	4	39:21	26:12	31:11	16:4	8:10	10:8
4. Bremen	19	10	5	4	42:20	25:13	32:4	19:1	10:13	6:12
5. M'gladbach	19	10	5	4	40:27	25:13	25:8	17:1	15:19	8:12
6. Düsseldorf	18	9	5	4	43:23	23:13	32:8	16:4	11:15	7:9
7. Leverkusen	19	9	4	6	35:29	22:16	22:10	16:4	13:19	6:12
8. Uerdingen	19	7	6	6	34:35	20:18	18:15	13:7	16:20	7:11
9. Köln	18	8	3	7	35:26	19:17	21:8	12:4	14:18	7:13
10. Bielefeld	19	6	5	8	25:31	17:21	16:15	11:9	9:16	6:12
11. Mannheim	19	5	7	7	24:35	17:21	15:13	10:8	9:22	7:13
12. Bochum	19	5	6	8	35:43	16:22	22:16	12:6	13:27	4:16
13. Braunschw.	19	7	2	10	31:42	16:22	23:14	13:5	8:28	3:17
14. K'lautern	19	6	3	10	35:43	15:23	18:14	11:9	17:29	4:14
15. Dortmund	19	5	4	10	25:42	14:24	14:11	12:8	11:31	2:16
16. Offenbach	19	4	3	12	28:58	11:27	19:19	10:8	9:39	1:19
17. Frankfurt	19	1	8	10	20:40	10:28	12:13	9:11	8:27	1:17
18. Nürnberg	19	4	1	14	25:46	9:29	21:17	9:9	4:29	0:20

● Fortuna Düsseldorf besitzt den besten Angriff der Bundesliga (43 Tore), das Spiel der Mannschaft in Köln fiel aus (neuer Termin 7. Februar). Dennoch gab es einen neuen Torrekord für die Saison: 43 Treffer in nur acht Spielen. Diese Zahl wurde in der Bundesliga-Geschichte nur fünfmal übertroffen. Der Rekord steht bei 47 Toren an einem Spieltag – er könnte mit dem Spiel Köln – Düsseldorf gebrochen werden. In der Torschützenliste führt Karlheinz Rummenigge mit 13 Treffern vor Herbert Waas (11) aus Leverkusen.

● Die Torquoten steigen, die Zuschauerzahlen sinken: Nur 116 250 Besucher (durchschnittlich 14 500) kamen zu den Spielen. Das ist Minusrekord für diese Saison, der auch dann noch gilt, wenn zum Nachholspiel der Kölner 40 000 Besucher kommen. Im Vergleich zum Vorjahr fehlen den Vereinen insgesamt 200 000 Zuschauer. Eine Tatsache, die – alle Jahre wieder – Forderungen nach einer Winterpause laut werden läßt. Leverkusens Trainer Cramer: „Ich möchte auf meine alten Tage noch erleben, daß bei diesem Wetter nicht gespielt wird."

● Der 13. Platzverweis der Saison: Heiner Pahl sah in Mannheim die rote Karte. Zum dritten Mal innerhalb von nur zwei Monaten traf es Eintracht Braunschweig (vorher Lux und Bruns). Die Bundesliga ist auch hier auf dem Weg zu einem negativen Rekord: 14 Feldverweise gab es als Höchstmarke bisher in den Spielzeiten 1966/67 und 1968/69. Insgesamt gab es 19 Verwarnungen, Brehme (Kaiserslautern), Bittorf (Leverkusen) und Pflügler (München) sahen die vierte gelbe Karte und sind für den 20. Spieltag automatisch gesperrt.

WINTERSPORT / Debakel der deutschen Skiläuferinnen – Viel Lob für die Eishockeyspieler – UdSSR-Bob disqualifiziert

Olympia-Tests: Die Nervosität und die Verkrampfung wachsen

● Im Heiligen Hain des antiken Olympia, dem Ort, wo im Jahre 776 v. Chr. die ersten Olympischen Spiele stattfanden, ist gestern das olympische Feuer für Sarajevo entzündet und mit dem Flugzeug nach Dubrovnik gebracht worden. Die Athleten kämpfen noch um ihre Qualifikation oder testen ihre Form. Bei den deutschen Damen gab es dabei im alpinen Skilauf ein Debakel – Irene Epple belegte lediglich Platz 50.

Irene Epple stand auf den falschen Ski

sid, Megève

Bei der Generalprobe für die Olympischen Winterspiele in Sarajevo sind die deutschen Abfahrts-Asse Marina Kiehl und Irene Epple buchstäblich auf der Strecke geblieben. Beim anspruchslosen Weltcup-Rennen in Megève, bei der fast alles von der Gleitfähigkeit der Skier abhing, belegten die beiden in dieser Saison so erfolgreichen Abfahrerinnen hintereinander die Ränge 49 und 50. Nur noch die sogenannten „Exotinnen" aus Skandinavien oder Übersee lagen im Feld der 62 Läuferinnen, die das Ziel erreichten, hinter dem Erfolgs-Duo, das mit einem Rückstand von 3,54 (Kiehl) und 3,60 Sekunden (Epple) auf die erstmals siegreiche 18 Jahre alte Schweizerin Michela Figini (1:26,49) notiert wurde.

Diplomatisch vermied Irene Epple eine direkte Kritik an ihren Serviceleuten, die zweifellos das falsche Ski-Paar ausgewählt hatten: „Auf den Geraden habe ich gedacht, es läuft, aber in den Kurven merkte ich schon während der Fahrt, daß die Ski nicht richtig ziehen."

Megève zeigte, wie entscheidend das Material im Skisport ist. In der am Freitag gestarteten Abfahrt, die nach der Nummer 13 der ersten Startgruppe wegen Nebel abgebrochen werden mußte, hatte Irene Epple in Führung gelegen. Einen Tag später war sie auf gleicher Piste bei strahlendem Sonnenschein absolut chancenlos. Marina Kiehl hatte am Donnerstag mit zweimaliger Trainingsbestzeit ebenfalls Ansprüche auf einen Sieg gehabt. Wohl deshalb flüchtete Irene Epple nicht in Resignation: „Am Freitag habe ich erlebt, daß ich auch auf Neuschnee gut fahren kann, was man mir bisher kaum glaubte. Ich weiß, daß ich in Form bin. Über dieses Resultat werde ich mir keine Gedanken machen."

Zornig war jedoch Heinz Krecek, seit diesem Winter im Internationalen Ski-Verband verantwortlich für den Damen-Weltcup: „Es schadet dem Damen-Rennsport, daß man auf einer solchen Piste startet. Es ist keine Werbung für den Skisport, wenn die Mädchen am Start in die Hocke gehen und unten wieder aufstehen." Krecek will in Zukunft die Abfahrt in Megève aus dem Weltcup-Kalender streichen lassen. Für die Abfahrt in Sarajevo war Megève jedoch ein deutlicher Fingerzeig, denn das Rennen um Olympia-Gold wird auf einer nur unwesentlich schwereren Strekke entschieden.

Und die Sache mit dem Material ist vielleicht auch nicht so sehr entscheidend. Beim Riesenslalom (Siegerin Erika Hess) belegte Irene Epple gestern auch nur den 19. Rang. Ihre Schwester Maria und Marina Kiehl schieden schon im ersten Durchgang aus. Keine deutsche Läuferin auf einem Weltcuprang in zwei Wettbewerben – das hat es seit langer Zeit nicht mehr gegeben.

Der Ingenieur und die Weltereignisse

Es war an dem Tag, als die Deutschen und die Franzosen sich wieder einmal uneins waren in der Agrarpolitik, der japanische Kaiser seinen 60. Hochzeitstag feierte und es in Bonn immer noch brodelte. An diesem Tag, kurz vor dem Abfahrtslauf in Garmisch, fragte der Ingenieur Eddy Finger den Klammer-Franz, wie es ihm gehe. Und der Klammer-Franz antwortete, es ginge.

Der Herr Ingenieur Finger vom Österreichischen Fernsehen, das ist jener Herr, der einst in Argentinien das Krankl-Tor gegen Deutschland so feierte, als müsse Tor künftig mit 15 „O's" gebrüllt werden. Mindestens.

Der Herr Ingenieur also befragte den Klammer-Franz, und nicht nur ihn. Er hatte für das letzte Training in Garmisch ein Tableau angefertigt. Ein Tableau, auf dem er fein säuberlich wie ein Buchhalter die Antworten der besten österreichischen und Schweizer Abfahrer festhielt. Schließlich ging es elf Tage vor der olympischen Hang-Raserei um brisante Dinge, die daheim in Österreich die ganze Nation bewegten. Was hatte doch deren Ski-Cheftrainer Charly Kahr gesagt: „Eine verlorene Abfahrt hat zumindest den Stellenwert einer verlorenen Fußball-Weltmeisterschaft." Also im Grunde (viel) mehr.

Und so notierte der Herr Ingenieur *Brisantes für die Nation daheim*. Der Schweizer Erz-Gegner Franz Heinzer: „Ja, ich bin gesund." Zappradi. Der österreichische Weltmeister Harti Weirather: „Man wird sehen." Dessen Mannschaftskollege Erwin Resch: „Es geht, es geht." Peter Wirnsberger: „Man muß schneller werden". Der Herr Ingenieur, nachdenklich über die Lesebrille schauend, lobte: Eine bemerkenswerte Variante.

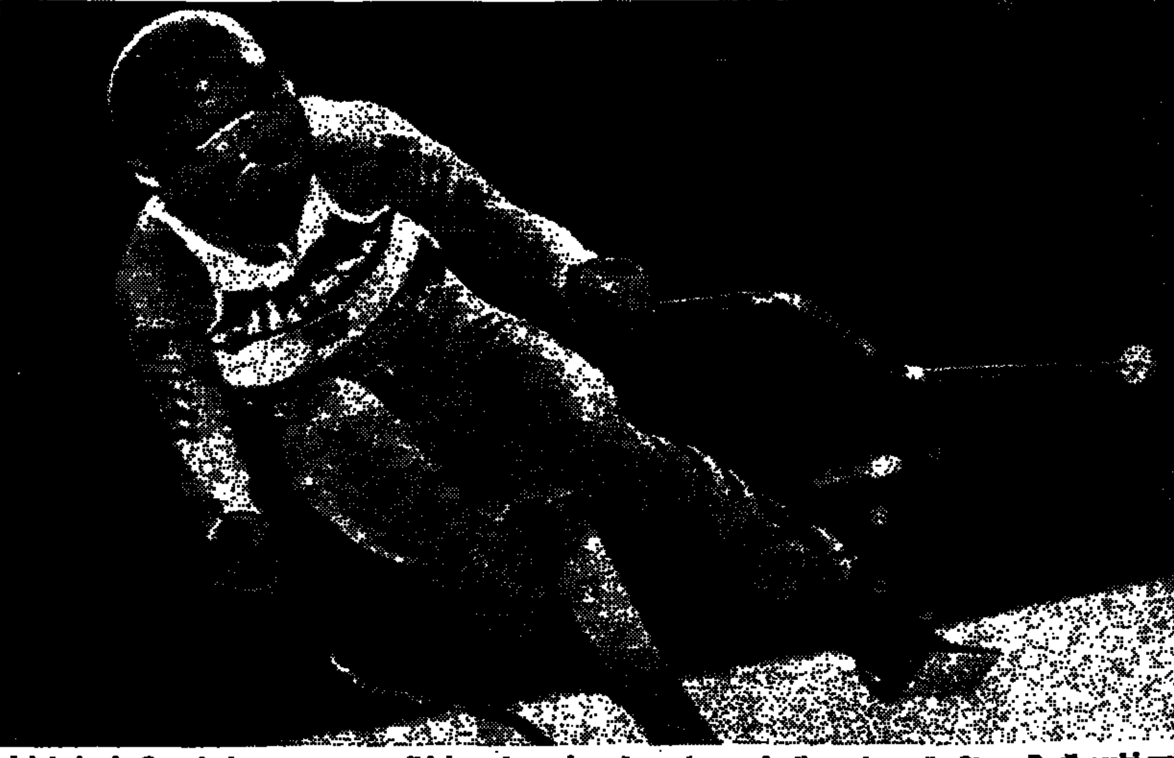
Kein Szenenwechsel: Gaby Schneider, acht Jahre alt und aus Berlin, saß auf dem Umzäunungsstaket und knuffte Wirnsberger ungeniert in die Seite: „Du, Peter, ist es oben wirklich so eisig?" Wirnsberger mit Sorgenfalten auf der Stirn: „Ganz gewaltig." Gaby: „Du hast es dir doch so gewünscht, Peter." Und dann: „Siehst du Mutti, der schummelt."

Der Herr Ingenieur schloß seine Kladde – kopfschüttelnd.

Die Göre aus Berlin aber war in ihrem Element: „Steve, ein Autogramm, Steve, bitte." Steve Podborski, der kanadische Abfahrtsstar, schüttelte mißmutig den Kopf und sprach weiter seinen nichtendenwollenden Monolog ins Mikrophon des kanadischen Rundfunks. Er klagte sein Leid: Breakfast, Lunch, Dinner und dazwischen immer nur Skifahren. Die Göre aus Berlin: „Ich muß *jetzt auch etwas essen.*"

Podborski lachte, lachte aus vollem Hals. Das Interview über Leid und Last des Abfahrers, es war abrupt beendet.

KLAUS BLUME



„Ich habe in Garmisch gewonnen, weil ich noch weniger Angst hatte als die anderen." – Steve Podborski auf der Fahrt zum Sieg. Der 26 Jahre alte Kanadier war hier schon 1981 und 1982 erfolgreich. FOTO: DPA

Weltmeister Weirather: „Die Sache ist verfahren. Ich kenn' mich nicht aus"

KLAUS BLUME, Garmisch

Enrique de Ridder aus Argentinien war Letzter geworden. 25 Sekunden, mehr als eine Ewigkeit im Abfahrtslauf, trennten ihn in Garmisch-Partenkirchen vom Sieger Steve Podborski aus Kanada. Doch Enrique de Ridder meint, so langsam käme er in Schwung für das olympische Rennen in Sarajevo. Harti Weirather, der Weltmeister aus Österreich, hatte Platz 17 belegt, und das wird ihm höchstwahrscheinlich die Olympia-Teilnahme in Sarajevo kosten. Den *Weltmeister packt das Entsetzen*, denn die Olympia-Teilnahme ist schließlich so etwas wie das Barometer seines Marktwertes. „Ich kenn' mich überhaupt nicht mehr aus. Aber aufhören mit dem Rennsport will ich noch nicht. Die Sache ist ganz schön verfahren", klagt der 26 Jahre alte Tiroler.

Enrique de Ridder aus Argentinien wird also auf alle Fälle in Sarajevo dabeisein, der Weltmeister wohl nicht. Abfahrtslauf verkehrt, oder? Vier Teilnehmer darf jeder Verband für Sarajevo melden. Ein Kontingent, das die Argentinier, alles andere als eine skifahrende Nation, nie ausschöpfen können. Die Österreicher aber könnten sogar acht Weltklassefahrer schicken, ebenso wie die Schweizer. Doch sie dürfen nicht. Und das ist das Dilemma des Harti Weirather. Seine Landsleute Resch, Klammer, Niederseer, Höflehner, Wirnsberger, Flaschberger und Steiner waren in Garmisch allesamt schneller als er.

Und nun kämpft auch noch der Slalom-Spezialist Anton Steiner um einen Platz im österreichischen Abfahrts-Team. Selbstbewußt sagt er: „Drei Weltcup-Abfahrten mit Platz zwei, drei und zehn – das ist doch etwas." Weirather hört's mit versteinerter Mine. Dann sagt er, mit einem *Seitenblick auf den Sieger Steve* Podborski: „Wenn ich bedenke, daß er dieselbe Ski-Marke fährt wie ich, aber ein anderes Modell benutzen darf, dann gehen mir schon ganz eigenartige Gedanken im Kopf herum." Mehr sagt er nicht, darf er nicht sagen, sonst wäre das Geschäftsschädigung, und zum sportlichen Ärger käme noch der wirtschaftliche. Sein Firmenchef, der Herr Kommerzialrat Josef Fischer, versucht ihn zu trösten: „Man muß eben auch Opfer bringen können, Harti."

In der Weltcup-Wertung der Abfahrer nimmt Weirather nach dem Garmischer Rennen den sechsten Platz ein. Er sagt: „Da bist du nun Weltmeister, da gehörst du auch weiter zu den Besten der Welt, da trainierst du wie *ein Depp – aber das alles reicht nicht.* Man sollte das olympische Reglement ändern."

Das olympische Reglement ändern? Weirather stellt sich vor, daß gemäß der Weltrangliste die besten *15 Abfahrer starten dürften* und zusätzlich die besten jener Verbände, die keine Weltklasse-Abfahrer stellen.

Das würde den Nominierungs-Streß in den großen Mannschaften auf alle Fälle mindern. Denn erst am Donnerstag, nach der Abfahrt in Cortina, werden die Österreicher und die Schweizer endgültig ihre Olympia-Mannschaft benennen.

Er könne ruhig schlafen, die Angelegenheit Sarajevo habe sich längst für ihn erledigt, sagt der Schweizer Chef-Trainer Rolf Hefti. Seine Fahrer aber sehen das ganz anders. Urs Räber zum Beispiel, neben den beiden Österreichern Franz Klammer und Erwin Resch der überragende Abfahrer dieses Winters, sagt: „Ich bin zwar für Olympia gesetzt, doch die Nervosität der anderen Schweizer Abfahrer drückt jetzt auch auf meine Form."

Da kämpft sein Mannschaftskollege Peter Müller geradezu verzweifelt um einen Platz im Schweizer Olympia-Team. Müller gehört seit Jahren zu den besten Abfahrts-Spezialisten der Welt, doch im Dezember fiel er *statt durch Siege eher mit Plazierungen* auf, die ein Debakel für ihn waren: Rang 61 und sogar Rang 72 bei Weltcup-Abfahrten. In Garmisch nun wurde der Hotelbesitzer aus Adliswil Vierter, doch er sagt: „Das war im Grunde immer noch nicht meine Leistung. Denn ich horche ständig in mich hinein, weil da immer noch die Angst vor einem Rückschlag nach meiner schweren Infektion im vorigen Jahr mitschwingt." Das führe unweigerlich dazu, daß er den Schwung noch nicht mutig genug auf der Piste umsetzen könne.

Der Kampf der Stars führt zu Irritationen: Da tauchte zu aller Verblüffung auf einmal der schwedische Olympia-Sieger Ingemar Stenmark auf, um im Super-Riesenslalom zu *starten, jener Mischung aus Abfahrt* und Riesentorlauf. Der Schwede hatte zuvor stets erklärt, er würde sich an solchen Wettbewerben, die zumeist auf eisigen Abfahrtspisten stattfinden, nicht beteiligen. Doch weil Stenmark im Besitz einer *B-Lizenz* ist und deshalb in Sarajevo auf keinen Fall starten darf, möchte er nun zumindest den Gesamt-Weltcup dieses olympischen Winters gewinnen. Um sein Punktekonto dafür zu verbessern, nimmt er nun sogar das Risiko und Abenteuer des Super-Riesentorlaufes auf sich.

Irgendwo an einer Autobahnraststätte zwischen Italien und Österreich traf Stenmark Mitte der Woche den Vertreter einer Firma, die Ski-Helme für Abfahrer produziert. Stenmark bestellte sofort einen dieser Helme und meldete für das Rennen in Garmisch nach. Am liebsten hätte er sich sogar noch die Abfahrt hinuntergestürzt, doch sein Trainer Nogler riet ihm davon ab. So nahm er zumindest am ungeliebten Super-Riesenslalom teil.

Ingemar Stenmark, der im Früh*sommer Vater wird, aber mit* seiner Freundin, Ann Uvhagen, über eine Heirat noch nicht gesprochen haben will, belegte immerhin noch Platz fünf. Andreas Wenzel aus Liechtenstein gewann, er ist damit auch der *erste Weltcup-Sieger der Saison:* in der Kombinations-Wertung ist er nämlich nicht mehr einzuholen.

Bester Deutscher war Egon Hirt auf Platz zehn. Hirt ist bereits für Sarajevo qualifiziert.

● Über Jochen Behle gibt es keine Diskussion. Aber sind hinter ihm die richtigen Langläufer für Sarajevo nominiert worden? Nach den deutschen Meisterschaften muß diese Frage gestellt werden.

Jochen Behle: „Ich muß etwas drauflegen"

WERNER JUNGE, Willingen

Eigentlich sollten die deutschen Meisterschaften *im Nordischen* Skisport in Willingen am Rande des Sauerlandes für den Deutschen Skiverband (DSV) vor den ersten Wettbewerben der Olympischen Winterspiele in Sarajevo die große Bestandsaufnahme bringen. Heraus kam *zumindest* in einigen Punkten nur Verwirrung. Langläufer Jochen Behle stellte sich in seinem Heimatort in Olympiaform vor. Er gewann erwartungsgemäß die Titel über 15 und 30 km und brachte mit einem energischen Lauf im 4 x 10-km-Staffellauf die Hessen auf den dritten Platz.

Trotzdem ist der 23 Jahre alte Oberfeldwebel der Bundeswehr mit seiner Form noch nicht zufrieden. „Für Sarajevo muß ich schon noch etwas drauflegen", zog er selbstkritisch die Bilanz der Meisterschaftstage. Zusammen mit Karin Jäger reiste er gleich nach der Siegerehrung nach Pontresina/Schweiz, um in rund 1800 m Höhe weiter für Olympia zu trainieren.

In Willingen saßen dem neunmaligen deutschen Langlaufmeister die Konkurrenten hart auf den Fersen. Die Zeiten, in denen er bei Titelkämpfen des DSV mit großem Vorsprung siegte, scheinen vorbei zu sein. Da ist einmal der Münchner Stefan Dotzler, hinter Behle zweimal Zweiter über 15 und 30 km, und vor *allem der nicht für die Olympischen* Spiele nominierte Schwabe Dieter Notz aus Dettingen/Erms.

Der 28 Jahre alte Oberfeldwebel der Bundeswehr stellte in Willingen den Nominierungsmodus des DSV auf den Kopf. In den Einzelläufen wurde er jeweils Dritter, zum Teil mit großem Vorsprung vor den nominierten Franz Schöbel, Peter Zipfel (Kirchzarten) und vor allem Josef Schneider (Grafenau). Im Staffelwettbewerb lief Dieter Notz sogar eine um vier Sekunden schnellere Zeit als Jochen Behle, war sieben Sekunden schneller als Stefan Dotzler und 38 Sekunden schneller als Peter Zipfel.

Trotzdem werden die Olympischen Winterspiele ohne den Schwaben stattfinden. Bei den als Qualifikationsrennen des DSV angesetzten Weltcup-Langläufen im Dezember laborierte *er an einer Armverletzung* und erreichte nicht die erwarteten Leistungen. Bedingt durch den ungünstigen Termin dieser Meisterschaften können die Ergebnisse für die Nominierung nicht mehr herangezogen werden.

Diese Tatsache sorgte hinter den Kulissen der Willinger Meisterschaftstage für Ärger. Der Schwarzwälder Skipräsident Fredy Stober aus Freiburg: „Im DSV muß einiges geändert werden. So geht es einfach nicht weiter." Er spielte damit auf die Tatsache an, daß vor allem die Trainer meist nur das tun und planen, was ins Konzept des allmächtigen Bayerischen Skiverbandes paßt. In der Schußlinie steht vor allem auch Langlauf-Bundestrainer Detlef Nirschl. „Er hätte wissen müssen, daß Dieter Noth ein Spätstarter ist", schimpfte Schwabens Sportwart Hans Kolb, der mit einem Beinbruch im Krankenhaus liegt und sich telefonisch informieren ließ. In die gleiche Kerbe schlug auch der Silbermedaillengewinner in der Nordischen Kombination von 1976, Urban Hettich (Schonach), der ab 1. März am neugegründeten Ski-Internat von Baden-Württemberg in Furtwangen/Schwarzwald als Trainer arbeiten wird.

Auch bei den Springern zeigten die Willinger Titelkämpfe, daß vielleicht doch nicht die Besten in Sarajevo am Start sein werden. Auf der Normalschanze war Thomas Klauser (Reit im Winkl) völlig außer Form. Er wurde nur Neunter, während das Oberstdorfer Talent Thomas Ihle sich in blendender Verfassung vorstellte. Lediglich in der Nordischen Kombination – Meister wurde Hubert Schwarz (Oberaudorf) vor Hermann Weinbuch (Berchtesgaden) und Titelverteidiger Dirk Kramer (Willingen) – sind die Besten für Olympia nominiert worden. Lediglich Thomas Müller (Oberstdorf) leistete sich einen Ausrutscher.

Im Hinblick auf Sarajevo sollte von den *Athleten* aus der Bundesrepublik Deutschland keine Wunderdinge erwartet werden. Im Langlauf können Karin Jäger und Jochen Behle mit etwas Glück unter die ersten zehn kommen. Im Springen wird die Nervenkraft der jungen Männer darüber entscheiden, ob sie auf beiden Schanzen im ersten Drittel der Ergebnisliste zu finden sein werden. Die Nordisch-Kombinierten müssen in Jugoslawien ebenfalls viel Glück haben, wenn sie ganz vorn mit dabei sein wollen.

Kanadas Trainer euphorisch, Xaver Unsinn blieb gelassen

R. EINFELDT, Garmisch

Der Gegner war schwach, doch die Freude stand Bundestrainer Xaver Unsinn deutlich im Gesicht geschrieben. Im 49. Eishockey-Länderspiel gegen Kanada gab es mit dem 4:0 (1:0, 1:0, 2:0) den sechsten Sieg – und den ersten Erfolg ohne Gegentor. Daran hatte vor 5500 Zuschauern Torhüter Bernhard Engelbrecht den Hauptanteil. Unsinn bescheinigte dem 25jährigen Landshuter den lang erwarteten Durchbruch *zur internationalen* Klasse. „Sicherlich war es mein bisher bestes Länderspiel, doch hinter einer so sicheren Abwehr zu spielen erleichtert die Arbeit erheblich" *sagte Engelbrecht.*

Die ausgezeichnete Leistung in der Abwehr lobe nicht nur Xaver Unsinn, sondern auch Kanadas Coach Dave King. „Die Verteidiger Udo Kießling (er bestritt wie Ignaz Berndaner sein 175. Länderspiel) und Uli Hiemer sind absolute Spitze. Sie befinden sich in Hochform. Überhaupt muß ich der deutschen Mannschaft ein Lob zollen. Sie versteht es, über das ganze Spiel hinweg mit der gleichen Härte und Schnelligkeit zu agieren. Sie ist zudem hervorragend geführt und trainiert. In Sarajevo wird Deutschland sicherlich keine schlechtere Rolle als bei der letzten Weltmeisterschaft spielen." Mit diesen Worten wollte Dave King sicherlich *auch seine eigene Mannschaft* etwas aufwerten – Bundestrainer Xaver Unsinn registrierte die Worte ohne Gemütsbewegung.

Unsinn kommen die zwei Erfolge *gegen Kanada* eigentlich zu früh. „Erfolge im Vorfeld der Olympischen Spiele bedeuten physischen und psychologischen Druck. Ich hoffe nicht, daß sich dies in Sarajevo negativ niederschlägt. Was ich diesmal zu bemängeln habe, war, daß einige meiner Spieler sich zu Raufeinlagen mit den Kanadiern hinreißen ließen und unnötige Strafzeiten kassierten."

Damit spielte Unsinn in erster Linie auf seinen Kapitän Erich Kühnhackl an. Der Landshuter spielte schwach, auch wenn er das Tor zum 4:0 erzielte. Überhaupt enttäuschte die neuformierte erste Sturmreihe mit Helmut Steiger, Erich Kühnhackl und Dieter Hegen.

Unsinn konnte in Garmisch-Partenkirchen den Ernstfall für Sarajevo proben, da ihm Roy Roedger und Gerd Truntschka zwei Stürmer ausfielen. „Ich habe die Chance zum *Experimentieren genutzt* um mit drei Blöcken zu spielen, so wie wir es in Sarajevo gegen die vermeintlich schwächeren Gegner tun werden", sagte Unsinn. Ihm hatte der dritte Sturm mit dem Kölner Markus Kuhl sowie den beiden Mannheimern Manfred Wolf und Jürgen Adams am besten gefallen. Diese Formation erzielte durch Adams und Kuhl auch die Treffer zum 2:0 und 3:0.

Es war kein gutes Länderspiel. Die kanadischen Amateure wußten außer gesunder Härte und versteckten Fouls nicht viel zu bieten, sie produzierten sich als Einzelkämpfer. Bedenklich das schwache Überzahlspiel der deutschen Mannschaft. „Das ist ein Punkt, an dem wir noch arbeiten müssen", sagt Unsinn. Von einer Medaillenchance, wie sie Dave King den Deutschen einräumt, will Xaver Unsinn nichts wissen. Er hat sich in Sarajevo Platz fünf zum Ziel gesetzt: „In unserer kurzen Vorbereitungszeit haben wir recht viel erreicht, vielleicht mehr als die Kanadier in ihren 56 Vorbereitungsspielen. Doch das ist für mich kein Maßstab. Die ohne Zweifel vorhandenen Schwächen hoffe ich noch bis Sarajevo ausmerzen zu können." Diese Worte zeigen auf, daß Unsinn Realist bleibt und seine Mannschaft richtig einzuordnen versteht.

Russen zu schwer, haben sie plötzlich zuviel gegessen?

sid, Innsbruck

Die Waage brachte es zutage. Als Janis Kipurs nach dem zweiten Lauf zur Viererbob-Europameisterschaft mit seiner Besatzung auf das unbestechliche Meßgerät stieg, war im Lager der UdSSR die Euphorie über den Titelgewinn im Zweierbob vor einer Woche schnell verflogen. 634,5 kg zeigte die Waage, genau 4,5 kg zuviel. Das Wettkampf-Debüt der sogenannten „Russen-Zigarre", die nach dem Vorbild der sowjetischen Zweierbobs entstand, endete deshalb mit einer Disqualifikation. Die internationale Jury unter Präsident Gion Caviezel, dem Schweizer Trainer der Briten, nahm Kipurs noch am Samstag aus der Wertung.

„Das ist unsere eigene Schuld", sagte Staatstrainer Roland Upatniks. Bei einem Test-Wiegen hatte der neue *Schlitten samt Besatzung* zehn Kilo unter dem Limit gelegen. Kurz vor der Europameisterschaft versicherte Kipurs seinem Trainer, daß die Mannschaft mit Schlitten etwa fünf Kilo unter dem Maximalgewicht liegen würde. Wieso aber am Ende die Grenze dennoch überschritten wurde, können sich die Sowjets selbst nicht erklären. Haben die vier Mann aus dem Schlitten in Österreich zuviel gefuttert?

Dabei hatte sich das Debüt des Bobs gut angelassen. Nachdem die Verkleidung des Schlittens auf Anordnung der Jury nach dem Training um 15 Zentimeter abgeschnitten worden war, erzielte der 25 Jahre alte ehemalige Leichtathlet Kipurs im ersten Lauf die zweitbeste Zeit. Nach zwei Läufen lag der Europameister im Zweier auf Rang drei und hatte die Bronzemedaille zum Greifen nahe. Da sich das Gewichtsproblem bis zu den Olympischen Winterspielen (8. bis 19. Februar) leicht beheben läßt, ist mit Kipurs und seinem neuen Gerät auch bei der Viererbob-Entscheidung in Sarajevo zu rechnen. Ein Malheur wie in Igls passiert den Sowjets wohl kein zweites Mal.

Zehn Tage vor Olympia gewann Silvio Giobellina, der Weltmeister von 1982, die Europameisterschaft. Der Westschweizer, im Vorjahr Dritter, verwies in 3:34,99 Minuten den Schlitten „DDR" I mit Pilot Detlef Richter (3:35,15) auf den zweiten Platz. Während Anton Fischer als bester Pilot aus der Bundesrepublik auf dem sechsten Platz landete, ging die Bronzemedaille an den entthronten Titelverteidiger Ekkehard Fasser (Schweiz/3:36,33).

Mit Rang sechs unterstrich der Ohlstädter Anton Fischer (3:37,41), daß er momentan im Lager des Deutschen Bob- und Schlittensport-Verbandes (DBSV) klar die Nummer eins ist. Denn Klaus Kopp (3:38,45) aus Unterhaching, 1983 Zweiter der WM, landete nur auf dem zehnten Platz. „Auf dieser Bahn kommen wir einfach nicht zurecht", meinte Kopp.

Während die „DDR" mit ihren drei Sarajevo-Piloten Bernhard Germeshausen, Bernhard Lehmann und Wolfgang Hoppe auf der heimischen Bahn in Oberhof trainierte, tankten die Schweizer nach den schweren Schlappen im Zweierbob kurz vor den Olympischen Spielen Selbstbewußtsein. Silvio Giobellina blieb in allen vier Läufen unter 54 Sekunden, konnte aber seinen eigenen Bahnrekord von 53,08 Sekunden nie gefährden.

Auch die Eisschnelläuferinnen traten zu ihrer letzten Meisterschaft vor Olympia an. Karin Enke aus der „DDR" wurde in Deventer (Holland) zum zweiten Mal nach 1982 Weltmeisterin im Großen Vierkampf. Die 22 Jahre alte Athletin aus Karl-Marx-Stadt stand schon vor dem abschließenden 5000-m-Lauf als Titelträgerin fest, da sie nach den Siegen über 500 und 3000 m und 1500 m nicht einzuholen war.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

Englischer Pokal: Shrewsbury Town – Ipswich 2:0, Everton – Gillingham 0:0, West Ham – Chrystal Palace 1:1, Erste Division: Stoke – Arsenal 1:0.

BASKETBALL

Bundesliga, deutsche Meisterschaft, Herren, 5. Spieltag, Gruppe A: Hagen – Wolfenbüttel 103:86, Leverkusen – Göttingen 78:77. – Gruppe B: Charlottenburg – Köln 97:85, Osnabrück – Bayreuth 99:89. – DBB-Pokal, Damen, Halbfinale: Düsseldorf – München 89:61.

EISHOCKEY

Pokal, Vorrunde, Gruppe 1: Düsseldorf – Iserlohn 4:7. – Gruppe 2: Mannheim – Freiburg 6:8. – Gruppe 3: Rosenheim – Landshut 4:4, Kaufbeuren – Rießersee 10:1.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Nürnberg – Dankersen 16:19, 15. Spieltag: Göppingen – Bergkamen 21:19, 19. Spieltag: Schwabing – Günzburg 25:20. – Bundesliga, Damen, 11. Spieltag, Gruppe Nord: Engelskirchen – Eilbeck 28:10, Oldenburg – Stemmer 15:11, Leverkusen – Jarplund-Weding 22:12, Herzhorn – Minden 18:10. – Gruppe Süd: Frankfurt – Auerbach 20:19, Sindelfingen – Würzburg 12:7, Lützellinden – Malsch 29:19.

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Herren, 11. Spieltag, Gruppe Nord: Berlin – Gladbach 10:7, Hannover – SW Köln beim Stande von 2:2 abgebrochen, Braunschweig – Leverkusen beim Stande von 9:7 abgebrochen. – Gruppe Süd: Mülheim – Frankenthal 10:15, Rüsselsheim – München 10:12, Heidelberg – Stuttgart 14:3, Limburg – Dürkheim 6:10. – Bundesliga, Damen, 10. Spieltag, Gruppe Nord: Braunschweig – Raffelberg 10:6, UHC Hamburg – BW Köln 9:11, Großflottbek – Leverkusen 3:14, Klipper Hamburg – Düsseldorf 14:2. – Gruppe Süd: Berlin – München 9:1, Hanau – Frankfurt 7:4.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 12. Spieltag: Donauwörth – Kronshagen 9:7, Kleve – Düsseldorf 9:5, Ahlem – Kiel 3:9.

SKI ALPIN

7. **Weltcupabfahrt** der Herren in Garmisch-Partenkirchen (3320 m): 1. Podborski (Kanada) 1:56,95 Min., 2. Resch 1:57,20, 3. Klammer (beide Österreich) 1:57,44, 4. Müller 1:58,00, 5. Meli 1:58,10, 6. Zurbriggen (alle Schweiz) 1:58,23, 7. Niederseer (Österreich) 1:58,27, 8. Heinzer (Schweiz) 1:58,30, 9. Höflehner 1:58,35, 10. Steiner 1:58,59, 11. Wirnsberger (alle Österreich) und Makejew (UdSSR) je 1:58,60, 13. Gathomen (Schweiz) 1:58,61, 14. Flaschberger (Österreich) 1:58,69, 15. Wenzel (Liechtenstein) 1:58,97, ... 21. Wildbruger 1:59,21, 22. Dürr 1:59,33, ... 28. Gattermann (alle Deutschland) 2:00,30.

Weltcup-Abfahrt der Damen in Megève: 1. Figini (Schweiz) 1:26:49, 2. Kirchler (Österreich) 0:57 Sek. zur., 3. Eder (Österreich) 0:67, 4. Walliser (Schweiz) 0:97, 5. Sörensen (Kanada) 1:01, 6. Oak (USA) 1:02, 7. Gros-Gaudenier (Frankreich) und Gantnerova (CSSR) je 1:15, 9. Graham (Kanada) und Maricich (USA) je 1:25, 11. Charvafova (CSSR) 1:35, 12. Flanders (USA) 1:39, 13. Stemmle (Kanada) 1:43, 14. Chaud (Frankreich) 1:54, 15. Savijarvi (Kanada) 1:63, 16. Mösenlechner 1:64, ... 18. Gerg 1:76, ... 49. Kiel 3:54, 50. I. Epple (alle Deutschland) 3:60.

SKI NORDISCH

Deutsche Meisterschaften in Willingen, 3x 5-km-Staffel der Damen: 1. Bayern (Buhl 16:42,3, Schmölz 16:51,4, Jäger 15:13,4) 48,47,1, 2. Niedersachsen 48,58,4, 3. Hessen 49:01,0, 4. Schwarzwald I 49:45,7, 5. Bayern II 51:40,6, 6. Bayern III 52:02,7. – 15-km-Kombinationslanglauf: 1. Weinbuch 42:42,6, 2. Kramer 42:48,3, 3. Spitz 42:49,4, 4. Wucher 43:07,2, 5. Schwarz 43:47,8, 6. Abel 44:22,5. – Endstand: 1. Schwarz 434,720 Punkte, 2. Weinbuch 427,800, 3. Kramer 422,345, 4. Wucher 416,310, 5. Müller 389,720, 6. Spitz 388,880. – 4x 10-km-Staffel der Herren: 1. Bayern I 1:49:19:9 Std., 2. Schwarzwald 1:50:51,8, 3. Hessen 1:51:21,2, 4. Bayern II 1:51,39,2, 5. Schwaben 1:51:51,7, 6. Bayern III 1:52:29,4.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest „Millrose Games" in New York, Männer: 60 Yards: 1. King 6,16 Sek., 2. Graddy 6,18, 3. Butler 6,22, 4. Scott 6,33, 5. Smith (alle USA) 6,33, 6. Emmelmann („DDR") 6,34. – 400 m: 1. Paul (Trinidad) 47,60, 2. Wiley 47,73, 3. Babers (beide USA) 48,10, 4. Cameron 48,15. – 800 m: 1. Robinson (USA) 1:49,69, 2. Wagenknecht („DDR") 1:49,69. – 1000 m: 1. Koskei (Kenia) 2:22,68, 2. Spivey (USA) 2:23,44. – Meile: 1. Scott 3:59,38, 2. Byers (beide USA) 3:59,53, ... 6., Wessinghagen (Deutschland) 4:12,17. – 5000 m: 1. Padilla (USA) 13:33,83, 2. Kunze („DDR") 13:33,90, 3. Bitok (Kenia) 13:34,06. – 60 Yards Hürden: 1. Foster 7,07, 2. Campbell 7,12, 3. Cowling (alle USA) 7,15. – Hochsprung: 1. Stones (2,30, 2. Hojward 2,30, 3. Lewis 2,25. – Stabhoch: 1. Olson 5,70, 2. Bell (beide USA) 5,60, 3. Quinon (Frankreich) 5,60. – Weit: 1. Lewis 8,79 (Hallenweltrekord), 2. Myricks (beide USA) 8,38. – Frauen: 60 Yards: 1. Cheeseborough (USA) 6,69, 2. Auerswald („DDR") 6,74, 3. Brown (USA) 6,75. – 400 m: 1. Jackson 53,87, 2. Dickson (beide USA) 53,90. – 800 m: 1. Campell (USA) 2:05,91. – Meile: 1. Bremser (USA) 4:35,81. – Hochsprung: 1. Meyfarth (Deutschland) 1,89, 2. Brill (Kanada) 1,89, 3. Ritter (USA) 1,85.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: Sonnenkind (M. Tunc), 2. Haldi, 3. Marineblau, Toto: 24/13, 22, 21, ZW: 380, DW: 3588, 2. R.: 1. Lady Belle (D. Ilic), 2. Ricca, 3. Motana, Toto: 38/14, 13, 66, ZW: 92, DW: 2996, 3. R.: 1. Hallo Dolly (T. Hellier), 2. Atout Noir, 3. Mirkash, Toto: 780/114, 22, 19, ZW: 7336, DW: 51304, 4. R.: 1. Ralf (M. Kosman), 2. Ben Achmed, 3. Barcarole, Toto: 52/18, 14, 34, ZW: 120, DW: 1616, 5. R.: 1. Rimsin (H. Henß), 2. Sachsenprinz, 3. Charissa, Toto: 80/21, 22, 22, ZW: 840, DW: 5792, 6. R.: 1. Getaway (R. Elbers), 2. Standpauke, 3. Paso doble, Toto: 96/22, 26, 16, ZW: 1448, DW: 9200, 7. R.: 1. Old Surehand (Frl. Faulsich), 2. Elbrus, 3. Foxtrott, Toto: 64/20, 34, 26, ZW: 804, DW: 15 636, 8. R.: 1. Kaskadeur (T. Hellier), 2. Abi, 3. Husar, Toto: 84/26, 86, 17, ZW: 3996, DW: 11 140, 9. R.: 1. Mandrill (R. Kahnfeld), 2. Petit Garcon, 3. Tempest, Toto: 52/17, 13, 16, ZW: 212, DW: 1264. – Totoumsatz: 563 627 Mark.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 7, 12, 22, 25, 31, Zusatzzahl: 23. – Spiel 77: 9 1 8 3 4 2 7. – Toto, Elferwette: 0, 1, 2, 1, 2, 0, 1, 1, 0, 0, 1.

(Ohne Gewähr)

LEICHTATHLETIK / Ulrike Meyfarth gewann im letzten Versuch – Carl Lewis steigerte sich auf 8,79 m

„Ich breche dieses Jahr Beamons Weltrekord"

dpa/sid, New York

Weltmeister Carl Lewis schien bereits von Larry Myricks besiegt zu sein, als er zum letzten Versuch des Weitsprung-Wettbewerbs anlief. Doch mit dem letzten Sprung verwischte der Ausnahme-Athlet alle Zweifel an seiner überragenden Stellung in der Leichtathletik. 8,79 m signalisierten die Anzeigetafeln nach dem letzten Versuch des Weitenjägers Carl Lewis bei den 77. Millrose-Spielen im New Yorker Madison Square Garden. Damit hatte Carl Lewis seine vor zwei Jahren aufgestellte Hallen-Weltbestleistung um 23 Zentimeter übertroffen und Larry Myricks Weltklasseweite von 8,39 m zur Nebensächlichkeit degradiert. „Ich bin sicher, den Weltrekord von Bob Beamon in diesem Jahr zu brechen. Wenn es optimal läuft, kann ich auch über neun Meter springen", faßte er anschließend schon fast utopische Ziele ins Auge.

Elf Zentimeter fehlen noch bis zum Weltrekord von Bob Beamon, aufgestellt 1968 in der Höhenluft der Olympiastadt Mexico City und als „Sprung ins nächste Jahrhundert" in den Chroniken festgehalten. Die Fabelweite von 8,90 m würde auch im nächsten Jahrhundert noch Bestand haben, orakelten die Experten. Doch die Leistungen von Carl Lewis sprengen alle Vorstellungen. Bereits zum zweitenmal sprang er mit 8,79 m in greifbare Nähe seines Zieles.

Neben dieser fantastischen Leistung gerieten die weiteren Resultate fast in Vergessenheit. So zum Beispiel der Weltrekordversuch von Billy Olson (USA) im Stabhochsprung. Nach seinem Siegsprung von 5,70 m scheiterte er dreimal knapp an 5,82 m.

Die weiteren bemerkenswerten Ergebnisse bei den Millrose-Spielen:

- Ulrike Meyfarth gewann den Hochsprung mit 1,89 m vor Debbie Brill (Kanada) und der WM-Dritten Louise Ritter (USA).
- Dwight Stones (USA), der ehemalige Weltrekordler im Hochsprung, siegte mit 2,30 m vor seinem Landsmann Jimmy Howard, ebenfalls 2,30 m.
- Doug Padilla (USA) verbesserte bei seinem Sieglauf über 5000 m die Jahres-Weltbestleistung um elf Sekunden auf 13:33,83 Minuten und gewann vor Hansjörg Kunze („DDR"), der 13:33,90 Minuten benötigte.
- Emmit King (USA), der WM-Dritte über 100 m, gewann die 60 Yards in 6,12 Sekunden. Weltmeister Greg Forster bestätigte in 7,07 Sekunden über 60 Yards seine Ausnahmestellung im Hürdensprint.

In Europa ließ derweil der Tschechoslowake Remigius Machura bei einem Leichtathletiksportfest in Jablonec (CSSR) aufhorchen. Der WM-Dritte stellte mit 21,29 m eine europäische Hallen-Bestleistung im Kugelstoßen auf. Dabei übertraf er die sechs Jahre alte Bestmarke von Udo Beyer („DDR") um 19 Zentimeter, blieb aber um 73 Zentimeter hinter der Weltbestleistung des Amerikaners George Woods.

Die deutschen Leichtathleten trafen sich in Düsseldorf bei den westdeutschen Hallenmeisterschaften. Dort sorgte Hallen-Europameister Carlo Tränhardt (Köln) für die beste Leistung. Er übersprang 2,25 m. Im 60-m-Lauf der Männer konnte selbst die Zielfotografie keinen Aufschluß über den Sieger des Rennens geben. So teilten sich Ralf Lübke (Leverkusen) und Ingo Froböse (Köln) den Sieg in 6,87 Sekunden.

In Neuseeland setzte die Kölnerin Brigitte Kraus ihre Erfolgsserie fort und gewann beim internationalen Sportfest in Auckland den 3000-m-Lauf in 8:55,86 Minuten vor Cathy Twomery (USA) in 9:05,32 Minuten.

HANDBALL

Klaus Brand ist der neue Trainer

sid, Gummersbach

In Gummersbach herrschen wieder klare Verhältnisse. Nach Unstimmigkeiten und Mißerfolgen hat der Trainer jetzt einen Schlußstrich gezogen. Herbert Wittchen, 34jähriger Trainer des VfL Gummersbach, beendete gestern nachmittag sein halbjähriges Gastspiel in der Handball-Bundesliga. Wenige Stunden vor dem Anpfiff des Schlagerspiels bei Tusem Essen (das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor), stellte er sein Amt zur Verfügung.

Der junge Trainer, der in der vergangenen Saison mit dem Regionalligisten TV Emsdetten bis ins Halbfinale des DHB-Pokals vorgedrungen war, kam dem Verein mit seiner Entscheidung entgegen. Handball-Obmann Eugen Haas hatte erst jüngst die schwachen Führungsqualitäten des Trainers öffentlich beklagt, gleichzeitig aber deutlich gemacht, daß „in Gummersbach noch nie ein Trainer vorzeitig abgeschossen worden" sei und der Verein an dieser Linie festhalte. Gleichwohl schien der Vorstand durch den Wittchen-Entschluß nicht überrascht, er präsentierte mit Klaus Brand (44) in Essen bereits den Nachfolger.

SPORT-NACHRICHTEN

Pokal eingeschmolzen

Rio de Janeiro (dpa) – Der vor rund einem Monat in Rio de Janeiro gestohlene Fußball-Weltpokal „Jules Rimet", der aus der Zentrale des brasilianischen Fußball-Verbandes entwendet worden war, wurde von den Dieben eingeschmolzen. Das daraus gewonnene Gold wurde für rund 75 000 Mark verkauft. Das gab die Polizei nach der Festnahme von drei der fünf Dieben bekannt, darunter ein ehemaliger Angestellter des brasilianischen Fußball-Verbandes.

Rodler zu langsam

Kreuth (dpa) – Weit hinter der Weltspitze landeten die deutschen Rodler bei den 4. Weltmeisterschaften auf Naturbahn. Bei den Männern war der 38jährige Heinz Gdanitz mit 16 Sekunden Rückstand auf den Sieger bester Deutscher, bei den Frauen belegte Christine Zobel (Oberstdorf) mit 22 Sekunden Rückstand Platz acht.

Rekord durch Bernd Ischt

Berlin (dpa) – Mit 158,0 kg im Reißen der Klasse bis 82,5 kg stellte Bernd Ischt vom VfL Wolfsburg einen Deutschen Rekord auf und verbesserte seine eigene Bestmarke um ein halbes Kilo.

Ostwald gewann erneuert

Klingenthal (dpa) – Skiflug-Weltmeister Klaus Ostwald gewann auf seiner Hausschanze in Klingenthal („DDR") mit Weiten von 101 und 103 m ein Spezialspringen vor Jens Weißflog, dem Sieger der Vier-Schanzen-Tournee. 24 Stunden zuvor hatte Ostwald auch das Spezialspringen in Mühlleiten gewonnen.

Nur zwei Ausländer

Rom (sid/dpa) – Italiens Fußball-Erstligavereine haben nur noch bis zum 30. Juni die Gelegenheit, ausländische Spieler (höchstens zwei pro Verein) zu verpflichten. Danach dürfen zwei Jahre lang keine neuen Ausländer unter Vertrag genommen werden oder innerhalb der Liga wechseln.

Laciar bleibt Weltmeister

Marsala (dpa/UPI) – Mit einem 2:1-Punktsieg über den früheren Weltmeister Juan Herrera (Mexiko) verteidigte der Argentinier Santos Laciar in Marsala (Italien) seinen Titel als Weltmeister der World-Boxing-Association (WBA) im Fliegengewicht erfolgreich.

270 Namen aufgeführt

New York (sid) – 270 Sportler stehen auf einer „schwarzen Liste", die in New York von der UNO veröffentlicht wurde. Es handelt sich dabei um Athleten, die in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres den Sportboykott gegen Südafrika, das wegen seiner Rassentrennungs-Politik kritisiert wird, unterlaufen haben. Angeführt wird die Liste von den amerikanischen Tennisspielerinnen Chris Evert-Lloyd, Andrea Jaeger und Billi-Jean-King. Auch die Münchnerin Silvia Hanika sowie die Motorradfahrer Martin Wimmer (München) und Manfred Herweh (Lampertheim) werden aufgeführt.

Favorit siegte

Paris (kgö) – Der Favorit Lurabo mit Michel-Marcel Gougeon im Sulky gewann auf der Trabrennbahn in Paris-Vincennes den 60. Prix d'Amerique (640 000 Mark, 2600 m). Die Plätze belegten Jorky und Kemilla. Der Hamburger Kurt Hörmann (57) kam mit dem sechsjährigen US-Hengst Spice Island im geschlagenen Feld ins Ziel. Die Siegerzeit: 1:17,0 Minuten.

Trennung von John Lloyd

London (SAD) – Nach fünfjähriger Ehe hat sich die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd, jahrelang die Nummer 1 der Tennis-Weltrangliste, von ihrem englischen Ehemann John Lloyd getrennt.

2. Liga

Siegesserie von Aachen ist gestoppt

sid, Berlin

Der Marsch der Alemannia Aachen an die Spitze der Zweiten Fußball-Bundesliga wurde in Berlin vorerst gestoppt. Mit einem 2:2 (2:0) mußten sich die Westdeutschen, zuvor in drei Spielen siegreich, bei Hertha BSC begnügen. „Ich bin hoch unzufrieden", zürnte Aachens Trainer Erhard Ahmann, der vor dem Spiel noch den Gewinn eines Punktes als Ziel angesehen hatte. „Noch nie war es so einfach, in Berlin zu gewinnen", meinte Ahmann, dessen Elf nun weiter in Wartestellung hinter Spitzenreiter Schalke 04 verharren muß.

Die Stimmung des 42jährigen Trainers war so trist wie das Gekicke der beiden Mannschaften selbst, das die 3432 Zuschauer im öden Rund des Berliner Olympiastadions streckenweise mit Lachsalven quittiert hatten. Ahmanns Zorn war zu verständlich. Seine Elf hatte eine Halbzeit lang auf schwer zu bespielendem Boden deutlich dominiert und durch Dörmann (3.) und Rombach (42.) völlig verdient in Führung gelegen.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis
Kassel – Lüttringh.	4:2 (3:1)
Hertha BSC – Aachen	2:2 (0:2)
Darmstadt – Freiburg	0:2 (0:0)
Solingen – Essen	3:2 (2:0)
Schalke – Stuttgart	2:1 (1:0)
Saarbrücken – Oberhausen	5:1 (1:1)
Osnabrück – Köln	ausgef.
Ulm – SCC Berlin	ausgef.
Hannover – Wattenscheid	ausgef.
Duisburg – Karlsruhe	ausgef.

DIE TABELLE

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Schalke	21	13	6	2	51:24	32:10
2. Aachen	21	11	7	3	29:17	29:13
3. Karlsruhe	20	11	5	4	47:28	27:13
4. Kassel	20	11	4	5	42:22	26:14
5. Duisburg	20	10	6	4	36:19	26:14
6. Solingen	21	10	5	6	38:28	25:17
7. Freiburg	21	8	9	4	27:30	25:17
8. Köln	20	9	5	6	40:37	23:17
9. Saarbr.	21	9	4	8	40:37	22:20
10. Wattensch.	20	7	6	7	30:35	20:20
11. Darmstadt	21	7	6	8	27:42	20:22
12. Hertha BSC	21	5	9	7	40:37	19:23
13. Ulm 46	20	4	8	8	33:37	16:24
14. Hannover	20	4	8	8	25:37	16:24
15. Essen	21	5	6	10	31:38	16:26
16. Stuttgart	20	4	6	10	28:34	14:26
17. SCC Berlin	20	5	4	11	20:37	14:26
18. Oberhausen	21	4	6	11	26:36	14:28
19. Osnabrück	20	5	3	12	22:38	13:27
20. Lüttringh.	21	5	3	13	30:39	13:29

Die nächsten Spiele: Samstag: Stuttgart – Ulm, Wattenscheid – Duisburg, Aachen – Hannover, Oberhausen – Kassel, Saarbrücken – Darmstadt, Köln – Berlin. – **Sonntag:** SCC Berlin – Solingen, Lüttringhausen – Schalke, Essen – Osnabrück, Karlsruhe – Freiburg.

Vom Reporter zum Bestsellerautor: Gerald Seymour

Hautnahe Erfahrung in Ulster

In England war man sich rasch einig: „Das tödliche Patt" (Originaltitel: „Harry's Game") ist einer der besten Fernsehfilme über den Nordirland-Konflikt, den es je gegeben hat. Die Produktion der kommerziellen TV-Anstalt Yorkshire Television riß Millionen von Zuschauern aus ihrer Lethargie angesichts des seit 1969 andauernden blutigen Konflikts mit fast täglichen Terrormeldungen in den Medien. Der ursprüngliche Dreiteiler, den wir an zwei Abenden zu sehen bekommen, wurde in England als zweieinhalb Stunden langer TV-Film wiederholt, wurde für einen „Emmy" nominiert und erzielte mehrere internationale Preise.

Dieser Erfolg ist nicht zuletzt das Verdienst von Gerald Seymour, einem der besten Krisen-Reporter des britischen Fernsehens. Der Sohn der Romanschriftstellerin Rosalind Wade und des Dichters William Seymour stieß gleich nach dem Geschichtsstudium zur besten TV-Nachrichten-

Das tödliche Patt – ZDF, 22.05 Uhr

truppe Englands: dem Nachrichtenstudio der kommerziellen Anstalten. Als blutjunger ITN-Reporter berichtete er noch über die legendären Posträuber. Von 1969 bis 1976 schickte man ihn auf den Kriegsschauplatz im „Hinterhof Europas", nach Ulster.

Seine hautnahen Erfahrungen verliehen seinem Roman-Erstling „Das tödliche Patt" Authentizität. Der Roman wurde zu einem internationalen Bestseller. Yorkshire Television tat das Selbstverständliche und ließ Seymour sein erstes Drehbuch schreiben. Eine gute Wahl, denn er wurde als bester Nachwuchs-Drehbuchautor ausgezeichnet.

„Das tödliche Patt" ist in Ulster das bekannteste Buch über die Unruhen. Seymour, der inzwischen vom Journalisten zum erfolgreichen Autor von Polit-Thrillern avancierte und im Künstler-Steuerparadis der irischen Republik lebt, sagte uns in einem Gespräch: „In Dublin wird mein Buch sogar in Klosterschulen als Pflichtlektüre gelesen." Aber nicht nur Klosterschülerinnen, sondern auch britische Soldaten waren fasziniert: „Ich weiß, daß mein Buch schon lange wie eine Art Lehrbuch von den Soldaten in Ulster studiert wird."

Das TV-Team versuchte, sich der Mitwirkung der britischen Armee bei den Dreharbeiten zu versichern, aber daraus wurde nichts. Seymour: „Die Armee versuchte, eine lange Liste von Änderungen am Drehbuch als Gegenleistung für ihre Mitwirkung durchzuboxen, auch aus Image-Gründen. Darauf ließen wir uns nicht ein. Da behalfen wir uns eben ohne richtige Soldaten. Aber kaum war die Fernsehproduktion fertig, da ließ die Armee auch schon das ‚Tödliche Patt' durch ihr Fernsehen für die Rheinarmee ausstrahlen. Die müssen doch wohl mächtig beeindruckt gewesen sein." Die Außenaufnahmen machte man in den sicheren nordenglischen Städten Leeds und Bradford, da die TV-Arbeit in Belfast äußerst risikoreich ist. Beim Filmen in Belfast geschah es, daß ein echter Chirurg einem Schauspieler mit einer „Film"-Halswunde im festen Glauben zu Hilfe eilte, ein neues Terroropfer werde eingeliefert.

Seymour über die Jahre '71 bis '73 in Belfast: „Es war die Zeit der rasanten Eskalation der Gewalt, man mußte höllisch aufpassen, um nicht im Räderwerk der Gewalt zermalmt zu werden. Da konnte man nur bestehen, wenn man absolut unbestechlich, unparteiisch, ganz als kühler Beobachter registrierte und die Realität zeigte."

Seymour über seine in England unvergessene Reporterzeit: „Da gab es Journalisten, die auf Schleichwegen Kontakt zu Terroristen der katholischen IRA und den paramilitärischen Protestantengruppen suchten, um Interviews zu bekommen. So ein Mann kann natürlich nach der Sendung in Belfast nicht mehr auf die Straße gehen. Ich ging anders an die Arbeit. Ich baute mich mit meinem Kamerateam möglichst unauffällig im Häuserschatten einer Straße auf und legte mich auf die Lauer. Wir warteten diskret mit der Kamera im Anschlag. So sollte das Fernsehen an Krisenschauplätzen arbeiten. Dabei fängt man Atmosphäre ein. Es brennt ja oft genug in nächster Nähe. Man will doch keine gestellten Bilder bringen, sondern lebendige Wirklichkeit."

Als Schriftsteller inzwischen ein gemachter Mann: Gerald Seymour FOTO: CAMERA PRESS

Er, der inzwischen mit sechs Polit-Thrillern ein gemachter Mann ist, verriet uns, daß er während der Arbeit an seinem Erstling versucht habe, seinem mit der gleichen Masche zum Multimillionär gewordenen Landsmann Frederick Forsyth Handwerkliches abzugucken: „Ich las seinen ‚Schakal', bevor ich mich zum Schreiben hinsetzte. Als ich zur Hälfte fertig war, vertiefte ich mich noch einmal in seinen Thriller."

Bevor Seymour als Buchautor in Deutschland bekannt wurde, erlangte er hier als Reporter schlagartig Berühmtheit mit einem journalistischen Handstreich, für den er noch heute von seinen ehemaligen Kollegen bewundert wird. Es war bei dem Blutbad des palästinensischen Killerkommandos unter israelischen Sportlern bei der Münchner Olympiade. Seymour schaltete sofort, charterte einen Jet und flog den Terroristen nach Libyen hinterher, ohne Landeerlaubnis, ohne Visum. Er ließ seine Maschine so lange über Tripolis kreisen, bis man ihn landen ließ, und konnte die Killer als erster sprechen. Doch das Interview fand ein jähes Ende, als der Top-Reporter fragte: „Wissen Sie, daß Sie vor aller Welt als kaltblütige Mörder gelten?"

SIEGFRIED HELM

KRITIK

Kleine Riesen, große Zwerge

Das Staunen gehört zu uns wie das Fürchten, und so haben wir uns die Sehnsucht nach dem Wunder auch von raffinierten Weltraumexpeditionen und Gen-Manipulationen nicht verpatzen lassen. Noch immer lieben wir die herrlichen Ersatzwunder der Tricks und der Gaukeleien, der Träumereien und der (fast) unglaublichen Fertigkeiten.

Aber gibt es ein noch weniger geeignetes Medium, uns all dies zu schenken, als das Fernsehen? Jenseits aller Gründe, die gewiß dafür gesprochen haben, André Hellers berühmtes poetisches Varieté „**Flic-Flac**" (ZDF) nun auch in Millionen Wohnzimmer zu funken, bleibt festzustellen: Aus der Perlenkette wurde eine endlose Wurst, aus dem Feuerwerk der Phantasie der Abklatsch einer Revue, aus der Zauber-Show mit all ihrem abenteuerträchtigen Geruch aus dem Orient und Fernen Osten ein gemixtes Ballett mit manchem – von Komik entschärften – Kitsch.

Das Varieté nämlich, gerade ein solches, lebt von der Stimmung des Ganzen, lebt von den Tricks der Regie und der Bühnentechnik, von plötzlich auferstehenden Wunderbildern, von der großen Verblüffung, von den leibhaftig beäugten Körperverrenkungen der Artisten, vom Temperament der Tänzer und Sänger. Auf dem noch weit trickreicheren Bildschirm jedoch werden die Bühnengaukeleien und Lichteffekte matt, die Riesen klein, die Zwerge groß, und was sich da an Jongleuren, Schattenspielern, Muskelmännern tummelt – alles schon mal (und oftmals perfekt) dagewesen im viereckigen Heimzirkus.

Ja, gerade die „Poesie" dieses Varietés entlädt sich nicht im Wort oder im Bild allein, sondern in jenem unbeschreibbaren Fluidum, das sich der Mattscheibe entzieht, sich ihm standhaft verweigert. Wie gut für „Flic-Flac"! Und wie gut für uns, die wir wiederum erfahren dürfen, daß sich das Wunderbare nicht per Knopfdruck heranbefehlen läßt.

HERMANN A. GRIESSER



ARD/ZDF-Vormittagsprogramm

10.00 heute
10.03 Cassidy, der Rebell
11.55 Tagebuch
12.10 Terra X
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Dein Vater kann dir die Welt nicht in einer Stunde erklären
Wolfgang Liebeneiner, Schauspieler und Regisseur, im Gespräch mit seiner Tochter Johanna
17.20 Die Besucher
Von Ota Hofman und Jindrich Polak
5. Nur nicht auffallen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Smileys Leute
Fernsehfilm in sechs Teilen
3. Suche in der Vergangenheit
Anschl. Ein Platz an der Sonne
21.15 Die „Washington Post"
Porträt eines Weltblattes
Von Paul Mautner
22.00 Souvenirs, Souvenirs
Letzte Folge
Ausgesucht von Cris Howland
22.30 Tagesthemen
23.00 Logik des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.
Regie: Ingo Kratisch
Georg, ein selbstbewußter Mann von 40 Jahren, scheitert an der Niederlage, die ihm seine Frau Anna bereitet, indem sie ihn verläßt. Er war so lange der Überlegene, bis sie mit der sprachlos anwachsenden Verachtung des Schwächeren aufbegehrt. Für ihn, der stolz liebt, kommt ihre Abkehr völlig unerwartet. Er verzweifelt an ihrem Entschluß, ihrem gemeinsamen Leben konsequent ein Ende zu setzen.
00.35 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Erbrecht
5. Tor! – Der Inhalt der Verfügung von Todes wegen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Der Vagabund
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Käthi Nowak und Ludwig Güttler
17.50 Die Straßen von San Francisco
Wer ist Doktor Holfield?
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Helden oder Spinner?
Über Greenpeace
berichtet Wolfgang Büsgen
20.15 Die Rache des Herkules
Italien.-franz. Spielfilm, 1960
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi
Der Antik-, der Monumental- oder wie die Italiener sagen, der Sandalenfilm ist fast so alt wie der Film mit Spielhandlung. Eine ungeahnte Blütezeit erreichte dieses Genre – als Produktion mit kleinem Budget geplant und in der römischen Filmstadt Cinecittà gemacht – Ende der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre. Die Abenteuer der Muskelriesen Herkules, Maciste und Ursus wurden von Jugendlichen in Amerika, Mittel- und Westeuropa mit heißen Herzen verfolgt.
21.45 heute-journal
22.05 Das tödliche Patt
2teiliger Fernsehfilm von Gerald Seymour nach seinem gleichnamigen Roman, 1. Teil
23.20 Zeugen des Jahrhunderts
Axel Eggebrecht im Gespräch mit Hans Abich
00.25 heute



„Dein Vater kann dir die Welt nicht in einer Stunde erklären": Regisseur Wolfgang Liebeneiner im Gespräch mit seiner Tochter Johanna – Um 16.10 Uhr in der ARD FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 telekolleg
Chemie (9)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Treffpunkt Budapest
21.45 Vom Gegner zum Freund
Ausländische Kulturinstitute in Köln
22.15 Die WDF-Spielproduktion
Chapiteau
Ein Film von Johannes Flütsch
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik (5)
Geschafft: Er schwingt
19.15 ... daß Jahrtausende nicht spurlos vergehen (2)
Neue Ausgrabungen in Bayern
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme: Wir arbeiten uns hier ja nicht tot ...
Ein Altenheim wurde zum Bauernhof
Anschl.: Kurznachrichten
21.00 Das Montagsthema
Heute: Gehen unsere Kurorte baden?
22.00 Das Gruselkabinett:
Tarantula
US-Spielfilm, 1955
23.20 Jack Arnold erzählt (5)
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Australien
18.55 Free me
19.00 Musik, Gespräch, Information
Der Tanzkurs
20.00 Immer wieder Hitler?
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Task Force Police
Barlows Probleme
22.35 Einführung in die zeitgenössische Musik (5)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg 1
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Menschen in Amerika
20.50 Mad Movies – oder:
Als die Bilder laufen lernten
21.15 Geschichte im Widerstreit
Unternehmen Kalavrita
22.05 Jazz am Montagabend

BAYERN
18.15 Kulturberichte der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.40 Z. E. N.
20.45 Forscher der Vertikalen
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Die Schnüffler
22.30 Rundschau

Pankraz, Hans Thoma und der Schweinehirt

Unerwarteter Trost angesichts des so gräßlichen, von allen Seiten beklagten Waldsterbens kommt von einer originellen kunsthistorischen Edition, mit der der Münchner Kindler-Verlag aufwartet. Es handelt sich um einen prächtigen Bildband über west- und mitteleuropäische Landschaftsmalerei von den Anfängen bis zur Gegenwart, dem zwei verschiedene, parallel laufende Texte beigegeben sind. Während der Kunsthistoriker Bernhard Buderath in der herkömmlichen Weise seines Fachs kommentiert und analysiert, gilt der Text des Naturschützers Henry Makowski allein dem, was man aus den Bildern im Hinblick auf die Ökologie der jeweils dargestellten Szenerie herauslesen kann. Makowskis Text ist fettgedruckt, wird also als der wichtigere markiert, und er rechtfertigt den etwas umständlichen Titel des Buches: „Die Natur dem Menschen untertan. Ökologie im Spiegel der Landschaftsmalerei."

Worin liegt der Trost? Nun, die von Buderath und Makowski gezeigten Bilder weisen aus, daß es in Deutschland während der letzten tausend Jahre schon mehrmals ökologisch extreme, hochgefährliche Situationen gegeben hat, daß sie aber stets gemeistert wurden, besonders was den Waldbestand betrifft. Die Deutschen hatten immer ein ungemein inniges, sentimentales Verhältnis zu ihrem Wald. Natürlich waren sie nicht weniger gierig und egoistisch als etwa die Venezianer oder die Iberer und haben wie diese ihre Wälder mehrmals total abgeholzt oder sonstwie kaputtgemacht. Während bei den Venezianern und Iberern aber, als der Wald weg war, nichts mehr geschah, so daß viele einst waldtragende Berge verkarsteten, haben die Deutschen unablässig „rekultiviert", mit einer Konsequenz und einem Bienenfleiß, die Hoffnungen für die Gegenwart wecken.

Es gibt verblüffende Ansichten bei Buderath/Makowski, ein Gemälde von Hans Thoma zum Beispiel, das die – heute längst wieder voll bewaldeten – Taunushöhen nackt und bloß zeigt, oder eine Ölskizze von Adalbert Stifter vom Königsee, die die Watzmann-Region ohne allen Hochwald erscheinen läßt, rabiat geplündert wegen des unersättlichen Holzbedarfs der Berchtesgadener Saline. Solche Bilder haben schon damals die Naturfreunde entsetzt und zu frühem Bürgerprotest geführt. Als William Turner den Drachenfels am Rhein malte, hatten sich gerade die Steinmetzen in den Besitz des Berges gesetzt. Sie waren drauf und dran, den berühmten Prospekt ganz und gar auszusprengen und abzutragen, doch „romantische Heimatfreunde" aus Köln und Bonn hinderten sie daran. Sie zogen mit Prügeln und Harken an und vertrieben die Zunftmeister kurzerhand.

Auch das Moor war früher keineswegs jene Naturidylle, als die es heute so gern hingestellt wird. Es wurde intensiv genutzt und verursachte dadurch die wohl erste flächendeckende Luftverschmutzung, die es in Deutschland gegeben hat. Auf einem Gemälde von Fritz Makkensen erkennen wir es: Das bei den Moorbauern so sehr beliebte Abbrennen der Moore machte den Tag zur Dämmerung. Tagelang, so berichten auch Chroniken, war während dieses Abbrennens in Bremen die Sonne nicht mehr zu sehen. Die Schwaden zogen, je nach Windrichtung, bis nach Lissabon oder St. Petersburg und waren dort als sogenannter „Haarrauch" bekannt. Man gründete einen Bürgerverein gegen das Abbrennen der Moore.

Sehr interessante ökologische Aufschlüsse für das Mittelalter geben die Jahreszeitenminiaturen, die die Brüder von Limburg um 1400 für den Herzog von Berry anfertigten. Schon die Karolinger hatten administrative Maßnahmen gegen allzu exzessives Abholzen der Wälder ergriffen; die Erhaltung des Soonwaldes, des Frankfurter Stadt- und des Nürnberger Reichswaldes geht auf ihre Initiative zurück. Aber wie sahen diese Wälder aus! Es waren über Tausende von Quadratmeilen hinweg nur noch lichte, unterholzlose Waldsteppen, übernutzt und ausgepowert durch Holzraub, Parforcejagden, Vieheintrieb. Die „Waldmast" der Schweine war einer der dominierenden Wirtschaftszweige und brachte beste Rendite.

Auf einem Blatt der Brüder von Limburg tritt denn auch der Schweinehirt als stolzer Herr auf, der die Eicheln und Bucheckern mit seiner Peitsche mit der Eleganz eines Torero vom Baume schlägt. Die Schweinehirten, seit Homers „Odyssee" und dem biblischen Gleichnis vom verlorenen Sohn der Inbegriff des Niedrigen und sozial Deklassierten, wurden im Zeichen ökologischen Raubbaus in ungeahnter Weise aufgewertet. Ludwig der Fromme verlieh ihnen den Titel „Meister der Beschwörung". Gleich drei Heilige, Sankt Blasius, Sankt Leonhard und Sankt Wendelinus, kümmerten sich um ihre Belange, und wenn einmal ein ungebärdiger Keiler einen von ihnen zur Strecke brachte, wurde das Tier feierlich zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet.

Wer die heutigen „Schweinehirten des Waldes" sind, ist leider gar nicht so leicht auszumachen. Einer der bedrückendsten Aspekte des Waldsterbens ist, daß man seine genauen biochemischen Ursachen noch nicht kennt und deshalb bei den Rettungsmaßnahmen auf Experimentieren und Improvisieren angewiesen ist. Fest steht, daß das im vorigen Jahrhundert aus ökonomischer Gier forcierte Zurückdrängen der Laubwälder zugunsten der Nadelwälder (das bei Buderath/Makowski durch einige sehr schöne Bilder von Caspar David Friedrich dokumentiert wird) den Ausbruch der Krise sehr erleichtert hat. Eine späte Rache der Natur!

Der deutsche Wald, sagt Makowski, ist etwa alle zweihundert Jahre ersetzt und in seinem Gesamtbild tiefgreifend verändert worden. Was wir jetzt durchmachen, ist wahrscheinlich wieder einmal eine solche Veränderung. An ihrem Ende wird kein öder Karst, sondern ein neuer Wald stehen, verändert zwar, doch jung und gegenüber den Bedingungen der Gegenwart resistent. Jedenfalls hofft dies Pankraz – zusammen mit dem Naturschützer Makowski.



Neue Schallplatten: „Jenufa" von Leos Janáček

Fensterchen in die Seele

Jede neue „Jenufa"-Aufnahme muß sich an den ausgezeichneten Aufnahmen von Bohumil Gregor mit Solisten, Chor und Orchester des Prager Nationaltheaters (EMI) und der betagten des Janáček-Spezialisten und -Biographen Jaroslav Vogel, der eine andere, gleichfalls kompetente Nationaltheater-Crew leitet (Supraphon).

Beide Prager Aufnahmen teilen die starken Emotionen der Mixtur aus mährischer Folklore und dem künstlerischen Profil eines avantgardistischen, von keiner Richtung beeinflußten Einzelgängers ohne Verlust mit. Auch die Striche und Retuschen, die der Prager Theaterdirektor Kovařovic einst dem Komponisten aufzwang – und die dem theatralischen Effekt der Musik außerordentlich nützlich waren –, sind in beiden Editionen noch enthalten.

Die neue Aufnahme (Decca 6 35625-1) ist nach „Katja Kabanova", „Aus einem Totenhaus", „Die Sache Makropoulos" und „Das schlaue Füchslein" die fünfte einer Janáček-Reihe, die Charles Mackerras dirigiert. Der englische Dirigent studierte 1947/48 in Prag bei Vaclac Talich, einem der bedeutendsten Dirigenten seiner Zeit. Dessen Einfluß muß groß gewesen sein, denn der Brite Mackerras läßt – wie in den früheren Janáček-Produktionen – spüren, daß er ein sensibles Gespür für das rhapsodische Element der mährischen Folklore hat, für das unmerkliche Rubato der weit ausschwingenden Balladen, für das, was den Begriff der Sprachmelodie bei Janáček („Sprachmelodien – das sind meine Fensterchen in die Seele") ausmacht.

Sir Charles dirigiert eine Partitur, die die alten, von Kovařovic veranlaßten Striche aufmacht und die Retuschen durch das Original ersetzt. Das mag musikwissenschaftlich interessant sein, ändert jedoch wenig an Substanz und ursprünglicher Kraft der Musik. Die Wiener Philharmoniker spielen mit dem unnachahmlich weichen Schmelz eines samtenen, vielfach abgestuften Klangs, der gegenüber der direkteren, härteren Tongebung des Orchesters des Prager Nationaltheaters eleganter, mondäner klingt. Und virtuoser, denn auch die instrumentale Meisterschaft der Wiener Musiker ist denn doch einige Grade höher einzustufen.

Technisch perfekt, musikalisch profiliert singt der von Norbert Balatsch glänzend einstudierte Wiener Staatsopernchor. Er assistiert einem Solistenensemble, gestützt auf das Fundament hochmusikalischer, meist tschechischer Sänger, deren Profil und Ensemblegeist schon die früheren Janáček-Einspielungen prägten. Ihre Stimmen werden instrumental geführt, bruchlos integriert ins Gesamtgefüge. Stimmbandphänomene sind also nicht zu entdecken. Die Protagonisten Elisabeth Söderström (Jenufa), Eva Randova (Küsterin), Wieslaw Ochman (Laca) und Petr Dvorsky (Steva) führen mit so kraftvollen wie schönen Stimmen und erfüllter Musikalität die Soli an, die bis zur kleinsten Partie tadellos besetzt sind. Eine rundum gelungene Produktion.

HANS OTTO SPINGEL





Wie sich die Wirklichkeit in den Köpfen der Intellektuellen abbildet: Szenen aus „Furcht und Hoffnung der BRD" von Franz Xaver Kroetz in Düsseldorf mit Michael Prelle (r.) und in Bochum mit Anneliese Römer und Gert Kunert. FOTOS: BERMBACH/EICHHORN

Uraufführung in Bochum und Düsseldorf: „Furcht und Hoffnung der BRD" von Franz Xaver Kroetz

Einen Arbeitslosen streiken gesehen

Die Gegenwart der Bundesrepublik. Arbeitslosigkeit. Einsamkeit. Deformationen. Verstellungen. Ein 56jähriger Buchhalter will sich zu Weihnachten mit Benzin übergießen. Ein Arbeitsloser, der auf einer Parkbank sitzt, tarnt sich der Banknachbarin gegenüber als Polizist mit Observierungsaufgaben. Ein junger Mensch hat sich für seine einsamen Stunden mit einer Kleiderpuppe zusammengetan.

„Szenen aus dem deutschen Alltag des Jahres 1983"? Jedenfalls sieht der nimmermüde Volksbeschauer Franz Xaver Kroetz so die Lage. Ziemlich mies das Ganze. Eine Art Eiszeit. In einer der 15 Szenen, die jetzt unter dem (bei Brecht entlehnten) Titel „Furcht und Hoffnung der BRD" in Bochum und Düsseldorf uraufgeführt wurden, träumt eine Frau, sie habe einen blutigen Eiszapfen zwischen den Beinen. Interpretiert das ihr Mann: „Die Träume gegen die Kälte." Fragt die Frau dagegen: „Weiterleben? Zwischen Eis und Benzin?" Und schließlich: „Will nicht verbrennen und nicht erfrieren." Das ist der Grundtenor des Stückes, sein Lebensgefühl, seine Wirklichkeitserfahrung.

Wer andere Erfahrungen hat, tut sich naturgemäß schwer mit dem Stück. Und es bleibt auch die grundsätzlichere Frage, ob das Theater wirklich der rechte Ort ist, um solche aktuellen Gebrauchsdeformationen an den Mann zu bringen. Ich neige dazu, diese Frage zu verneinen. Das Medium Fernsehen kann viel direktere Wirklichkeit anbieten. Auf dem Theater bekommt das leicht einen noch angehobeneren Lehrcharakter. Meinung und Agitation schieben sich in den Vordergrund. Zumal Kroetz wieder alle Klischees eingesammelt hat, mit denen man gemeinhin die „BRD" kritisch darzustellen pflegt. Der Türke fehlt ebensowenig wie die Bild-Zeitung. Das Faschistoide ist ebenso wirksam wie die Unterdrükkung der Frauen. Kroetz verkörpert genau jenes Lebensgefühl, das intellektuell in der Bundesrepublik zum guten Ton gehört.

Dabei ist Kroetz ja durchaus ein begabter Dramatiker. In der Beobachtung des Kleinbürgerlichen gelingen ihm immer wieder Szenen voll explosiver Ambivalenz. Kroetz weiß genau, daß in der Kleinbürgerseele durchaus zwei extrem gegensätzliche Grundanschauungen unvermittelt nebeneinander existieren können. Einerseits: „Man kann den andern ned im Regen stehn lassen." Andererseits: „Ein Mann hat seinen Stolz, da geht er über Leichen." Die gleiche Person in der gleichen Minute. Das Bewußtsein richtet sich nach den momentanen Bedürfnissen. Kroetz kennt seine Pappenheimer. Er weiß, wie auswechselbar da vieles ist. Und das sollte ihn eigentlich mißtrauischer gegen die eigenen Schlußfolgerungen machen.

Kroetz ist auch nicht Brecht. Er ist viel naturalistischer, weniger ideologisch. Auch weniger anarchisch in seiner Grundstimmung. Aber das hat Nachteile. Bei Brecht hat auch die schlimme Lage immer noch einen Hauch von innerem Schwung, die Verneinung bewegt die Menschen. Und die Ideologie tut so, als könne sie etwas bewegen. Kroetz hat demgegenüber etwas Trostloses. Aufforderung einer Frau an ihren schriftstellernden Mann, der „aus Angst" seit Monaten keine Zeile mehr aufs Papier gebracht hat: „Schreib doch wenigstens darüber, daß du Angst vor der Angst hast." Antwort: „Damit ich mich verdächtig mach?" Trübsinniger kann Theater eigentlich nicht mehr werden. Schade, denn Kroetz trifft mit trockener Ironie viel besser: „Eine Gewerkschaft hat nur einen Sinn, wenn jemand eine Arbeit hat. Hast du schon einmal einen Arbeitslosen streikn gsehn?"

An diese Stärke von Kroetz hat sich offenbar auch Horst Siede gehalten, der Regisseur der Bochumer Aufführung. Er hat die Depressionen und Ängste nicht noch zusätzlich verkleistert, wie Peter Palitzsch das in Düsseldorf tat. Siede hat sich von Michel G. Peter ein klares, übersichtliches, praktisches Bühnenbild bauen lassen, in dem die einzelnen Szenen Luft zum Atmen haben. Hochgezogene Wände, kahl, ein Fenster, sehr, sehr hoch angesetzt – das beklemmt, ohne zu beengen. Und die Spielszenen sind immer auf kleine Segmente des großen Raumes begrenzt – das macht Isolation deutlich, ohne einzusperren. Und Siede inszenierte auch so: ohne Mätzchen, klar, pointiert. Er verleitet sein Publikum zum lauten Lachen, um ihm dann ungehinderter eins um die Ohren schlagen zu können. Seine Bilder sind komisch und bitter zugleich. Zum Beispiel dieses: Ein Arbeitsloser sitzt im Schlafanzug, aber mit Wanderschuhen und Jägerhütchen an einem schiefen Tisch auf einem schiefen Stuhl. Aber das ist kein Tisch, kein Stuhl, der aus Altersschwäche schief wäre. Das Schiefe ist die Perspektive. Da stimmt etwas aus Grundsatz nicht. Die Bochumer Inszenierung kann man sich anschauen, auch wenn man kein Kroetz-Fan ist.

Ganz anders Peter Palitzsch in Düsseldorf. Die Bühne sieht aus wie ein Trödelladen (Ausstattung: Herbert Kapplmüller). Vollgestopft. Verbaut. Alles im Wege stehend. Palitzsch hat Mühe, die Leute auf die Bühne und wieder runterzukriegen. Er verwurschtelt alles. Er verschränkt die Szenen ineinander, eine läßt er bruchstückhaft immer in den Umbaupausen spielen. Palitzsch, der ja ein erfahrener Brecht-Regisseur ist, muß von allen guten Geistern verlassen worden sein. Unangemessene Mittel (eigens ein Chor muß auf überfüllter Bühne ein Weihnachtslied singen und ist anschließend kaum mehr von der Bühne zu kriegen), verkniffene, verbitterte Darstellung (niemand lacht), eine Atmosphäre von neurotischer Selbstverängstigung: Hier wird Kroetz unerträglich.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Caravaggios „Natività" unter Erdbebentrümmern?

Watsons Erzählungen

In England liest man das eben bei Doubleday erschienene Buch „The Caravaggio Conspiracy" wie eine faszinierende Kriminalstory: Der Autor Peter Watson berichtet darin von seinen Abenteuern auf der Suche nach einem berühmten, im Dezember 1969 spurlos aus Palermo verschwundenen Bild: der „Natività" von Michelangelo Merisi, genannt Il Caravaggio. Als Kunsthändler getarnt und von Scotland-Yard-Spezialisten beraten, gelang es ihm, mit der internationalen Unterwelt der Kunsträuber und den Dieben des Caravaggio in Verbindung zu treten. Denen brannte das auf dem Kunstmarkt unverkäufliche Bild auf den Fingern und so verabredeten sie sich 1980 mit Watson an einem Novembermorgen in Laviano, einem abgelegenen Ort in den Hügeln der Irpinia, Provinz Salerno, um die Echtheit des Bildes zu prüfen und den Preis auszuhandeln.

Am Abend zuvor erschütterte ein schweres Erdbeben die Campania. Laviano wurde total zerstört. Caravaggios „Natività", so schließt der Bericht, liegt unter seinen Trümmern begraben. Italien, gewohnt, daß die Realität im Guten wie im Bösen auch die fantastischsten Erfindungen übersteigen kann, hat Watsons Buch so ernst genommen, daß seit Tagen Beamte der Denkmalspflege, der Kunstspezialtrupp der Carabinieri, Detektive und Scharen von Freiwilligen das tote Laviano und den neuen Ort zu seinen Füßen von oben bis unten durchstöbern

Plötzlich weiß man von sicheren Indizien, daß das Bild in den Händen der Mafia war. Und jetzt erinnern sich der Bürgermeister und andere Bewohner von Laviano, kurz vor dem Erdbeben drei Fremde in einem Mercedes auf der Piazza gesehen zu haben, die später verzweifelt zwischen den zerstörten Häusern herumirrten. In jener Nacht hatte keiner zwischen Toten, Trümmern und den Klagen der Verschütteten von den Fremden Notiz genommen. Jetzt nehmen nicht nur Laviano und die Campania leidenschaftlich Anteil an der Suche. Auch wenn jeder weiß, wie gering die Aussicht ist, nach über drei Jahren eine Leinwand unter dem von Raupen planierten Ort wiederzufinden, hofft ganz Italien auf ein Wunder.

Ahnt Peter Watson, daß womöglich nicht die Mafia und das Erdbeben, sondern er für den Verlust des Caravaggio verantwortlich gemacht wird? Schon werfen ihm italienische Zeitungen vor: „Warum hat er nicht sofort gesagt, was er wußte? Dann hätte man gleich suchen und behutsamer mit den Baggern umgehen können, die alles zermalmt haben."

MONIKA VON ZITZEWITZ

Karlsruhe: P. Cornelius' „Der Barbier von Bagdad"

Mit lautstarker Komik

Gleich zum zweiten Mal in dieser Spielzeit hat das Badische Staatstheater in Karlsruhe der Münchner Oper eine Überraschung weggeschnappt. Vor kurzem war es „Adriana Lecouvreur", jetzt ist es „Der Barbier von Bagdad" von Peter Cornelius, mit dem die bayerische Metropole im Juli ihre Festspiele eröffnen wird.

Karlsruhes Vorprellen läßt sich immerhin historisch legitimieren. Genau vor hundert Jahren wagte sich Felix Mottl hier wieder an diese Oper, die bei ihrer Uraufführung (1858) unter Liszt eklatant durchgefallen war. Es war allerdings erst die Münchner Aufführung ein Jahr später unter Levi, die das Werk endgültig durchsetzen konnte. Heute interessiert uns diese komische Oper als ein musikalisches Zeugnis aus einer Epoche, die so ganz von Wagner bestimmt war. Trotz der langen und der innigen Beziehung konnte sich Cornelius jedoch von dessen Einfluß freihalten. Diese poetisch-märchenhafte Buffowelt aus „Tausendundeine Nacht", die sich auf Weber und Schumann besinnt und etwas von der Grazie Mozarts bewahrt, ist das Paradestück einer deutschen Spieloper, an die man sich nur noch selten erinnert. Es ist ein lyrischer Musizierstil mit diskretem Humor wiederkehrender Melodien und ariosen Gesangsdialogen, die sich zu liebenswerten Szenen weiten. Doch nach der Karlsruher Aufführung möchte man fast meinen, das Werk überschätzt zu haben.

Unter Erich Wächters Leitung mochte sich die schwärmerische Verhaltenheit des jugendlichen Liebhabers nicht recht entfalten, die Delikatesse des orientalischen Milieus wurde mit handfesten Mitteln vergröbert und die durchsichtige Instrumentation kam wenig zum Tragen. Außerdem griff der Hausherr Günter Könemann bei der Inszenierung tief in die Klamottenkiste. Björn Wiinblad gelang es ein wenig bei der Ausstattung, etwas von der Luftigkeit und Leichtigkeit dieser sich dramatischen Situationen so ganz und gar entziehenden Oper zu retten.

Den schwatzhaften Barbier, der dem Liebespaar Nureddin und Margiana über alle Hindernisse hilft, stattete Günter von Kannen mit saftigen großzügigen Koloraturen und lautstarker Komik aus. Der Nureddin von Julius Best konnte sich mit verkrampfter Stimmgebung nur schwer behaupten, und auch die Ivogün-Schwarzkopf-Rolle der Margiana geriet durch Francis Ginzer ins Hintertreffen. Die Münchner Aufführung wird hoffentlich wieder etwas von der verlorengegangenen Sympathie für diesen deutschen Barbier retten können.

ROLF FATH

Erinnerungen an Joan Miró – Nürnberg zeigt Gemälde und Kleinplastiken

Ein Mann, der seine Kindheit gewann

Jubiläumsausstellungen erweisen sich mehr und mehr als zwiespältige Ehrung für Kunst und Künstler. Nach dem Klee-Jahr mit seinem Überfluß und anschließender Dürre und den Heckel-Ehrungen 1983 läßt sich das nun mit Max Beckmann auskosten. Nicht anders ist es derzeit mit Joan Miró, dem verspätet zum 90. Geburtstag Ausstellungen arrangiert wurden, die nun nach seinem Tode zu Manifestationen der Erinnerung werden. So ergeht es einer Werkübersicht über die Jahre 1960 bis 1980, die zuerst in Wien gezeigt wurde und nun in Nürnberg zu sehen ist.

Man glaubt, Miró zu kennen. Und der erste Eindruck der Nürnberger Kunsthalle scheint zu bestätigen, daß da eigentlich nur eine Wiederholung des immer Gleichen an den Wänden hängt. Es sind die großen bunten Tafelbilder mit den scheinbar kindlichen Linien und Farbflecken, die die Ausdeutung der Phantasie anheimstellen. Auch die Gemäldetitel – Frau, Vogel, Kopf, Frau mit Vogel, Frau mit Vogel unter Sternen usw. – scheinen das nahezulegen. Aber wer sich ein wenig Zeit gönnt, die Bilder in Ruhe betrachtet, wird von ihrem Spiel mit der Einbildungskraft, ihren Andeutungen, die nicht auf Realität, sondern auf unvollendete Geschichten und seltsame Begegnungen verweisen, gefangengenommen. Vor allem, weil sie eine Heiterkeit ausstrahlen, mit der selbst Paul Klee, der strenge Komiker deutscher Kunst, nicht konkurrieren kann.

Dasselbe gilt für die Kleinplastiken, eigenartigen Figurationen aus Fundstücken, die in Bronze gegossen und künstlich patiniert oder gelegentlich knallbunt bemalt wurden. Das sind nicht nur zufällige Zusammenstellungen aus Gegenständen, die dem Künstler in die Hände fielen. Es sind vielmehr Gestalten, die schnell ein plastisches Eigenleben entwikkeln. Auch bei ihnen ist der Titel nicht komische Zutat, sondern die Beschwörungsformel der Imagination. Diese „Köpfe" und „Frauen" sind alle verschieden, obwohl sie denselben Ursprung verraten. Es sind Spielereien mit dem Objekt und mit dem Vorstellungsvermögen des Betrachters, geprägt vom Humor eines Mannes, der seine Kindheit nie verloren zu haben scheint, obwohl er sie erst, weil sie sehr hart war, als Künstler nachgeholt hat.

Angesichts dieser Ausstellung ist man geneigt, depressiven Charakteren eine Stunde Miró als Therapie zu verordnen (18. März; Journal: 2 Mark; Katalog: 30 Mark).

PETER JOVISHOFF



Fundstücke: Mirós „Vogel auf den Fingern einer Blume" FOTO: KATALOG

JOURNAL

I. Drewitz kandidiert für den VS-Vorsitz

dpa, **München**

Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz wird auf der vorgezogenen Bundesdelegiertenkonferenz des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) Ende März in Saarbrücken für den Vorsitz kandidieren. Die 61jährige Autorin will auf diesem Weg eine „Verklammerung der streitenden Parteien" im VS versuchen. Notwendig sei es vor allem die im Zusammenhang mit früheren „DDR"-Autoren im Verband entstandenen Konflikte aufzufangen, „ohne die Tür zu den sozialistischen Ländern wieder zuzumachen". Einen arbeitsfähigen, den alten Kurs fortsetzenden Vorstand sieht die Autorin dabei als Voraussetzung an. Der nach langen Auseinandersetzungen zurückgetretene VS-Chef Engelmann hat diesen Entschluß mit „großer Erleichterung" aufgenommen.

Literaturgeschichte in Polen zurückgerufen

J.G.G. **Warschau**

Im Warschauer „Staatlichen Wissenschaftlichen Verlag" ist in einer Auflage von 100 000 Exemplaren eine „Geschichte der polnischen Literatur" erschienen, die kurz darauf aus dem Buchhandel zurückgerufen wurde und jetzt nur an Bibliotheken ausgeliefert wird. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. In den zwei Bänden werden der „sozialistische Realilsmus" und seine Repräsentanten, wie Leon Kruczkowski u. a. ausführlich dargestellt. Diese Ära habe „neue Wege" gewiesen und sei „nahezu von allen" polnischen Schriftstellern bejaht worden, heißt es in der Literaturgeschichte. Zugleich wird betont, nach 1968 hätten viele Schriftsteller Polen den Rücken gekehrt, die jüdischer Herkunft waren. Aufgezählt werden dabei auch Nicht-Juden, wie zum Beispiel Witold Wirpsza, der jetzt in West-Berlin lebt.

„Deutsches Festival Japan '84" begann

dpa, **Tokio**

In Tokio begann das „Deutsche Festival Japan '84", das das ganze Jahr über dauern wird. Den Auftakt bildeten deutsche Opernfilme sowie zwei Aufführungen mittelalterlicher Musik. Ein wichtiges Ereignis wird vom 23. April bis zum 6. Mai die industrielle „Deutsche Leistungsschau" in Tokio sein. Insgesamt sind mehr als 70 Großveranstaltungen und knapp tausend Einzeldarbietungen geplant. Anlaß sind das 25jährige Bestehen des Goethe-Instituts in Tokio und die sich rasch entwickelnden deutsch-japanischen Beziehungen. Das Gesamtbudget dürfte sich auf 25 Millionen Mark belaufen, von dem der größte Teil durch japanische Beiträge finanziert wird.

Midem-Konferenz über Urheberrecht

dpa, **Cannes**

Im Rahmen des Musikmarktes „Midem" in Cannes haben Medienfachleute und Urheberrechtspezialisten eine Arbeitsgruppe für Rechtsangelegenheiten im internationalen Medienverbund gebildet. Ziel ist es, mehr internationale Produktionen zu ermöglichen, in denen die Interessen der Urheber und der Verwerter besser abgestimmt werden. Die Arbeitsgruppe wird auch die Probleme in Betracht ziehen, die durch die Entwicklung von Kabelfernsehen und Satellitenübertragungen entstehen.

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Aachen: Meisterwerke der Französischen Malerei von Watteau bis Renoir – Suermondt-Ludwig-Museum (19. Febr. bis 8. April)
Baden-Baden: Seurat/Courbet – Kunsthalle (bis 11. März)
Bielefeld: Picasso – Todesthemen – Kunsthalle (bis 1. April)
Bitburg: Suzanne Valadon – Haus Beda (bis 26. Febr.)
Bochum: Isaac Ricardo Stein – Museum (28. Febr. bis 11. März)
Bonn: Sigmar Polke – Kunstmuseum (15. Febr. bis 25. März)
Braunschweig: Helmut Middendorf – Kunstverein (10. Febr. bis 15. April)
Malerei aus erster Hand – Ölskizzen von Tintoretto bis Goya – Herzog-Anton-Ulrich-Museum (11. Febr. bis 1. April)
Bremen: Bildhauer zeichnen – Kunsthalle (bis 11. März)
Düsseldorf: Tantra – Philosophie und und Bildidee – Kunstmuseum (bis 19. Febr.)
Emden: Christian Rohlfs – Ostfriesisches Landesmuseum (5. Febr. bis 4. März)
Köln: Meisterwerke russischer Malerei – Kunsthalle (7. Febr. bis 25. März)
Glück ohne Ende – Neujahrsbilder aus China – Museum für Ostasiatische Kunst (3. Febr. bis 29. April)
Krefeld: Exlibris des 16.–20. Jahrhunderts – Kaiser-Wilhelm-Museum (5. Febr. bis 18. März)
Ludwigshafen: Otto Coenen – Wilhelm-Hack-Museum (5. Febr. bis 11. März)
Mönchengladbach: Arnulf Rainer – Museum Abteiberg (bis 26. Febr.)
Münster: Fernand Léger – Westfälisches Landesmuseum (5. Febr. bis 18. März)
Regensburg: Reiner Schwarz – Ostdeutsche Galerie (5. Febr. bis 4. März)
Stuttgart: Slowenische Impressionisten um 1900 – Forum für Kulturaustausch (bis 26. Febr.)

Europapolitiker bringen Licht ins dunkle Geschäft mit der Abtreibung

Von GISELA SCHÜTTE

Auswüchse des Forschergeistes und mangelnde Hemmungen bei der Verwendung „menschlichen Materials" haben jetzt zu fieberhaften Recherchen in deutschen Gesundheitsministerien und -behörden bei Bund und Ländern geführt. Es geht um die Frage, ob auch in Deutschland menschliche Embryonen, Föten und sogenannte „Abtreibungsabfälle" in der Forschung, der kosmetischen und pharmazeutischen Industrie „verwertet" werden. Anlaß für Nachfragen war die Kleine CDU-Anfrage an die hessische Landesregierung (siehe WELT vom 25. 1. 84). Ursache, Untersuchungen darüber, was insgesamt in französischen Labors geschah.

Der Richter Claude Jacquinot aus dem Justizministerium in Paris hat in seinem Lande nicht nur einen schwunghaften Handel mit abgetriebenen Embryonen aufgedeckt, sondern auch Forschungen und Experimente mit lebenden und toten menschlichen Föten. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse erklärte das Bonner Bundesgesundheitsministerium, daß in Absprache mit den Länderministerien umgehend die geltende Praxis der Beseitigung von Abtreibungsabfällen in der Bundesrepublik Deutschland geklärt, gegebenenfalls überwacht oder neu geregelt werden solle.

Was da in französischen Labors unter dem Deckmantel der Wissenschaft geschah, übersteigt normale Vorstellungskraft. Jacquinot und *einige Freunde haben herausgefunden*, daß zum Beispiel an den medizinischen Fakultäten der Universität von Paris, Lyon, Straßburg, Montpellier und Bordeaux seit Jahren Versuche mit bis zu fünf Monate alten, lebenden menschlichen Föten gemacht wurden. Das „Forschungsmaterial" soll von seinen Müttern gegen Entgelt und mit Kaiserschnitt „geliefert" worden sein.

Therapie mit Fötuszellen

Da publizierte der Lyoner Professor Turenne in einer medizinischen Fachzeitschrift seine erfolgreiche Behandlung stark infektionsgefährdeter Babys mit Einspritzungen aus dem Gewebe lebender Embryonen, während sein Pariser Kollege Griscelli denselben Behandlungserfolg mit Injektionen aus normalem menschlichen Knochenmark erzielte.

Die Abtreibung in Frankreich ist seit 1980 bis zur zehnten Woche erlaubt. Die Verwendung lebender Föten allerdings ist auch nach dem französischen Strafgesetzbuch (Paragraphen 211 und 212) illegal. Unterdessen hat aber der kommunistische Gesundheitsminister Ralite vor zwei Monaten einen Gesetzesentwurf vorgelegt, nach dem die Verwendung lebender Föten für die Forschung erlaubt werden soll. Die Nationalversammlung soll noch in der laufenden Legislaturperiode über das Gesetz entscheiden. Angesichts der herrschenden Mehrheitsverhältnisse wird damit gerechnet, daß der Entwurf das Parlament passiert. Die Befürworter des Gesetzes berufen sich auf laufende Diskussionen in England und Deutschland über die Frage, von welchem Zeitpunkt an der Fötus als Lebewesen zu gelten habe, dem der Schutz des Gesetzes zukommt. Das habe in England zu der grotesken Regelung geführt, erklärt Jacquinot, daß ein Gewicht von 300 Gramm als Maß für das Menschsein gelte.

Der französische Richter bezeichnet solche Erörterungen als Weg in die nazistische Doktrin vom unwerten Leben und damit zur möglichen Eliminierung durch Euthanasie, letzten Endes auch für Alte, Kranke und Schwache. Jacquinot und seine Gesinnungsgenossen wollen den makabren Geschäften und Versuchen durch die Gründung eines „Internationalen Vereins gegen die Ausbeutung des menschlichen Fötus" ein Ende setzen. Der Richter hofft darüber hinaus, daß das Bekanntwerden der Fälle zu raschen Reaktionen und Regelungen in Deutschland führt, durch die andere europäische Länder auf den rechten Weg gebracht würden.

Derweil befaßt sich das Europäische Parlament bereits seit einem Jahr mit dem Thema. Der christdemokratische Abgeordnete Otto von Habsburg hatte einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht, in dem die wachsende Zahl von Experimenten mit menschlichen Embryos als „Verstoß gegen die Menschenwürde und als Mißbrauch des Rechtes auf Leben" bezeichnet wird. Die Abgeordneten des Europaparlamentes dringen darauf, daß die EG-*Kommission* bei ihren Mitgliedsstaaten „Das Recht auf Leben und körperliche Integrität der geborenen und ungeborenen Kinder" durchsetzt und den Ländern nahelegt, die Verwendung lebender Embryonen für kommerzielle und wissenschaftliche Zwecke zu verbieten. Der Entschließungsantrag wird derzeit im Rechtsausschuß des europäischen Parlamentes beraten.

Auch der italienische Abgeordnete des Parlaments, Alberto Ghergo, hat herausgefunden, daß offenbar Banken für fötales Gewebe bestehen, die Laboratorien beliefern. Der Berichterstatter im Forschungsausschuß des Parlamentes empfiehlt deshalb drei Forderungen, die von der „Harmonisierung der Rechtsvorschriften" über die Verwendung von Föten, das Verbot jeglicher kommerzieller Nutzung lebender Föten bis zur Untersuchung gemeinsamer Rechtsvorschriften geht, die ethische Grundsätze umfassen.

Kein Mißbrauch

Angesehene deutsche Gynäkologen halten die Vorstellung, daß solche „Versuche" auch an deutschen Universitäten geschehen, für undenkbar. Der Hamburger Professor Ernst-Joachim Hickl, Chef der staatlichen Frauenklinik Finkenau, versichert, daß sogenannte „Abtreibungsabfälle" wie anderes Operationsmaterial auch beseitigt werden. Ältere Föten aus Fehl- und Frühgeburten müßten von einem bestimmten Alter an bestattet werden, nachdem sie in der Pathologie untersucht worden seien.

In der pharmazeutischen Industrie weiterverwendet werden auch nach Auskunft der Gesundheitsbehörde der Hansestadt lediglich die „Entbindungsabfälle". So werden aus der Plazenta zum Beispiel Immunglobuline gewonnen, für deren Herstellung man sonst Blutspender bitten müßte.

Der hessische CDU-Abgeordnete Roland Rösler versichert dennoch, daß seinen Informationen nach auch in Deutschland der Handel mit embryonalem Gewebe stattfinde, zum Beispiel aus den „Abtreibungsabfällen". Ein Indiz sieht Rösler darin, daß offizielle Abtreibungszahlen und die über die Kassenärztlichen Vereinigungen abgerechneten Fälle nicht übereinstimmen.

Der Hamburger Gynäkologe Hans-Harald Bräutigam hält es für „vollständig ausgeschlossen", daß in Deutschland Mütter der Forschung „auf Bestellung" Föten liefern könnten. Nach jüngsten Statistiken liege der Anteil der Schwangerschaftsunterbrechungen per Kaiserschnitt an der Gesamtzahl bei nur 0,4 Prozent.

Der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, fordert umgehende Aufklärung darüber, wie „Abtreibungsabfälle" in deutschen Kliniken und Praxen beseitigt werden und gegebenenfalls eine Bestrafung „schwarzer Schafe". „Was da angeblich in französischen Labors geschah, ist unerträglich." Der Kammerpräsident meint aber auch, daß solche Vorkommnisse „Folge des Mißbrauchs von Gesetzen" sei, nach dem in Deutschland bei 90 000 Schwangerschaftsabbrüchen im Jahr in zwei Dritteln der Fälle die soziale Indikation angegeben würde.

Daß immer neue Möglichkeiten der Forschung und Medizin neue Regelungen und Gesetze erfordern und auch bei Ärzten Ratlosigkeit erzeugen, zeigt das Thema eines Kongresses, zu dem am Wochenende die Ärztekammer Schleswig-Holstein in Bad Segeberg lud. Es ging um die „Allmacht des Arztes" und dabei um ethische Probleme, die zum Beispiel im Zusammenhang mit Retortenbabys entstehen.

Ethische Fragen klären

Aus medizinischen Gründen ist es erforderlich, für die Zeugung im Reagenzglas mehrere menschliche Eizellen zu entnehmen, denn nicht aus jedem befruchteten Ei entsteht auch eine Schwangerschaft. Was aber soll mit dem „Überschuß" geschehen. Ist er frei für Experimente?

Im Staate New York beschäftigt sich mit solchen Fragen unterdessen das „Institut Hastings" für „Society, Ethics and Life Science", ein Zusammenschluß von Ärzten, Juristen, Theologen und Soziologen und damit eine Art „wissenschaftliches Gewissen", das auch beim Abfassen von Gesetzestexten hilft. Der Hamburger Hans-Harald Bräutigam ist Mitglied des amerikanischen Institutes und möchte auch in Deutschland eine vergleichbare Vereinigung ins Leben rufen, die bei der Lösung ethischer und moralischer Probleme in der Wissenschaft helfen kann.

Aus Paris: A. GRAF KAGENECK/Aus Straßburg: ULRICH LÜKE

Herstatt wurde aus dem Krankenhaus entlassen

AP, Köln

Der Ärztestreit um den Gesundheitszustand des wegen betrügerischen Bankrotts und Untreue beim Zusammenbruch seiner Bank im Jahre 1974 vor dem Kölner Landgericht angeklagten früheren Bankiers Iwan David Herstatt ging am Wochenende weiter. Der 70jährige Angeklagte war am Freitag, nach mehr als sechswöchiger stationärer Behandlung, überraschend aus dem Krankenhaus entlassen worden.

Vor seiner Entlassung aus der Klinik in Köln-Merheim hatten Herstatt auf Vorschlag des Dekans der juristischen Fakultät der Kölner Universität, Professor Günther Kohlmann, zwei weitere Medizinprofessoren untersucht. Die beiden Professoren aus Berlin und Freiburg waren dabei nach Angaben der Kölner Universität zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Klinikaufenthalt nicht länger notwendig sei. Die *beiden Mediziner* hatten nach Durchsicht der Krankenunterlagen dem Herstatt-Arzt Professor Werner Kaufmann, der seinen Patienten für verhandlungsunfähig hält, jedoch in der Einschätzung beigepflichtet, daß eine stationäre Behandlung des früheren Bankiers im Krankenhaus richtig gewesen sei.

Die Sechste Große Strafkammer des Kölner Landgerichts sowie der vom Gericht bestellte Gutachter, der Bonner Professor Adalbert Schaede, hatten dagegen insbesondere die medizinische Notwendigkeit der Implantation des Schrittmachers bezweifelt. Das Gericht war zu der Überzeugung gelangt, daß Herstatt vielmehr seinen Gesundheitszustand bewußt verschlechtert habe, um sich der Ende Juni dieses Jahres von der Verjährungsfrist bedrohten Verhandlung zu entziehen. Deshalb entschied die Kammer, in Abwesenheit des Angeklagten weiterzuverhandeln. Gegen diesen Beschluß haben Herstatts Anwälte Beschwerde beim Kölner Oberlandesgericht erhoben, über die noch nicht entschieden wurde. Gegen den Herstatt-Arzt Kaufmann hat die Kölner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der versuchten Strafvereitelung und der Falschaussage eingeleitet.

„Rache" der US-Mafia?

dpa, Palermo

Die Verhaftung von sieben führenden Angehörigen einer Mafia-Bande in den USA hat in Italien Aufsehen erregt. Einer der Verhafteten soll einem in die Bande eingeschleusten V-Mann gesagt haben, seine Organisation habe den Richter Rocco Chinnici ermordet. Chinnici war am 29. Juli 1983 in Palermo durch eine Auto-Bombe getötet worden. Chinnici habe bei seinen *Ermittlungen* die Verbindungswege zwischen den Drogenbanden in Sizilien und den USA entdeckt.

Röntgenbilder auf Waldweg

dpa, Nienburg

Auf einem Waldweg bei Nienburg hat ein *Spaziergänger* rund 200 vertrauensärztliche Röntgenaufnahmen der Landesversicherungsanstalt (LVA) Westfalen mit persönlichen Daten gefunden. Die Röntgenbilder sollen nach zehnjähriger Aufbewahrungszeit bereits an eine Verwertungsgesellschaft bei Frankfurt verkauft worden sein.

Überschwemmung

AP, Invercargill

Mehrtägige starke Regenfälle haben im Süden Neuseelands zu einer Überschwemmungskatastrophe geführt, die mehr als tausend Menschen gezwungen hat, ihre Häuser zu verlassen.

Feuersturm

AP, Los Angeles

Ein orkanartiger Wüstensturm und ausgedehnte Buschbrände haben am Wochenende in Kalifornien nördlich von Los Angeles schwere Verwüstungen angerichtet. Mindestens drei Menschen *kamen ums Leben*. Der aus der Wüste kommende Sturmwind, der Geschwindigkeiten bis zu 160 Kilometer in der Stunde erreichte, entwurzelte Bäume, stürzte auf den Straßen Lastwagen um und zerriß Stromleitungen.

„Day After" in Japan

AP, Tokio

Der amerikanische Atomkriegsfilm „Der Tag danach" (The Day After) läuft seit Samstag auch in Hiroshima. Dort war am *6. August 1945* die erste Atombombe abgeworfen worden. Mehr als 120 000 Menschen kamen sofort ums Leben, Zehntausende starben später. Überlebende der Atomkatastrophe *von Hiroshima hätten sich* nach dem Film enttäuscht gezeigt, hieß es. Die Filmaufnahmen entsprächen nicht der grauenvollen Wirklichkeit.

Ätna vor Ausbruch?

AP, Catania

Der sizilianische Vulkan Ätna steht wieder 24 Stunden am Tag unter Beobachtung der Fachleute. Wie am Wochenende aus Catania berichtet wurde, treten aus dem Berg Rauchschwaden aus. An einigen Stellen ist eine Anhebung der Erde zu beobachten, die auf ansteigende Magma-Massen im Inneren des Vulkans hindeuten.

7 Menschen kamen bei Feuer um

AP, Frankfurt

Sieben Menschen sind am Wochenende bei zwei *Brandkatastrophen* ums Leben gekommen. Der Großbrand in der Klinik des hessischen Landeswohlfahrtsverbandes entstand am späten Freitagabend in den Frauenstationen 1 und 2 und griff rasch auf den gesamten Gebäudekomplex über.

Drei Frauen im Alter von 26, 42 und 50 Jahren konnten von den Feuerwehren nur noch tot geborgen werden. Etwa 50 Krankenzimmer brannten völlig aus. Der Sachschaden wurde als „sehr hoch" angegeben. Gestern war nach Angaben der Kriminalpolizei Bad Homburg noch nicht geklärt, wie es zu dem Brand kommen konnte.

Vier Menschen fanden den Tod und sechs wurden verletzt, als in der Nacht zum Samstag in Essen ein „Nachtasyl" brannte. Nach Meinung der Kripo und eines Sachverständigen ist das Feuer vermutlich durch einen Defekt der elektrischen *Anlage* in der Parterrewohnung entstanden. Vorsätzliche Brandstiftung scheide aus. Über Berge von Müll mußten sich die Feuerwehrleute in dem zweigeschossigen Essener Haus vorarbeiten, in dem vom Sozialamt Betreute Unterkunft gefunden hatten. Ein Treppendurchlaß, so schilderte ein Sprecher der Feuerwehr, war so zugestellt, daß nur ein schmaler Spalt von 30 Zentimetern blieb. In jedem der zum Schlafen *hergerichteten Räume hätten* neben Mengen von Unrat viele leere Bier- und Schnapsflaschen gelegen.

Nachdem das nur in der Parterre*wohnung* wütende Feuer gelöscht worden war, fanden Feuerwehrleute an einer Küchentür im ersten Stock die bewußtlose Hausbesitzerin, eine 83jährige Frau. Auf derselben Etage und im zweiten Stock bargen die Retter den 42 Jahre alten Sohn der Hausbesitzerin, der als Heilpraktiker gearbeitet hatte, sowie zwei 45 und 23 Jahre alte Männer. Sie alle starben an Rauchvergiftung, obwohl drei Notärzte und ein Arzt aus der Nachbarschaft *in fünf Rettungswagen sofort mit* Wiederbelebungsversuchen begonnen hatten.

„Aktion Notanwälte" will rund um die Uhr helfen

Initiative des „Komitees Notärzte" gegen Ausländerfeindlichkeit

MONIKA ENGELS, Hamburg

Ein elfjähriges jugoslawisches Mädchen wird in Berlin *auf offener* Straße tätlich angegriffen, doch Passanten kümmern sich nicht darum. In Dortmund, am Borsigplatz, schlägt die Aggressivität von Fußballfans, die hier ihr Vereinslokal haben, um in Gewalttätigkeit gegen die *Ausländer* im Viertel. Ausbrüche von Gewalt in den letzten Wochen, die noch Schlagzeilen *machten* – im Gegensatz zu den vielen kleinen Fällen von Diskriminierung, die Ausländer im täglichen Leben zu erdulden haben. Das „Deutsche Komitee Notärzte", das sich seit vier Jahren aktiv für Flüchtlingshilfe in Übersee einsetzt, will solchen Beispielen zunehmender Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht länger tatenlos zusehen. In einem „Appell für eine Gesellschaft, die hilft und die aufhört, Menschen zu verfolgen", haben die Mitglieder des Komitees – unter ihnen die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt, der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve und der Schriftsteller Heinrich Böll – jetzt die „Aktion Notanwälte für Ausländer" ins Leben gerufen.

Auf ein Jahr befristet

Sie fordern Anwälte, Richter und *in Rechtsfragen geschulte* Stadtverordnete oder Angestellte im öffentlichen und privaten Bereich dazu auf, sich als Rechtsberater und „Ombudsmänner und -frauen" für die Aktion zu engagieren und im Notfall unmittelbare Rechtshilfe zu leisten.

Mit dieser zunächst auf ein Jahr befristeten Aktion will das Komitee in allen *Städten* und Gemeinden *nicht* nur für einen Tag und Nacht zu *erreichenden Rechtsbeistand sorgen*, sondern auch Gruppen aus allen Bevölkerungsschichten für einen aktiven Einsatz gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der eigenen *Nachbarschaft oder im größeren* Umfeld gewinnen. Sie sollen Mißtrauen abbauen helfen, in Gesprächen mit einheimischen und ausländischen Mitbürgern Vorurteile gegen die „Andersartigkeit der Fremden" bekämpfen und eine Basis schaffen, auf der sich Ausländer und Deutsche wieder ohne Ressentiments von beiden Seiten *begegnen können*.

Nothilfenetz spannen

In Zusammenarbeit mit dem Anwalt soll – so die Absicht des Komitees – ein „Nothilfenetz über die Bundesrepublik gespannt werden, das sofort da eingreift und Schlimmeres verhütet, wo die behördliche Hilfe wissentlich oder unwissentlich versagt". Rupert Neudeck, Vorsitzender des Komitees: „Wir wollen denen, die über Nacht in Gefahr geraten, erste Hilfe geben können; aber auch langfristig dazu beitragen, Feindseligkeiten gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern abzubauen."

Die „Aktion Notanwälte" hat ihr Vorbild im ehrenamtlichen Einsatz des Komitees für die vietnamesischen Flüchtlinge. Dem Aufruf im Juli 1979 folgten Tausende von Ärzten, Krankenschwestern und Krankenpflegern, die bis *heute* immer wieder in Hilfsprojekten in Asien und auch in Afrika *eingesetzt* werden. „Und wir können nicht guten Gewissens draußen den Menschen in Hungersnöten und Bürgerkriegen helfen", begründet Neudeck die zweite große *Aktion* des Komitees, „wenn nicht hier allmählich das Klima von *physischer und* psychischer Bedrohung und Gewalt bekämpft wird."

Nur mit Hilfe der Bevölkerung – das Komitee hofft wie im Falle „Cap *Anamur / Ein Schiff* für Vietnam" auf breite Unterstützung – könne die neue Aktion denen helfen, die Objekt dieser Feindlichkeit und aufkeimenden Hasses sind.

LEUTE HEUTE

Schwächeanfall

Der bekannte französische Schauspieler und Chansonsänger **Serge Reggiani** (61), erlitt am Wochenende in seiner Pariser Wohnung einen sehr ernsten Schwächeanfall. Reggiani, einst mit Romy Schneider gut befreundet, brach nach dem Mittagessen am Tisch zusammen. „Wahrscheinlich Herzschwäche", stellte ein zu Hilfe gerufener Arzt fest. Er verordnete dem *Sänger strikte Ruhe*.

„Superman" steigt aus

Christopher Reeve (31), durch drei „Superman"-Filme zum Millionär geworden, hat eine angeblich endgültige Entscheidung *getroffen*: „Ich werde nie wieder den ‚Superman' spielen."



Der englische Schauspieler hat *keine* besonderen Gründe für seinen „Superman"-Abschied: „Es ist einfach das Ende einer Lebensphase, so, wie man eines Tages auch von der Schule gehen muß."

Feuer-Probe

US-Sänger **Michael Jackson**, der am Wochenende bei Dreharbeiten für einen Werbespot Verbrennungen zweiten Grades erlitten hatte, konnte gestern das Krankenhaus verlassen. Der 25 Jahre alte Superstar *der amerikanischen* Popszene hatte im Shrine Auditorium in Los Angeles für einen Werbefilm geprobt, als eine offensichtlich zur falschen Zeit gezündete Rauchbombe sein mit Pomade in Facon gebrachtes Haar in Brand setzte. Jackson riß sich sein Jackett vom Leibe und konnte das Feuer damit selbst ersticken.

In den Staaten haben auch die Wölfe Freunde

Tierschützer scheinen sich gegen Farmer durchzusetzen

TOM TRYAN, Washington

Nordamerika – bevor der weiße *Mann kam: Da kontrollierte der Wolf* die ungeheure Weite des Kontinents, heftete sich an die Fersen von Hirsch, Elch und Bison. Die Ureinwohner, die Indianer, waren von dem grauen Räuber dermaßen fasziniert, daß sie ihn anbeteten und seinen schleichenden Gang im Tanz imitierten.

Mit der Besiedelung des Landes *änderte sich das schnell – der Wolf* wurde vom Jäger zum Gejagten. Heute ist der canis lupus aus 48 Bundesstaaten der USA verdrängt. Es gibt ihn nur noch in Alaska und in der Einsamkeit von Minnesotas Norden, wo nach jüngster, wenn auch umstrittener, Zählung noch 1200 Exemplare in freier Wildbahn leben sollen. Um diesen Restbestand ist seit einigen Monaten eine erbitterte Kontroverse entstanden.

Den heimischen Viehzüchtern und Farmern, die um ihren Viehbestand fürchten, ist *diese Zahl* schon wieder zu hoch. Sie sprechen bereits von einer „Wolfsplage". Die Gemäßigten unter ihnen fordern höhere Abschußquoten, die Radikalen beginnen auf eigene Faust mit der Dezimierung.

Verbindliche Regelung

Die Tierschützer versuchen, dieser noch einzelstaatlich geregelten Frage des Abschusses ganz auszuweichen, indem sie dem Problem eine grundsätzliche Bedeutung beimessen, dessen *Lösung ihrer Meinung nach dann* verbindlich in Washington geregelt werden müßte.

„Sollte die Kontrolle wildlebender Tiere", fragen sie, „wirklich denen überlassen bleiben, die, wie Farmer und Viehzüchter, unter Umständen *den Schaden haben, oder* wäre es nicht sinnvoller, die ganze Problematik des bedrohten Wildbestandes als nationale Angelegenheit zentral regeln zu lassen?"

Das Problem drängt und wird mit großer Leidenschaft behandelt. Für *die einen – Wissenschaftler*, Tierschützer und Großstädter, denen allen freilich gemein ist, daß sie mit Wolfsrudeln nur eher theoretischen Kontakt haben – hat sich nach jüngster Umfrage das Wolfs-Image gewandelt. Für sie ist aus dem „bösen *Wolf*" ein guter *geworden, ein hoch*intelligentes, in geordneter Gemeinschaft lebendes, monogam veranlagtes Tier.

Marodierende Killer

Anders sieht das die Landbevölkerung Minnesotas, vor allen Dingen auf einsamen, entlegenen Gehöften. Für diese Menschen ist der Wolf der marodierende Killer geblieben, der Urängste in ihnen auslöst. Hier, wo die Wolfsjagd denn auch selbstverständlich wie ein Naturrecht *ist*, fürchtet Karyl Atkinson Berg of Bovey, droht dem nach Alaska letzten Freigehege Amerikas das Ende, um so mehr als sich die Behörden im vergangenen Sommer dem Druck der Anti-Wolfs-Lobby gebeugt und für dieses Jahr 160 Wölfe *zum* Abschuß freigegeben haben. Und das, obwohl die „Wolfs-Lady", wie die 68jährige Forscherin Atkinson Berg of Bovey genannt wird, nachweisen *konnte, daß nicht* vom Wolf, sondern von Kojoten und wildernden Hunden die größere Gefahr für die Viehbestände ausgeht.

Umweltschützer haben das Innenministerium daraufhin umgehend verklagt und auch schon einen ersten Erfolg erzielt. Richter Miles Lord verwarf die Argumentation der Behörde. Diese *hatte* behauptet, daß der Wolf um so mehr geschützt und gehegt werde, je wertvoller er von Jägern als nur begrenzt abschußfähiges „Trophäentier" eingeschätzt werde.

Eine Auffassung, der offenbar auch der Kongreß skeptisch gegenüberstand. Jedenfalls empfahl er dieser Tage ein generelles Abschußverbot. *Eine Ausnahme solle nur gelten* für den Fall einer nachzuweisenden Notwehrsituation.

WETTER: Mild und unbeständig

Wetterlage: Eine Schlechtwetterfront über dem östlichen Bundesgebiet zieht ostwärts weiter. In der nach Deutschland einfließenden milden Meeresluft folgen heute weitere atlantische Tiefausläufer von Westen her.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still. Nebel. Sprühregen. Regen. Schneefall. Schauer. Gebiete: Regen. Schnee. Nebel. Frostgrenze. H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Montag:

Östliches Bundesgebiet und Berlin: Zunächst meist bedeckt, in Bayern auch neblig-trüb und gelegentlich geringer Niederschlag, überwiegend als Regen. Tags bei plus 3 Grad, nachts um null Grad. Örtlich Straßenglätte. Mäßiger Südostwind.

Westliches Bundesgebiet: Wechselnd bewölkt mit gelegentlichen Aufheiterungen. Nur vereinzelt Schauer. Nachmittags bei 7 Grad, nachts null bis 4 Grad. Mäßiger, in freien Lagen böiger Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten

Weiter wechselhaft und mild.

Temperaturen am Freitag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	17°
Bonn	4°	Kopenh.	2°
Dresden	3°	Las Palmas	17°
Essen	4°	London	9°
Frankfurt	5°	Madrid	3°
Hamburg	3°	Mailand	1°
List/Sylt	2°	Mallorca	13°
München	5°	Moskau	–10°
Stuttgart	3°	Nizza	10°
Algier	12°	Oslo	–2°
Amsterdam	4°	Paris	7°
Athen	13°	Prag	0°
Barcelona	9°	Rom	10°
Brüssel	5°	Stockholm	–3°
Budapest	0°	Tel Aviv	16°
Bukarest	0°	Tunis	15°
Helsinki	–6°	Wien	–1°
Istanbul	5°	Zürich	3°

* **Sonnenaufgang am Dienstag:** 8.03 Uhr, Untergang: 17.08 Uhr, **Mondaufgang:** 7.40 Uhr, Untergang: 15.18 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Radar macht Vorhersagen bald „wetterfest"

AFP, Toulouse

Langfristige Wettervorhersagen sollen in der nächsten Dekade durch den Einsatz von Radargeräten, die auf Wettersatelliten installiert sind, in einem Ausmaß und mit einer Präzision möglich werden, die heute noch kaum vorstellbar sind. Diese Ansicht haben 120 Wissenschaftler aus 16 *Ländern – darunter die USA und die* UdSSR – auf einer Tagung vertreten, zu der vom 16. bis 20. Januar in der südfranzösischen Stadt Toulouse das französische Luft- und Raumfahrtzentrum CNS (Centre National d'Etudes Spatiales) eingeladen hatte.

Das Treffen diente *dem* Erfahrungsaustausch über den Einsatz von Radar (Radio Detecting and Ranging = Entfernungsmessung und Objektdarstellung durch kurzwellige Funkstrahlen) im zivilen Bereich – der Meteorologie und der Ozeanographie –, wo *die Anwendung dieser im* militärischen Bereich weitgehend erprobten Technik noch relativ begrenzt ist. In zahlreichen Ländern laufen derzeit Experimente mit Radar – eins der spektakulärsten ist die Erforschung der Ozeane, die besonders *großen Einfluß auf das Klima* haben. Auf diesem Gebiet können derart viele und präzise Forschungsergebnisse erzielt werden, daß für die 90er Jahre endlich „wetterfeste" Voraussagen auf lange Zeit und mit absoluter Genauigkeit möglich sind. Die Toulouser Tagung war denn auch überwiegend der Ozeanographie gewidmet.

Selbst mit Hilfe der leistungsstärksten Computer sind heute genaue Wettervoraussagen nur für fünf, höchstens für zehn Tage möglich. Das soll sich mit Radar ändern. Die ersten Versuche in der Meteorologie *begannen vor zehn Jahren mit* Experimenten rund um die Wolkenbildung. Für die Wissenschaftler wurde der Einsatz von Radargeräten auf Satelliten und Flugzeugen zur Verbesserung der Kartographie und Ozeanographie vor allem interessant, weil Radar – im Gegensatz zu optischen Geräten oder Infrarot (Ultrarot) – nicht durch Wolken behindert wird und so unvergleichlich genauere Ergebnisse liefert.

Nach den ersten verblüffenden Versuchen mit dem amerikanischen ozeanographischen Satelliten „Seasat" eröffnete die Anwendung der Fernabtastung durch Mikrowellen ungeahnte Möglichkeiten. Der Satellit funktionierte nur 100 Tage nach seinem Start am 26. Juni 1978, konnte jedoch eine Unmenge von Daten liefern, die nach fünfjähriger Forschung jetzt im ganzen Ausmaß ausgewertet sind. Radar erwies sich als die erste wissenschaftliche Methode, deren Daten und Wettervoraussagen mit absoluter Zuverlässigkeit stimmten, was die erstaunlichen Ergebnisse der „Tiros"-Serie 1 bis 7 in den Schatten stellt. (Der erste Wettersatellit, „Tiros"-1, hatte zwischen dem 1. 4. und dem 1. 7. 1960 bereits fast 23 000 Wol*kenaufnahmen gemacht und zur Er*de gefunkt.)

Die auf Satelliten installierten Radarsysteme sind beispielsweise in der Lage, sofort und über große Entfernungen hinweg die Höhe der Wellen der Ozeane bis fast auf den Zentimeter genau zu bestimmen. Zahlreiche weitere Phänomene können mit bisher unerreichter Präzision *erforscht* werden, wie Winde und Strömungen, welche die Höhe der Wellen beeinflussen: so ist der Golfstrom etwa 1,5 Meter „höher" als der Atlantik. Sobald genügend Satelliten mit Radar in die Erdumlaufbahn gebracht worden sind, können die Geschwindigkeit und die Richtung der Winde über den Ozeanen, die Meeresströmungen und deren eventuelle Richtungsänderungen *mit größter* Genauigkeit bestimmt werden. Zugleich kann die Größe der Eisberge an den Polen und deren Wanderungen gemessen und vorausgesagt werden.

Da die Ozeane die Rolle eines „Wärmeschilds" für den Planeten Erde darstellen, sind die *genannten* Phänomene von großer und langfristiger Bedeutung für das Klima auf der Erde – ganz im Gegensatz zu den zeitlich begrenzten atmosphärischen *Störungen, die trotz vorhandener* Daten noch immer schwer voraussehbar sind.

Aber Meteorologie und Ozeanographie sind nicht die einzigen möglichen Anwendungsgebiete für Radar. Ein Gerät der US-Weltraumfähre „Columbia" übermittelte im November 1981 verblüffende Bilder von bisher unbekannten *Tälern und* Spuren prähistorischer Siedlungen in der Sahara, die unter einer fünf bis zehn Meter dicken Sandschicht plötzlich „sichtbar" wurden. Die Amerikaner wollen im August, bei einem weiteren Flug der Weltraumfähre, weite Wüstengebiete der Sahara *mit* Radar abtasten.

ZU GUTER LETZT

„Schon wieder Montag". Sprühschrift an einer Berliner Baubude.